







China

Wirtschaft und Wirtschaftsgrundlagen

von

K. Blickle. Generalsekretär Dr. Max Linde. Dr. E. Michelsen.
Albert Nathansohn. F. W. K. Otto. Bankprokurist August Reiß.
Geh. Admiralitätsrat Dr. Schrameier. Fritz Secker. Ingenieur
M. Th. Strewe. M. A. Wagner

Herausgegeben von

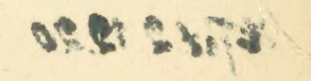
DR. JOSEF HELLAUER
PROFESSOR AN DER HANDELS-HOCHSCHULE BERLIN



Berlin und Leipzig 1921

Vereinigung wissenschaftlicher Verleger
Walter de Gruyter & Co.
vormals G. J. Göschen'sche Verlagshandlung / J. Guttentag, Verlagsbuchhandlung / Georg Reimer / Karl J. Trübner / Veit & Comp.





Druck der Vereinigung wissenschaftlicher Verleger Walter de Gruyter & Co., Berlin W. 10.

Vorwort.

Im Wintersemester 1916/17 habe ich an der Handels-Hochschule mit der Veranstaltung von Kursen begonnen, in denen durch Vorträge von Spezialfachleuten mit anschließender Diskussion die Wirtschaft in und mit bestimmten Auslandsgebieten sowie die Entwicklungsbedingungen dieser Wirtschaft vom privatwirtschaftlichen Standpunkte aus behandelt werden sollen. Damals wurde das Türkische Reich besprochen, und die in diesem Kursus gehaltenen Vorträge sind dann, zu einem Bande vereinigt, von mir herausgegeben worden und bei E. S. Mittler u. Sohn, Berlin, 1918 erschienen. Krieg und Revolution hatten die Fortsetzung der Veranstaltung bis zum vergangenen Wintersemester verhindert. Erst da wurde es mir möglich, wieder einen Kursus zustande zu bringen. Und zwar wählte ich in Ausnutzung der Anwesenheit der vielen aus China vertriebenen Deutschen das Chinesische Reich zum Gegenstande der Behandlung.

Aus diesem Kursus ist der vorliegende Band hervorgegangen. Die Autoren, die an ihm mitgearbeitet haben, sind durchweg ausgezeichnete Chinakenner, die mit einer einzigen Ausnahme viele Jahre ihres Lebens in China verbracht haben. Sie sind, wenn auch einer der Herren gleichzeitig als akademischer Lehrer theoretisch tätig war, durchweg als Praktiker zu bezeichnen, Praktiker des Wirtschaftslebens oder der Verwaltung. Dadurch haben die Darstellungen eine besondere Note bekommen. Es ist in erster Linie aus Erfahrung und eigener Betrachtung geschöpftes Wissen, das hier geboten wird, wobei allerdings ein Teil der Autoren sich auch auf ein gründliches Studium der vorhandenen Literatur stützte und damit wertvolle Ergänzungen und Fundierungen für seine Empirie gewonnen hat.

Ich hoffe, daß die beiden Zwecke, die diese Kurse und Veröffentlichungen verfolgen und die ich in dem Vorwort zu dem Buche über die Türkei näher dargelegt habe, nämlich zum Ausbau der Wirtschaftslehre, speziell der Privatwirtschaftslehre, beizutragen, gleichzeitig aber auch

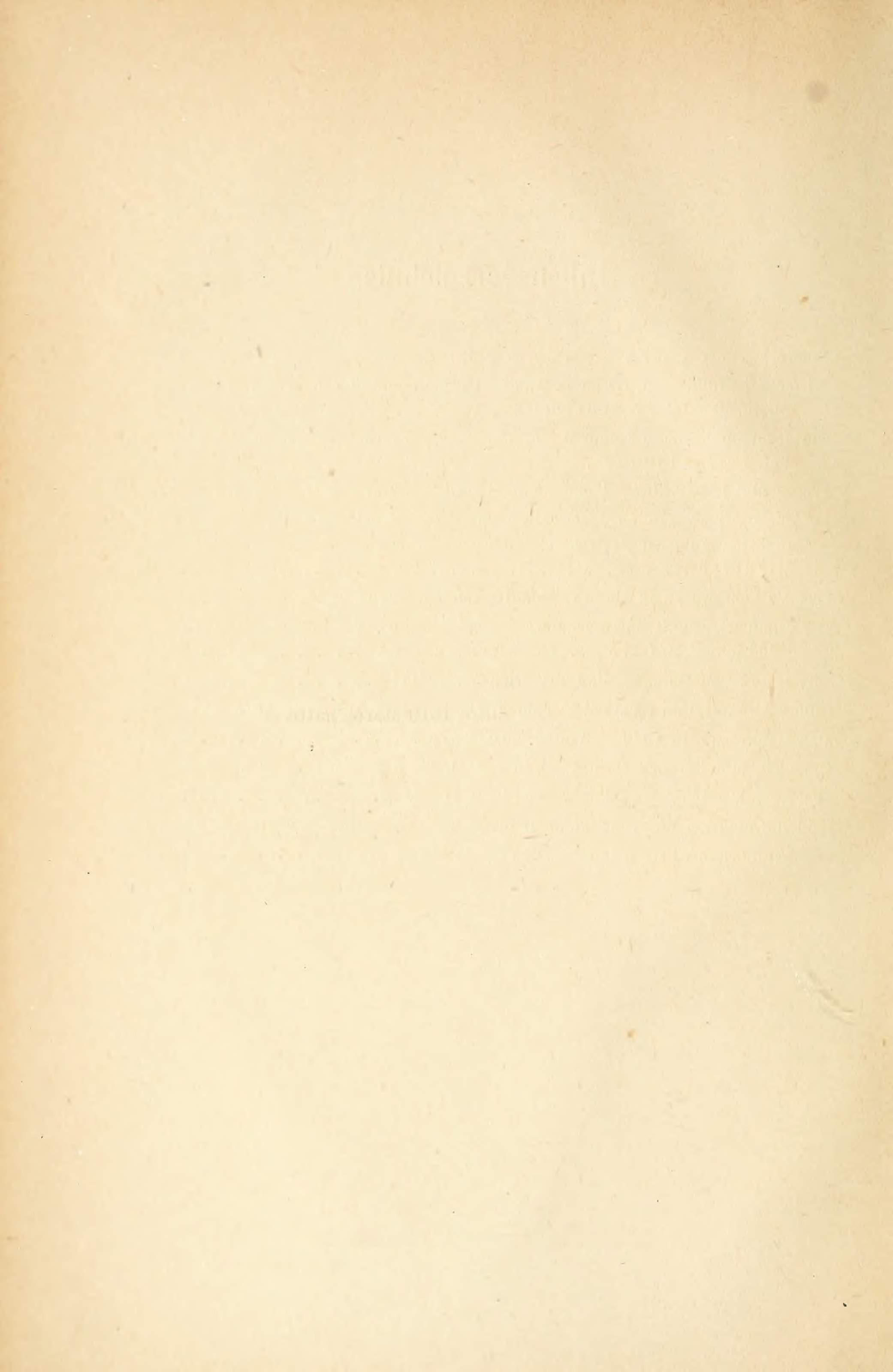
praktische Bestrebungen auf dem Gebiete international-wirtschaftlicher Betätigung durch Anregungen und Klarlegung der Verhältnisse, von denen der Wirtschaftserfolg abhängig ist, ganz besonders aber durch Darstellungen über die in Frage kommenden Methoden des Wirtschaftsbetriebes zu fördern, auch mit diesem Buche erfüllt werden. Bei den geringen Kenntnissen, die in Deutschland noch über China bestehen, und angesichts der deutschen Literatur, die über dieses Land bisher vorhanden ist, glaube ich annehmen zu dürfen, daß das Buch einem lebhaften Bedürfnisse begegnen wird.

Berlin-Zehlendorf, Pfingsten 1920.

Prof. Dr. Hellauer.

Inhaltsverzeichnis.

Seite



Wirtschaftsgrundlagen, Wirtschaft und Wirtschaftspolitik Chinas.

Von

Geh. Admiralitätsrat Dr. **Schrameier.**

Für die allgemeine Unkenntnis über China und chinesische Verhältnisse gibt es keine Entschuldigung. Seit fast drei Jahrhunderten ist das Land und seine Bevölkerung in den Gesichtskreis des Abendlandes gerückt und zum Gegenstand ernster Studien gemacht worden. Es war am Ausgange der vorletzten Dynastie, der großen Ming, während Chinas höchster Blütezeit, daß die Jesuiten mit ihrer fruchtbaren Aufklärungsarbeit einsetzten, die sich ebenso auf China als über China erstreckte. Als der ehrwürdige Pater Ricci, der als Stifter des Katholizismus in China angesehen werden kann, im Jahre 1610 starb, hatte er nicht nur christliche Kirchen in Peking, der Hauptstadt des Reiches, errichtet, sondern auf dem ganzen Wege, der ihn vom Norden nach dem Süden des Reiches führte, hinterließ er christliche Gemeinden und Gottesdienste. Unter seinen Nachfolgern ragten drei Deutsche hervor, Faber, der Tiroler Martin Martini und der Kölner Adam Schall. Martini wurde der Begründer der geographischen Wissenschaft über China. Im Jahre 1655 erschien der erste Atlas von China, und zwar in deutscher Sprache. Seine Bedeutung liegt in seiner Gewissenhaftigkeit und Reichhaltigkeit; mit den siebzehn Karten verbunden sind ausführliche Beschreibungen; in ihnen geht der Verfasser zurück auf chinesische Quellen, und nur da, wo er selbst beobachtet hat, gibt er sein eigenes, wohl begründetes Urteil.

Martinis geographische und historische Schriften bilden nur einen kleinen Teil der gewaltigen Literatur, auf die damals die ganze gebildete Welt sich voll Wissensdurst stürzte. Sein Atlas wurde später durch das imposante, noch heute nur in Einzelheiten verbesserte Kartenwerk überboten, das wir der Freigebigkeit Ludwigs XIV. und der Arbeitsamkeit der Jesuiten verdanken. In gleicher Weise wurden Sprache und Philosophie, Verfassung und Verwaltung, Kleidung und Nahrung, Sitten und

Gebräuche der Chinesen vorurteilslos erforscht und die Ergebnisse in gelehrten Werken niedergelegt. Schade, daß innere Streitigkeiten zwischen Jesuiten und Dominikanern die Ursache zu ihrer Vertreibung aus China wurden; mit ihrer Repatriierung erlahmte der Wissensdurst in Europa, und China wurde wieder das Land, über das ein dichter Schleier sich breitete und ungestraft bis auf die neueste Zeit die wildesten Märchen in Umlauf gesetzt werden durften.

Erst im vorigen Jahrhundert wurde China abermals aus seiner Abgeschlossenheit gerissen. Dieses Mal nicht durch Männer, die in reinster Uneigennützigkeit einen Ausgleich zwischen den Gedanken des Ostens und Westens anstrebten, die als Berater von Kaisern christlicher Kultur einen Weg bahnten und in gleichstehendem Verkehr mit den höchsten Beamten Belehrung gaben und nahmen, sondern in der Absicht, an den Schätzen des Landes teilzuhaben und durch wirtschaftliche Erschließung der ungeheuren Länderstrecken den Strom orientalischen Reichtums zu sich hinzulenken. Mit diesem Trachten ging freilich eine gewisse Aufklärung Hand in Hand. Aber es waren Eroberer, die herrisch ihr Recht geltend machten und Mißverständnisse nicht immer vermieden, sondern, wenn es ihren Zwecken diente, sogar suchten. Der Wunsch, Land und Volk gerecht zu werden, kam erst an zweiter Stelle, und vielfach ließ europäischer Dünkel die Welt, weil sie so ganz anders geartet war, als niedriger erscheinen, so daß trotz aller wissenschaftlichen Arbeit, die besonders im letzten halben Jahrhundert eingesetzt hat, das Bild, das der Europäer sich von China macht, soweit er sich überhaupt ein Bild macht, durchaus nicht so durchsichtig und vorurteilsfrei ist wie zur ersten Blütezeit der chinesischen Wissenschaft in Europa.

Ein Blick auf die Karte genügt, um zu zeigen, daß das chinesische Reich das gewaltigste Staatengebilde der Welt ist; seine Grenzen erstrecken sich vom Pamir im Westen bis zum Stillen Ozean, vom Amur im Norden bis zur südlichen Spitze von Hainan, und nehmen wir nach Abzug der Länderstrecken Hochasiens, der sogenannten Außenländer, das eigentliche historische China für sich allein, so verbleiben immer noch mehr als 6 Mill. qkm, also ein Land, das fast zwölfmal größer ist als das frühere Deutschland. Ausgenommen im Norden finden die Landesgrenzen einen natürlichen Abschluß, im Süden und Osten durch das Meer, im Westen durch die nur von wenigen Pässen durchbrochenen Ketten des tibetischen Hochgebirges. Durch einen künstlichen Wall, die sogenannte Große Mauer, deren Entstehungszeit in das Jahr 213 v. Chr. fällt und die im Laufe der Jahrhunderte in einer Ausdehnung von 2600 km über

Berge und Ströme bis tief nach Zentralasien hinein geführt wurde, suchten die Herrscher Schutz gegen die Einfälle räuberischer Nomadenvölker der asiatischen Steppen.

Ausläufer des zentralasiatischen K'unlun-Gebirges, die Tsinling-Kette und das Huai-Gebirge trennen das Land in zwei ungleiche Teile. Der Norden wird begrenzt durch das Flußgebiet des Huangho, des Gelben Flusses, der seinen Namen von den gewaltigen Lößmassen trägt, die er mit sich führt. Löß ist die Bezeichnung für den feinen Gesteinstaub des asiatischen Hochlandes, den in ungezählten Jahrtausenden auch jetzt noch regelmäßig wiederkehrende und alles mit einer gleichmäßigen Schicht überziehende, hoch und niedrig nivellierende Staubstürme über das weite Gebiet ausgebreitet haben. Schneeschmelzen und die im Sommer niedergehenden Regenmassen waschen den Staub von den Bergen ab und leiten ihn in den Fluß, dessen Unterlauf dadurch sich ständig hebt. Dämme werden errichtet und immer höher geschichtet, um Überflutungen zu steuern. Je mehr Löß sich auf dem Flußboden sammelt, um so träger wird der Lauf, um so geringer das Gefälle. Aus der Ebene emporragend, schleicht das Wasser innerhalb künstlicher Ufer dem Meere zu. Mit grauenvoller Sicherheit läßt sich berechnen, daß eines Tages die Wände zu schwach sein werden, um die von plötzlichen Güssen aufgewühlten Wassermassen zu halten. Dann ergießt sich der Inhalt über die weite Ebene, alles Leben unter sich begrabend und fruchtbares Land in eine Wüste verwandelnd. Aus diesem Grunde hat sich der Flußlauf mehrere Male verschoben. Erreichte er im Altertum weit im Noden in der Nähe von Tientsin das Meer, so mündete er seit 1194 ungefähr sechs geographische Grade südlich, bis er 1852 sich wieder um viereinhalb Grade nach Norden wandte. Die letzte große Überschwemmung, bei der nach amtlichen chinesischen Berichten über eine Million Menschen in das Meer hinausgespült wurden, trat anfangs der achtziger Jahre ein; doch immer wieder sind neue Veränderungen zu gewärtigen, denen der Mensch bis jetzt rat- und machtlos gegenübersteht.

Mächtiger noch als der Huangho, dessen Gesamtlänge 4000 km beträgt, ist der Strom Südchinas, der Yangtse mit seinen 5000 km Länge, von denen 2700 schiffbar sind. Bis weit in das Innere des Landes, den Mittelpunkt des eigentlichen China, Hankou, verkehren Ozeandampfer. Wie im nördlichen Teile Chinas ein zweiter Strom, der bei Tientsin mündende Peiho, den Verkehr vermittelt, so ist Südchina mit seinem Menschen- und Handelsgewimmel nicht ohne das Stromgebiet denkbar, das als Weststrom (Hsikiang) in der Nähe von Kanton seine vielgestal-

teten Läufe mit dem Meere vereinigt. Zum hinterindischen Stromgebiete gehören mehrere Flüsse, die die Provinz Yünnan durchziehen und von denen der Mekong der bedeutendste ist.

Das Land zerfällt in 18 Provinzen, meist Überreste alter Feudalstaaten, manche von der Größe des Königreichs Preußen, deren Grenzen auf natürliche Weise durch Berge oder Flüsse sich ergeben. Außer Flüssen und unzähligen Kanälen, unter denen der sogenannte Tientsin mit dem Yangtse verbindende Große Kanal ebenso berühmt ist wie die Große Mauer, erleichtert den Verkehr zwischen den einzelnen Teilen des Landes seit alters her ein ausgedehntes Straßennetz, das trotz des Verfalls durch seine monumentalen Bauten noch heute hohe Bewunderung hervorruft.

Mit seinen 400 Millionen Menschen ist China eher ein Erdteil als ein einzelnes Land. Wie sich etwa die Bevölkerung Dänemarks von der Italiens unterscheidet, so weicht Nordchina von Südchina ab; der Unterschied in Klima und Landschaft bedingt andere Verkehrs- und Wirtschaftsformen und hat sich auch auf die Menschen übertragen. Aber auch in diesen beiden Strichen, die sich am augenfälligsten voneinander abheben (Nord- und Südchina), herrscht wieder eine ungeheuere Mannigfaltigkeit, die infolge der weiten Entfernungen und der Abgeschlossenheit einzelner Teile durch Jahrtausende hindurch eher verstärkt als ausgeglichen wurde. Innerlich wird der Koloß zusammengehalten durch die gemeinsame Sprache, die zwar in viele Mundarten zerfällt, aber als Schrift im ganzen Reiche verstanden wird; ferner durch die alte Kultur, die eine weitgehende Übereinstimmung in Sitten, Gebräuchen, Anschauungen, Gewohnheiten erzeugt hat; schließlich durch die Verwaltung.

Da die chinesische Schrift, das vollkommenste Verständigungsmittel ihrer Art, auch von Japanern, Koreanern und vielen Stämmen Annams übernommen ist, so verstehen diese Völker einander auch ohne Kenntnis der Sprache. Die chinesische Sprache selbst ist mit ihrer über 4000 Jahre zurückreichenden Literatur die älteste, und da sie von einem Viertel der ganzen Menschheit gesprochen und nahezu von einem Drittel gelesen und verstanden wird, die verbreitetste lebende Kultursprache der Welt.

Es wäre seltsam, wenn ein Volk mit solcher Sprache und Schrift nicht auch in der Pflege der Geisteswissenschaften sich hervorgetan hätte; in der Tat sind die Schätze, die es da für uns noch zu heben gilt, unübersehbar. In Philosophie und Ethik der Chinesen haben unsere Forscher einen Einblick getan; ihre ältesten Geschichtswerke überraschen uns durch ihre nüchterne Wahrheitsliebe. Schon zweitausend Jahre vor

Herodot, den abendländische Kurzsichtigkeit gern als den Vater der Geschichtschreibung preist, bieten uns chinesische Historiker eine in ihrer Vollständigkeit und Zuverlässigkeit einzig wertvolle Quelle von Aufschlüssen über den Fernen Osten, ja ganz Asien. Wenn moderne Geschichtschreibung auch die Kulturgeschichte in ihren Bereich zieht, so findet sie ein Vorbild in der chinesischen, die Handel, Kunst, Wissenschaft, Biographie hervorragender Männer in die politische Chronik einordnet. Neben der Geschichtschreibung bestand der historische Roman, die lyrische Dichtung, das Drama, die Lexikographie, Naturgeschichte, die Mathematik, der politische und ethische Essay. — Kurz, es gibt wohl keinen Literaturzweig, der nicht in China seine Ausbildung erfahren und eine hohe Blüte erreicht hätte.

Mit dieser geistigen Entwicklung geht die künstlerische Gestaltung des Lebens einher. Kunst durchdringt die ganze chinesische Zivilisation; gleich hochstehend in Technik und Inhalt dient sie zur Verschönerung des Daseins, und jedem einzelnen Gegenstande: vom Tempel, dem Garten, dem Hause herab bis zur Kleidung, dem Stuhl, der Teekanne, wird unbeschadet vollendeter Gebrauchsfähigkeit eine dekorative oder symbolische Form verliehen. Wer denkt nicht an chinesische Bronzen und Porzellane, noch heute die ewig frischen Vorbilder unserer Industrie, an die Seidenstickereien, die Steinplastik, die Malereien, die, je mehr sie bekannt werden, uns eine ganz neue Welt von Pracht, Empfindung und Stimmung erschließen. Ja, selbst die Schrift trägt dekorative Linien, und jedes sauber gearbeitete chinesische Buch ist ein Kunstwerk.

So hat China in ruhigem Fortschritt eine Kultur entwickelt, die in ihren Wirkungen auf das Individuum und die Gesellschaft zum Erhabensten gehört, was der menschliche Geist erzeugt hat. Läßt sich ihr Ursprung bis auf Zeiten verfolgen, die denen altägyptischer Größe kaum nachstehen, so hat sie bei unablässiger und systematisher Weiterbildung doch gegen fremde und verändernde Einflüsse sich zu bewahren verstanden und steht in der Gegenwart noch ebenso lebenskräftig da wie die irgendeiner modernen Nation. Trotz aller fremden Eindrücke, die das Volk im Laufe der Jahrhunderte zu verarbeiten hatte, haben gewisse Grundsätze aus dem ältesten Altertum sich unversehrt erhalten und durchsetzen und beherrschen noch heute das ganze Volksleben. Wie ein goldenes Band zieht sich der Grundsatz der Kindespflicht, gesteigert zu einer Art übermenschlicher Verehrung im Ahnenkult, durch alle Jahrhunderte als Grundlage aller Familienbeziehungen und der gesellschaftlichen Ordnung.

Diese Grundsätze, an und für sich dem allgemeinen menschlichen Empfinden nicht fremd, sind von den Chinesen in einer Weise entwickelt, wie es kein anderes Volk in der Welt vermocht hat; aus ihnen quellen die guten Eigenschaften, die die Nation auszeichnen, die Achtung vor dem Alter, die Liebe zu den Kindern, die Ehrerbietung vor der Obrigkeit, die Höflichkeit gegenüber den Fremden, die Zufriedenheit, der Fleiß, die Nüchternheit, die Zucht in Haus und Gemeinde. Auf diesen Grundsätzen, den Lehren der großen Weisen, wir würden sagen Religionsstifter, beruht der verständige Ausgleich sozialer Gegensätze; von jeher bildeten sie die Richtschnur nicht nur des einzelnen, sondern des ganzen Volkes; immer wieder haben sie Anregung geboten zu sittlicher Erneuerung und zu staatlichen Reformen.

Wenn man bedenkt, wie viele geistige Einflüsse maßgebend gewesen sind, um europäische Völker zu ihrer jetzigen Größe zu führen, wie schon in früher Zeit hochstehende Kulturen, die arische, semitische und ägyptische, sich gegenseitig durchsetzten und auf die klassischen Völker einwirkten; wie wir, auf deren Boden stehend, die Erzeugnisse ihres alldurchforschenden Geistes übernahmen und weiter befruchteten durch den im Judentum groß gewordenen Monotheismus; wenn wir schließlich uns klar machen, daß alle diese Kulturen eine nach der anderen hinschwanden, um immer neuen Gebilden des Kultuslebens den Weg zu räumen, so kann man nicht umhin, der Lebenskraft und Geisteshöhe eines Volkes Bewunderung zu zollen, das sich aus sich selbst entwickelt und eine jedem anderen uns bekannten Völkerleben an Alter überlegene, an Bedeutung kaum nachstehende Kultur unvermischt und lebensfähig erhalten hat.

Was uns allerdings in China unter dem Gesichtswinkel tausendjähriger Entwicklung als ruhiger, gleichmäßiger Fortschritt erscheint, bedeutet aufgelöst in einzelne Jahrhunderte oder Jahrzehnte Kämpfe und inneres Ringen. Auch in der religiösen Erziehung der Völker. Bis jetzt ist die Wissenschaft der Religionsgeschichte in Europa noch nicht über den Standpunkt der regionalen Anordnung hinaus gediehen, wie überhaupt die Geschichtswissenschaft immer noch nur in Perioden denkt statt in Kategorien. Geschichtserkenntnis aber heißt Vergleichung, heißt Scheidung des Wesentlichen vom Unwesentlichen und Verbindung verwandter Züge. Wo fängt der Gottesbegriff im Leben der Völker an, wo setzte er ein, und wo führte er über die nächsten Anknüpfungspunkte hinaus? Diese Frage ist noch niemals beantwortet worden.

Gäbe es wissenschaftliche Grundsätze auf diesem Gebiete, so würde man finden, daß die religiöse Entwicklung in China die gleichen Wege eingeschlagen hat wie sonst in der Welt. Stufen des Fetischismus und Schamanismus werden durchlaufen; Natur- und Ahnengeister bildeten ein reiches Pantheon. Im sechsten Jahrhundert v. Chr. faßte K'ungtse (Konfuzius) die bestehenden Anschauungen zusammen; sich anlehnend an die Volksüberlieferung, die den Himmel als göttliche Macht verehrte, verkündete er ein über allem waltendes, Gesellschaft und Individuum regierendes Weltgesetz. Das wahre Wesen der Religion lag ihm in der Einwirkung auf die Gesellschaft; deshalb verlangte er die strikte Beobachtung der Riten, des Ahnen- und Staatskults, die er als das Staat und Familie einigende Band ansah. Sein Ziel war die Wiederbelebung der altchinesischen Religion in ethischer Verinnerlichung und praktischer Betätigung behufs Erneuerung des altchinesischen Staatswesens als der einzig denkbaren Grundlage chinesischer Kultur.

Mit K'ungtse rang eine andere Anschauung, die von seinem Zeitgenossen Laotze vertreten wurde. Auch dieser ging zurück auf die Vergangenheit; nur verachtet er Besitz und Bildung und die Segnungen der Kultur, die ihm als Grund aller menschlichen Leiden erschienen; den Dingen ihren gottgewollten Lauf zu lassen, predigt er als höchsten Grundsatz reifen Menschentums. Lange Jahrhunderte sind mit diesem gewaltigen Ringen zwischen den beiden Weltanschauungen, der aktiven und passiven, wie man sie bezeichnen könnte, ausgefüllt. K'ungtse zählte seine Anhänger im Norden, während Laotse der geistigen Richtung des Südens nahekam; mit dem politischen Übergewicht des Nordens über den Süden setzte sich K'ungtses auf die Vernunft stützende Lehre, die im übrigen jede religiöse Überzeugung neben sich duldete, in Sitten und Denkweise des Volkes durch. Es ist eine Ethik, die nie den Boden des Menschlichen und Möglichen verläßt, die weder die Autorität göttlicher Gebote kennt, noch die Weihe göttlicher Offenbarung beansprucht; ihr Ziel ist Wohlanständigkeit und geordnete Daseinsverhältnisse in Staat und Familie. K'ungtses Lehre wandte sich an die denkenden Staatsbürger, der Tauismus, die Lehre des Laotse, an die breiten Massen. K'ungtses Lehre läßt das Glaubensbedürfnis des religiösen Lebens unbefriedigt; auf die Frage nach dem Woher, Wohin und Wozu, nach der Ursache und dem Zweck des Daseins, nach dem Verhältnis des Wirklichen zum Wahren gibt sie keine Antwort.

Diese Lücke suchte der Buddhismus auszufüllen, der im zweiten Jahrhundert v. Chr. in China Eingang fand. Seine Stärke lag vornehm-

lich in dem glänzenden, die Menge berückenden und von Kunstsinn getragenen Kultus und der phantasievollen Paradiesesdarstellung. Durch diese Wirkungen hat er große Erfolge erzielt, wenn er auch das chinesische Denken und Leben nicht unmittelbar zu beeinflussen vermochte. Noch weniger kommen in dieser Hinsicht die anderen ausländischen Religionen in Betracht, die in China vertreten sind. Frühzeitig wanderten Juden nach China aus, die seit alter Zeit in zahlreichen Städten blühende Gemeinden bildeten. Im Gegensatze zu den Mohammedanern, die über ganz China, besonders die nördlichen Provinzen, sich verbreiteten, enthalten sie sich aller Propaganda und genießen vollkommene Duldung. Sie sind im chinesischen Volke fast unerkennbar aufgegangen, während die Anhänger des Islam wegen vielfacher Anzettelungen gegen die chinesische Regierung in blutigen Aufständen niedergeworfen werden mußten. Katholizismus und Protestantismus haben nach der Verjagung der Ordensbrüder vor etwa 200 Jahren seit dem Beginn des vorigen Jahrhunderts ihre Werbetätigkeit wieder aufgenommen; durch Missionen, Schulen, Krankenhäuser, Kirchen und eine reiche Übersetzungsarbeit suchen sie westländischen Ideen in China Einlaß zu verschaffen; an der politischen Umgestaltung Chinas in dem letzten Jahrzehnt trägt die amerikanische Mission einen nicht gering zu schätzenden Anteil.

Die Lehre des K'ungtse schließt an und für sich andere Lehren nicht aus: auch den Tauismus und Buddhismus, Abbilder einer ganz anderen Kultur und Denkweise, hat sie zwar besiegt, aber nicht beseitigt. Der Chinese bleibt der Lehre des Staatsheiligen treu, auch wenn er bei anderen Aufschluß über das Dasein nach dem Tode und den Verbleib der abgeschiedenen Seelen sucht. Sein Leben ist ein Kompromiß; als echter Jünger K'ungtses spöttelt er über tauistische und buddhistische Irrlehren, aber er wagt es nicht, sich ihrer Beihilfe zu dekorativen Zwecken bei gewissen Anlässen, Hochzeiten und Trauerfällen, zu entziehen. Als echter Jünger K'ungtses geht er sicher und mit Gleichmut durchs Leben und kennt nicht Todesfurcht und Todesgrauen, und doch ist das ganze öffentliche und private Leben von Wahnvorstellungen und Aberglauben beherrscht. Selbst in den Kultus der Ahnenverehrung, den K'ungtse als eine feste Volkssitte übernahm, sind im Laufe der Zeit Elemente eingedrungen, die dieser schönen Form der Kindesliebe und Familienzusammengehörigkeit einen gewissen okkulten Charakter verliehen. An diesem Ahnenkult nimmt jeder teil; er greift unmittelbar in das Leben des Volkes wie jedes einzelnen, heute so wie vor Tausenden von Jahren.

Außer durch Sprache und Religion wird, wie gesagt, das chinesische Reich zusammengehalten durch die Verwaltung. Seit etwa 300 Jahren bis zum Ausbruch der Revolution im Jahre 1910 wurde das Völkergemisch regiert durch ein fremdes Herrscherhaus, die Mandschus, die die inneren Störungen des weitverzweigten Organismus am Ausgange der Mingdynastie benutzten, um sich des Throns zu bemächtigen. Sie galten dem Chinesen als Eroberer, und in seinem innersten Wesen fühlte er sich ihnen fremd. Aber dem Herrscher stand nach K'ungtses Lehre ein himmlisches Mandat zur Seite, der Ausfluß des über allem waltenden Weltgesetzes, kraft dessen er zur Regierung berufen wurde. Echt demokratisch deckt sich der Wille des Himmels mit dem Volkswillen, insofern als in ihm sich jener offenbart. Anerkannt ist der Herrscher, der dem Volkswillen gemäß seine Macht ausübt; verstößt er jedoch gegen die Interessen des Volkes, so erlischt der Auftrag des Himmels, und das Volk wird den Unwürdigen entfernen.

Die Kunst des Herrschens bestand darin, dem Volke eine weite Selbständigkeit zu lassen; keine Nation ist wohl auf so demokratischer Grundlage aufgebaut und bedarf eines so geringen Beamtenapparates wie China. Zu den Staatsämtern führt der Weg durch die Staatsprüfungen, die jedem offenstanden, während das Schulwesen meist der privaten Fürsorge überlassen blieb. Aber der Wissensdrang ist übermächtig im Volke entwickelt; trotz der Schärfe der Auslese, die nur dem Tüchtigen freie Bahn gönnt, strömt die Jugend zu den Quellen der Belehrung. Demokratisch ist auch der Zusammenschluß zu Familienverbänden, das Gildenwesen und der Ausbau der Gewerkschaften, die eifersüchtig über ihre Rechte wachen und durch Streiks und Boykotts seit jeher ihre Forderungen durchzusetzen verstanden. Die soziale Bewegung, in deren Zeichen Europa heutzutage steht, hat eben ein altes Kulturvolk wie China längst überstanden, längst hinter sich. So ist China ein Land von höchster sozialer Ordnung geworden, Produktion und Absatz wird den allgemeinen Bedürfnissen untergeordnet, der wirtschaftlich Schwache findet Schutz, und der Reiche wird niedergehalten. Vermöge dieser Organisation ist die wirtschaftliche Macht der Chinesen stark genug, um sogar große Unternehmungen im Auslande einheitlich durchzuführen.

Ein weiterer Interessenverband sind die Gemeindeältesten, die Honoratioren, oder wie man sie auch häufig bezeichnet, die Literaten. Beamte, die irgendwo eine Neuerung durchsetzen, etwa eine Steuer einführen, Ausländer zulassen oder ähnliches erreichen wollten, waren genötigt, mit dieser Nebenregierung zu verhandeln; wichtige Angelegenheiten konnten

erst dann zur Ausführung kommen, wenn die Zustimmung der Gilden und Literaten erlangt war. Vielfach wurde die Zustimmung durch Preisgabe von Rechten erkauft: kam sie nicht zustande, so vereitelte der passive Widerstand der von ihren Führern abhängigen Menge jedes Regieren. Dem Beamten blieb also nichts übrig, als mit der Bevölkerung sich zu verständigen; unterließ er es böswillig oder eigenmächtig, so setzte das Volk ihm im wörtlichen Sinne den Stuhl vor die Türe.

Die Befugnisse des Beamten sind mannigfach; in der Hauptsache liegt ihm die Steuereintreibung und Rechtsprechung ob. Verwaltung und Justiz waren bis auf die neueste Zeit nicht getrennt. Die Grundlage aller Staatseinnahmen bildet die Steuer von Grund und Boden. Mit der Zunahme der Finanznöte des Reiches ging die Ausbildung des Zollsystems einher. Von Rechtsbüchern bestand bis vor wenigen Jahren nur das Strafrecht, im übrigen herrschte ein Gewohnheitsrecht, das nicht kodifiziert war. Im allgemeinen geht der Chinese Prozessen aus dem Wege; seine Organisation in Familienverbände, Gemeinden, Zünfte, Gilden, Gewerkschaften führt von selbst zu einer weiten Anwendung des Schiedsgerichtsverfahrens.

Ein bekannter englischer Schriftsteller stellte vor kurzem die Behauptung auf, daß die Wurzel der politischen Unruhen, die wie ein Präriebrand zurzeit über Europa hinzögen, der Landhunger sei. Wie eine Brandung steige der feste Wille der Völker, mit allen feudalen Landmonopolen aufzuräumen, und kein Mittel gäbe es, ihn zu dämmen. Deshalb verlohnt es sich wohl, kurz darauf einzugehen, wie die hochstehende soziale Entwicklung Chinas die Frage gelöst hat, denn China ist in erster Linie ein Agrarstaat, seine Industrialisierung lag bis vor kurzem, ja liegt noch in den Windeln. Wie bei den meisten Völkern, deren Urgeschichte wir kennen, war auch in China das Land in der ältesten Zeit Gemeingut: es war Eigentum der Gemeinde und wurde jährlich unter die Markgenossen neu verteilt. Die Verteilung vollzog sich nach dem sogenannten Brunnenfeldsystem (Tsingtien). Eine Fläche von 900 Morgen wurde in neun Abschnitte zerlegt: je acht wurden den Genossen zur Bearbeitung überwiesen; das mittelste Feld, das den Brunnen enthielt, wurde gemeinsam bearbeitet. Später kam das Feudalsystem. Der Kaiser als erster Grundherr des Reiches verteilte die Statthalterschaften der Provinzen; die Statthalter verliehen kleinere Gebiete an untergebene Beamte, die ihrerseits weitere Afterlehen schufen. Im Laufe der Zeit wurden diese Lehen zu erblichen Fürstentümern und Grafschaften. Der Kleingrundbesitz schwand, und die Bauern gerieten in immer härtere Abhängigkeit.

Mit dem Feudalismus verfiel im vierten Jahrhundert v. Chr. das Brunnenfeldsystem; der Grundeigentümer wurde selbständig gemacht. Die Folge davon war, daß die Grundstücke von wenigen reichen Leuten aufgekauft wurden und die Lage des Bauernstandes sich weiter verschlimmerte. An der Wurzel der sozialen Kämpfe, die die Geschichte Chinas im Anfang unserer Zeitrechnung ausfüllten, liegt der Landhunger der Massen. Bauernbefreiungen und Abschaffung der Hörigkeit bilden die Markpunkte; Widerstände der Agrarier gefährden stets von neuem die politischen Errungenschaften; behufs Ablenkung der inneren Zwistigkeiten nach außen sehen sich die Herrscher zu Kriegen gegen die Nachbarn genötigt. Eine Dynastie nach der anderen wird zu Fall gebracht; schließlich am Ausgange des ersten Jahrtausends unserer Zeitrechnung machten die Herrscher aus der Tang-Dynastie dem veralteten feudalistischen Bodensystem ein Ende. Ihre Agrarreform, die gegen den Widerstand der Großgrundbesitzer durchgedrückt wurde, bestand darin, daß die Kronländereien nicht mehr verkauft, sondern nur verpachtet und die 1000 Morgen übersteigenden Privatgüter enteignet wurden.

Grundsatz der chinesischen Agrargesetzgebung ist seit der Zeit, daß jeder Bürger bei möglichst geringer Leistung an den Staat das größtmögliche Maß von Freiheit genießt. Die Organisation der Landwirtschaft unter Aufsicht des Staates macht die Bildung von Grundbesitz und damit die Verarmung großer Volksschichten unmöglich. Jeder Familie gehört ein unveräußerliches, unteilbares, zwischen 3—18 Hektar je nach der Bodenbeschaffenheit schwankendes Erbgut. Größere Landgüter sind selten und werden meist durch Verpachtung bewirtschaftet. Die Bauern selbst und die von ihnen selbständig gewählten Dorfältesten sind für die Kultur des Bodens verantwortlich. Ein drei Jahre lang nicht bebautes Grundstück kann konfisziert, brachliegendes Land jederzeit von jedem, der die Mittel zur Bebauung nachweist, in Besitz genommen werden.

Bei Unglücksfällen, Mißernten, Überschwemmungen, Heuschreckenfraß usw. greift die Staatshilfe durch Steuererlasse, Vorschüsse und Unterstützungen ein. In Kornspeichern, die sich in jeder Provinz finden, werden die Ernteüberschüsse aufbewahrt. Nach jeder guten Ernte wird der Inhalt verkauft und durch neuen ersetzt, in Notjahren dagegen unter die Bevölkerung verteilt. Die Kultur des Bodens ist sehr intensiv; Kanäle und Furchen sorgen für Ent- und Bewässerung; Ameliorationen unterstehen der Aufsicht der landwirtschaftlichen Behörden; künstliche Düngung mit Asche, Kalk und Pflanzenstoffen wird seit alten Zeiten geübt.

die Beseitigung des Unkrauts ist bis zur Vollkommenheit gediehen. Etwa sieben Achtel des ackerbaufähigen Bodens in China sind bestellt. An diese Einrichtungen haben die Revolutionsjahre seit 1910 nicht zu rühren vermocht.

Wenig gepflegt in China ist die Forstwirtschaft, während Fischzucht und Fischfang sich hoher Beachtung erfreuen. Hierzu haben die Chinesen höchst sinnreiche Vorkehrungen getroffen, wie überhaupt die Erfindungskraft des Volkes auf hoher Stufe steht. Allgemein bekannt ist die erste Anwendung des Schießpulvers bei den Chinesen; die Porzellanfabrikation nimmt von dort ihren Ausgang; die ersten Stücke Porzellan brachte der berühmte venezianische Reisende Marco Polo etwa 1300 nach Europa, wo die Herstellung erst durch den Dresdener Böttger 1708 wieder erfunden wurde; die Glasbläserkunst wurde aus Europa eingeführt, dagegen sind die Lacktechnik, die Papierfabrikation, der Buchdruck, die Benutzung des Kompasses eigene Erzeugnisse chinesischen Scharfsinns.

Dr. Erkes erwähnt in seiner vor wenigen Monaten erschienenen Schrift über China, die trotz einiger Irrtümer als kurz gefaßte Einführung in das, was über das heutige China wissenswert erscheint, empfohlen werden kann, unter den Erfindungen der Chinesen noch das Unterseeboot aus dem dritten vorchristlichen Jahrhundert, das Torpedo, das im 13. Jahrhundert von den Arabern übernommen wurde, Panzerschiffe aus dem Jahre 1595, das Flugwerkzeug aus dem 5. Jahrhundert v. Chr., den Taxameter, den selbstfahrenden Kraftwagen, das Fernrohr, den Seismographen, Dinge, deren Herstellung sich wieder verlor, weil ihre Anwendung sich der chinesischen Kultur nicht einpaßte. Nachgeprüft habe ich diese Angaben nicht.

Nach allgemeinem Weltgesetz sind Licht und Schatten auch im Völkerleben gleichmäßig verteilt. Solange China ungestört von fremden Einflüssen in selbstherrlicher Ruhe dahinlebte, traten die Schattenseiten und Mängel nur in geringem Maße zutage. Innere Störungen machten sich als lokale Aufstände Luft, und so blutig auch manche verliefen, so erloschen sie doch schließlich aus Mangel an Nahrung. Der Reinigungsprozeß, dessen jeder Staatsorganismus von Zeit zu Zeit bedarf und der in anderen Erdteilen meist in Form von Kriegen erfolgt, nahm in China die Gestalt von Empörungen an und endete mit inneren Verblutungen ohne die befreiende Wirkung, die im allgemeinen ein Krieg im Gefolge hat.

Bei dem ersten Zusammenstoße mit dem Auslande, durch den die europäischen Völker sich den Zutritt zu dem chinesischen Reiche erzwangen und in seine wirtschaftliche und politische Entwicklung eingriffen, brach das System jammervoll zusammen. Ein Land, größer und menschenreicher als irgendein anderes Völkerwesen, mit einem an Alter und Bedeutung fast einzig dastehenden Kulturleben, erlag fast ohne Gegenwehr bei dem Erscheinen von ein paar ausländischen Kriegsschiffen. Es rächte sich, daß über dem Suchen nach dem sozialen Ausgleich der Massen und der Verwirklichung eines hohen Kulturideals die militärische Rüstung vernachlässigt war. In der Wertschätzung der Stände stand neben dem Schauspieler der Beruf des Kriegers am tiefsten. Durch die lange von außen ungestörte Entwicklung war ein Pazifismus in Reinkultur gezüchtet, der sich ebenso unheilvoll für das Land wie lehrreich für andere erwies. Obgleich Portugiesen und Holländer seit Anfang des vorigen Jahrhunderts bereits im Handelsaustausch mit Südchina standen, so erfolgte die eigentliche Erschließung des Reiches für den europäischen Markt doch erst mit dem Vertrage von Nanking im Jahre 1842. China sah sich gezwungen, seine Absperrung aufzugeben und einige Plätze dem fremden Handel zu öffnen. Durch den Vertrag wurde die Stellung des Ausländers in China aus einer geduldeten in eine berechtigte umgewandelt. Doch niemals hat der Chinese vergessen, daß er die Ausländer nicht rief und, als sie ohne sein Zutun erschienen, nicht willkommen hieß oder zum Bleiben ermutigte.

Machen wir uns klar: sein fruchtbarer Boden gewährt alles, was das Volk zum Leben nötig hat; weder bedarf es der Einfuhr von Dingen, die im eigenen Lande nicht zu finden sind, noch ist es auf die Ausfuhr zur Beschäftigung seiner Massen oder zur Erhöhung seiner Einkünfte angewiesen. An Mineralschätzen ist das Land reich. Kohle findet sich in Überfluß, Eisen ist vorhanden, auch Kupfer und Silber, Blei und Zinn. Gold wird aus manchen Flüssen gewonnen; Naphtha und natürliches Gas aus den Gasquellen der Provinz Szutschuan; die Porzellanerde der Provinz Kiangsi gab Anregung zu einer der ältesten und bedeutendsten Industrien der Welt. Mit Reis und Tee als den hervorragendsten unter den Nahrungs- und Genußmitteln, dem Bambus, dessen Verwendungsmöglichkeiten als Nutzholz geradezu unerschöpflich erscheinen, mit Seide, Baumwolle und Pelzwerk als den wertvollsten Gegenständen der Bekleidung, mit Feldfrüchten und Obst, so mannigfaltig und köstlich, wie sie nur ein günstiges Klima in Verbindung mit dem Pfluge als höchstem Zierat in des Kaisers Hand hervorbringen kann, steht China in seinem

Bedarf unabhängig da von anderen Ländern, während die Ausdehnung des Reiches, die ungeheure Zahl seiner Bewohner und die Verschiedenheit der einzelnen Landesteile einen Binnenhandel von so mächtigem Umfang entwickelt haben, daß die Notwendigkeit des Aufsuchens fremder Absatzgebiete für den chinesischen Kaufmann wegfällt.

Jeder Fortschritt, den der ausländische Handel gemacht hat, ist unter dem Widerstand Chinas erfolgt; mit dem Widerstande auf der einen Seite gingen Eigenmächtigkeiten und Übergriffe auf der anderen Hand in Hand. Der Gestattung des Handels in Kanton durch die chinesischen Behörden folgte die Opiumeinfuhr durch England; dem Verbote dieses Giftes der Opiumschmuggel. Aus dem Opiumschmuggel entwickelte sich der Opiumkrieg, der mit dem ersten Vertrage von Nanking 1842 und der Abtretung Hongkongs endete.

Hongkong entwickelte sich zu einem bedeutenden Umschlagszentrum für Waren, und bei der Nachbarschaft chinesischer Küsten und Flüsse blühte der Schmuggel. Chinesischen Fahrzeugen wurde die englische Flagge verliehen und unter ihrem Schutze der schlimmste Seeraub und aller Art Gewalttat verübt. Als China hiergegen Einspruch wagte, kam es zu einem neuen Kriege mit England, und seinem Abschlusse 1858 folgten neue Verträge, Öffnung neuer Vertragshäfen, Legalisierung der Opiumeinfuhr, neue Privilegien und neue Verwicklungen. Nach dem englischen wurde der französische und amerikanische Vertrag abgeschlossen, Preußen und die Bundesstaaten traten in den Kreis der Vertragsmächte 1861 ein.

Was sind denn nun die Vertragsbestimmungen zwischen China und dem Auslande? Kurz können die dem fremden Kaufmanne eingeräumten Vorteile folgendermaßen zusammengefaßt werden. Ganz China ist dem ausländischen Handel gegen Bezahlung bestimmter Zölle an die chinesische Regierung, bestehend aus Einfuhr-, Ausfuhr- und Durchfuhrzoll, geöffnet. Von bestimmten Hafenplätzen aus dürfen fremde Kaufleute, sei es in Person oder durch Angestellte, Geschäfte mit irgendeinem Teile des chinesischen Reiches anknüpfen und abschließen und Waren versenden. Einfuhr- und Ausfuhrzoll betragen 5% des Wertes; die Transitgebühr beträgt die Hälfte des Ein- und Ausfuhrzolles. In den Vertragshäfen, wo der fremde Kaufmann Land erwerben und Häuser bauen kann, ist er von jeder chinesischen Lokalsteuer befreit; damit der Absatz seiner Waren nicht unter der chinesischen Industrie leidet, wird auf chinesische

Industrieerzeugnisse eine Steuer gelegt, die dem Einfuhrzoll der fremden Ware gleichkommt. Der Ausländer genießt Exterritorialitätsrechte, d. h. er untersteht den Gesetzen und der Aufsicht der Beamten seines eigenen Landes, der Konsuln; in bezug auf Anstellung von Personal und die Führung seiner Geschäfte ist er keinerlei Einschränkungen unterworfen. Im Innern des Landes kann er unter dem Schutze von Pässen zu Handelszwecken reisen. In allen Artikeln darf der Kaufmann handeln, nur nicht in Salz, das Regierungsmonopol ist; die Einfuhr von Pulver und Waffen bedarf jedesmaliger Erlaubnis; Reis und Kupfermünzen sind der Ausfuhr nach anderen Ländern entzogen.

Dieses sind die einzigen Schranken, die dem Handel des fremden Kaufmannes gesteckt sind; er hat in China seine eigenen Banken, seine Postämter, seine Zeitungen, seine Schulen, seine Kirchen, seine Börsen; er errichtet seine eigenen Docks, um Schiffe zu bauen und auszubessern; eigene Kabel verbinden ihn mit der Heimat und mit den Nachbarplätzen; seine Dampfer fahren an der Küste und bringen ihn Hunderte von Meilen weit in das Innere des Landes; Seidenspinnereien, Mehl- und Ölmühlen, Baumwollfabriken und Bierbrauereien sind mit seinem Kapital errichtet; Minen- und Eisenbahnunternehmungen sind ihm von der chinesischen Regierung im Innern des Landes konzessioniert. Jeder Vorteil, der den Angehörigen eines anderen Staates zuteil wird, fällt ihm vermöge der Meistbegünstigungsklausel, die einen wesentlichen Punkt aller Verträge bildet, automatisch zu.

Ursprünglich hat China nur von seinem Überflusse abgegeben; auf Einkäufe von Tee und Seide beschränkten sich die ersten Fremden; unzählige Rohstoffe sind im Laufe der Zeit hinzugetreten. Damals kam für die Einfuhr nach China ursprünglich außer englischem Baumwollenzeuge in erster Linie das Opium, ein Monopol der indischen Regierung, in Betracht. Für den Vertrieb seiner eigenen Waren ist der Kaufmann auch heute noch darauf angewiesen, neue Bedürfnisse zu schaffen, vielfach dem Volksgeschmack eine andere Richtung zu geben. Nur soweit er es versteht, die Überlegenheit ausländischer Erzeugnisse vor den einheimischen darzutun und die von Haus aus nur geringe Neigung für fremde Dinge anzufachen, hat er Aussicht auf Absatz und Erfolg.

Allmählich ging die Rolle, die der chinesische Tee im Welthandel zuerst gespielt hatte, an Indien und Ceylon verloren. Der Gang läßt sich aus folgenden Zahlen beurteilen:

Durchschnitt der Ausfuhr in Millionen englischer Pfunde.

Jahr	China	Brit. Indien	Ceylon	Japan	Java
1888/92	242,2	105,5	48,7	48	7,25
1893/97	234,5	135,4			7,75
1898/02	192,4	172,7			14,3
1903/07	200,3	210,6	165,5		26
1908/12	202,1	255,4	188,5		44,5
1913/17	197	299,7		81	75

Japan gelang es, in kurzer Zeit zum zweitgrößten Seidenlieferanten der Welt emporzusteigen. Für das Opium bildete sich China selbst zum Rivalen Englands aus; es hat einen Verzweiflungskampf geführt, um sich von dem in die Millionen gehenden Jahrestribut an englische Gewinnsucht freizumachen und des ihm aufgezwungenen Übels Herr zu werden. Hier ist nicht der Platz, um auf die einzelnen Phasen des grauenvollen Ringens, ebenso schlimm, wenn nicht schlimmer in seiner Wirkung als die Konzentrationslager der Buren oder die Aushungerung Deutschlands, einzugehen, — handelte es sich doch um die bewußte Degenerierung eines hochstehenden friedlichen Volkes; erst als sich zeigte, daß sich infolge der Anstrengungen der chinesischen Regierung, durch eigene Anpflanzungen die Einfuhr aus Indien überflüssig zu machen, der schmutzige Handel auf die Dauer doch nicht retten ließ, sah England die Zeit gekommen, mit China sich in Verhandlungen einzulassen, damit zur Vermeidung größerer Krisen das indische Geschäft wenigstens nicht plötzlich, sondern allmählich zum Stillstand gelange. Schließlich hatte sich der lange und erbitterte Streit um das Opium zu einer Kraftprobe zwischen China und Großbritannien ausgewachsen, wobei Amerika und andere Länder zugunsten Chinas eingriffen; der zähen Selbstzucht der Chinesen mußte britische Selbstsucht erliegen. Am 31. März 1917 hörte der Handel mit Opium im ganzen chinesischen Reiche auf; diesem Tage kommt daher in der chinesischen Geschichte eine Bedeutung zu, die weit über den Einzelfall als symptomatisch für das Schwinden britischer Vergewaltigungspolitik im Fernen Osten hinausragt.

Alle Umstände, die dem ursprünglich behaupteten Monopol des englischen Kaufmanns entgegenwirkten, kamen der Ausbreitung des deutschen Handels zugute. Seine Stärke lag gerade in der Fähigkeit, stets neue Absatzmöglichkeiten zu entdecken und den chinesischen Markt für die Aufnahme immer neuer Artikel vorzubereiten. Mit mehr Recht als alle anderen darf man ihn daher als den eigentlichen Handelspionier des

Ostens bezeichnen. Die intensive Beackerung des reichen Bodens mit ihrer ungeheueren und mühevollen Kleinarbeit ist wesentlich deutschen Handelsleuten zu verdanken! Sie waren es, die die Märkte für englische Baumwollzeuge, für amerikanisches Petroleum, für Waren aller Art bis zur Versorgung mit Maschinen, Farben, Kanonen und elektrischer Stadtbeleuchtung fanden. Immer höher mußten sie ihre Tätigkeit steigern, um jedem durch sie selbst angeregten Wettbewerb gewachsen zu sein.

Die Entwicklung von Chinas Außenhandel und von Deutschlands Anteil an ihm zeigen die folgenden Zahlen:

Der Wert der Einfuhr betrug in Hk. Tls.

von	1905	1913	1917
Hongkong	148 071 198	171 636 099	158 602 488
Großbritannien	86 472 343	96 910 944	51 989 135
Vereinigte Staaten inkl. Hawai	76 916 838	35 427 198	60 960 777
Japan inkl. Formosa	61 315 248	119 346 662	221 666 821
Indien	34 798 437	48 292 190	26 989 184
Deutschland	14 846 075	28 302 403	—
Belgien	9 554 334	15 830 838	7 597
Frankreich	3 811 634	5 299 517	2 309 160
Rußland	2 017 012	21 952 888	11 217 735
Korea	1 753 701	3 526 881	11 843 006
Niederlande	1 468 127	1 423 864	33 625
Österreich-Ungarn	1 340 511	4 121 913	1 035
Italien	424 794	663 651	487 999
Norwegen	69 642	347 590	247 539
Dänemark	47 649	100 851	67 424
Schweiz	27 975	58 034	662
Spanien und Portugal inkl. Gibraltar	2 875	4 559	2 130
Schweden	2 058	1 540 989	340 113
Gesamteinfuhr	461 194 532	586 290 431	577 381 339

Der Wert der Ausfuhr betrug in Hk. Tls.

nach	1905	1913	1917
Hongkong	81 452 643	117 128 661	115 842 946
Japan	35 464 963	65 544 186	105 773 819
Vereinigte Staaten inkl. Hawai	27 030 772	37 650 301	94 786 229
Frankreich	18 872 233	40 749 782	25 530 679
Großbritannien	18 064 270	16 346 413	26 089 759
Gesamtausfuhr	180 884 881	277 419 343	368 023 432

nach	1905	1913	1917
Übertrag	180 884 881	277 419 343	368 023 432
Italien	8 170 304	8 318 038	3 905 824
Rußland	8 802 117	44 921 437	49 750 506
Deutschland	5 377 649	17 025 224	50
Indien	2 720 540	6 190 307	6 950 387
Belgien	2 266 686	6 546 398	—
Korea	2 185 927	6 812 968	8 518 934
Niederlande	493 204	8 692 465	26 356
Österreich-Ungarn	488 111	1 550 175	—
Schweiz	249 176	47 699	3 695
Spanien und Portugal inkl. Gibraltar	67 813	399 366	19 279
Dänemark	23 952	289 495	1 678 822
Schweden	3 820	228 653	1 680
Norwegen	5 140	2 706	9 823
Gesamtausfuhr	227 888 197	403 305 546	462 931 630

Wert der Hauptausfuhrwaren [1]):

	1905	1913	1917
Seide	70 393 833	104 894 814	106 173 997
Tee	25 445 652	33 936 769	29 107 687
Häute	14 680 035	15 184 344	17 367 572
Bohnen	13 120 223	23 296 876	23 758 075
Baumwolle	12 029 326	16 235 604	20 035 892
Öle	—	11 414 192	29 721 732
Zinn	—	10 916 906	12 204 877
Spitzen	6 210 688	5 074 043	2 406 683
Papier	3 551 634	3 181 543	3 203 082
Zucker	2 194 490	630 252	1 537 224

Deutschland kam es nur darauf an, in dem Riesenreiche seine Handelsinteressen zu festigen und den Absatz seiner Industrie zu fördern. Dazu aber bedurfte es eines starken Chinas, eines Landes, das in ruhiger Entwicklung steigenden Wohlstand fand. Dem ungestörten Fortbestand des Reiches und der Pflege der Güter des Friedens waren deshalb alle seine Kräfte gewidmet. Die Aufgabe war um so weniger einfach, als China selbst zu seiner inneren Kräftigung und Modernisierung nichts Durch-

[1]) Über die Haupteinfuhrwaren siehe in „Der Einfuhrhandel nach China" am Schlusse dieses Buches.

greifendes tat. Rat- und haltlos stand das Reich der Flut gegenüber, die sich plötzlich vom Westen her ergoß. Ein neues Volk nach dem anderen tauchte auf, und alle trachteten teilzunehmen an dem Handel des mit Schätzen aller Art zum Überfluß gesegneten Landes. Ehe der Chinese zum Bewußtsein seiner Lage kam und sich darauf einrichten konnte, türmten sich neue Schwierigkeiten, die er ebensowenig begriff und gegen die er als einzige Wehr stolze Zurückhaltung und Mißachtung zur Schau trug. Das trifft zu, ebenso politisch wie bei wirtschaftlichen Fortschritten.

Je klarer Chinas Friedfertigkeit und mangelhafte Rüstung durchschaut wurde, um so mehr wurde es der Spielball habgieriger und aufeinander eifersüchtiger Mächte. England und Frankreich waren die ersten, die wesentliche Teile vom äußeren Bestande abbröckelten. Im Jahre 1861 erklärte England das Protektorat über Sikkhim, darauf über Nepal und Bhutan, 1885 ging Birma in englischen Besitz über. Frankreich nahm 1862 Saigon, 1867 Kambodja, 1874 Tongking und einige Jahre später Annam. Rußland hatte in gewaltigem Eroberungszuge 1858 das Amurgebiet erworben, 1871 besetzte es Ili und Kuldja, 1875 sicherte es sich die Insel Sachalin.

Ich habe hier einige Daten gegeben, um zu zeigen, mit welcher Schnelligkeit, gewissermaßen Schlag auf Schlag, sich die Ereignisse folgten; im allgemeinen beabsichtige ich, nach Kräften mich bei dem Gesamtbilde, das ich gewissermaßen als Hintergrund oder als Rahmen der später folgenden Einzeluntersuchungen zu entwerfen habe, langweiliger Zahlenreihen zu enthalten. Nur mit wenigen Strichen will ich versuchen, den Gang, den die Geschehnisse im Osten nahmen, zu zeichnen.

Nach Vollendung des russischen Eisenbahnsystems bis zum Ural im Jahre 1890 erhielt plötzlich der Gedanke einer Fortführung der Bahn durch Sibirien festere Gestalt. Eine Gefährdung Chinas brauchte mit dem Bahnbau nicht notwendig verbunden zu sein, indes war die Besorgnis nicht unbegründet, daß Rußland seine Stärke benutzen und seine Machtsphäre auf Kosten Chinas südlich bis zum Stillen Ozean ausdehnen werde, um in den Besitz eines eisfreien Hafens zu gelangen. Gerade der Pomp und Lärm, womit der Bahnbau eingeleitet wurde, verriet weitergehende Absichten. Dazu kam, daß bei dieser Gelegenheit zum ersten Male ein inniges Zusammengehen zwischen Rußland und seinem Geldgeber, Frankreich, hervortrat. Jedem mußte sich damals die Beobachtung aufdrängen, daß beide Völker gemeinsame Interessen im Osten zu verfolgen entschlossen waren, die nur in räumlicher Ausdehnung Frank-

2*

reichs im Süden und Rußlands im Norden bestehen konnten. Der asiatische Auftakt zu der späteren Flottenbegegnung in Kronstadt vom 23. Juli 1891 war nicht ohne eine gewisse Spitze gegen England und konnte als Bedrohung Japans gelten.

Denn wenn Japan sich nicht erdrücken lassen wollte, so durfte es sich den Weg nach Norden nicht versperren lassen. Hier bildete das Königreich Korea die Grenze, ein Land, das unter unfähigen Herrschern mit einer zur Trägheit neigenden und in Nichtigkeiten sich verzettelnden Bevölkerung dem geringsten Druck von außen nachzugeben bestimmt war. Fruchtbar, reich an Mineralien und Baumbestand und einer ausgedehnten Reis- und Baumwollkultur fähig, ersetzte es mit seiner geringen Bevölkerung gerade das, was Japan abging. Wie über Tibet, Birma und Annam, die von den Europäern teils weggenommen waren, teils als sichere Beute betrachtet wurden, erhob der Kaiser von China auch über Korea Souveränitätsansprüche, ohne die Mittel zu haben, sie durchzusetzen.

Um Korea widerstandsfähig gegen den Einmarsch der Russen zu machen, beschloß Japan, das Land unter eigenen Schutz zu nehmen. Wo ein Kriegsziel ist, hat sich immer ein Kriegsgrund gefunden. 1894 besetzte ein japanischer General kurz entschlossen das koreanische Reich, chinesischer Widerstand wurde spielend gebrochen; eine Einnahme Pekings im Jahre 1895 konnte nur die schnelle Anknüpfung von Friedensverhandlungen verhindern. Dieser japanisch-chinesische Krieg leitete die Zertrümmerung von Scheinansprüchen ein, die China als Vormacht der ostasiatischen Länder erhob. An die Stelle Chinas trat fortan Japan. Indem es seine Macht auf breitere Grundlage zu stellen strebte, erwuchs ihm die Möglichkeit, sich der europäischen Welle entgegenzustemmen, die nach Indien und Sibirien bei der Ohnmacht des chinesischen Kolosses auch über Ostasien zusammenzubrechen drohte.

Unter den Friedensbedingungen vom 5. April 1895 befand sich auch die Forderung, daß Port Arthur in der chinesischen Provinz Liautung auf eine Reihe von Jahren japanische Besatzung erhalten sollte. Die Absicht war augenfällig, russischen Ausdehnungsgelüsten, die in Port Arthur den eisfreien Ausgangspunkt der sibirischen Bahn anstrebten, einen Riegel vorzuschieben. Sie rief zum ersten Male die russisch-französische Entente auf den Plan. Durch die Flottendemonstration der beiden Alliierten im Hafen von Tschifu, der sich Deutschland anschloß, wurde Japan zum Verzicht auf Port Arthur gezwungen.

Bei der Beuteverteilung nach dem japanisch-chinesischen Kriege, wobei England wie immer den Löwenanteil erhielt, wurde Deutschland 1897 eine wirtschaftliche Konzession zur Erschließung der Provinz Schantung durch Eisenbahnen und Anlage von Bergwerken mit einem festen Stützpunkte an der Kiautschoubucht auf zunächst 99 Jahre verliehen. Was unser Volk in Durchführung der von ihm übernommenen Aufgabe zur Kräftigung Chinas geleistet hat, gehört der Geschichte an. Mächtige Anregung erhielten Handel und Wandel der Provinz Schantung; ganze Gebiete, in denen vordem die Schrecken eines ungebändigten Räuberwesens herrschten, wurden durch den Schienenstrang und Hafen in wenigen Jahren nicht nur dem chinesisch-deutschen, sondern dem internationalen Verkehr angegliedert. Für die Einführung einer zweckmäßigen Verwaltung und Belehrung der Massen, die Modernisierung des Rechts- und Gesundheitswesens, Hebung des Unterrichts, boten die Einrichtungen des Kiautschougebietes China die besten Vorbilder. Politisch betätigte Deutschland seinen stets wachsenden Einfluß dahin, China zur Mündigkeit zu verhelfen und den Gelüsten, die auf eine Aufteilung und Zertrümmerung des Reiches zielten, mit Festigkeit entgegenzuwirken. Seine Arbeit war, wie ein amerikanischer Schriftsteller neuerdings behauptet, eine Kulturleistung im höchsten Sinne.

Es war natürlich, daß das unaufhörliche Eindringen der Europäer in China von Osten, Süden und Norden her Gegenströmungen hervorrief. Nur als ein Zwischenspiel ist dabei in dem gewaltigen Völkerdrama die Bewegung zu werten, die als Boxeraufstand in der Geschichte lebt. Erbitterung mancher chinesischer Kreise gegen die Rücksichtslosigkeit der Fremden und das Aufflackern einer Art Patriotismus, der sich aus Stolz auf die nationale Kultur und Zivilisation und aus der Verachtung ausländischen Wesens zusammensetzte, führte 1900 zu diesem Gliederrecken des gewaltigen Riesen. Indes mit unzulänglichen Mitteln unternommen und uneinheitlich geleitet, mußte die Bewegung vor der gewaltigen Gegenanstrengung Europas, Amerikas und nicht zum wenigsten Japans zusammenbrechen.

Aber eine andere Wirkung löste der vorzeitige Befreiungsversuch aus; Japan erkannte deutlicher als zuvor die Gefahr, die seinem eigenen Bestande in der Schwäche Chinas drohte. Alsbald nach Abschluß des chinesisch-japanischen Krieges hatte es Anstrengungen zur Einigung der asiatischen Völker gemacht: „China, Japan und Korea“, so hieß es in einem Aufrufe des 1896 gegründeten japanischen Kulturbundes, „sind die drei benachbarten Reiche in Ostasien, die aufeinander angewiesen

sind. Wenn sie sich jetzt nicht zusammentun, so werden sie in nicht ferner Zeit die Sklaven anderer sein.“ An Gleichgültigkeit und Mißtrauen der Nachbarn scheiterten die japanischen, aus eigenem Interesse diktierten, also sicherlich aufrichtigen Absichten. Indes auf sich allein gestellt, war das Volk der Riesenaufgabe der Einigung der asiatischen Völker nicht gewachsen; es suchte nach Bundesgenossen, um allmählich das, was in einem Schlage nicht gelingen konnte, nämlich die Zurückdrängung Europas und Amerikas aus Asien, zu erreichen. Die nächste Gefahr drohte vom Norden. Im Anschluß an den Boxeraufstand hatte Rußland die Mandschurei besetzt und die chinesischen Besatzungen in Zizikar und Mukden zum Abzug gezwungen.

Als natürlicher Bundesgenosse erwies sich England, dem die sich immer aufdringlicher gebärdende Geltendmachung des russischen Einflusses in Teheran, Kabul, Peking, ja selbst im tibetanischen Lhassa, als Gefährdung seiner Zukunft in Mittelasien und damit seines indischen Besitzes erscheinen mußte. Auch Deutschland wurde, wie wir aus diplomatischen Enthüllungen wissen, zum Eingehen eines Bündnisses von Japan aufgefordert, jedoch nicht dazu gewonnen. Am 30. Januar 1902 stellte sich England durch ein förmliches Abkommen auf die Seite Japans. Es war die Antwort auf das russisch-französische Ententespiel im Osten. Unter Englands Schutz wagte Japan im Jahre 1904 den Kampf wider den russischen Gegner; indem der englische Verbündete keine Einmischung Dritter duldete, behielt die japanische bessere Führung und größere Manneszucht von Anfang an das Übergewicht. Der Scheinherrschaft des koreanischen Königs wurde ein Ende gemacht; Dalny und Port Arthur fielen. 1905 wurde unter Vermittlung Amerikas der Friede von Portsmouth geschlossen. Eine Folge dieses Friedens war es, daß die russische Besatzung von Port Arthur in der chinesischen Kuan-Provinz durch eine japanische ersetzt wurde; im weiteren Verlauf hörte Korea im Jahre 1905 als Staat zu bestehen auf und erhielt am 24. Juni 1907 die Verwaltung einer japanischen Provinz.

Noch zweimal hat England sein Bündnis mit Japan vom Jahre 1902 erneuert. Kurz vor dem Friedensabschluß in Portsmouth verlängerte es das Abkommen auf die nächsten zehn Jahre, indem es den Umfang bedeutend erweiterte. Hatte das erste Bündnis sich gegen eine Koalition gerichtet, so verhießen sich im zweiten beide Reiche bewaffneten Beistand gegen jeden nicht herausgeforderten Angriff einer anderen Macht. Japan erhielt freie Hand in Korea, England in Tibet an der chinesischen Grenze. Englands Absicht war, das durch den Krieg finanziell ruinierte

Japan vermöge seines Geldes weiter in Abhängigkeit und Gefolgschaft zu halten; der Bundesgenosse sollte vor China Wache halten und die Interessen Englands wahrnehmen, wenn dieses Land seiner Flotte und Hilfsmittel auf einem anderen Schauplatze bedurfte. Die letzte Abänderung des Bündnisvertrages ergab sich aus den Verhandlungen Englands mit den Vereinigten Staaten in Verbindung mit der englischen Einkreisungspolitik gegen Deutschland. Die amerikanische Regierung verpflichtete sich offenbar im Jahre 1911, England im Falle eines Krieges gegen Deutschland zu unterstützen, falls die Klausel über die militärische Hilfe Englands an Japan zugunsten der Vereinigten Staaten fiele. Die Abänderung fand am 13. Juli 1911 statt. Klug die Entwicklung voraussehend, hatte Japan sich mittlerweile seinem ehemaligen Feinde Rußland genähert. Mit der russisch-japanischen Verständigung setzte im Jahre 1907 im Osten eine Politik ein, die dem englisch-japanischen Bündnis allmählich das Wasser abgrub. Das Abkommen zwischen Japan und Rußland vom 21. Juni 1910 eröffnete russischer Aggression die Mongolei, während Japan sich trotz mancher amerikanischen und englischen Durchkreuzungsmanöver in der Mandschurei festsetzte.

Chinas Ansehen sank in all diesen Jahren bis zur Bedeutungslosigkeit. Als Erbe aus dem Boxeraufstande übernahm es die Verpflichtung einer Revision der Handelsverträge mit den verschiedenen europäischen Mächten. Hierbei erhob es den Wunsch, entsprechend der Erhöhung der Reichsausgaben einen höheren Zolltarif als den fünfprozentigen zugebilligt zu erhalten. Mit großer Eile schloß, allen anderen Nationen den Rang ablaufend, England einen neuen Handelsvertrag, den sogenannten Mackay-Vertrag in Schanghai 1902. Gegen das Versprechen einer Abschaffung der den Verkehr mit dem Auslande erschwerenden und beeinträchtigenden Inlandszölle erhielt China eine Erhöhung des Einfuhrzolls auf 12½ % zugesagt, allerdings vorbehaltlich der Zustimmung aller anderen Mächte.

Die Zusage, deren Berechtigung keine Nation sich verschloß, blieb auf dem Papier. England allein hatte im Grunde gegen die Erfüllung starke Bedenken, da seine besonderen Handelsartikel diese Belastung bei einer Industrialisierung Chinas nur schwer vertrugen. Japan und die Vereinigten Staaten schlossen sich dem Vorgehen Englands an. Leider brachte Deutschland dadurch, daß es den Vertrag mit allzu weitgehenden Ansprüchen belasten wollte, die Angelegenheit zum Scheitern. Für China hatte diese Enttäuschung die Wirkung, daß der Wunsch nach staatlicher Zollautonomie und einer Erlösung von der unwürdigen Fessel eines vom

Eroberer im Jahre 1842 ihm auferlegten Zolltarifs allgemein sich verbreitete. Bis jetzt hat sich nicht die Hand gefunden, die einen Ausweg aus der Sackgasse bahnte.

Um ihre Stellung zu retten, verfolgte die chinesische Regierung nach dem trostlosen Zusammenbruch der Boxerunruhen den Plan, durch weitgehende Reformen sich, wie ein chinesischer Patriot sagt, die „Krallen und Zähne" der europäischen Zivilisation anzueignen. Die Japaner hatten frühzeitig nach dem Eindringen der Europäer zu diesem Mittel gegriffen und in der Aneignung dessen, was sie zu ihrer eigenen Erstarkung und erfolgreichen Abwehr des Fremdeneinflusses von Fremden glaubten annehmen zu müssen, das Äußerste geleistet. Wie sie in wenigen Jahrzehnten sämtliche Errungenschaften europäischer Wissenschaft und Technik unter Wahrung ihrer eigenen hochstehenden Kultur mehr oder weniger gründlich sich zu eigen gemacht haben, verdient Hochachtung. Als die Chinesen sich zu ähnlichen Leistungen aufrafften, war es reichlich spät; dazu stießen alle ihre Versuche auf den hartnäckigen Widerstand der Fremdmächte, die aus der stumpfen, mohngetränkten Gleichgültigkeit des Volkes Vorteile zogen.

Jedoch ließ sich der Umschwung wohl hinauszögern, nicht ganz aufhalten. Und trotz der Hinzögerung erfolgte er zum Teil überstürzt, ebenso wie die politische Entwicklung. Dadurch, daß der chinesische Koloß sich zuerst nicht leicht rühren ließ, fielen die Vorteile der Verjüngung zunächst Ausländern zu. An Stelle der alten Holzfahrzeuge traten Dampfer, vorerst aber nur im Besitz und unter Führung von Fremden, und zwar nicht nur zur Vermittlung des Verkehrs zwischen China und dem Auslande, sondern auch in der Küstenfahrt. Der Einführung des Telegraphen durch die chinesische Regierung Mitte der neunziger Jahre folgte nach hartnäckigem Sträuben der Bevölkerung der Bau von Eisenbahnen. Heute überzieht ein Eisenbahnnetz von ungefähr 10 000 km das weite Land. Aber die Bahnen befinden sich zum großen Teile in den Händen der Ausländer, deren Kapitalien zum Bau verwandt wurden. Darum erwächst der chinesischen Regierung aus ihrem Bestande nicht der volle Nutzen. Ebenso unterstehen die Bergwerke, auf deren Konzessionierung am Ende des vorigen Jahrhunderts ein allgemeiner Ansturm von Vertretern fast aller Nationen eingesetzt hatte, in beträchtlichem Umfange fremdem Ausbeutungsrechte. Dem finanzschwachen China wurden die Mittel zur Hebung seiner Schätze aufgezwungen, und die Folge davon ist, daß der Gewinn, der aus dem Besitze fließt, als Zins ins Ausland geht. Nur mit Widerstreben ließ England anfänglich

die Anlage einiger Fabriken zu, zunächst Baumwollfabriken und Seidenspinnereien. Erst seit etwa 15 Jahren nahm die Industrie des Landes einen größeren Aufschwung. Das ursprünglich zögernde Tasten lief schließlich während des Krieges in ein kräftiges Zugreifen aus. Heute werden an den verschiedensten Plätzen des Reiches Dampfschiffe für ausländischen Bedarf hergestellt — die Industrialisierung Chinas hat eingesetzt und wird sich, besonders wenn Japan sich systematisch der Führung bemächtigt, nicht länger zurückdämmen lassen.

Einer der letzten Berichte des chinesischen Handelsministeriums stellte fest, daß über China verstreut 25 000 Fabriken bestehen. Die meisten liegen in den offenen Hafenplätzen; sehr viele davon würde man wegen ihrer Unbedeutendheit in westlichen Ländern kaum Fabriken nennen; vielleicht ist die Zahl derer, die auf den Namen Anspruch erheben können, nicht mehr als Tausend. Aber es ist doch von Bedeutung, daß im heutigen China 25 000 gewerbliche, als Fabriken angesprochene Arbeitsstätten mit 400 000 Arbeitern und 150 000 Arbeiterinnen vorhanden sind.

Wir finden Druckereien, Getreide- und Reismühlen, Bierbrauereien, Baumwoll- und Seidenwebereien, Öl- und Papierunternehmungen, Ziegeleien und Zementwerke, Kerzen- und Seifenfabriken, Hanfflechtereien, Glaswaren- und Porzellanindustrie, Wasserwerke, elektrische Lichtwerke, Zuckerraffinerien, Fabriken für chirurgische Instrumente, für Heizungsanlagen, für elektrische Lichtbirnen, für Fahrräder, für Motore, und so geht es weiter.

Erschwert wird das Aufkommen durch die Besteuerung. Man schiebt diese gern der Regierung in die Schuhe, ohne zu bedenken, daß die Besteuerung der Fertigfabrikate einem Verlangen der Vertragsmächte entsprach und zuerst auf die Schanghaier Baumwollfabriken Anwendung fand, um die englische Konkurrenzware gegen chinesische Massenprodukte zu schützen. Alles, was ein Reich braucht, um sich einen ersten Platz unter den Industrieländern der Erde zu erobern, hat China in überreichem Maße. Es verfügt über billige Arbeitskräfte, einen ungeheuren Reichtum an Kohlen und große Vorräte in Eisenerzen. Die Eisen- und Stahlindustrie ist jetzt schon so weit entwickelt, daß in absehbarer Zeit Millionen von Tonnen Roheisen und Stahl in China erzeugt werden können. Antimon und Zinn werden ebenfalls seit einigen Jahren im Lande verarbeitet. Überall regt es sich, um die Tee- und Seidenproduktion nach modernen Methoden für das Land und die Bevölkerung ergiebiger zu gestalten. Ungeahnte Erwerbsmöglichkeiten liegen in der

industriellen Bearbeitung der Sojabohnen und der Pflanzenöle. Während des Krieges sind nach Frankreich bedeutende Mengen Walnußöl für die Farbenindustrie ausgeführt worden; Tabakpflanzungen sind im letzten Jahrzehnt entstanden, und große Kautschukplantagen weist die Insel Hainan auf. Mit Staunen verfolgt man, wie die Chinesen sich auf ganz neue, ihnen ursprünglich fremde Arbeits- und Verwertungsmethoden einstellen.

Kapital und Leitung liegen, wie gesagt, zum großen Teile in fremden Händen. Es fehlt an der richtigen Vorbildung. Wie aber werden die Tausende und Abertausende von chinesischen Arbeitern nach ihrer Rückkehr wirken, die während des Krieges in französischen Fabriken Beschäftigung fanden! Ob nicht durch sie eine recht unerfreuliche Konkurrenz des chinesischen Arbeiters mit den Ländern des Westens angebahnt werden wird? Der Gang, den die Entwicklung einmal genommen hat, wird und muß schließlich die bestehenden Hindernisse überwinden; zumal auch die technische Heranbildung der Jugend eingeleitet ist. Kurz nach den Boxerunruhen erhob sich zugleich mit dem Ruf nach Justiz- und Verwaltungsreformen auch der Wunsch nach einer Modernisierung des Schulwesens. Man schickte junge Leute ins Ausland, um sie an fremden Beispielen zu bilden; großzügig verzichtete Amerika auf die Entschädigung aus der Boxererhebung unter der Bedingung, daß junge Leute für diesen Betrag ihre Ausbildung in Amerika erhielten. Zurzeit steht England in Verhandlungen mit China, um ebenfalls unter Verzicht auf die Boxerentschädigung das Recht zu erhalten, an vier Hauptplätzen Chinas Hochschulen für Chinesen unter seiner Leitung einzurichten. Italien verfolgt ähnliche Absichten. Das Vorbild für alle diese Anstalten waren die in Schanghai und Kiautschou gegründeten deutsch-chinesischen Hochschulen. Als erste englische Schule für technische Wissenschaften entstand eine Hochschule in Hongkong. Medizinische Hochschulen wurden hauptsächlich von Amerikanern begründet, denen ein von Rockefeller gestiftetes Stipendium in Höhe von mehreren Millionen Dollars zur Verfügung steht.

Auch hier kam also der Anstoß von außen; eine der wenigen Personen, die genügende Autorität besaßen, um die ganze ungeheure Reformarbeit ohne allzu große Reibung zu erzwingen und ein neues China zu modeln, die Kaiserin-Regentin Tszuhsi, starb im Jahre 1908. Unter ihrem schwachen Nachfolger, dem für den unmündigen Kaiser die Regentschaft führenden Prinzen Tsch'un, stürzte das alte System zusammen; am 9. Oktober 1911 brach in Hankou die Revolution aus.

die den Rücktritt der kaiserlichen Familie herbeiführte. Präsident wurde Yuan schi-k'ai; als Diktator suchte er mit eiserner Faust Ruhe und Ordnung in dem parteidurchwühlten Lande herzustellen, aber trotz vieler Ansätze zur Erneuerung der Verwaltung versagte er in der Erneuerung des Volksgeistes, der die Formen belebt und lebensfähig erhält. Bei seinem plötzlichen Tode zeigte sich, wie wenig Lebenskraft eine Methode besaß, die nur auf Versprechungen und Bestechungen sich gründete. In der Not versagte ihm das Volk das Vertrauen. Japan, das ein kräftigeres Einsetzen gegen europäische Umtriebe von dem Manne sich versehen hatte, ließ, des langen Wartens müde, Yuan in dem Augenblicke, als er seine eigene Dynastie aufpflanzen wollte, fallen. Noch weniger war der Lage sein Nachfolger, Li yuan-hung, gewachsen, ein biederer General, den die Revolutionswelle emporgetragen hatte. Er strauchelte über der Kriegserklärung an Deutschland. Habsucht und Ehrgeiz zeichneten den folgenden Präsidenten, Feng kuo-tschang, aus; ruhmlos rollte die Zeit über ihn hinweg. Nach seinem Abgange wurde Hsü schi-tschang zum Präsidenten berufen, ein Anhänger K'ungtses der alten Schule, Generalgouverneur der Mandschurei unter dem alten Kaiserhaus, Vormund des Kaiserknaben, im Volke bekannt wegen seiner politischen Anständigkeit und sauberen Hände.

Indes ist der Einfluß des Präsidenten nach dem Hinscheiden Yuan schi-k'ais sehr gering, die wahre Leitung des Volkes ruht bei dem ersten Minister. Als solcher tat sich während des letzten Regierungswechsels besonders Tuan tsch'i-jui hervor, zweifellos ein kluger Mann, der die Mehrzahl der hohen Militärs in den Nordprovinzen auf seine Seite zu bringen gewußt hat. Darum darf man aber nicht etwa den Kampf zwischen Norden und Süden aus dem Gegensatz zwischen Militärpartei und Demokratie oder zwischen Monarchie und Republik erklären; denn sowohl im Norden als im Süden sitzen Revolutionäre und Demokraten. Vielmehr ist es ein Kampf um die Macht, nicht um Ideale, nicht um Aufgaben und Ziele des Volkswohls. Die mit heller Begeisterung und freudiger Erwartung inszenierte parlamentarische Regierung, an deren Wiege die modernen Intellektuellen und politischen Abenteurer Jung-Chinas standen, war von Anfang an ein Fiasko. Noch heute ist das Staatsgrundgesetz nicht gestaltet, endlos ziehen sich die Fehden um die Rechte der wiederholt aufgelösten und neu berufenen Nationalversammlung hin; auch der neue Präsident, und sei er noch so makellos, wird den verfahrenen Staatskarren nicht aus dem Schmutze ziehen. Denn nicht die Regierungsform entscheidet über den Charakter und die Lage eines Volkes, sondern

mit Plato müssen wir annehmen, daß der nationale Charakter notwendig Form und Richtung der Regierung bestimmt.

Aus der Entleihung einer ihm durch Tradition und Geschichte wesensfremden Staatsform, deren Wiege im Westen stand, ist den Chinesen kein Segen erwachsen. Über all den Verfassungsstreitigkeiten hat sich der Kitt, der die chinesischen Provinzen bis dahin zusammenhielt, gelockert. Geldgier der Machthaber, Raub- und Raufsucht zuchtloser Söldner, dilettantische Unkenntnis der vielfach aus Parteirednern hervorgegangenen Regierenden lasten auf dem Bürger. Die öffentlichen Kassen sind leer, und eine ungezügelte Anleihewirtschaft verschleudert die Bodenschätze, die Fremden als Pfänder angeboten werden. Japanischer Geld- und Handelseinfluß überzieht wie ein dichtes Netz das Land, und das aus seinen ruhigen Bahnen gerissene Volk sieht seine Rettung nur noch in dem Eingreifen von Fremdmächten. Aber auch diese Stütze liegt am Boden wie ein zerbrochenes Rohr.

Als der Weltkrieg ausbrach, blickte die Welt erwartungsvoll auf den Fernen Osten. Japan, das die Wacht für englische Interessen dort halten sollte, tat das einzige, was ihm die Politik der Stunde gebot: es riß sich von den ihm angelegten Fesseln los und stürzte sich über China. Am 14. August stellte der japanische Geschäftsträger in Berlin der deutschen Regierung ein Ultimatum zu, das den Vorschlag machte, bedingungslos das ganze Pachtgebiet von Kiautschou der japanischen Regierung zu übergeben. Die Form des Ultimatums machte Verhandlungen zwischen China und Deutschland über den Schutz des Pachtgebietes unmöglich, sollte wohl auch die Verständigung unmöglich machen. Denn das Kiautschougebiet war chinesischer Boden und Eigentum des chinesischen Reiches, die deutschen Besitzrechte waren lediglich die eines Pächters. Diese Stellung war vertraglich zwischen Deutschland und China festgelegt und im internationalen Verkehr als die einzig denkbare wiederholt zum Ausdruck gekommen. Es war also die Zumutung eines das Pachtverhältnis grob verletzenden Vertragsbruches. Aber die japanische Regierung erblickte in dem Überfall auf Kiautschou die beste, die einzige Art, in China festen Fuß zu fassen und seine asiatischen Pläne zu verwirklichen. Haß gegen Deutschland oder Verbündung mit England sprachen dabei nicht mit: Kiautschou war eben das Sprungbrett zur Festsetzung in China. Die Eile, mit der Japan zu Werke ging, war lediglich geboten durch die Furcht, England oder irgendeine andere Macht möchte ihm zuvorkommen.

Dadurch, daß Deutschland auf die Zumutung eines Vertragsbruches an China nicht einging, war das Geschick Kiautschous zunächst besiegelt. Die Eroberung dieses Platzes läßt sich von verschiedenen Seiten betrachten. Militärisch war es eine billige Heldentat gegen eine verteidigungsunfähige Feste, die in der Tat keine war, der Überfall einer nur auf geistigen und sittlichen Kräften beruhenden Handels- und Kulturzentrale zur Beeinflussung und Belebung des chinesischen Staatskörpers; moralisch ein leuchtendes Denkmal von Würde und Mut: wenig mehr als 4000 Männer verteidigten sich und ihr Werk auf chinesischem Boden, abgeschnitten von der Heimat, bis zum letzten Augenblick gegen eine erdrückende Übermacht; politisch der Entschluß eines orientalischen Volkes, Streitigkeiten in Europa zum Anlaß der Schwächung und Vertreibung europäischer Zivilisation aus Asien zu benutzen; geschichtlich ein Ereignis von unermeßlicher Bedeutung durch die Macht der Symbolik — England sich japanischer Kriegsleitung unterstellend!

Der Angriff auf Kiautschou durch Japan und die sich ihm unterstellenden Engländer schleppte den Krieg in ein neutrales Land gegen dessen Willen. „Es gibt", so sagt ein in letzter Zeit während der Friedensverhandlungen viel genannter amerikanischer Schriftsteller, Millard, „es gibt eine militärische Entschuldigung — nicht ein Recht, nicht eine Rechtfertigung, aber eine Entschuldigung für Deutschlands Verletzung der belgischen Neutralität; solche militärische Entschuldigung gibt es aber nicht für die Verletzung der chinesischen Neutralität bei dem Angriff auf Tsingtau. Als unverhüllter, gewissenloser Überfall auf einen hilflosen und befreundeten Nachbar steht Japans Vorgehen in China im Jahre 1914 einzig da." Nicht ganz einzig, denn England mißbrauchte die exterritoriale Stellung seiner Staatsangehörigen dazu, Gesetze gegen den Handel mit feindlichen Ausländern, wie sie in seinem eigenen Lande und in den Kolonien wohl am Platze waren, auf China zu übertragen. So wurde dieses neutrale, vielfach deutschfreundliche Land zum Tummelplatz der wildesten Leidenschaft und Ausschreitungen gegen Deutsche; starr vor Entsetzen mußte die chinesische Regierung es erleben, wie durch Lahmlegung deutscher Unternehmungen, blühender Industrien, gemeinnütziger Anstalten, Hochschulen und Kliniken das eigene Volk tausendfach geschädigt wurde.

Was Japan mit seinem räuberischen Überfall auf das Kiautschougebiet bezweckte, trat sehr bald in de Erscheinung. Ehe es an die Verdrängung der Deutschen ging, besetzten seine fern vom Kiautschougebiete gelandeten Truppen die Schantung-Eisenbahn und -Bergwerke,

ein deutsch-chinesisches Privatunternehmen. Die Hauptstädte der Provinz Schantung belegte es mit japanischen Truppen, die auch die Bahnstrecke statt der früheren chinesischen Polizisten unter ihren „Schutz" nahmen; der ganze östliche Teil der Provinz bis Tsinanfu geriet nach der Einnahme Tsingtaus am 7. November 1914 unter japanische Kontrolle. China erwartete, daß Japan sich nach der Vertreibung der Deutschen aus Schantung zurückziehen werde. Die Antwort auf seine schüchterne Anfrage waren die 21 Forderungen vom 18. Januar 1915. Durch ein Ultimatum vom Mai 1915, unterstützt durch mehr als 60 000 über Nordchina verteilte Truppen, wurde die Annahme durch China erzwungen. In diesem Angriff gegen Chinas Selbständigkeit lag jedoch mehr, es war zugleich ein Vorstoß gegen die Betätigung der Ausländer, besonders die bis dahin behauptete Vormachtstellung Englands.

Die Forderungen zerfielen in fünf Gruppen. Zunächst zurückgestellt wurde Gruppe 5. Sie enthielt Bestimmungen über Ausdehnung der japanischen Finanz-, Polizei- und Militärkontrolle in China, Aushändigung der Arsenale, Bezug von Waffen und Munition von der japanischen Regierung, Eisenbahnbauten in chinesischen Provinzen, durch die auch Englands Stellung berührt wurde, und anderes.

Kein Protest half China, die befreundeten Mächte waren mit ihren Angelegenheiten zu sehr beschäftigt, als daß sie hätten eingreifen können. England ließ sich mit Japans Zusicherung vom 18. November 1915 zufriedenstellen, keinen Sonderfrieden mit Deutschland schließen zu wollen. Wie das englische Prestige bewußt im Laufe des Krieges von Japan mit Füßen getreten wurde, kann ich hier im einzelnen nicht verfolgen; ein diplomatischer Krieg um die Vormachstellung in China ging neben dem blutigen Ringen in Europa einher, kaum weniger zäh und erbittert. England machte Yuan schi-k'ai unter der Zusicherung, Chinas Ansprüche auf der Friedenskonferenz wegen Kiautschous und Schantungs gegen Japan zu unterstützen, dazu geneigt, Deutschland den Krieg zu erklären. Am 19. November 1915, also am Tage nach Japans Erklärung gegen den Sonderfrieden, erschien in amerikanischen Blättern die Nachricht über den bevorstehenden Anschluß Chinas an die Entente. Noch mehr als Deutschland sollte Japan dadurch getroffen werden; denn hatte China sich einmal der Entente verbunden, so würde die Politik in und mit China durch die gemeinsamen Rücksichten bestimmt und ein einseitiges Vordringen Japans gehindert worden sein. Kategorisch verlangte die japanische Regierung in London, Paris und Petersburg Erklärungen; die erste lief am 30. November 1915 von Sir Edward Grey

ein, daß Großbritannien nicht beabsichtige, sich in Verhandlungen politischer Natur mit China einzulassen, ohne mit Japan sich zuvor verständigt zu haben. Japan triumphierte; denn Großbritannien, das in den früheren Bündnisverträgen gegen die Zusicherung materieller Hilfe Japans gegen Eingriffe Dritter in das englische Interessengebiet in China dem Bundesgenossen die Gleichberechtigung zuerkannt hatte, strich jetzt die Segel und erhärtete öffentlich und feierlich die Vormachtsstellung Japans in Ostasien. Auf eine weitere Kraftprobe lief es hinaus, daß Japan trotzdem sich dem Anschlusse Chinas an die Entente widersetzte. Von geringer Bedeutung war es, daß Englands Vorgehen die anderen Ententevölker folgten, zunächst Rußland am 3. Juli 1916.

Nachdem die Vereinigten Staaten von Amerika in den Krieg eingetreten waren, hielt Wilson es für seine heilige Pflicht, wo immer in der Welt noch Sympathien für Deutschland bestanden, diese zu zerstören und die Neutralen in das blutige Ringen hineinzuziehen. Auch das unglückliche China wurde überrumpelt, im Kampfe für Menschlichkeit und Recht, wie es so anmutig im Munde chinesischer bestochener Staatsmänner klang, seine Neutralität aufzugeben. Wider Erwarten rief trotz des rollenden Dollars Wilsons Einladung eine ungeheure Erregung der öffentlichen Meinung wach; das Land spaltete sich, und ein neuer Bürgerkrieg brach aus, so daß der amerikanische Staatssekretär Lansing eiligst zurückzuckte und den Chinesen den Rat erteilte, unter den bestehenden Verhältnissen eher an ihre eigene Einigung statt an den Eintritt in den Krieg mit Deutschland zu denken.

Diese Einmischung in chinesische Verhältnisse überstieg das Maß japanischer Duldung. Nunmehr trat es selbst für die Kriegserklärung Chinas an Deutschland ein. Ehe es aber den entscheidenden Schritt tat, ließ es sich von Großbritannien, Frankreich, Rußland und Italien schriftlich verbürgen, daß dieselben Mächte, die zwei Jahre vorher China ihren Beistand gegen Japan im Falle einer Beteiligung am Kriege auf der Friedenskonferenz versprochen hatten, im Gegensatze dazu Japans Wünsche auf der Friedenskonferenz gegen China unterstützen würden. Seit dem 14. Dezember 1917 — an diesem Tage erfolgte die Veröffentlichung der russischen Geheimberichte — sind wir über diese Umtriebe unterrichtet. Seit diesem Tage weiß die Welt, daß Chinas erzwungene Teilnahme am Kriege, die lediglich die ungestörte Vernichtung deutschen Handels und Wesens in China durch England zu vollenden bestimmt war, seitens der Entente mit einem Verrate an China erkauft wurde. Zwei Männer behaupten, mit dieser Tatsache nicht vertraut gewesen zu sein, Wilson und

Lansing; beide haben vor kurzem im Senat die sonderbare Erklärung abgegeben, daß erst durch die Friedensverhandlungen ihnen die Kunde des unsauberen Handels ihrer Alliierten geworden sei.

Amerikas Eintritt in den Weltkrieg wurde nur durch japanische Zurückhaltung ermöglicht; bindende Zusagen wurden darüber von dem japanischen Botschafter in Washington abgegeben. Der Lohn bestand für Japan in dem sogenannten Lansing-Ischii-Abkommen vom 3. Nov. 1917, wodurch die Regierung der Vereinigten Staaten den Japanern ihre Vormachtstellung in Asien, besonders China, bescheinigte. Damit hatte Japan sein Kriegsziel erreicht, die offene und unzweideutige Anerkennung seiner politischen und militärischen Beherrschung Chinas durch die Mächte. Daß die Chinesen nicht ihre Kräfte im Auslande verzettelten und sich ebenso wie Japan selbst trotz des Drängens der Alliierten von nutzlosen Anstrengungen freihielten, blieb Japans Sorge und Verdienst. Gewisse Geheimabkommen zwischen Japan und China aus dem September 1918, von deren Inhalt wir wissen, obwohl der Wortlaut noch nicht veröffentlicht zu sein scheint, regeln die Unterstellung Chinas unter japanische Militäraufsicht.

Während der Friedensverhandlungen in Paris erschienen auch die Chinesen vor dem Forum der Weltrichter und verlangten unter Berufung darauf, daß ihre Zugeständnisse vom 25. Mai 1915 auf die 21 Forderungen durch Japans Ultimatum erpreßt seien, Gerechtigkeit. Sie beanspruchten im Hinblick auf Japans und Englands gewalttätige Verletzung der chinesischen Neutralität das gleiche, was die Weltrichter Belgien so bereitwillig aufdrängten — Wiedergutmachung. Eine gewisse Zuneigung gegen China, die noch im amerikanischen Volke und sogar in der englischen Presse scheinbar weiterlebt, drohte Japans Werk zu gefährden. So begannen seine Diplomaten ihr rühriges Spiel. Auf den Gedanken der Friedenskonferenz, alles Unrecht auf der Welt zu tilgen, mit überwallender Wärme eingehend, traten sie für die ethische und politische Gleichstellung aller Völkerrassen im Völkerbunde ein. Sie wußten, daß die amerikanische und australische Bevölkerung niemals gutwillig sich mit den Folgen dieser Forderung abfinden würden, und daß ein Beharren auf dieser Forderung Wilsons Lieblingsidee zu Falle bringen mußte. Gegenüber dem Widerstande aus der Konferenz drohten sie gelassen mit ihrem Abzuge, und zwar gerade in dem Augenblicke, als die Geister durch die italienische Geste in ein ernstes Unbehagen versetzt waren. Der Konferenz blieb nichts weiter übrig, als die Anerkennung von Japans Alternative, näm-

lich Zubilligung seiner sämtlichen Kriegsziele. Von da an nahm Japan seinen Ehrenplatz auf der Bank neben den Weltrichtern ein.

Das unglückliche China hatte auf Unterstützung der Schwachen und Hilfe gegen unsägliche Vergewaltigungen in Paris gerechnet; in begeistertem Überschwang des Glaubens an die hehren Ideale, die ihm aus angelsächsischem Munde allzeit gepredigt waren, hatte es sogar gewagt, in einer ausführlichen Denkschrift die Anerkennung seiner nationalen Würde, Befreiung von der als Schande empfundenen Konsularjurisdiktion der Fremden, Zollautonomie, das Verfügungsrecht über seine eigenen Finanzen und anderes zu erhoffen. Wie bitter wurden seine Erwartungen getäuscht! Der Friedensvertrag, der Deutschland knebeln soll, sieht für China nicht minder schlimme Lasten vor. Die durch Japan in Schantung geschaffene Lage wird sanktioniert! Das Bestehen eines ausländisch verwalteten, chinesischer Hoheit völlig entzogenen Gesandtschaftsviertels in Peking, die Besetzung der Bahnlinie nach Tientsin, die Stationierung von Gesandtschaftswachen in Peking usw., mit anderen Worten die Aufrechterhaltung einer weitgehenden Extraterritorialität der Fremden wird verewigt. Der bestehende Wertzoll, gegen den China ankämpft, wird dauernd festgelegt; Deutschland darf keine Zollvorschläge machen, die einer Zollautonomie Chinas den Weg bahnen, ebenso unterstehen seine Flüsse ausländischer Kontrolle. Auf die reichen Hoffnungen, mit denen China zur Konferenz zog, ist ein Rauhreif gefallen.

Hoch gehen die Entrüstungswellen in China, das sich weigert, die japanischen Forderungen wegen Schantungs anzuerkennen und den Friedensvertrag zu unterzeichnen. Zwar hat ein Dekret des Präsidenten den Kriegszustand mit Deutschland beendet, aber sich den selbstmörderischen Bedingungen des Friedensvertrages mit Ausnahme Schantungs gebeugt. Wir Deutschen werden nicht berufen sein, für die nächste Zukunft eine politische Rolle in China zu spielen; man wird uns zu demütigen suchen, indem man uns die Konsularjurisdiktion entzieht und den Aufenthalt in gewissen Fremdenniederlassungen verbietet. Nach allem, was wir während des Krieges erlebt haben, müßten wir, selbst wenn man uns diese Vorrechte anböte, freiwillig darauf verzichten. Wir dürfen uns nicht weiter zu Mitschuldigen an der Vergewaltigung eines friedlichen und hochstehenden Volkes machen unter dem Scheine eines mittelalterlichen, aller Selbstachtung und Selbstbestimmung der Völker ins Gesicht schlagenden Rechtes. Wir verstehen die zitternde Erregung, die bebende Scham der Chinesen über ihre Ohnmacht, und wir sind sicher, daß sie nicht ruhen werden, bis sie eine Einrichtung, die durch schmählichen

Mißbrauch so weit führte, daß einem neutralen Lande der Kriegszustand aufgezwungen wurde, über den Haufen geworfen haben — dem Opium nach! Dazu wird es des Beistandes aller Kulturvölker sicher sein.

Das Ringen um Chinas Besitz wird weiter gehen. China ist der Damm, den Japan gegen die Überflutung Asiens durch anglo-amerikanischen Imperialismus zu halten trachtet. Von Chinas leitenden Staatsmännern wird es abhängen, ob sie, durch die trüben Erfahrungen der letzten Jahre belehrt, sich Japans Leitung anvertrauen und dadurch die Macht werden, die den gewaltigen Erdteil aus dem lähmenden Gipsverband fremder Herrsch- und Gewinnsucht erlöst.

Literatur.

Arendt, Synchronistische Regententabelle. Berlin 1899/1900.

Bland & Backhouse, China under the Empress Dowager. London 1910.

Boerschmann, Die Baukunst und religiöse Kultur der Chinesen. Berlin. 2 Bände.

Bushell, Chinese Art. London 1906. 2 Bände.

China Year Book, herausgegeben von Montague Bell. London seit 1912.

Conrady, China. Berlin 1910 (Pflugk-Hartungs Weltgeschichte, Bd. III).

Cordier, Histoire des relations de la Chine avec les puissances occidentales 1860—1900. Paris 1901. 3 Bände.

Erkes, China. Gotha 1919.

Forke, Die Völker Chinas. Berlin 1907.

Franke, Ostasiatische Neubildungen. Hamburg 1911.

de Groot, The religios system of China. Leyden 1892 ff. — Die Religionen der Chinesen. Berlin 1913.

Grube, Geschichte der chinesischen Literatur. Leipzig 1902. — Chinesische Schattenspiele. München 1915. — Religion und Kultur der Chinesen. Berlin 1910.

Hackmann, Der Buddhismus. Tübingen 1906. 3 Hefte. — Vom Omi bis Bhamo. Halle 1905.

Hart, These from the Land of Sinim. 1901.

Hermann, Chinesische Geschichte. 1912.

Hirth, China and the Roman Orient. München 1885. — The ancient history of China. New York 1908. — Chinesische Studien. München 1890. — Über die einheimischen Quellen zur Geschichte der chinesischen Malerei. Leipzig 1897.

Hornbeck, Contemporary Politics in the Far East. New York 1916.

Junghanns, Berg- und Hüttenwesen in China. Berlin 1911.

Kent, Railway Enterprise in China. London 1908.

Koch, Die Industrialisierung Chinas. Berlin 1910.

Kuhung-ming, Der Geist des chinesischen Volkes. Jena 1916.

Ling Pyau, Beiträge zur neuesten Geschichte Chinas. Berlin 1917.

v. Mackay, China, die Republik der Mitte. 1914.

de Mailla, Histoire générale de la Chine (T'ung kien kang mu). Paris 1777/83.

Maybon, La politique chinoise 1898—1908. Paris 1908. — La République Chinoise. Paris 1914.

Millard, Our Eastern Question. 1918.
v. **Moellendorff**, Das chinesische Familienrecht. Schanghai 1895.
Morse, The trade and administration of the Chinese Empire. Schanghai 1908. — The international relations of the Chinese Empire, 1834—1860. Shanghai 1915.
Plath, Über die häuslichen Verhältnisse der alten Chinesen. München 1862.
v. **Richthofen**, China. Berlin 1877—1912. 5 Bände.
v. **Rosthorn**, Die Ausbreitung der chinesischen Macht in südwestlicher Richtung. Wien 1896.
Schüler, Abriß der neueren Geschichte Chinas. Berlin 1913.
Stübe, Das Zeitalter des Konfuzius. Tübingen 1913. — Konfuzius. Tübingen 1913
Tafel, Meine Reise durch Westchina und Tibet. 1915. 2 Bände.
Tiessen, China, das Reich der achtzehn Provinzen. Berlin 1902.
Trade Returns der chinesischen Seezollverwaltung Schanghai.
Wertheimer, Deutsche Leistungen und Aufgaben in China.

Siehe auch die Literaturangaben nach den Artikeln „Das Verkehrswesen in China“, „Das Geldwesen Chinas“, „Seidenproduktion und Seidenhandel in China“ (Bemerkung des Herausgebers).

Die fremdländische, besonders die deutsche Kulturpropaganda in China.

Von

Dr. **Max Linde,**

Generalsekretär des Verbandes für den Fernen Osten.

I.

Der alte, greise Tschang tschi tung, vielleicht einer der letzten großen Chinesen der alten Zeit, hat nicht allzu lange vor seinem Tode ein Buch verfaßt, das als Titel ein einziges, inhaltschweres Wort trägt: „Lernt!"

„Lernt!" mahnt dieser lebenskluge Mann sein Volk, „lernt, denn wenn ihr es nicht tut, wird das große China zertreten werden, wie das Gras auf der Weide."

Tschang tschi tung sagt seinen Landsleuten, was und wie sie lernen sollen, welche Einrichtungen sie bei sich schaffen müssen, und welcher Geist diese Einrichtungen beleben muß, wenn China sich vor dem trüben Schicksal bewahren will, niedergetreten zu werden von denen, die mehr wissen.

Das Buch, das Tschang tschi tung seinem Volke hinterließ, kann den westländischen Völkern, die kulturelle Bestrebungen in China verfolgen, noch heute in gewissem Sinne als Richtschnur zur Erreichung ihrer Ziele dienen. Es ist selbstverständlich, daß Zweck und Ziele der westländischen Kulturpropaganda in China durchaus anders gestaltet sein müssen, als irgendwo sonst in der Welt. Die Sache liegt ja nicht so, daß wir ein unkultiviertes Volk vor uns haben, dem gegenüber wir eine kulturelle Mission zu erfüllen hätten, um es aus Wildheit und Barbarei zur Kultur und Zivilisation emporzuführen. Die Sache liegt in China vielmehr durchaus anders. Der Kultur, die die Westländer ihm bringen können, steht die eigene chinesische Kultur gegenüber, eine Kultur, die Jahrtausende alt ist, die köstliche Blüten und Früchte trug, die die Lehrmutter anderer Kulturen des Fernen Ostens war, eine Kultur, die

trotz allen Neuerungen mit all ihren guten und schlechten Seiten bis auf den heutigen Tag im Herzen des größten Teiles des Volkes wurzelt. Es wäre daher die falscheste aller Methoden, rücksichtslos das Überkommene zu zerstören und unerprobtes Neues an seine Stelle zu setzen. Leider ist dieser falsche Weg nur allzu oft und mit dem traurigen Erfolge eingeschlagen worden, daß einem Teil der jungen Generation Chinas der Halt genommen wurde, daß man ihn wurzellos machte und einer geistigen Verwilderung preisgab.

Diejenige Kulturpropaganda in China, mag sie sich nun in den fremdländischen Schulen, der fremdländischen Presse, der fremdländischen Literatur oder in welcher Form immer äußern, die nur vorhandene sittliche Werte vernichtet, statt neue hinzuzufügen, hat ihren Zweck gründlich verfehlt, mag sie an sich so viel positives Wissen und technisches Können verbreiten, wie sie will.

Nur maßlose Überhebung kann glauben, daß der Westen auf so viel höherer sittlicher Stufe steht als der Osten, und nur unberechtigter Dünkel kann sich in der Rolle des sittlichen Beglückers gefallen. Wer die Dinge sieht, wie sie sind, muß sich vollkommen darüber klar sein, daß es sich unter keinen Umständen darum handeln kann, an die Stelle des orientalischen Geistes den Geist Westeuropas zu setzen, sondern im letzten und höchsten Sinne nur darum, in konsequenter gemeinsamer Arbeit zwischen Ost und West zu einer Synthese abend- und morgenländischen Geistes zu kommen.

Aus dieser Zielsetzung und aus dem Worte „in gemeinsamer Arbeit" ergibt sich, daß eine kulturelle Tätigkeit, die zu einem dauernden Erfolge führen soll, in engster Verbindung mit den Chinesen selber betrieben werden muß. Es ist falsch, China ohne weiteres unsere westlichen Methoden aufzuzwingen, es ist falsch, einseitig und unabhängig von den Chinesen eine westländische Kulturpropaganda, namentlich soweit das Schulwesen in Frage steht, durchzuführen, und es ist falsch, an die Stelle tiefgründigen eigenen Wissens westländische Oberflächlichkeit zu setzen, wie es namentlich von den Angelsachsen tausendfach geschehen ist.

Eine Kulturpropaganda, die keine sittlichen, sondern nur politische und wirtschaftliche Ziele verfolgt, mag vorübergehende, in bestimmten materiellen Werten sich äußernde Erfolge haben, aber auf die Dauer wird sie Chinas Volk nur verderben und es um das beste Erbteil seiner Väter und seiner Jahrtausende alten Geschichte betrügen.

Eine derartige Auffassung schließt natürlich bestimmte Beziehungen zwischen Kulturpropaganda und Wirtschaft nicht aus. Sie lehnt es

zwar ab, das wirtschaftliche Moment in den Vordergrund zu stellen und kulturelle Einrichtungen lediglich unter einem krämerhaften Gesichtspunkte zu schaffen. Aber sie verkennt doch keineswegs, daß Zusammenhänge ohne weiteres gegeben sind und sich vielfach überhaupt nicht ausschließen lassen. Nehmen Sie Einrichtungen, wie die frühere deutsch-chinesische Hochschule in Tsingtau oder die Deutsche Medizin- und Ingenieurschule in Schanghai. Wer wollte verhindern, daß viele ihrer Zöglinge, was sie dort in Wort und Schrift und Anschauung in sich aufgenommen haben, im späteren Leben zur Anknüpfung wirtschaftlicher Beziehungen zum Deutschen Reiche verwerten? Der junge Chinese, der die deutsche Sprache erlernte, sein Wissen aus deutschen Büchern schöpfte, der an deutschen Maschinen gearbeitet hat und mit deutschen Instrumenten in die medizinische Praxis eingeführt wurde, wird normalerweise dem Anschauungskreise, in dem er in seinen aufnahmefähigen Jahren groß geworden ist, treu bleiben.

Ganz natürlich werden sich daraus auch wirtschaftliche Folgen ergeben, und wer wollte leugnen, daß wir Deutschen gerade in unserer heutigen Lage an ihnen lebhaft interessiert sind. Sollen wir China mit seinen ungeheuren wirtschaftlichen Möglichkeiten allein der Entente überlassen? Unter keinen Umständen! Wir durften es schon früher nicht und dürfen es in Zukunft weniger denn je. Heute nach einem beispiellosen Zusammenbruche müssen wir uns fragen: wo sind Deutschlands politische und wirtschaftliche Freunde auf der Welt, wo bietet sich, nachdem wieder normale Verhältnisse eingetreten sein werden, für uns eine aussichtsreiche Möglichkeit, das, was Millionen Arbeiter Tag für Tag bei uns schaffen, abzusetzen, nachdem uns manche unserer früheren Absatzmärkte mehr oder weniger verschlossen sein werden.

Es ist China, das uns bieten kann, was wir brauchen. Chinas Millionenbevölkerung bedarf unserer Erzeugnisse, bedarf unserer Maschinen, unserer Eisenbahnen, unserer Anilinfarben usw. Chinas Erschließung steckt immer noch in den Anfängen, und wir haben ein Interesse daran, bei ihrer Fortsetzung ihm zu helfen, nicht in unserem einseitigen Interesse allein, sondern im beiderseitigen Interesse.

Das kaufmännische Geschäft ist das beste, bei dem beide Kontrahenten ihren Vorteil finden. China wird, wie wir, seinen Vorteil aus einer wirtschaftlichen Verbindung mit uns ziehen, denn wenn irgend etwas uns fern liegt, so ist es die Absicht, es übers Ohr zu hauen.

Aber trotz unseres wirtschaftlichen Interesses an China wollen wir doch bei unserer gesamten Kulturarbeit im Fernen Osten das sittliche

Prinzip in der Überzeugung in den Vordergrund stellen, daß jede ernste Kulturarbeit auch eine wirtschaftliche Annäherung zeitigen muß. Gerade wir Deutschen, die wir uns nach dem eigenen Urteil der Chinesen als gründliche und zuverlässige Kulturträger erwiesen haben, dürfen hoffen, daß unsere Kulturpropaganda nicht nur zu einem besseren gegenseitigen Verstehen, sondern auch zu engem Zusammenarbeiten zwischen uns und China auf wirtschaftlichem Gebiete führen wird.

Wirtschaftliche Momente sind es insbesondere gewesen, die die Kulturbestrebungen der Angelsachsen beherrscht haben. Schon längst vor dem Kriege bestand bei ihnen kein Zweifel mehr darüber, daß nur diejenigen okzidentalen Mächte auf eine Steigerung und Ausweitung ihres Einflusses in China rechnen konnten, die bereit waren, durch eine intensive kulturelle Tätigkeit auf die seit der Revolution von 1911 schnell fortschreitende geistige Umgestaltung der Bevölkerung des Riesenreiches Einfluß zu gewinnen.

Bereits zu einer Zeit, als das Interesse für kulturelle Bestrebungen in China bei uns noch in den Anfängen steckte, hatten die Engländer und Amerikaner ein umfassendes System von Schulen, als den wichtigsten, am tiefsten ins Volk dringenden Trägern aller Kulturarbeit, aufgebaut. Es führte, vielfach in engster Verbindung mit der anglo-amerikanischen Missionstätigkeit, von der einfachen, für die breite Masse bestimmten Elementarschule zu der glänzend ausgestatteten, auf die Ausbildung der einstigen Führer des Volkes berechneten Universität. Viele Millionen an einmaligen Beiträgen zur Begründung, viele Hunderttausende an ständig wiederkehrenden jährlichen Unterhaltungsbeiträgen haben es sich die Engländer und Amerikaner kosten lassen, um jenes Netz von Schulen aller Grade zu schaffen, in denen sie mit Recht eines der wichtigsten Mittel zur Erreichung ihrer weitgesteckten Ziele in China sahen.

Als Deutschland nach 1900 anfing, bewußt dem Beispiel der Angelsachsen zu folgen, waren sie uns bereits weit voraus. Trotz der erfreulichen Fortschritte, die unser Schulwesen in China dank der Tätigkeit des Auswärtigen Amtes, des Reichs-Marineamtes, der Opferwilligkeit von Deutschlands Handel und Industrie, sowie namentlich auch dank der hingebenden Arbeit des Wirkl. Geh. Rates Dr. Fischer und des Prof. von Schab gemacht hat, ist es uns bis zum Ausbruch des Krieges jedoch nicht entfernt möglich gewesen, den Vorsprung der anderen wieder einzuholen.

Wie sich die Verhältnisse in dieser Beziehung stellten, mögen die nachfolgenden, auf durchaus zuverlässigen, im Jahre 1913 veranstalteten

Erhebungen beruhenden Ausführungen, die amtlichen Mitteilungen entnommen sind, dartun. An höheren Schulen aller Grade von „geschlossen fremdländisch-nationalem Charakter“ bestanden:

Tabelle A.

	Anzahl der			
	Anstalten	fremden Lehrer	chinesischen Lehrer	Schüler
deutsche	13	68	45	1 579
französische	9	50	43	1 722
britische	17	106	124	3 664
amerikanische	19	105	160	4 619
englisch-amerikanische	6	43	54	1 965
angelsächsische überhaupt	42	254	338	10 248

Bei der Betrachtung dieser Tabelle fällt zunächst die zahlenmäßig geringe Beteiligung der Franzosen an der Schularbeit unter Chinesen auf. Diese ist in der Tat in den letzten Jahren den Anstrengungen der anderen Nationen gegenüber verhältnismäßig zurückgeblieben. Die Hauptstärke der französischen Schultätigkeit in China liegt auf dem Gebiet der sehr zahlreichen, von den französischen katholischen Missionen unterhaltenen Volksschulen, die ihre Zöglinge, wenn auch in chinesischer Sprache, so doch in französischem Geiste erziehen.

Auf dem Gebiete der angelsächsischen höheren Schularbeit unter Chinesen nehmen die Amerikaner den breitesten Raum ein, besonders wenn man berücksichtigt, daß auch die größten der englisch-amerikanischen Verbandsanstalten vorwiegend unter amerikanischem Einfluß stehen. Was aber das Verhältnis der deutschen zu der entsprechenden angelsächsischen Schultätigkeit überhaupt anlangt, so zeigt die obige Tabelle in klarer Weise die weit überragende Stellung der letzteren. Unter angelsächsischem Einfluß standen etwa siebenmal mehr Schüler als unter deutschem, und siebenmal mehr einheimische Lehrer wirkten an angelsächsischen Anstalten als an den deutschen.

Die starke Position des amerikanischen Schulwesens in China erklärt sich aus verschiedenen Gründen. Einmal ist es das höhere Alter der meisten dieser Anstalten. Keine der deutschen Anstalten — mit einer Ausnahme — ist vor 1905 eröffnet, von den 19 amerikanischen stammen dagegen 10 aus dem vorigen Jahrhundert; bei den 17 britischen sind es 7, bei den französischen auch noch 2. Sodann ist die Weiterarbeit auf

diesem Gebiete in den letzten Jahren vor dem Kriege gerade von seiten der Angelsachsen besonders energisch gewesen. Endlich aber darf auch ein Punkt nicht vergessen werden; das ist die bei den amerikanischen Anstalten besonders auffallende längere durchschnittliche Lehrzeit der einzelnen Anstalt, die eine viel gründlichere Beeinflussung der einzelnen Zöglinge erlaubt. Die Durchschnittslehrzeit beträgt bei den deutschen Anstalten etwa 6 Jahre, bei den französischen und britischen Anstalten etwa 6½ Jahre, bei den amerikanischen Anstalten dagegen 9 Jahre. Dabei darf nicht übersehen werden, daß diese höheren Schulen sich ihrerseits wieder in den weitaus meisten Fällen auf einem System von angelsächsisch geleiteten oder beeinflußten Elementarschulen aufbauen.

Interessant ist ferner zu sehen, in wie starkem Maße besonders die Amerikaner einheimische Lehrkräfte heranziehen. Besonders charakteristisch für die Art der von den einzelnen Nationen geleisteten Arbeit ist aber die Tatsache, daß wir Deutsche an unseren Schulen verhältnismäßig die meisten fremden, also die meisten gut durchgebildeten Lehrer an der Arbeit hatten. Die Durchschnittsfrequenz der einzelnen Schulen endlich beleuchtet die folgende

Tabelle B.

Es besuchen durchschnittlich jede

	Anstalt	Schulstufe
deutsche	122 Schüler	79 Schüler
französische	190 "	133 "
britische	216 "	131 "
amerikanische	243 "	115 "
anglo-amerikanische	355 "	179 "
angelsächsische überhaupt	244 "	130 "

Es zeigt sich also, daß die angelsächsischen höheren Schulen von durchschnittlich doppelt so vielen Schülern besucht werden, wie die deutschen. Die Gründe dafür liegen auf der Hand: Es ist, abgesehen vom Alter der angelsächischen Kulturbestrebungen, in erster Linie die Sprache, die weite Kreise der chinesischen Jugend in die angelsächsischen Schulen treibt, da nun einmal Englisch die fremde Sprache des Fernen Ostens ist und in England und Amerika sich für die Chinesen Jahrzehnte hindurch das Ausland verkörperte.

II.

Werfen wir nun einen kurzen Blick insbesondere auf die **deutsche** Schularbeit als weitaus wichtigsten Teil der deutschen Kulturpropaganda in China.

Wir können die deutschen Bildungsanstalten, die wir besaßen, ihren Lehrzielen nach in drei Gruppen einteilen: die Elementarschulen, die Mittelschulen und die Hochschulen.

Die Elementarschulen waren fast ausschließlich das Arbeitsgebiet der deutschen Missionen. Nun ist leider die missionarische Tätigkeit Deutschlands im Verhältnis zu der englischen und amerikanischen Missionsarbeit in China recht bescheiden. Nur einige wenige von den 18 Provinzen Chinas werden von spezifisch deutschen Missionsgesellschaften bearbeitet, während in all den anderen großen Provinzen des Reiches von deutscher Missionsarbeit sich kaum bescheidene Spuren finden.

Ich möchte hier nicht einzelne Zahlen nennen, da das mir vorliegende Material infolge der Kriegsverhältnisse nicht völlig lückenlos ist. Aber ich glaube, wenn wir auf Grund meiner Unterlagen die folgenden Zahlen annehmen, so sind sie eher zu hoch als zu gering veranschlagt.

Darnach unterhalten die deutschen evangelischen Missionen

	zirka	200	Volksschulen mit	zirka 6000	Schülern
die katholischen	„	400	„	„ „ 8000	„
insgesamt		600	Volksschulen mit	zirka 14000	Schülern.

Diese nackten Zahlen erhalten erst Leben, wenn sie in einen Vergleich zu den missionarischen Unterrichtsanstalten anderer Staaten gestellt werden.

Unseren rund 200 evangelischen Elementarschulen mit ihren 6000 Schülern stehen 3500 englische und amerikanische Elementarschulen mit rund 80 000 Schülern gegenüber, und während deutsche katholische Missionen nur rund 400 Volksschulen mit ca. 8000 Schülern unterhalten können, betreiben nichtdeutsche katholische Missionen 6500 Elementarschulen mit rund 120 000 Schülern, oder kurz ausgedrückt: 600 deutschen Elementarschulen mit ca. 14 000 Schülern stehen etwa 10 000 nichtdeutsche Elementarschulen mit ca. 200 000 Schülern gegenüber.

Wer weiß, wie insbesondere viele englische und amerikanische Missionare sich keineswegs nur als christliche Sendlinge und Träger des angelsächsischen Kulturgedankens, sondern vor allem auch als politische Geschäftsträger und namentlich als Agenten ihrer heimatlichen Volkswirtschaft fühlen, der wird verstehen, was diese Zahlen einschließen an

englischem und amerikanischem Einfluß und englisch-amerikanischen Propagandamöglichkeiten, nicht nur für sich, sondern, wie die Dinge nun einmal liegen, gegen uns.

Der Missionsgedanke hat bei uns leider nicht annähernd in derselben Weise wie in anderen Staaten, namentlich England und Amerika, im gesamten Volke Fuß gefaßt. Wir stehen ihm im allgemeinen mit ziemlicher Lauheit gegenüber. Aber ich meine, das dargelegte Zahlenverhältnis zwischen den deutschen und den englisch-amerikanischen missionarischen Volksschulen sollte selbst religiös Indifferenten zu denken geben.

Die Mittelschulen sind nicht, wie die Elementarschulen, Gegenstand ausschließlich missionarischer Arbeit, sondern neben den Missionen sind das Deutsche Reich und private Organisationen am Werke gewesen, sie zu errichten und zu erhalten.

Diese sogenannten „deutsch-chinesischen Schulen" oder „Sprachschulen" waren auf die größeren Städte des Landes und über das ganze Reich verteilt. In der Reihenfolge ihrer zeitlichen Entstehung sind es die Anstalten zu Hankau, Tientsin, Tsingtau, Kanton, Schengtufu, Tsinanfu und Wutschang. In Chinas Hauptstadt Peking besaßen wir keine Mittelschule. Bestrebungen, sie zu gründen, wurden im Jahre 1914 durch den Krieg zerstört.

Alle diese Anstalten haben sich aus kleinen Anfängen außerordentlich erfreulich entwickelt. Deutsche Lehrer wirkten an ihnen zusammen mit chinesischen Lehrern und suchten innerhalb eines auf vier Jahre verteilten Lehrplanes ihre Schüler in die deutsche Sprache und die wichtigsten Realfächer (Rechnen, Geographie, Geschichte, Naturkunde usw.) einzuführen.

Wenn auch diese jungen Anstalten nicht überall sich äußerlich so präsentierten, wie es wohl wünschenswert gewesen wäre, so hat das doch ihrem erfolgreichen Wirken keinen Abbruch getan. Nicht das Äußere zog die Chinesen an, obwohl sie gerade für derartiges besonders empfänglich sind, sondern es war etwas anderes. Dieses andere war die gesunde Solidität, das im Kern Starke und Brauchbare, was unsere Schulen ihnen boten. Weite Kreise da drüben hatten längst erkannt, daß wir ihnen bessere, solidere, kräftigere Kost darzubieten vermochten, als andere Staaten; und sie haben demgemäß echt deutsche Gründlichkeit und gewissenhafte Arbeit über die prunkvolle Aufmachung, wie sie namentlich die Angelsachsen ihnen allzuoft boten, gestellt. Daß viele Chinesen den Unterschied im Wesen unseres Schulbetriebes und in seiner Methode erkannt haben und allen entgegenstehenden Erwägungen zum

Trotz deutsche Unterrichtsanstalten den übrigen vorzogen, stellt ihrem gesunden Sinn und Urteilsvermögen das beste Zeugnis aus.

Neben diesen vom Deutschen Reiche, privaten Organisationen und der Kaufmannschaft unterhaltenen Mittelschulen standen eine Reihe vorzüglich geleiteter Missions-Mittelschulen, die ähnliche Lehrziele, wie jene, verfolgten. Sie alle haben in treuer Hingabe an ihr Werk außerordentlich erfreuliche Erfolge erzielt. Wenn auch hinter diesen Lehranstalten Missionsgesellschaften als Gründer und Unterhalter standen, so wäre es doch verkehrt, in ihnen lediglich religiöse Einrichtungen und Vorschulen für Predigerseminare usw. zu sehen. Einige dieser Missionsschulen öffneten auch Nichtchristen ihre Tore und schlossen bewußt jede religiöse Propaganda aus.

So wichtig und erfreulich auch die Leistungen auf dem Gebiete des Mittelschulwesens waren, ihren vollendetsten Ausdruck fand Deutschlands Kulturtätigkeit doch in den deutschen Hochschulen für Chinesen. Unter diesen Hochschulen nahm eine besondere Stellung die deutsch-chinesische Hochschule in Tsingtau ein, dem großen deutschen Bildungszentrum im Fernen Osten, von dem sich nach menschlicher Berechnung auf lange Zeit hinaus ein starker Strom deutscher Kultur über das weite chinesische Reich ergießen sollte. Wenn auch diese Berechnung sich als falsch erwiesen hat, da uns Tsingtau genommen wurde, das, was seine Hochschule geboten hat, wird ihren Schülern dauernd bewußt bleiben und weiter wirken. Nach nicht ganz leichten Verhandlungen mit der Regierung zu Peking wurde die deutsch-chinesische Hochschule als ein gemeinsames Unternehmen der deutschen und der chinesischen Regierung am 25. Oktober 1909 in Tsingtau eröffnet. Die Anstalt hatte eine Unterstufe, in der fünf Jahre Deutsch, das natürlich die Unterrichtssprache bildete, die Realien und chinesische Fächer gelehrt wurden.

Als Oberbau trug diese Unterstufe die vier Fachabteilungen: 1. die rechts- und staatswissenschaftliche, 2. die medizinische, 3. die naturwissenschaftlich-technische und 4. die land- und forstwirtschaftliche Abteilung.

Die Absolventen der Oberstufe konnten unmittelbar in die chinesische Reichsuniversität oder den chinesischen Staatsdienst übertreten. An der Anstalt lehrten neunzehn deutsche Herren und sechs chinesische Lehrer. Nach den zwischen der deutschen und der chinesischen Regierung getroffenen Vereinbarungen suchte die chinesische Regierung die chinesischen Lehrer aus und bestellte ihrerseits einen ständigen Inspektor

für die Anstalt, deren sämtliche Schüler in Internaten wohnten, und ebenso einen amtlichen chinesischen Kommissar für die Prüfungen.

Mit dieser Hochschule, die von ca. 400 Zöglingen besucht wurde, waren eine deutsch-chinesische Übersetzungsanstalt, diverse Sammlungen und Werkstätten, sowie eine landwirtschaftliche Versuchsanstalt verbunden.

Ein ungeheurer Segen für China hätte diese deutsche Musteranstalt werden können, wenn der Neid der anderen uns nicht der Möglichkeit zu ständigem, ruhigem Ausbau des jungen Unternehmens beraubt hätte. Die Kinderkrankheiten waren überwunden, mit voller Hingabe wurde in der Unterstufe und allen Abteilungen der Oberstufe von Lehrern und Schülern gearbeitet, neue deutsch-chinesische Lehrmittel und Bücher waren teils geschaffen, teils im Entstehen, das Schulunternehmen berechtigte zu den schönsten Hoffnungen, und dann kam der Krieg und vernichtete das in seiner jugendlichen Frische so gesunde und kräftige deutsche Kulturwerk, auf das wir alle so stolz sein konnten und große Hoffnungen gesetzt hatten.

Nachdem der Krieg ausgebrochen war und seine Flammen in kürzester Frist auch nach Ostasien hinüberschlugen, haben viele Lehrer sowohl wie Schüler der Tsingtauer Hochschule eine Zuflucht bei den deutschen Anstalten in Schanghai, der deutschen Medizin- und Ingenieurschule, gefunden.

Die ältere der beiden Anstalten ist die 1907 gegründete Medizinschule, deren Zweck es ist, auf das sorgfältigste und nach unseren Grundsätzen ausgebildete chinesische Ärzte heranzuziehen.

Wer weiß, welch furchtbare Unwissenheit nach westlichen Begriffen unter den chinesischen sogenannten „Ärzten" besteht, wird ermessen können, welche Bedeutung dieser Anstalt zukam. In einem Vorklinikum werden die aus den deutschen Mittelschulen oder der eigenen Sprachschule stammenden angehenden Mediziner 2 Jahre lang in Zoologie, Chemie, Physik, Physiologie, Anatomie und Histologie unterrichtet. Dieser Lehrgang wird durch eine Prüfung, die unserem tentamen physicum entspricht, abgeschlossen. An das bestandene Examen schließt sich der Besuch des Klinikums, in dem dann in 3 Jahren die besonderen ärztlichen Fächer gelehrt werden.

Man kann von der Deutschen Medizinschule zu Schanghai nicht sprechen, ohne insbesondere der in Schanghai praktizierenden deutschen Ärzte zu gedenken. Ohne ihre Mitwirkung wäre das ganze Unternehmen kaum durchführbar gewesen.

Als selbständige Anstalt neben der Medizinschule, nur hinsichtlich der Verwaltung und der räumlichen Nachbarschaft mit ihr verbunden, besteht die deutsche Ingenieurschule für Chinesen. Diese Anstalt soll nach den Worten ihres Leiters, Prof. Berrens dank ihrer vortrefflichen inneren und äußeren Einrichtung dem in industrieller Hinsicht noch so jungen China die wissenschaftlichen und praktischen Erfahrungen der alt erprobten, seit Jahrzehnten siegesgewohnten deutschen Technik übermitteln und so ein enges Band wirtschaftlicher und freundschaftlicher Beziehungen um beide Länder schließen.

Die Baulichkeiten, die Lehrgebäude, das Maschinengebäude, die Werkstätten und Alumnate der Ingenieurschule wurden in den Jahren 1912/13 errichtet; sie wurden uns dann während des Krieges entrissen, werden jedoch gegenwärtig in Woosung bei Shanghai neu erbaut.

Der leitende Gedanke, der der Anstalt zugrunde lag, war von Anfang an folgender: Wollte Deutschland Chinas industrieller Ratgeber sein, so mußte es sich der Heranbildung eines tüchtigen Ingenieurstandes widmen, denn dieses ist das Alpha und Omega jeder Industriepolitik. Es genügte dazu nicht, wie Amerika es z. B. tut, Jung-China auf die Technischen Hochschulen des eigenen Landes zu berufen, denn diese zu besuchen ist nur wenigen, mit irdischen Glücksgütern besonders Gesegneten möglich. Auch kann unter Umständen die auf viele Jahre sich erstreckende Loslösung von der Heimat zu einer Entfremdung gegenüber den politischen Verhältnissen und wirtschaftlichen Bedürfnissen des Vaterlandes führen, d. h. es kann das Verständnis für Chinas Eigenart verloren gehen. Auch können im Lande selbst errichtete Schulen sich natürlich in weitgehendem Maße mit ihren Lehrmethoden und ihren Lehrstoffen den Landesverhältnissen anpassen, während die Schulen im Auslande hierauf keine besondere Rücksicht zu nehmen geneigt sein werden.

Als Unterbau für die beiden Hochschulen dient eine gemeinsame Sprachschule, die im wesentlichen den Charakter der übrigen deutschen nicht-missionarischen Mittelschulen hat und hauptsächlich die allgemein grundlegenden Realschulfächer lehrt.

Endlich komme ich zur letzten Hochschule, die erst im Entstehen begriffen ist: die Deutsche Technische Schule für Chinesen in Hankau. Ich brauche über diese Anstalt, die ähnliche Ziele, wie die Schanghaier Technische Schule verfolgen wird, kaum irgend etwas weiteres zu sagen, da sie als technische Lehranstalt infolge des Krieges noch nicht in Betrieb gesetzt werden konnte.

Das sind die Leistungen der früheren deutschen Kulturarbeit im Reiche der Mitte, wie sie sich vor dem Kriege präsentierten. Man wird zugeben müssen, daß es recht ansehnliche Leistungen waren, die da vollbracht worden sind. Um so schmerzlicher ist es, daß mit Chinas erzwungener Kriegserklärung die erfreuliche Entwicklung einstweilen, wenn nicht völlig zerstört, so doch auf das schwerste geschädigt wurde. Wenn auch einige der Mittelschulen selbst heute noch fortbestehen, so fehlt doch die frühere Bewegungsfreiheit und der notwendige Verkehr und Gedankenaustausch mit der Heimat. Ganz besonders betroffen wurden unsere Hochschulen. Nachdem Tsingtau schon 1914 seine Tore schließen mußte, zwang das Verhalten der Franzosen nach Chinas Kriegserklärung, die zum Teil im Gebiete der französischen Konzession in Schanghai liegenden Anstalten nach Woosung zu verlegen. Dort hat man den Betrieb, so gut es die Verhältnisse gestatteten, bis zum März 1919 fortgesetzt. Als dann 5 Monate nach dem Waffenstillstand der Druck der Entente die chinesische Regierung zur Repatriierung der China-Deutschen zwang, wodurch auch die meisten Lehrer zur Rückkehr nach Deutschland veranlaßt wurden, ist der Lehrbetrieb vorübergehend auf ein Minimum zurückgegangen.

Wir stehen heute also vor der Notwendigkeit, unser gesamtes Schulwesen neu aufbauen zu müssen, sofern wir nicht auf das wichtigste und vornehmste Mittel der Kulturpropaganda überhaupt verzichten wollen. Der Anfang dazu ist bereits gemacht; das gilt insbesondere von den Shanghaier Anstalten, an denen bereits wieder mehr als 20 deutsche Lehrer wirken.

Man könnte angesichts der derzeitigen deutschen Zustände die Frage aufwerfen, ob denn Deutschland überhaupt China hinfort noch irgend etwas zu bieten habe. Darauf wäre zu antworten: Wenn wir auch auf das äußerste mit den furchtbaren Folgen eines verlorenen Krieges kämpfen, so kann doch nur ein vollendeter Pessimist glauben, daß nach den ungeheuren Leistungen, die Heer und Heimat vollbracht haben, alle jene Eigenschaften, die man früher an uns vor allem schätzte, restlos verloren seien. Wir werden vielmehr nach Überwindung der auf so vielen verschiedenen Ursachen beruhenden inneren Krisen über kurz oder lang zu geordneten Zuständen zurückkehren. Unter ihnen werden sich Tüchtigkeit, Zuverlässigkeit, Gründlichkeit und Arbeitswille wieder durchsetzen. Wäre es anders, so würden wir jede Hoffnung auf Deutschlands Wiederaufbau endgültig begraben dürfen. Ein zur Selbstbesinnung zurückgekehrtes deutsches Volk wird aber auch in Zukunft der Welt ebenso

gute Lehrer und Erzieher, ebenso tüchtige Techniker und Ingenieure, ebenso gründliche Ärzte und Chemiker, ebenso gediegene Maschinen, Apparate und Werkzeuge liefern, wie ehedem. Daran wird auch der einsichtige Chinese nicht zweifeln, so wenig wie er vor dem Kriege an der Güte der deutschen Leistungen, die namentlich die englische Presse ihm gründlich zu verleiden suchte, gezweifelt hat.

Wir dürfen uns allerdings nicht verhehlen, daß der Kampf um unseren Platz in China schwerer denn je wird, so daß wir bei dem Bestreben unserer früheren Feinde, uns von China fernzuhalten, nur in schwerster Arbeit den verlorenen Boden wiedergewinnen können.

Dazu wird dann allerdings auch notwendig sein, daß wir unsere Kulturtätigkeit draußen wieder aufnehmen. Haben wir vor dem Kriege ihre Bedeutung erkannt und dementsprechende Anstrengungen gemacht, so müssen wir es heute erst recht tun. Ich bin weit davon entfernt, uferlosen Schulplänen das Wort zu reden, aber fortsetzen müssen wir unser Werk und es in bescheidenen Bahnen so lange erhalten, bis bessere Zeiten seinen Ausbau ermöglichen.

Die Parole kann daher einstweilen nur lauten: Wiederaufbau und Unterhaltung dessen, was vorhanden war. Und zwar muß diese Arbeit geschehen nach dem ökonomischen Prinzip, mit Aufwendung geringster Mittel den größtmöglichen Erfolg zu erzielen.

Einen ganz besonderen Wert lege ich auf das enge Zusammenarbeiten mit den interessierten Kreisen in China selber. Je mehr wir den Chinesen die Möglichkeit bieten, deutsche Lehrmethoden durch eigene Beobachtungen und Erfahrungen kennenzulernen, je mehr dürfen wir hoffen, ihr Interesse und ihre Unterstützung für unsere kulturellen Bestrebungen zu finden. Das gilt nicht nur für die chinesische Regierung und die amtlichen Stellen in Provinz und Stadt, das gilt namentlich auch für die angesehenen, nicht beamteten Chinesen. Sie müssen unmittelbar an unserer Arbeit praktisch teilnehmen und interessiert werden. Je weniger engherzig und kleinlich, je entgegenkommender und geneigter zum Eingehen auf chinesische Wünsche wir uns in bezug auf die deutschen Schulen zeigen, je mehr werden wir auch erreichen.

Nicht ohne China, erst recht nicht gegen China, sondern m i t China wollen wir arbeiten in beiderseitigem Interesse. Ist nur die Basis dafür erst einmal gefunden, dann werden alle die vielen Spezialfragen, die die zukünftige deutsche kulturelle Propaganda in China auslöst, einer zufriedenstellenden Lösung entgegengeführt werden.

Presse und geschäftliche Propaganda in China.

Von

Fritz Secker,

früher Redakteur des Ostasiatischen Lloyd in Schanghai.

Houston Stewart Chamberlain macht in seinen Grundlagen des 20. Jahrhunderts die kluge Beobachtung, daß die Chinesen zwar schon vor den Europäern die wichtigsten Erfindungen gemacht hätten, daß aber von keiner ihrer Erfindungen die Kraft nachwirkender Umwälzungen auf technischem und geistigem Gebiet ausgegangen sei, wie in Europa. Die Chinesen besaßen früher als die Europäer den Kompaß, sie entdeckten aber keine fremden Länder; sie kannten in früher Zeit das Schießpulver, das jedoch nicht — wie in Europa — zu einer Umwälzung des Feldkriegswesens führte, sondern zur Herstellung harmloser Feuerwerkskörper benutzt wurde, sie hatten schließlich die Druckkunst, aber keine auch andere Welten beeinflussende Geister. — Der Altmeister Konfuzius sagt: „Daß Keime nicht zu Blüten werden, ach, das kommt vor; daß Blüten nicht zu Früchten werden, ach, das kommt vor.“ Auf allen Gebieten des chinesischen Kultur- und Geisteslebens erblicken wir durch Jahrtausende verheißungsvolle Keime und Blüten, vergebens schauen wir aber nach Früchten aus, wie sie die westländische Kultur gezeitigt hat. Dem in alten Formen erstarrten chinesischen Geist fehlt die Kraft, aus seinen Schöpfungen die letzte, wissenschaftliche Konsequenz zu ziehen. Dort ist es, wo die westländische Kulturarbeit einsetzt und neues Blut dem erstarrenden Koloß zuführt.

Wenn wir die Entwicklung des chinesischen Pressewesens von seinen ersten Anfängen bis in die Jetztzeit verfolgen, werden wir das Gesagte vollauf bestätigt finden.

Die erste chinesische Zeitung erschien in der Tang-Dynastie (618—907 n. Chr.), also zur Zeit der Karolinger. Die erste Veröffentlichung soll 714 erfolgt sein; sie war das amtliche Organ der Regierung, trug den Namen „Ging-bao“ (Hauptstadtzeitung) und bestand bis in unsere Zeit. Textlich hatte sich das Blatt während der Jahrhunderte wenig geändert.

nur die äußere Aufmachung wurde den neueren Verhältnissen angepaßt. Bis zum Jahre 1350 erschien der Staatsanzeiger nach Bedarf, dann wöchentlich einmal. Ursprünglich wurde die ganze Zeitung auf einen Holzblock geschnitzt, die Charaktere mit Druckerschwärze überpinselt und dann einfach abgeklatscht, nach der Art, wie man heutzutage noch Bürstenabzüge herstellt. Später erschienen zwei Ausgaben, eine mit beweglichen Holztypen hergestellte und eine, die, auf Wachstafeln eingeritzt, nach dem System eines Schapirographen vervielfältigt wurde. Da das Drucken sehr zeitraubend war, bestellten die Beamten, die den größten Hundertsatz unter den Lesern ausmachten, die auf dem Wachstafelsystem hergestellten Ausgaben. Die sechzehn höchsten Provinzialbeamten unterhielten in Peking eigene Versandämter, deren Vorsteher die Aufgabe hatten, jede Neuausgabe des Staatsanzeigers zu vervielfältigen und so rasch als möglich an die Provinzialämter durch eigene Kuriere zu schicken. Der Staatsanzeiger berichtete über Opfer und Audienzen des Kaisers, brachte Verordnungen der Regierung, Beamtenernennungen und Belobigungen, druckte ferner wichtige Eingaben der Provinzialgouverneure ab usw. Die im Jahre 1662 von den Jesuiten erfolgte Einführung von beweglichen Lettern aus Kupfer vereinfachte die Herstellung der Staatszeitung und ermöglichte eine größere Auflage, die damals etwa auf 10 000 Stück beziffert wurde. Heute ist aus der „Ging-bao“ eine „Dscheng-bao“ geworden, die in Heftform versandt und nicht nur von der Beamtenwelt, sondern auch von den Kreisen gelesen wird, die sich politisch auf dem Laufenden halten wollen.

Bis zum Anfang des vorigen Jahrhunderts war der Pekinger Staatsanzeiger das einzige Presseerzeugnis in China. Die Massen hatten nicht das Bedürfnis nach Neuigkeiten außerhalb ihres eigenen Kreises. Für die täglichen Geschehnisse des Lebens sorgte — wie das heute noch weithin üblich ist — die mündliche Weiterverbreitung.

Der Anstoß zur Entwicklung einer modernen Presse kam von außen. In Malakka gaben zwei englische Missionare, Milne und Morrison, im Jahre 1815 die erste chinesische Zeitung heraus; sie diente hauptsächlich der religiösen Propaganda, brachte aber auch Nachrichten von weltlichen Dingen. Sie hatten bald Nachahmer; ähnliche Versuche wurden in Batavia (1823), in Singapore (1833), in Canton (1838), in Hongkong (1853, 1856), in Ningpo (1861—64) und in Schanghai (1857—58) unternommen.

Schanghai ist der eigentliche Geburtsort der modernen chinesischen Presse geworden. Dort gründete ein englischer Missionar im Jahre 1872

die erste politische Tageszeitung, die „Schen-bao", die heute noch besteht. Sieben Jahre später gaben die französischen Jesuitenpatre in Sikawai bei Schanghai das Blatt „I-wen-lu" (Nützliche Berichte) heraus, das der „Schen-bao" wegen der Gediegenheit seines Inhalts starken Wettbewerb machte. 1882 erschien als weitere Tageszeitung die „Hu-bao" auf dem Plan; ihr folgte die „Sin-wen-bao", das Blatt der Kaufmannschaft, das heute noch besteht. 1884 erschien auch in Schanghai die erste illustrierte Zeitung unter dem Titel „Tien-sche-dscha-hua-bao", die aber bald wieder einging. In anderen Plätzen des Landes waren mit der Zeit nach dem Schanghaier Vorbild Tageszeitungen und Wochenzeitungen entstanden. Auch in Hongkong begann sich die politische Tagespresse zu entwickeln. Fast gleichzeitig mit der Schanghaier „Schen-bao" erschienen dort hintereinander fünf Tageszeitungen, von denen zwei in Verbindung mit dort bestehenden englischen Zeitungen, der „Daily Press" und der „China Mail", herauskamen. In Tientsin wurde 1887 die erste Tageszeitung, die „Schi-bao", gegründet; das konservative Peking begnügte sich damals immer noch mit dem schwerfälligen Staatsanzeiger. Auf einer im Jahre 1890 in Schanghai abgehaltenen Konferenz protestantischer Missionare wurde festgestellt, daß insgesamt 76 Zeitungen und Zeitschriften erschienen, davon hatten aber 40 religiösen Inhalt und wurden von Missionsgesellschaften herausgegeben. Wenn man bedenkt, daß jedes Blatt nur eine Auflage von einigen Tausend Stück hatte, so war ihr Einfluß auf das 400-Millionenvolk nur gering.

Von einer politischen Bedeutung der damaligen chinesischen Presse konnte man nicht reden. Innerpolitische Fragen, an denen die öffentliche Meinung Anteil nehmen konnte, gab es kaum. In Peking herrschte die alte Kaserinwitwe Tse-Hsi, die eine Einmischung des Volkes in die Regierungsangelegenheiten nicht duldete; es fehlte auch an geistig geweckten Journalisten, und wo sie vorhanden waren, fehlte es ihnen an politischer und stilistischer Schulung, Ereignisse der inneren und auswärtigen Politik plastisch vor die Augen der Leser zu stellen.

Der große Umschwung trat im Jahre 1895, nach dem chinesisch-japanischen Kriege ein. Die Niederlage durch Japan peitschte das Gewissen patriotischer Kreise wach und ließ sie zum erstenmal klar erkennen, daß China dem Untergange zutreibe, wenn es nicht bald den Weg der Reformen beschreite. Dem chinesischen Volk entstanden in Kang-Yu-wei und Liang-Dschi-dschao zwei politische Denker, die der Presse den neuen Stil gaben, in dem man politisch aufklärend auf die Leser wirken konnte. Kang und Liang, einer westländischen Sprache nicht mächtig, standen

unter dem Einfluß der von einem britischen Missionsinstitut herausgegebenen Übersetzungen grundlegender Werke über Politik, Volkswirtschaft und Literatur. Sie paßten das Gelesene in anschaulichen Bildern der chinesischen Gedankenwelt an. Hier eine Probe für Liang-Dschi-dschaos Stil: „Ist nicht der Untergang Chinas, nicht das Sterben der gelben Rasse nahe, wie das Leben eines Menschen, der von den Zähnen und Krallen eines heulenden Tigers, wie von den Gluten des lodernden Feuers bedroht ist? Die wahren Helden unter uns sind tot, wir suchen sie in der Geschichte und rühmen ihren Staub. Wie ein einsamer Mönch seine Horen und Vigilien vor dem dunkel gewordenen Götterbild singt, wie ein Weib im stillen abgeschlossenen Gemach ihre Blumenranken und Schmetterlinge stickt, so ist die Welt um euch her still und versunken. Und braust dann das Unglück wie eine wilde Flut über euch her, so beugt ihr euch stumm dem Untergang." Das waren Worte, die vorher niemals aus dem chinesischen Pressewald geklungen haben. Die konservative Gelehrtenwelt, gewohnt nur in klassischen Zitaten zu denken und das Altertum als die einzige Quelle der Erkenntnis anzusehen, wandte sich erschreckt von den neuen politischen Stilisten Kang und Liang ab; das Jung-Chinesentum, in freierem westländischem Geist erzogen, jubelte ihnen zu und ahmte sie nach, wo es Einfluß auf die Presse hatte. Auch die hauptsächlich in Japan sitzenden extremen Reformer wie Sun-Yat-sen, die einen Sturz der Mandschu-Dynastie betrieben, fanden in ihren Veröffentlichungen Töne, die bisher ungehört in China waren. Als Kang-Yu-wei und Liang-Dschi-dschao von einer günstigen Welle an die Stufen des Drachenthrones getragen wurden, wo sie den jungen Kaiser Kuang-Hsu für eine großzügige Reform des Staatswesens zu bestimmen suchten, da gewann die jung-chinesische Presse zum erstenmal eine hohe politische Bedeutung. Sie übte schärfste Kritik an der Regierungswirtschaft und lief gegen geheiligte Traditionen im jugendlichen Feuereifer Sturm; sie wurde die Trägerin der Reformbewegung, die aber schließlich — ob zum Heil oder zum Unheil Chinas mag dahingestellt bleiben — an der konservativen Kaiserinwitwe Tse-Hsi scheiterte. Die alte Kaiserin entthronte ihren reformeifrigen Neffen und ging aufs schärfste gegen die Presse vor. In einem Edikt wetterte sie gegen die „verkrachten Literaten", befahl das Schließen ihrer Zeitungen und setzte auf jeden jungchinesischen Redakteur die Todesstrafe. Von dem Edikt wurden nur einige hauptstädtische Zeitungen betroffen, deren Redakteure jedoch rechtzeitig flüchten konnten. An der Hauptoppositionspresse in Schanghai prallte das Verbot wirkungslos ab, denn bis in die fremden Niederlassungen,

die unter eigener Verwaltung stehen, reichte die Autorität der Pekinger Regierung nicht. Bis in die Jetztzeit hinein sind Fremden-Niederlassungen in China, nicht nur in Schanghai, sondern auch in Hongkong, Tientsin und Hankou, die Hauptsitze der Oppositionspresse gegen die jeweilige Regierung geblieben.

Ebenso wie der Ausgang des chinesisch-japanischen Krieges belebend auf das chinesische Pressewesen gewirkt hatte, trug auch der Sieg Japans über Rußland im Jahre 1904 zu seinem weiteren Aufschwung bei. Das Streben nach westländischer Bildung, das Mitte der neunziger Jahre eingesetzt hatte und durch die reaktionäre Ära nach dem mißglückten Staatsstreich 1898 künstlich eingedämmt wurde, brach sich nun von neuem Bahn. Auf den angelsächsischen Missionsschulen, den Hochschulen des In- und Auslandes, vornehmlich in den Vereinigten Staaten, erhielt der jungchinesische Typ, in dem die Licht- und Schattenseiten westländischer Kultur und Zivilisation wirksam sind, seine Prägung, der sich sieben Jahre später, als die Mandschu-Regierung gestürzt und China Republik geworden war, zum Führer der öffentlichen Meinung aufschwang. Die Staatsumwälzung in Peking vollzogen zu haben, war mit ein Verdienst der jungen Presse; durch ihr schweres Geschütz hatte sie den Mandschuthron sturmreif gemacht.

Bis vor dem Jahr 1911 konnte man von einer Parteipresse in unserem Sinne nicht sprechen. Die Regierung hielt in der Hauptstadt und in den Provinzen einige Organe; auch die Notabeln im Land hatten ihre Lokalzeitungen, die aber ziemlich regierungsfromm waren. Alles übrige gehörte der Oppositionspresse an, die von den Vertragshäfen ihre giftigen Pfeile gegen die Regierung sandte. Als im Jahre 1912 das Parlament eröffnet wurde, zogen in ihm buntscheckige Parteien ein; die Vielgestaltigkeit des Parteiwesens in der Volksvertretung spiegelte sich bald in der Presse wider. Das Hauptkontingent stellten diejenigen Blätter, die die Organe der radikalen Partei Guo-min-dang waren. Diese Blätter haben gegenüber der übrigen Parteipresse eine gewisse Lebendigkeit voraus. Ihre Redakteure, heißblütige Reformchinesen, die über Nacht aus China einen modernen Staat machen wollten, ergingen sich bald in heftigen Angriffen gegen die Regierung. Die radikale Partei selbst trieb im Parlament eine so gewaltige Opposition, daß der damalige Präsident Yüan-Schi-kai eines Tages zur Auflösung der Volksvertretung schreiten mußte. Das führte auch zum Schließen einer großen Anzahl Parteiorgane der Radikalen. Von dieser Entwicklung wurde die gemäßigte, den Interessen des Bürgerstandes dienende Presse nicht berührt. Durch kluge Zurückhaltung und

durch ihre Bereitwilligkeit, an der neuen Regierung schöpferisch mitzuarbeiten, gelang es ihr, die Sturm- und Drangjahre, die hauptsächlich im Jahre 1912 das chinesische Pressewesen heimsuchten, zu überdauern. Um den Auswüchsen der radikalen Presse zu begegnen, erließ die Pekinger Regierung am 2. April des Jahres 1914 ein Preßgesetz, das einige sehr merkwürdige Bestimmungen enthält. Danach dürfen Verleger, Schriftleiter und Drucker nicht unter 30 Jahre alt sein. Sie müssen einen festen Wohnsitz haben und dürfen unter keinerlei Gebrechen leiden. Ferner wird der Besitz der bürgerlichen Ehrenrechte verlangt. Angehörigen des Heeres, der Marine und der Verwaltung ist eine redaktionelle Tätigkeit untersagt. Als Bürgschaft für gutes Betragen mußten die Zeitungen je nach Größe 100—350 Dollar hinterlegen. Zeitschriften, die ausschließlich der Wissenschaft, Statistik sowie der Bekanntgabe amtlicher Veröffentlichungen dienen, brauchen keine Bürgschaft zu stellen.

Schanghai verfügt heute über die am besten redigierte Tagespresse. Von größeren Tageszeitungen sind zu nennen: „Sin-wen-bao", die in Handelskreisen viel gelesen wird; die „Schi-bao" vertritt die gut bürgerliche Presse, „Schen-dschou-jih-bao", die in Beamten- und Gelehrtenkreisen gehalten wird, die „Schi-schi-sin-bao", das Organ Liang Dschi-dschaos und der Dsin-bu-dang (Fortschrittspartei), die 1917 als erstes Blatt den Feldzug zugunsten einer Kriegserklärung gegen Deutschland eröffnete, die „Min-guo-jih-bao", das Organ der radikalen Opposition und schließlich die „Schen-bao", die als ältestes Blatt in allen Kreisen gelesen wird. Im Jahre 1917 gründeten englische Kreise ein Konkurrenzunternehmen gegen die „Schen-bao", das den Namen „Neue Schen-bao" führte. Sie kauften den Redakteur des alten Blattes aus und stellten ihn an die Spitze der neuen Redaktion. Nach den letzten Nachrichten, die aus Schanghai gekommen sind, sollen auch zwei anarchistisch-bolschewistische Blätter in Erscheinung getreten sein, die aber bald infolge Einschreitens der Behörden ihre Pforten schließen mußten. Außerhalb Schanghais sind am bekanntesten die in Peking herausgegebene „Peking-jih-bao" und die „Kuo-dschuan-bao", die beide als halbamtliche Organe der Regierung anzusprechen sind. Im Süden verfügt die „Tsi-sche-örl-hang-bao" (72 Gildenzeitung) über den größten Einfluß. Die übrige Provinzpresse kommt über das Generalanzeiger-Niveau nicht hinaus. Die Auflageziffern der chinesischen Tageszeitungen sind auffallend gering. Es dürfte kaum ein Blatt geben, das eine höhere Auflage als 10 000 Stück hat. Ein durchschnittliches Blatt wird gewöhnlich in 4—5000 Exemplaren veröffentlicht. Dabei ist aber zu beachten, daß dasselbe

Blatt vielleicht von Hunderttausenden gelesen wird, denn es wird von Hand zu Hand weitergegeben. Schanghai ist nicht nur der Hauptsitz der Tagespresse, sondern es erscheinen dort auch eine große Anzahl periodischer Zeitschriften, die allen möglichen Gebieten des Wissens dienen. Es befinden sich darunter auch einige Zeitschriften für Frauen und die heranwachsende Jugend. Eine politisch wirklich maßgebende Tageszeitung oder Zeitschrift, die auch außerhalb des Landes beachtet wird, wie beispielsweise die großen japanischen Blätter, gibt es in China nicht. Das kommt daher, daß das moderne China bisher noch keinen überragenden Redakteur hervorgebracht hat, der über das Maß der Kenntnis allgemeiner Weltzusammenhänge verfügt, um in der Lage zu sein, ein Blatt herauszugeben, welches sich einen ausschlaggebenden Einfluß auf die öffentliche Meinung sichern könnte. Fast jedes chinesische Blatt beschäftigt sich fast ausschließlich mit innerpolitischen Parteifragen, und wo einmal Ereignisse der großen Politik behandelt werden, geschieht es meist aus einem sehr engen Gesichtskreise heraus. Das ist vielleicht einer der Hauptgründe, weshalb die Sache Chinas in der Welt so schlecht vertreten ist.

Die moderne chinesische Presse hat zweifellos schon viel im Interesse der allgemeinen Volksaufklärung geleistet. Von einem nachhaltigen Einfluß auf die Massen kann man jedoch nicht sprechen. Das liegt daran, daß weitaus der größte Teil der Chinesen Analphabeten sind. Auch bei denen, die lesen können, muß man Unterschiede machen. Wer die Zeichenkenntnis hat, die ihm die Dorfschule vermittelt, ist noch lange nicht imstande, die Presse mit Verständnis zu lesen. Nun hat der Stil, in dem modernen Zeitungen geschrieben sind, in den letzten Jahrzehnten große Wandlungen durchgemacht; er nähert sich immer mehr der Umgangssprache. Die konservative Gelehrtenwelt ist mit dieser Entwicklung nicht einverstanden, sie sieht in der Presse die Verderberin des klassischen Stils. Unzählige moderne Ausdrücke haben sich in den letzten Jahren in der chinesischen Presse eingebürgert, und es ist bewunderungswürdig, wie biegsam und geschmeidig die altchinesischen Schriftzeichen, in denen Konfuzius vor zweieinhalb Jahrtausenden seine Annalen niedergeschrieben hat, sich den modernen Begriffen anpassen. Nehmen wir z. B. das Wort Exterritorialität. Chinesisch heißt es dschi wai fa djüan, d. h. Regieren außerhalb Gesetz Gewalt. Es gibt kaum einen Ausdruck auf dem Gebiet des modernen politischen, wirtschaftlichen, technischen und wissenschaftlichen Lebens, der nicht in chinesischer Sprache wiederzugeben wäre. Die modernen Ausdrücke wurden hauptsächlich von Japanern geprägt

und dann in chinesische Zeichen gesetzt. Für den chinesischen Durchschnittsleser, der nicht über das Maß von Bildung verfügt, um die modernen Ausdrücke zu verstehen, bleiben dieselben ein Buch mit sieben Siegeln, obwohl er imstande ist, Zeichen nach Zeichen zu lesen; er würde also bei Exterritorialität die vier Zeichen „regieren außerhalb Gesetz Gewalt“ lesen können, die Gesamtbedeutung der vier Zeichen würde ihm aber nicht klar sein. Um die modernen Ausdrücke allmählich in größeren Kreisen einzubürgern, gibt es allerlei Hilfsmittel. Es hat sich in den letzten Jahren nach vielen Fehlschlägen eine in gewöhnlicher Umgangssprache geschriebene Presse herausgebildet, die dem Chinesen, der nur über geringe Schriftkenntnisse verfügt, das Lesen ermöglicht. Kommt nun ein moderner Ausdruck wie Exterritorialität im Text vor, so wird in Klammer seine Bedeutung in wenigen Worten erläutert. Ob in einigen Jahren die gesamte chinesische Presse in leicht verständlicher Umgangssprache geschrieben werden wird, läßt sich schwer beantworten. Die chinesische Tagespresse macht jedoch heute schon ihren weniger gebildeten Lesern Zugeständnisse, indem sie Artikel bringt, die sich im Stil fast der Umgangssprache nähern; im Unterhaltungsteil wird vielfach heute schon völlig der Volkston angeschlagen.

Ein eigenartiger literarischer Versuch ist im Jahre 1918 gemacht worden. Ein Kreis jüngerer, im Ausland ausgebildeter Gelehrter hat sich in Peking zusammengeschlossen und gibt eine Wochenschrift für Politik und Literatur unter dem Namen „Tsing-nien“ (Jugend) heraus, ihr Untertitel lautet französisch: „La Jeunesse“. Die Zeitschrift ist in der Umgangssprache geschrieben und bringt leicht verständliche Aufsätze über Politik, zählt jedoch zu einer ihrer Hauptaufgaben, Kenntnis von den Werken moderner ausländischer Schriftsteller ins chinesische Volk zu bringen. In den ersten Ausgaben waren u. a. Biographien von Sudermann und Gerhart Hauptmann nebst Übersetzungsproben aus ihren Werken.

Um sich für ihre Politik einen größeren Resonanzboden in ausländischen Kreisen zu schaffen, hat die chinesische Regierung vor einigen Jahren begonnen, Zeitungen in englischer Sprache herauszugeben. Als Regierungsorgan dient heute noch die „Peking Daily News“, von deren Leitung aber dasselbe gesagt werden kann, wie von der übrigen chinesischen Presse: es fehlt an Persönlichkeiten, die über journalistische und weltpolitische Routine verfügen. Im Jahre 1912 gründete die radikale Partei in Schanghai ein in englischer Sprache geschriebenes Organ, den „China Republican“, der unter seinem Leiter Ma-Su, einem chinesisch-

französischen Halbblut, eines der am besten geleiteten Blätter war; es mußte aber nach zwei Jahren sein Erscheinen wieder einstellen, weil es der Partei an Geldmitteln fehlte. Kurze Zeit später erschien die „Peking Gazette" auf dem Plan, die von Eugène Dschen, einem in England, Frankreich und Amerika ausgebildeten Chinesen, herausgegeben wurde. Dschen gründete während des Krieges die „Shanghai Gazette", die er ebenfalls auf eine gewisse journalistische Höhe brachte; er weilte während der Versailler Friedensverhandlungen in Europa, um die Sache Chinas in der französischen und englischen Presse zu vertreten. Aber ebenso wie in Ma-Su ist auch in Dschen ein Tropfen europäischen Blutes der Fiebererreger zum journalistischen Schaffen.

Ursprünglich waren die von Ausländern herausgegebenen Zeitungen lediglich Nachrichtenblätter für die ausländischen Handelsgemeinden; die ersten in englischer Sprache geschriebenen Zeitungen, die aber von ganz bescheidenem Umfang waren, erschienen Mitte des vorigen Jahrhunderts. In Hongkong und in Schanghai, und als der englische Kaufmann auch im Norden festen Fuß faßte, in Tientsin, entstanden Tageszeitungen. Die am meisten gelesenen englischen Tageszeitungen in China sind die „Hongkong Daily Press", das Organ des dortigen britischen Gouvernements, die „North China Daily News" in Schanghai, das Hauptorgan der britischen Kaufmannschaft, die „Peking and Tientsin-Times", deren sich die britische Gesandtschaft in Peking bedient. Außerdem erscheint in Hankou die „Central China Post". Neben diesen sind noch eine Anzahl anderer Zeitungen und Zeitschriften vorhanden, die aber von keiner allzu großen Bedeutung sind. Die Amerikaner erschienen viel später auf dem Plan. Im Jahre 1911 wurde die „China Press" gegründet, die in marktschreierischer Weise, wie alle amerikanischen Zeitungen, aufgemacht ist. In „Millards' Review" verfügen die Amerikaner über eine gediegene Wochenschrift, die sich viel mit Fragen der inneren und auswärtigen Politik Chinas beschäftigt. Die Franzosen haben in Schanghai das „Echo de Chine" und in Peking die „La Politique de Pekin", die russisch-französischen Interessen dient. Auch die Japaner unterhalten eine Anzahl Zeitungen in ihrer Landessprache, die aber nur von örtlicher Bedeutung sind.

Bis zum Jahre 1906 hatte das Deutschtum in China nur ein einziges führendes Blatt, die auch in Deutschland bekannt gewordene Wochenschrift „Der Ostasiatische Lloyd" in Schanghai. Die Zeitung wurde im Jahre 1889 gegründet und nahm in den letzten zwei Jahrzehnten unter sachkundiger Leitung einen hervorragenden Aufschwung. Zur

Sammlung des Deutschtums in China hat das Blatt vorbildliche Arbeit geleistet. Von amerikanischer Seite ist in früheren Jahren einmal rücksichtslos anerkannt worden, daß es das am besten unterrichtete Blatt in Ostasien sei. Die Zeitung schenkte dem politischen und wirtschaftlichen Geschehen in den zukunftsreichen Ostasienländern die größte Aufmerksamkeit. Im Jahre 1906 wurden zwei deutsche Tageszeitungen gegründet, die „Tsingtauer Neuesten Nachrichten" und das „Tageblatt für Nordchina" in Tsingtau, die beide aber nur örtliche Bedeutung hatten. Zu erwähnen ist ferner die im Jahre 1906 eingegangene „Deutsch-Asiatische Warte" in Tsingtau und die ihr 1912 folgende „Kiautschou-Post". Ferner erschienen in Hankou die von einem Deutschen geleitete „Hankou Daily News". Während des Krieges erfuhr das deutsche Pressewesen in China einen weiteren Aufschwung. Der „Deutschen Zeitung für China" in Schanghai, von Redakteuren des „Ostasiatischen Lloyd" herausgegeben, gelang es in kurzer Zeit, sich eine weite Verbreitung zu sichern. Die Zeitung war das Kampfblatt des Deutschtums gegen die Preßmeute der Entente. Außerdem wurden während des Krieges von deutscher Seite die dreimal wöchentlich erscheinende Zeitung „The War" gegründet, der in neutralen Kreisen, für die er bestimmt war, viel beachtet wurde. Mit dem Tage der Kriegserklärung Chinas an Deutschland im August 1917 wurde dem aufstrebenden deutschen Pressewesen ein jähes Ende bereitet.

Die bestehenden ausländischen Zeitungen in China sind ein gutes Werbemittel für politische und kulturelle Propaganda, weil die chinesische Presse häufig auf deren Auslassungen zurückgreift. Die größeren chinesischen Tageszeitungen haben Übersetzer für die englische und japanische Sprache im Dienst, die an Hand von Auszügen der Fremdenpresse dem chinesischen Leserkreis Nachrichten über alle möglichen Vorgänge in der Welt — hauptsächlich aber über ausländische Kommentare zu chinesischen Fragen — Kenntnis geben. Die deutsche Presse ist in den letzten Jahren auch häufig zitiert worden. Je länger aber der Krieg dauerte, desto seltener wurden deutsche Pressestimmen angeführt, weil die chinesischen Redakteure sich nicht der Gefahr aussetzen wollten, als deutschfreundlich verschrien zu werden. Immerhin gab es doch eine Anzahl chinesischer Zeitungen, die uns trotz der Plackereien, denen sie von gegnerischer Seite ausgesetzt waren, die Treue bewahrten. Solange Amerika noch nicht im Kriegszustand mit Deutschland lebte, erhielten wir die Telegramme der Berliner Transozean-Gesellschaft, die in die Kanäle der chinesischen Presse weitergeleitet wurden. Nach dem Frühjahr 1917

beherrschte das „Reutersche Büro" den gesamten auswärtigen Nachrichtendienst der chinesischen Zeitungen. Auch die Japaner und in letzter Zeit die Amerikaner haben es verstanden, sich ihren Einfluß auf die Presse zu sichern. Eine japanische Nachrichtenagentur versorgt die chinesischen Zeitungen mit Nachrichten über die innere und auswärtige Politik Chinas. Die Abhängigkeit von dem fremden Nachrichtendienst haben sich die chinesischen Redakteure und letzten Endes auch die chinesische Regierung selbst zuzuschreiben, denn es hat sich bisher keine rein chinesische Nachrichtenagentur gefunden, die, etwa nach Art des Wolffschen Büros, Meldungen und Nachrichten an die Presse weitergibt. Die Beeinflussung der chinesischen Presse durch fremde Agenturen geht so weit, daß diese druckfertige Artikel den Zeitungen zur Verfügung stellt. Damit wird nicht den Interessen Chinas und der chinesischen Leserwelt gedient, sondern die Agenturen benutzen ihren Einfluß, um in der chinesischen Presse Preßfehden untereinander zu führen. So wird z. B. in Tagen japanisch-amerikanischer Spannungen die japanische Agentur gegen die Amerikaner und die amerikanische Nachrichtenagentur gegen die Japaner hetzen.

Was das deutsche Verhältnis zur chinesischen Presse betrifft, so ist nur mit Genugtuung festzustellen, daß wir uns von solchen unsauberen Methoden ferngehalten haben. Der freundschaftliche Verkehr mit maßgebenden Redakteuren erwies sich weit wirksamer als das Überfluten der Presse mit tendenziös gehaltenen Artikeln. Trotzdem möchte ich aber der Gründung einer deutschen Stelle das Wort reden, die in chinesischer Sprache eine Zeitungskorrespondenz vertreibt und die in sachlicher Weise über die deutschen Verhältnisse aufklärt. Mit dem bloßen Abdruck deutscher Meldungen ist es nicht getan. Der chinesische Leser hat weder den Weltblick noch das kritische Gefühl, das für den europäischen Gesichtskreis berechnete Telegramm zu lesen. Nur ein Beispiel: Pfitzners „Palestrina" wird in der deutschen Staatsoper aufgeführt; diese Meldung gelangt mit vielen anderen nach China. Aus dieser reinen Tatsachenmeldung kann der chinesische Leser aber keinen Schluß ziehen. Statt des Telegramms müßte durch die Korrespondenz ein kurzer Artikel über die anerkannte Weltstellung der deutschen Musik mit dem Hinweis lanziert werden, daß den Deutschen wieder ein neuer Meister erstanden ist. Nicht mit der Fülle von Telegrammen (wie Reuter) können wir auf die chinesische Presse Einfluß gewinnen, sondern durch kluge Kommentare zu den jeweiligen Weltgeschehnissen. Ob eine Meldung einen Tag früher

oder später in die chinesische Presse gelangt, darauf kommt es nicht an.

Die ausländische Propaganda-Arbeit in China bedient sich nicht nur der chinesischen Presse, sondern gibt auch eine Anzahl Zeitungen in chinesischer Sprache heraus. Die von deutscher Seite herausgegebene „Hsieh-ho-bao“ hat hier Vorbildliches geleistet. Das wirksamste Propagandamittel besitzen die Japaner in der in Peking erscheinenden „Schun-tien-jih-bao“, deren japanischer Herausgeber sich in Stil und Auffassung derartig chinesischen Verhältnissen anzupassen weiß, daß der chinesische Leser kaum auf den Gedanken kommt, er lese ein fremdes Blatt. Die Franzosen und Engländer haben mit zwei Veröffentlichungen der „Ou-dschan-bao“ und der „Dscheng-bao“ nicht den Volkston getroffen, weil Stil und Auffassung zu sehr europäische Hintermänner vermuten ließen.

Die Bedeutung der chinesischen Presse als Anzeigenorgan ist von den Westländern in China eher erkannt worden als von den Chinesen. Der chinesische Kaufmann hält im allgemeinen heute noch wenig von Anzeigen in der Tagespresse. Er sieht in Anpreisungen vor seinem Geschäftshaus auf poetischen Ladenschildern oder in Beleuchtungseffekten, die dem Vorübergehenden in die Augen fallen, die einträglichste Reklame. Er gibt dafür in den großen Städten Tausende aus, ist aber nicht bereit, ein paar Dollars für eine Anzeige in der Presse zu opfern. Nimmt man eine der großen chinesischen Tageszeitungen zur Hand, so fallen einem vor allen Dingen die Anzeigen großer ausländischer Unternehmen in die Augen. Zum eisernen Bestand des Anzeigenteils fast jeder chinesischen Zeitung gehören die Anpreisungen der britischen und amerikanischen Tabaksgesellschaft, die jährlich Millionen in China verdienen; ferner Anzeigen einer britischen Patentmedizin-Gesellschaft, die ihre Wunderpille anpreist, und daneben steht meistens die Anzeige eines japanischen Konkurrenzunternehmens, das einen „Japaner im Admiralshut“ zu seiner Handelsmarke gewählt hat; außerdem werden kondensierte Milch und Nestlés Kindermehl angepriesen. Abgesehen von Anzeigen, die den Absatz derartiger Massenartikel anpreisen, ist die ausländische Industrie auffallend wenig vertreten, am meisten noch die elektrische Industrie. Von chinesischen Unternehmen, die die Wirksamkeit der Reklame erkannt haben, sind zu nennen: die Fabrikanten von Patentmedizinen, die optischen Geschäfte und die neuerdings entstandenen Zigarettengesellschaften. Chinesische Zeitungen, die neuerdings aus China eingetroffen sind, bringen Anzeigen chinesischer Unternehmen, die in großen Überschriften die Leser auffordern, nur einheimische Erzeug-

nisse zu kaufen. So stand über der Anzeige einer Zigarettengesellschaft: „Wenn ihr den Verbrauch einheimischer Waren fördert, tragt ihr zur Rückerlangung unserer Hoheitsrechte bei." Unter diesem Schlagwort geht die Industrialisierung des Landes, die während des Krieges mächtig eingesetzt hat, vor sich.

Die Reklame, die von ausländischen Unternehmen in der chinesischen Presse getrieben wird, ist nur ein Teil der Propaganda, die notwendig ist, um einem Massenerzeugnis Absatz auf dem riesigen chinesischen Markt zu sichern. „Die Masse könnt ihr nur durch Masse zwingen," heißt's im „Faust". Um dieses Ziel zu erreichen, genügt die Tagespresse nicht, sondern es muß zu auffallenderen und gröberen Mitteln der Reklame gegriffen werden. Darin haben die Amerikaner Vorbildliches geleistet. Bis zum Jahre 1905 war z. B. der Absatz ausländischer Zigaretten und des Petroleums sehr gering. Ich lebte damals auf einem kleinen chinesischen Dorf in Mittel-Schantung; eines Tages kam Leben in das Dorf. Die Menge staute sich in der Hauptstraße, ich hörte Gong schlagen, und als ich näher trat, sah ich einen Ausländer, umgeben von einigen chinesischen Gehilfen, der neben sich ganze Kisten billiger Zigaretten stehen hatte. Der Ausländer und seine Gehilfen griffen mit vollen Händen in die Zigaretten und warfen sie unter die Menge. Inzwischen hatte der Kaufmann des Dorfes mit dem Europäer eine Unterhaltung angeknüpft und sich bereit erklärt, die Vertretung der Gesellschaft für das Dorf zu übernehmen. Auch hatten die Gehilfen des Europäers an einer freien Wand zwei riesige Plakate angeklebt, auf denen in faustgroßen Schriftzügen die neue Zigarettenmarke, der „Pirat", angepriesen wurde. Was ich an jenem Tag auf meinem kleinen Dorf erlebt hatte, das wiederholte sich in allen Dörfern und Städten des Landes. Ich hatte später weite Reisen unternommen und selbst an der tibetisch-chinesischen Grenze die Reklameplakate der Zigarettengesellschaft angetroffen. Ich bin den Oberyangtsee hinaufgefahren, und gerade an den landschaftlich schönsten Stellen prangte das „Piraten"-Plakat. Die kleinen Pfeifchen mit selbstgebautem Tabak, wie sie seit Jahrtausenden in China in Gebrauch sind, verschwanden, und an ihre Stelle trat die Zigarette. Im letzten Jahre wurden 8000 Millionen Stück Zigaretten von Amerika nach China eingeführt! Auf ähnliche Weise ist es den Amerikanern auch gelungen, eine Art Monopolstellung für die Petroleum-Versorgung Chinas zu erlangen. Mr. Rockefeller sandte im Jahre 1905 seine Vertreter nach China, die die Aufgabe hatten, ungezählte Mengen kleiner Lampen kostenfrei zu verteilen. Die Beschenkten freuten sich, es wurde ihnen jedoch be-

deutet, daß die Lampen erst dann von Vorteil sein würden, wenn sie auch das nötige Petroleum dafür kauften. Die Agenten konnten sich der Nachfrage nach Petroleum kaum erwehren, und die Amerikaner erlangten auf diese Weise das Monopol. Ohne Zweifel hat den Amerikanern die Reklame für ihre Zigaretten und Beleuchtungsöle Millionen Dollars gekostet. Das in die Reklame hineingesteckte Kapital hat sich aber glänzend verzinst. Dabei ist zu beachten, daß in diesem wie im nächsten Falle die Reklamekosten von den Produzenten selbst getragen wurden. Auch die Singer Nähmaschinen Cie. hat durch eine großzügige Plakatreklame eine Monopolstellung auf dem chinesischen Markt erlangt. Die Japaner haben später die amerikanische Methode nachgeahmt und der schon erwähnten Patentmedizin (Marke: Mann mit dem Admiralshut) einen großen Absatz gesichert.

Bei dem deutschen Wiederaufbau in China wird der politischen und kulturellen Propaganda durch die Presse eine bedeutende Aufgabe zufallen. Es gilt, all das Gift, das der Propagandadienst der Entente während des Krieges gegen uns in die Herzen der Chinesen geträufelt hat, wieder hinauszutreiben. Das Hauptgewicht sollte auf ein enges Zusammenarbeiten mit der chinesischen Presse und auf eine Propaganda in chinesischer Sprache gelegt werden. Durch eine Zeitungskorrespondenz, die ich schon erwähnte, könnte bis in die Spalten der kleinsten Provinzblätter aufklärend über Deutschland gewirkt werden. Mit eigenen, den Gegnern in die Augen fallenden Propagandaorganen ist es nicht getan, denn je unauffälliger eine Propaganda arbeitet, um so wirksamer ist sie. Ebensowenig wie auf politische und kulturelle Propaganda können wir auch nicht auf geschäftliche Propaganda verzichten. In dieser Frage sollte die deutsche Kaufmannschaft und Industrie möglichst gemeinsam vorgehen, um eine Kräftezersplitterung zu vermeiden. Das Begeben größerer Anzeigen an die chinesische Presse (die dazu in Frage kommenden Blätter müßten noch ausgewählt werden) hätte auch noch den Vorteil, daß wir dort gewisse Propaganda-Artikel lanzieren können. Englische und japanische Geschäftskreise bedienen sich mit Vorliebe dieses Mittels, um die Zeitungen, in denen sie inserieren, gelegentlich auch für die Propaganda in Sachen ihrer Länder zu gewinnen. Kurz vor meiner Abreise aus China zu Anfang dieses Jahres habe ich den Fall erlebt, daß britische Firmen auf Veranlassung ihrer Handelskammern und diese wieder auf Anheimstellen der britischen Behörden geschlossen ihre Anzeigen aus einer gewissen chinesischen Zeitung zurückgezogen haben, weil dieselbe in einer Meldung die Behauptung

aufgestellt hatte, britische Kaufleute in China handelten mit Morphium. Das war japanischen Kreisen eine willkommene Gelegenheit, an Stelle der ausgefallenen britischen Anzeigen japanische Inserate zu setzen, und seit dieser Zeit verfolgt das betreffende Blatt eine ausgesprochen japanfreundliche Politik. So kann die Geschäftspropaganda durch die chinesische Presse den Zwecken der politischen und kulturellen Propaganda leicht dienstbar gemacht werden.

Verfassung, Gesetzgebung, Verwaltung und Rechtspflege in China (mit Berücksichtigung der Rechtsstellung der Fremden).

Von

Dr. **Erich Michelsen,**

früher Dozent an der deutschen Hochschule in Tsingtau.

Verfassung, Gesetzgebung, Verwaltung und Rechtspflege eines jeden Landes wurzeln in dem Untergrunde seiner kulturellen, wirtschaftlichen und sozialen Zustände. Je ähnlicher und gleichartiger sich diese allgemeinen Verhältnisse der einzelnen Länder im Laufe der Jahrhunderte gestaltet haben, desto mehr sind die einzelstaatlichen Besonderheiten geschwunden. Organisation und Funktion des staatlichen Lebens haben typische Formen angenommen, so daß trotz nationaler Verschiedenheiten die gemeinsamen Züge überwiegen.

In China aber ist die Entwicklung ganz eigene Wege gegangen. Staatliche Organisation und staatliches Recht sind hier überhaupt nicht zu selbständiger Bedeutung und Ausbildung gelangt, sondern stets ein unausgeschiedener Teil der Gesamtkultur geblieben. Vergebens forschen wir in den chinesichen Quellen nach einer Lehre vom Staat, von der Rechtsstellung des Kaisers, den Funktionen der staatlichen Organe, dem Verhältnis des Bürgers zum Staate. Alle diese Institute und Beziehungen und die Regeln, die sie beherrschen und lenken, sind niemals zum Gegenstand scharfer juristischer Konstruktion erhoben worden, sondern haben sich stets dem allgemeinen philosophischen System ein- und untergeordnet, das das gesamte Denken, Fühlen und Handeln Chinas bis in seine äußersten Ausstrahlungen durchdrungen hat.

Von den Ländern und Staaten der Außenwelt durch Gebirge, Steppe, Wüste und Meer geschieden und ohne Kunde von ihrem Dasein, von Anbeginn fast unbestrittene Herren des Riesengebietes, auf dem sie sich seßhaft machten, sind die Chinesen früher zu der Vorstellung gelangt, daß sie die Menschheit darstellten, als zu dem Gedanken, daß sie ein

Staat seien; denn die Begriffe Staat und Staatsvolk bilden sich am schärfsten an den Widerständen einer feindlichen Umwelt. Wie die Chinesen nun über sich als Menschheit und die Bestimmung des Menschen nachzudenken begannen, fanden sie eine beziehungsreiche Harmonie zwischen dem Gange des Weltalls und der Entwicklung der Menschheit. Alle Naturvorgänge und -geschehnisse, Werden und Vergehen folgen in sinnvollem Wechsel aufeinander. Dieselben Kräfte, die den rhytmischen Gang des Kosmos bewirken, müssen auch im Menschen lebendig sein. Sie gilt es zu stärken und auszubilden, damit die Menschen die ihnen mögliche Vollkommenheit erreichen. Aus dem unbeirrbar gerechten Walten der Natur, aus dem selbstlosen Spenden ihes Segens, aus ihrem gleichmäßigen leidenschaftslosen durch keinerlei sichtbare Impulse getriebenen Verlaufe werden die Tugenden der Menschlichkeit und sozialen Rücksicht, der Pflichterfüllung und Erkenntnis als sittliche Forderungen abgeleitet. Ein System von Lebensregeln wird aufgestellt, deren Befolgung den Erwerb jener Tugenden vermitteln und die Harmonie des Universums in das menschliche Leben hinüberpflanzen sollen: sie normieren das gesamte Verhalten des Einzelnen zu Familie und Mitmensch n, zu Ahnen und Göttern. Diese religiös begründete Sittenlehre, zu der die chinesische Religionsphilosophie namentlich unter der Einwirkung des Konfucius und seiner Schule ausgebaut worden ist, ist in doppelter Hinsicht typisch chinesisch: den philosophischen Ausgangspunkt der Parallele von Naturverlauf und Menschheitsbestimmung konnte nur ein Volk finden, das, von äußeren feindlichen Mächten nicht aufgehalten, unter keinen anderen Einflüssen als denen der Natur organisch sich entwickelt hatte; die sittliche Lehre von der Anpassung des Menschen an die Natur mit dem Gebote der Leidenschaftslosigkeit, der Selbstverleugnung und der Einordnung entsprach dem chinesischen Rassecharakter, weil in ihm die ordnende Kraft stärker als die neugestaltende ist, die Neigung zu passivem Beharren das aktive Handeln überwiegt, die soziale Rücksicht höher gilt als individualistisches Sichdurchsetzen.

In dem ethischen System Chinas haben Staat und Volk, Herrscher und Beherrschte, staatliche Einrichtungen und Gesetze nur insoweit Sinn und Bedeutung, als sie der Verwirklichung sittlicher Postulate dienen. Der Kaiser ist der höchste Sittenlehrer seines Volkes unter den Lebenden. Seine Herrschaft ist theokratischer Natur. Er ist der Sohn des Himmels, ist selbst Gott und berufen durch seine Herrschertugenden, unterstützt durch seine Beamtenschaft als Werkzeug in seiner Hand, dafür zu sorgen, daß der Rhytmus des Weltalls in der Menschheit sich fortsetze. Obwohl

nach chinesischer Auffassung der Kaiser über der Menschheit in gottferner Höhe thront, ist diese Göttlichkeit doch an die Voraussetzung geknüpft, daß er seine göttliche Mission auf Erden auch erfüllt. Enthüllt der Gang des Universums durch Dürre und Mißwachs, durch Naturphänomene, durch nationales Unglück, daß die irdischen Dinge auf falscher Bahn sich bewegen, so kann dies beim Volk zu der Überzeugung führen, daß der Stellvertreter der Gottheit sein himmlisches Mandat nicht zu erfüllen vermag: Verlust des Thrones kann die Folge sein. So erscheint also die Institution des Kaisertums zwar göttlichen Ursprungs und unentbehrlich für Führung und Leben des chinesischen Volkes. Der Kaiser aber als Einzelperson ist doch nur Funktionär und als solcher absetzbar. Gottesgnadentum in China war stets höchste Verantwortung vor Gott und der Menschheit. Das ist ein Gedankengang, der den Weg zum Verständnis der Vorgänge der letzten 80 Jahre ebnet.

Da das chinesische Kaiserreich begrifflich die gesamte Menschheit umfaßte, war hier für die Koexistenz gleichberechtigter Staaten kein Raum. Als nun die europäischen Mächte, bis dahin kaum gekannt und nicht beachtet, um die Mitte des vorigen Jahrhunderts mit politischen und wirtschaftlichen Forderungen an China herantraten und, auf die Gewalt der Waffen gestützt, die Anbahnung eines diplomatischen und Handelsverkehrs auf der Basis der Gleichberechtigung sich erzwangen, erhielt der chinesische Glaube an die singulare Stellung des chinesischen Kaisertums den ersten Stoß. Die weitere Entwicklung der Beziehungen zwischen China und dem Abendlande ist eine einzige Geschichte des Zurückweichens und Herabgleitens, des Verlustes an Macht nach außen und im Innern, der politischen und wirtschaftlichen Unterordnung und Abhängigkeit. Die Fremden in China erlangten eine Stellung außerhalb des Rechts und der Rechtsprechung des Landes. In den wichtigsten Handelsplätzen des Reiches, wo sie sich niederließen, wuchsen blühende Gemeinwesen mit eigener Verwaltung empor, Fremdkörper im chinesischen Territorium. Die Ein- und Ausfuhrzölle wurden durch Verträge festgelegt: China verlor seine Zollautonomie. Der Ausfuhrhandel ging ganz in die Hände der fremden Kaufleute über. Diesem Passivhandel entsprach die Passivität der Handelsbilanz: der Exporthandel, der in der ersten Hälfte des vorigen Jahrhunderts noch weit überwogen hatte, wurde bald vom Import überflügelt (durch den Ertrag chinesischer Arbeit im Auslande wird das Passivsaldo mühsam ausgeglichen). In den 90er Jahren begann dann die Ära der Aufteilung, eingeleitet durch den Zusammenbruch Chinas im Kriege mit Japan. Wichtige Gebiete wie die

Südmandschurei und Korea entglitten der chinesischen Herrschaft, wie schon in den 80er Jahren die südlichen Randstaaten Annam und Tonkin aus dem Bestand des Reiches loßgelöst waren. Gebietsteile mußten den fremden Mächten pachtweise überlassen, neue Niederlassungen in den Häfen ihnen eingeräumt werden. Das Ausland sicherte sich wichtige Eisenbahn- und Bergwerksgerechtsame. Der Ausbau des chinesischen Eisenbahnnetzes, soweit er durch China selbst erfolgte, machte die Aufnahme fremder Anleihen notwendig und kostete das Reich den Verlust wichtiger Staatshoheitsrechte. Die Regierung, auf die Bahn der Reform gedrängt, sah sich neuen Ausgaben für neue Staatsaufgaben gegenüber. Unfähig, im Wege der Besteuerung die hierfür erforderlichen Mittel aufzubringen, mußte sie das Ausland auch um die Hergabe von Geld für reine Verwaltungszwecke angehen. Immer drückender und bedrohlicher wurde die Abhängigkeit vom Auslande.

Der ganze Verlauf der Entwicklung hatte den Chinesen allmählich die Augen darüber geöffnet, daß das alte Staatssystem, auf Tradition und Ethik aufgebaut, den Mächten der Neuzeit nicht standhalten konnte. Aufbau einer starken militärischen Macht zum Schutz des Landes nach außen und innen, Reform des Schulwesens, um, an Stelle ästhetisch-ethischer Vervollkommnung, den Erwerb praktischer moderner Fachkenntnisse als Lehrziel aufzustellen, die Jugend für den wirtschaftlich-technischen Wettbewerb mit dem Auslande tüchtig zu machen und Chinas finanzielle und kommerzielle Unabhängigkeit wiederzuerkämpfen; Reorganisation von Verfassung, Verwaltung und Rechtspflege im Sinne eines Verfassungsstaates, damit Chinas Recht die gleichen Garantien für den Schutz subjektiver Rechte biete, wie sie die Rechtsordnungen des Auslandes gewähren, und die verhaßte Exterritorialität der Fremden beseitigt werden könne, — dies wurden die Richtlinien und Ziele der chinesischen Reformen, die sich um die Wende des 19. Jahrhunderts vorzubereiten begannen, im folgenden ersten Jahrzehnt in Angriff genommen wurden und noch im Werden waren, als 1911 die Revolution ausbrach.

Es wäre verkehrt, die Reform einzig als Versuch einer Stärkung der außenpolitischen Position Chinas zu bewerten. Sie sollten auch die wachsenden inneren Schwierigkeiten des Reiches überwinden helfen.

Die Mandschu-Dynastie wurde in China stets als Fremdherrschaft empfunden, obwohl sie ihre nationalen Eigentümlichkeiten vollkommen zugunsten der chinesischen Sitte und Kultur aufgegeben hatte. Die außenpolitische Schwäche des Reiches hatte die Unfähigkeit der Dynastie

enthüllt; man begann an der himmlischen Berufung des Kaiserhauses zu zweifeln. Eine Woge der Unrast ging über das Land. Träger dieser Bewegung war die Revolutionspartei, die der Südchinese Dr. Sun Wen schon in den 90er Jahren gegründet hatte und der schließlich der Sturz des Kaiserhauses gelang.

Innerpolitische Schwierigkeiten bereitete auch der Gegensatz von Nord- und Südchina. Wer eben erst nach China gekommen ist, dem erscheinen die Chinesen nach Wuchs und Aussehen derartig ähnlich, daß er die Einzelnen nicht auseinander zu halten vermag. Nach einiger Zeit und genauerem Zusehen wird man aber gewahr, daß die Chinesen nicht eine homogene Rasse bilden. Man lernt die langgesichtigen Nordchinesen von den Chinesen Mittel- und Südchinas unterscheiden, deren Gesicht in der Längsachse kürzer ist bei seitlich ausspringenden Backenknochen. Den körperlichen Abweichungen entsprechen Unterschiede in Charakter und Temperament. Der Nordchinese ist ruhiger, schwerfälliger, konservativer, der Südchinese leidenschaftlich, beweglich und Neuem zugänglicher. Bedenkt man weiter, daß die Dialekte Chinas — von der einheitlichen Schriftsprache abgesehen — sich teilweise derartig unterscheiden, daß sie eine Einheit nur in dem philologischen Sinne bilden, in welchem Holländisch, Skandinavisch und Deutsch als Germanisch zu bezeichnen sind, so ergibt sich die erstaunliche Tatsache, daß China tatsächlich von einer Anzahl heterogener, wenn auch rasseverwandter Volksstämme besiedelt ist, die allerdings durch eine seltsam gleichförmige Kultur zusammengehalten werden. Da nun diese Volksstämme bei der Riesenausdehnung des Reiches vom Stillen Ozean bis zu den Hochebenen Innerasiens, von den Tropen bis in die gemäßigte Zone auf Gebieten gänzlich verschiedener wirtschaftlicher Bedingungen leben, ist der Gegensatz der Rasse um so schärfer betont. Schon oft in der chinesischen Geschichte hat er zu Kämpfen und Feindseligkeiten geführt. Aus ihm ergibt sich für die Gegenwart das Problem der Zentralisation und Dezentralisation, des Unitarismus und des Partikularismus. Begreiflicherweise hatte eine autokratische Regierung das Bestreben, eine straffe zentrale Organisation durchzuführen. Auch die nördlichen Provinzen, die schon infolge ihrer Nähe stets stärker unter dem Einflusse von Peking gestanden haben, waren und sind der Zentralisation nicht abgeneigt. Der Süden und Westen aber haben seit jeher eine größere Freiheit für sich verlangt. Solange in China das Zeitalter des Dampfes seinen Einzug noch nicht gehalten hatte, genossen die Provinzen eine Selbständigkeit wie die Satrapien im alten Perserreiche. Erst die Überwindung des Raumes durch

Bahn und Dampfschiff ermöglichte Pekings zentralistische Tendenzen. Der Widerstand der Provinzen, der sich sofort regte, wurde außerordentlich verstärkt, als die Zentralregierung damit begann, Bahn- und Bergbaukonzessionen an fremde Staaten zu verleihen, zur Ausführung derartiger Unternehmungen fremdes Kapital aufzunehmen und provinzielle Einkünfte an das Ausland zu verpfänden. Eine vernünftige Reform hätte einen Mittelweg zwischen Zentralisierung und Dezentralisation finden müssen: den Mandschus ist dies nicht gelungen, aber auch heute noch harrt dieses schwierigste Problem Chinas seiner Lösung.

Neben den alten Gegensätzen war in den letzten Jahren vor der Reform ein neuer entstanden. Der alte chinesische Beamte besaß keine Fachkenntnisse. Nach langjährigem Studium in der Dorfschule und im Hause hatte er das Kreisexamen, die Prüfung in der Provinzialhauptstadt und schließlich die höchste Staatsprüfung in Peking bestanden, wenn er es weit in den Wissenschaften gebracht hatte. Aber diese Wissenschaften beschränkten sich auf die Kenntnis der Klassiker und ihrer Kommentatoren, auf Beherrschung des chinesischen Schriftstils und der philosophischen Lehren, und dennoch sollten sie den, der sie sich angeeignet, instand setzen, allen Aufgaben der Verwaltung und Rechtsprechung im praktischen Leben gerecht zu werden. Als sich nun die Unzulänglichkeit dieser weltabgewandten Kenntnisse und der Wert der fachwissenschaftlichen Bildung, die der Europäer mitbrachte, erwiesen hatten, begannen, noch ehe eine Schulreform planmäßig eingeleitet wurde — das geschah 1903 —, immer mehr junge Chinesen sich dem Studium der neuen Wissenschaften zuzuwenden. Die zahlreichen Missionsschulen in China aber auch die Universitäten und Hochschulen Amerikas und Englands, vor allem die höheren Lehranstalten Japans zogen in zunehmendem Maße die Jugend Chinas an. Was Jung-China hier erwarb, waren nicht nur Fachkenntnisse. Europäische Ideen, vor allem individualistische Vorstellungen anglo-amerikanischer Prägung und — auffallend genug — anarchistisch-revolutionäre Anschauungen japanischer Herkunft fingen an in Herz und Hirn der chinesischen Jugend Wurzel zu schlagen und sich auszubreiten. Diesen jungen Leuten hätte eine einsichtige Regierung in Verwaltung und Justiz einen Platz anweisen müssen, wo sie, gegen wirtschaftliche Not gesichert, ihre Kenntnisse hätten praktisch erproben, ihre Ideen ausreifen lassen können: der eminent praktische Sinn, der jedem Chinesen eignet, hätte sie zu nützlichen, gemäßigt fortschrittlichen Gliedern von Staat und Gesellschaft umgebildet. Das aber wurde versäumt. Die alte Beamtenschaft beherrschte die Eingangstore zur Beamtenlaufbahn. Jene jungen

standen außerhalb. Mit der Not des Lebens kämpfend, um die Früchte ihrer Anstrengungen betrogen, von der Minderwertigkeit des alten Regierungssystems überzeugt, gingen sie in das Lager der Revolutionspartei über und propagierten deren Lehren in den Kreisen der Gebildeten und der Kaufmannschaft.

Dies also waren in knappem Umriß die Gegensätze und Grundfragen, denen eine Reform von Verfassung, Gesetzgebung, Verwaltung und Rechtspflege sich gegenüber sah. Der junge Kaiser Kuanghsü hatte Ende der 90er Jahre den ersten Versuch gemacht, eine solche Reform anzubahnen. Aber die Reformedikte, die er, unter dem Einfluß des ideologischen Kantonesen Kang Yu wei stehend, in jäher Überstürzung erließ, hatten nur kurzen Bestand. Die Kaiserin-Witwe bemächtigte sich durch den Staatsstreich des Jahres 1898 der Person des Kaisers, die Reformedikte wurden kassiert, Kang Yu wei mußte fliehen. Es kam der Boxeraufstand von 1900: der letzte Versuch, das alte China gegen die westlichen Ideen zu verteidigen. Er wurde niedergeschlagen, und, der Notwendigkeit sich beugend, begann man an die Reform heranzutreten.

In einem kaiserlichen Edikt vom 1. September 1906 wurde die Einführung einer Verfassung versprochen und eine Reihe vorbereitender Reformen in Aussicht genommen. Diese betrafen Reorganisation des Beamtenwesens, Neugestaltung des Rechts, Erweiterung der Bildung, Ordnung der Finanzen, Organisierung von Militär und Polizei. Zwei Monate später erfolgte (durch Edikt vom 6. November 1906) eine Neuorganisierung der Zentralbehörden, im Juli des folgenden Jahres (7. Juli 1907) eine Neuorganisation der Provinzialbehörden. Wichtiger sind zwei Edikte vom (20. und 30.) September 1907. Das erste ordnete die Bildung eines aus einer Kammer bestehenden Vorparlaments: des „Hofs zur Unterstützung der Regierung" an, das zweite betraf die Einrichtung der lokalen Selbstverwaltung. Ein weiteres Edikt vom (19.) Oktober des Jahres verfügte die vorbereitenden Maßnahmen für die Schaffung von Provinziallandtagen. Grundlegend ist aber erst das Verfassungsedikt vom 26. Januar 1908. Dieses verkündete ein Reformprogramm, mit dessen Ausführung im Jahre 1908 begonnen und von Jahr zu Jahr Punkt für Punkt weiter fortgeschritten werden sollte, bis im Jahre 1916 die Reform vollendet wäre. Im Jahre 1917 sollte dann die Verfassung, deren Grundzüge im Edikt bereits bekanntgegeben wurden, in Kraft treten und das Reformwerk krönen.

Heute, drei Jahre nach diesem letzten Zeitpunkt und zwölf Jahre seit Erlaß jenes Edikts ist China trotz Revolution noch weitab von der

Erfüllung jenes Programms: die Reformen stehen auf halbem Wege, ohne daß man wüßte, ob und wann sie vollendet werden können; das Verfassungswerk ist Torso, geblieben; innere Wirren hemmen eine ruhige Rechtsentwicklung. Man könnte rückblickend vielleicht sagen: ohne Revolution wäre es anders gekommen; aber andererseits haben die Mandschus durch Hinausschieben der Verfassung, durch ungenügende Beteiligung der Bevölkerung am Reformwerk, durch halbherzige Aufnahme moderner Ideen über Volksrechte sich am Scheitern ihres Reformwerkes mitschuldig gemacht.

Eine Betrachtung der chinesischen Verfassung, Gesetzgebung, Verwaltung und Rechtspflege wird sich darauf beschränken müssen, die wichtigsten Behörden, Einrichtungen und Gesetze, wie sie aus der Vorreformzeit in die Gegenwart hinein sich entwickelt und erhalten haben. darzustellen, die späteren Neuschöpfungen und Neuerungen gebührend zu berücksichtigen, und die Wege, die in die Zukunft führen, kurz anzudeuten.

Bei den halb staatlichen, halb geistlich-ethischen Funktionen, die dem Kaiser von China oblagen, unterstützten ihn als seine obersten Organe in Peking die sechs Ministerien: für Zivildienst, Finanzen, Kultus, Krieg, Kriminaljustiz und öffentliche Arbeiten. Unter diesen war das Kultusministerium das wichtigste. Das Gebiet der inneren Verwaltung, Zivilrecht und Ziviljustiz sind überhaupt nicht vertreten; das zeigt, ein wie kleiner Ausschnitt aus der Fülle möglicher Staatsaufgaben die Zuständigkeit der Ministerien ausmachte. Seit 1906 ist Aufgabenkreis und Zahl dieser Behörden erheblich vermehrt worden. Es gib heute ein Ministerium des Innern, des Äußeren (schon seit 1901), ein Ministerium für Land- und Forstwirtschaft, für Handel und öffentliche Arbeiten, ein Verkehrsministerium, ein Unterrichtsministerium (schon seit 1903), ein Justizministerium, ein Finanzministerium, ein Kriegs- und ein Marineministerium, ein Kolonialministerium usw. Der Staatsrat und das Großsekretariat, die in der kaiserlichen Zeit den Rat der Krone bildeten, haben natürlich zu existieren aufgehört.

Das eigentliche China — von den Nebenländern: der Mongolei, Tibet usw. und ihren Besonderheiten sehen wir ab — das China der 18 Provinzen also und die aus 3 Provinzen bestehende Mandschurei wurde und wird von Gouverneuren verwaltet, deren chinesische Amtsbezeichnung seit 1911 außerordentlich oft gewechselt hat. Bis 1911 gab es noch Generalgouverneure oder Vizekönige, wie man sie wohl in Anlehnung an den englischen Sprachgebrauch nannte. Ein Generalgouvernement umfaßte ge-

wöhnlich zwei oder drei Provinzen, doch gab es auch Einzelprovinzen mit Generalgouverneuren an der Spitze. Diese Institution ist nach 1911 beseitigt worden. Heute ist höchster Beamter der Provinz der Gouverneur. Die obere Provinzialverwaltung wurde früher nicht allein vom Gouverneur gebildet. Daneben gab es den Provinzialschatzmeister, den Studienrat (seit 1903), den Oberrichter, den Salzkommissar, den Getreideintendanten. Diese oberen Behörden rangierten in der angegebenen Folge. Sie waren zwar dem Gouverneur untergeordnet, bildeten aber doch selbständige Behörden, die gelegentlich mit dem Gouverneur rivalisierten. Das erklärt sich daraus, daß ursprünglich der Provinzialschatzmeister, der „die Regierung ausbreitet", wie seine eigentliche Amtsbezeichnung besagt, das oberste Regierungsorgan war. Erst die Ming-Dynastie (1368 –1644) führte die Gouverneure ein. Sie sollten, wie ihr früherer Titel andeutete, das Land bereisen und die Ruhe aufrechterhalten. Daraus wurde später eine bleibende Institution. Die meisten dieser alten Ämter und einige in den letzten Jahren vor der Revolution neu hinzugekommene wurden durch die Reform der Provinzialverwaltung in den Präsidialverordnungen vom 8. Januar 1913 beseitigt. Das Amt des Gouverneurs der den Titel eines „Chefs der Zivilverwaltung der Provinz" erhielt, wurde zu einer obersten zentralen Behörde im modernen Sinne ausgebaut. Das Gouvernement besteht heute aus einer Generalabteilung und vier Departements für innere Angelegenheiten, Finanzen, Unterricht und Gesetze. Als mehr oder minder selbständige Behörden existieren daneben das neu geschaffene Justizvorbereitungsamt, das die Trennung von Justiz und Verwaltung durchführen soll, die Intendantur für die Verwaltung des Salzmonopols, die Zoll- und Steuerämter und endlich die unmittelbar von Peking ressortierenden Kommissare für auswärtige Angelegenheiten, die ihren Dienstsitz in allen den Fremden geöffneten Plätzen haben und den amtlichen Verkehr mit den dortigen Konsuln der fremden Mächte pflegen.

Unter dem Gouvernement stehen die Regierungsbezirke: in jeder Provinz gibt es deren drei bis fünf. Die Behörde des Regierungspräsidenten (des Tau Yin) ist ebenso organisiert wie die des Gouvernements, zerfällt also in vier Fachabteilungen. Auf den Tau-Bezirk folgte früher als nächst tiefere Instanz der Fu: die Präfektur. Viele Städtenamen, z. B. Tsinanfu, Pautingfu, erinnern noch an diese älteste Behörde Chinas, die auf den Begründer der Tsin-Dynastie (221 v. Chr.) zurückgeht. Die Präfekturen sind 1913 abgeschafft worden, so daß jetzt auf den Regierungsbezirk unmittelbar der Kreis folgt. Die chinesische Bezeichnung

für Kreis lautet Hsien. Ich erinnere an die bekannte Stadt Weihsien. Aber auch die früher neben dem Hsien bestehenden unteren Verwaltungsinstanzen wie Tschou und Ting sind sämtlich in Hsien umgewandelt worden. Wir sprechen noch von Kiautschou, der außerhalb unseres ehemaligen Pachtgebietes gelegenen Stadt, obwohl sie seit 1913 Kiauhsien heißt. In früheren Zeiten, als die Zentralregierung in Peking sich auf die Oberaufsicht über die Satrapien des Reiches beschränkte, und auch die Tätigkeit der Provinzgouverneure sich in der Finanzkontrolle und der Aufrechterhaltung der öffentlichen Ruhe und Ordnung erschöpfte, waren die ca. 1700 Kreise Chinas diejenigen Behörden, die im eigentlichen Sinne das Land verwalteten. Wie der Kaiser in Peking sich mit seinen sechs Ministerien umgab, so stützte sich der Kreisbeamte auf seine sechs Abteilungen für Zivildienst, Finanzen, Kultus, Krieg, Kriminaljustiz und öffentliche Arbeiten. Heute ist zwar diese Verfassung der Kreisbehörden aufgegeben. Dennoch ist die Zuständigkeit des Kreisbeamten, soweit ihr nicht durch Verfassung und Gesetz in einzelnen Punkten Grenzen gezogen worden sind, grundsätzlich auch heute noch allumfassend. Der Kreisbeamte ist Richter in erster Instanz für Zivil- und Strafsachen; größere Sachen gehören freilich vor die Landgerichte, und wo Amtsgerichte bestehen — im allgemeinen sind es nur die größeren Städte und Handelsplätze —, alle Sachen vor diese. Weiter hat er die Steuerverwaltung (Grundsteuer) seines Kreises. Ferner sind Grundbuchwesen, Polizei, die öffentlichen Arbeiten, die öffentliche Wohltätigkeit u. a. m. ihm übertragen. Eine derartige Aufzählung seiner Funktionen wird aber der Stellung des Kreisbeamten nicht gerecht. Es genüge festzustellen, daß jede Art staatlicher Verwaltung ihm obliegt und durch ihn wahrgenommen wird. Die Stärke seiner Stellung beruht in der Vereinigung von Justiz und Verwaltung in einer Hand. Eine Trennung wird sich erfolgreich erst dann durchführen lassen, wenn der Umfang der Verwaltungstätigkeit, das Maß der subjektiven Rechte und Pflichten der Staatsangehörigen und der Verwaltungszwang auf feste gesetzliche Formen gebracht sein werden.

Das Unvollkommene des bisherigen Systems liegt in zwei Richtungen. Einmal besteht die Gefahr einer parteiischen von Zweckmäßigkeitsgründen geleiteten Rechtsprechung. Sodann aber geht trotz prinzipiell unbeschränkter Machtvollkommenheit die Macht des Kreisbeamten bei der Durchführung von Gesetzen und Verwaltungsmaßnahmen mangels anerkannter gesetzlicher Bestimmungen nur soweit, als der gute Wille der Bevölkerung diese Durchführung duldet und unterstützt, so daß die

Justizgewalt für den Kreisbeamten unentbehrlich, die Gefahr ihres Mißbrauchs aber gering ist.

Jeder chinesische Kreis besteht aus der Kreisstadt und dem sie umgebenden Landbezirk, der hunderte von Dörfern umfaßt. Der Landbezirk ist der wichtigste Teil des Kreises. Agrarische Interessen überwiegen. Auch die Kreisstadt ist meist nur ein Landstädtchen, wenig unterschieden von den Dörfern der Umgegend. Das Dorf und in ihm die Familie sind der Grundstock des Kreises, der Provinz, ja des ganzen Reiches; sie sind die einzigen festgefügten, weil natürlich entstandenen Organisationen. Die Familien, die im Dorfe wohnen, tragen zum größten Teil denselben Familiennamen und fühlen sich als Verwandte. Das Dorf ist die erweiterte Familie, und die väterliche Gewalt des Oberhauptes im natürlichen Verbande der Einzelfamilie ist die Quelle, aus der die Macht der Dorfältesten fließt. Diese werden von den Dorfgenossen aus ihrer Mitte gewählt. Sie besorgen die ganze örtliche Verwaltung: Einziehung der Grundsteuern, Schulwesen, Erhaltung der Tempel, Wege- und Brückenbau, Veranstaltung von Theatervorstellungen zur Feier der Ernte, von Wochen- und Jahrmärkten, Einrichtung des Wächterdienstes im Orte u. a. m. Aber auch Hader und Streit zwischen den Dorfgenossen wird von ihnen geschlichtet. Geringere Vergehungen bestrafen sie selbst nach eigenem Gesetz. Nur ganz wenige Rechtsfälle kommen vor den Kreisbeamten, und dessen Entscheidung dient oft nur als Basis neuer Verhandlungen, die die Ortsältesten wieder aufnehmen, um den Fall so beizulegen, daß ein Kompromiß zustande komme: denn nicht die Durchsetzung des subjektiven Rechts, sondern ein billiger Ausgleich widerstreitender Interessen ist chinesisches Rechtsideal. Soweit es sich um die örtliche Polizei und den amtlichen Verkehr der Kreisbehörde handelt, bedienen sich die Ortsältesten des Tipau, den sie wählen und erhalten; er ist nicht, wie vielfach gesagt wird, der Gemeindevorsteher, sondern der Dorfbüttel, das Exekutivorgan der Ortsältesten.

Von der Willfährigkeit der Ortsältesten hing und hängt noch heute in China das Schicksal jeder gesetzlichen Bestimmung jeder Verwaltungsanordnung ab. Setzen sie, von der Dorfgemeinde unterstützt, Widerstand entgegen, so ist die Behörde machtlos. Selbst unsere mit allen Machtmitteln ausgestatteten Behörden im Pachtgebiete haben so manchesmal von der zwangsweisen Durchführung durchaus zweckmäßiger Maßnahmen Abstand genommen, wenn sie bei den Ortsältesten auf Widerspruch stießen, weil man wußte, daß ohne deren tätige Mitwirkung positive Erfolge sich nicht erreichen lassen.

So sehen wir das eigenartige Bild, daß schon zur Kaiserzeit das chinesische Reich, rechtlich eine absolute autokratisch regierte Monarchie, ein durchaus demokratischer Staat war. Im Rechtssinne konnte man vor 1911 natürlich nicht von einer Demokratie sprechen: eine staatsfreie Rechtssphäre, einen rechtlichen Anspruch auf Nichteinmischung des Staates, subjektive Rechte gab es nicht. Aber die faktische Macht der Dörfer zog eine Grenze: bis hierhin und nicht weiter. Blutige Aufstände sind schon oft die Folge gewesen, wenn die Regierung eine neue Maßnahme, z. B. neue Steuern gegen den Willen des Volkes durchsetzen wollte; oder aber der gewöhnliche Fall: das Gesetz, die Maßnahme scheitern an der passiven Resistenz der Bevölkerung und bleiben auf dem Papier stehen. Das ist auch der Grund, weshalb die chinesische Regierung. trotz des gewaltig gestiegenen Geldbedarfs und einer wachsenden Schuldenlast es bisher nicht gewagt hat, eine so notwendige Reform wie die Grundsteuerregulierung in Angriff zu nehmen.

Einer der ersten Punkte in dem kaiserlichen Programm der Reichsreform war der Ausbau der Selbstverwaltung. Diese sollte das Volk allmählich auf Verfassungs- und parlamentarisches Leben vorbereiten. Die Einrichtung der örtlichen Selbstverwaltung hätte an die Dorfgemeinden zwanglos anknüpfen können, denn diese waren ja alt und fest gegründete, natürlich gewachsene Selbstverwaltungskörper. Die Regulationen für die örtliche Selbstverwaltung der Städte, Marktflecken und Dörfer vom Jahre 1909 taten dies zwar, aber sie begingen den Fehler, organische Bildungen durch Neuerungen zu komplizieren. Wir wollen auf diese Regulationen, die in der Praxis höchstens auf die Organisation der Städte und Marktflecken, jedenfalls nicht auf die der Dörfer eingewirkt haben, hier nicht näher eingehen. Zur Charakteristik des Geistes der Regulationen möge der eine Zug dienen, daß Analphabeten nicht wahlberechtigt noch wählbar sein sollen, und das in einem Staate, dessen Bevölkerung (zumal die ländliche) zu schätzungsweise 90 Prozent des Schreibens und Lesens unkundig ist.

Praktisch bedeutsamer sind die Regulationen für die Selbstverwaltung der Kreise vom 8. Januar 1910, weil hier der Versuch gemacht wird, etwas ganz Neues zu schaffen, indem neben die staatliche Verwaltung des allmächtigen Kreisbeamten ein den ganzen Kreis umfassender Selbstverwaltungskörper gesetzt wird. Vertreten wird der Kreis durch Kreistag und Kreisausschuß. Der Kreistag geht aus Wahlen der männlichen chinesischen Staatsangehörigen hervor, die mindestens seit drei Jahren im Kreise ansäßig sind und jährlich mehr als zwei Dollars an Steuern zahlen.

Der Kreisausschuß wird vom Kreistag aus seiner Mitte gewählt. Obwohl die Regulationen die Ausführung aller Kreistagsbeschlüsse in die Hand des Kreisbeamten legen und diesem ein weitgehendes Einspruchsrecht verleihen, haben diese Vertretungen doch eine gewisse Macht erlangt. Denn es ging in China, wie es noch überall in der Geschichte gegangen ist: wird eine mehrköpfige Körperschaft berufen, so erlangt sie als Organ der öffentlichen Meinung tatsächlichen Einfluß und tatsächliche Macht, wenn auch mißgünstige Rechtsvorschriften ihre Kompetenz nach Möglichkeit zu verkümmern suchen. In dem Kreisparlamente in China sitzen die Notabeln, die Gentry, wie man wohl auch sagt. Es sind höhere Beamte, die sich in ihrem Heimatskreis zur Ruhe gesetzt haben, Sprößlinge alter Beamtenfamilien oder angesehener begüterter Geschlechter, vor allem aber die Studierten, die in den alten Staatsprüfungen einen literarischen Grad erworben haben und die Bildung und der Stolz des Kreises sind. Diese Notabeln sind seit jeher die Vertreter der Tradition und der Interessen ihres Kreises gewesen. Der staatliche Beamte ist naturgemäß von den Instruktionen und den Intentionen der Provinzial- und Zentralverwaltung abhängig. So stoßen schon im kleinen Bezirke die Gegensätze von Unitarismus und Partikularismus aufeinander. Das mußte um so stärker der Fall sein, so lange noch (bis zur Revolution) der Grundsatz galt, daß kein Staatsbeamter in seiner Heimatprovinz amtieren dürfe. Diesen selben partikularistischen Notabeln begegnen wir, wenn wir die Selbstverwaltung weiter nach oben verfolgen, im Provinziallandtag.

Die Bildung von Landtagen war bereits vor Schaffung der lokalen Selbstverwaltung und der Kreisverfassung durch Regulationen vom 27. Juli 1908 gesetzlich angeordnet worden. Sie traten am 14. Oktober 1909 erstmalig zusammen. Die Provinziallandtage bestehen aus 30 bis 140 Abgeordneten, je nach der Bevölkerungsgröße der Provinz. Der Kreis der Abgeordneten ist eng gezogen: nur Inhaber literarischer Grade, Absolventen der modernen höheren Schulen, frühere höhere Beamte, Kapitalisten von mindestens 5000 Dollars Vermögen und um die Provinz besonders verdiente Persönlichkeiten besitzen das aktive Wahlrecht. Es sind also auch hier die Notabeln, die Träger von Wissen, Ansehen und Vermögen, die aus der übrigen Masse des Volkes herausgehoben werden. Das Bestehen eines ständigen Ausschusses, den der Landtag aus seiner Mitte wählt, und ein weitgehendes Einspruchsrecht des Gouverneurs gegen Beschlüsse des Landtages erinnern an die parallelen Bestimmungen für die Kreisvertretung. Hier interessiert uns nur die Zuständigkeit des Landtags. In den Regulationen werden, als zur Kompetenz der Land-

tage gehörend, aufgezählt: Beratung und Beschlußfassung über den Ausbau der inneren Verwaltung der Provinz, über die provinziellen Abgaben und den provinziellen Jahreshaushalt. über provinzielle Verordnungen, über die Behauptung oder Aufgabe provinzieller Rechte und Vorteile usw. usw. Aber nirgends in dieser Aufzählung wird der Versuch gemacht, klar auszusprechen, was Sache des Reichs, was Angelegenheit der Provinz ist. Darin lag der schwere Fehler. Es ist schon darauf hingewiesen worden. daß der Gegensatz zwischen Provinz und Reich sich in den letzten Jahrzehnten vertieft hatte. Die Zentralregierung, durch die Verkehrsverbesserungen den Provinzen näher gerückt, hatte die Möglichkeit erlangt, eine stärkere zentralistische Politik auf Kosten der Autonomie der Provinzen zu betreiben, und sie mußte diese Möglichkeit ausnützen, weil das Ausland drängte und auch weil die zunehmende Verschuldung des Reichs den Rückgriff auf die Provinzen notwendig machte. Damit war die Haltung der Provinziallandtage Peking und der staatlichen Verwaltung gegenüber vorgezeichnet: eine naturgemäße Haltung, denn jeder Chinese ist Lokalpatriot. Sein Verhältnis zum Gesamtstaat hat Graf Keyserling sehr treffend als Kulturpatriotismus bezeichnet. Patriotismus im Sinne einer gefühlsmäßig betonten Erkenntnis der Notwendigkeit der äußeren Erhaltung und inneren Vervollkommnung des Gesamtvaterlandes ist ihm fremd, wie ja charakteristisch genug Wort und Begriff der Vaterlandsliebe seiner alten, sonst so reichen Sprache fehlen.

Ein wichtiges Stück in der Kompetenz der Provinziallandtage bildete das Recht, Abgeordnete zum Vorparlament, dem „Hofe zur Unterstützung der Regierung“ wählen zu dürfen. Ein Jahr nach den Provinziallandtagen, am 2. Oktober 1910, trat dieses Vorparlament zusammen. Wie vorsichtig hatte die jeder schnellen und tiefgehenden Reform abholde Dynastie die Zusammensetzung dieses Quasiparlaments geordnet?! 100 Mitglieder wurden von den Provinziallandtagen hineingewählt, die gleiche Zahl aus allerhöchstem Vertrauen berufen: darunter waren 16 Prinzen des kaiserlichen Hauses, 6 Angehörige und Verwandte der kaiserlichen Familie, 12 Angehörige des mandschurischen und chinesischen Adels, 14 Fürsten der untertänigen Völkerschaften, 32 hohe Beamte der Ministerien und Zentralbehörden, 10 hervorragende Männer der Wissenschaft und 10 hervorragende Steuerzahler. Eine erlauchte, von konservativem Geiste erfüllte Körperschaft, sollte man meinen. Aber kaum einberufen, forderte man beschließende, statt beratender Stimme, die Aufstellung eines verantwortlichen Kabinetts, baldige Einberufung eines Reichs-

parlaments und Erlaß der Verfassung vor dem dafür in Aussicht genommenen Jahre 1917. Das zeigt, wie stark der Antagonismus der partikularistischen Kräfte gegen die Zentralregierung war, aber auch welch tiefes Mißtrauen an den Fähigkeiten der Regierung und ihrer Organe selbst Kreise beseelte, von denen man Loyalität und Festhaltung am Alten erwarten durfte. Der Prinzregent mußte nachgeben. Er versprach die Verfassung für 1913, er gab sie schließlich schon am 3. November 1911. Aber da war es zu spät, denn im Oktober 1911 war unter Dr. Sun Wen's Leitung die Revolution in Mittelchina ausgebrochen. Die Zeit der Mandschus war vorüber: am 13. Februar 1912 dankte die Kaiserin-Witwe für den unmündigen Kaiser und die ganze Dynastie ab.

Zu Fall gebracht wurde die Dynastie durch die Feindschaft gegen die Fremdherrschaft der Mandschus und die Gewalt freiheitlich individualistischer Ideen, die in Jung-China lebendig waren. Mitgewirkt hatten antizentralistische Tendenzen. Ohne sie hätten jene revolutionierenden Ideen, die doch in der Hauptsache von der nicht allzu starken Schicht des jungen gebildeten Chinas getragen wurden, nicht den Abfall des ganzen Reiches von Peking zuwege gebracht. Wäre es jetzt gelungen, eine Verfassung zu schaffen, die provinzieller Eigenart und sachlich begründeten Interessengegensätzen Rechnung tragend die Zuständigkeit zwischen Staat und Provinz zweckmäßig aufgeteilt hätte, die weitere Entwicklung des verjüngten Staatswesen hätte vielleicht ruhigere Bahnen eingeschlagen. Es war aber der Rausch über den Sturz der landfremden Tyrannis stärker als Einsicht und Voraussicht. Man fühlte sich zum ersten Male als geeintes, auf sich selbst gestelltes Kulturvolk; so prägte man die Verfassung nach den bewährten Vorbildern des erleuchteten Westens und übersah die Wirklichkeiten historisch, soziologisch und wirtschaftlich begründeter Bedürfnisse. Der Gegensatz von Unitarismus und Partikularismus wurde nicht beachtet. An ihm entzündete sich der Streit der kommenden Jahre. Heute sind Norden und Süden miteinander zerfallen, und bisher sind alle Versuche mißglückt, Notbrücken dort zu schlagen, wo das Verfassungswerk gleich nach der Revolution einen tragfähigen Bogen hätte aufmauern sollen.

Die Verfassung, die zunächst nur als provisorische gedacht war, wurde in Nanking von der interimistischen Volksvertretung beschlossen. Sie trat am 10. März 1912 in Kraft. Seitdem hat sie ein wechselvolles Schicksal erlebt. Sie ist revidiert, außer Kraft und schließlich wieder in Kraft gesetzt worden.

Die Revision der Verfassung war eine mittelbare Folge der von Yüän Schi kai, Chinas erstem Präsidenten, erfolgreich niedergeschlagenen zweiten Revolution vom Sommer 1913 und ein Ergebnis der darauf einsetzenden Reaktion. Die Reaktion brachte die Auflösung des ersten Parlaments, das auf Grund der Organisations- und Wahlgesetze gewählt worden war, die Aufhebung der Provinziallandtage und der Selbstverwaltungsverbände und schließlich den Erlaß der revidierten provisorischen Verfassung vom 1. Mai 1914, die die ganze Staatsgewalt in die Hände des Präsidenten legte und von der alten Verfassung nur noch den Namen beibehielt. Diese verstümmelte Verfassung beseitigte Yüän Schi kai im Frühjahr 1916 durch seinen in ein Plebiszit gekleideten Staatsstreich. Doch sein Kaisertum war nur von kurzer Dauer. Eine gewaltige Erhebung des Volkes, echter noch als die Revolution von 1911, brach Yüäns Willen und Macht. Eine große Persönlichkeit mit idealer Schwungkraft würde in China noch heute als Erfüller der himmlischen Sendung willkommen geheißen werden. Yüäns Wege aber hatten, seitdem er politisch eine Rolle zu spielen begonnen, durch die Niederungen eines ränkevollen und eigensüchtigen Lebens geführt. Seine geistigen Qualitäten allein vermochten das Volk nicht von der ethischen Notwendigkeit seiner Kaiserherrschaft zu überzeugen.

Nach Yüäns Sturz und Tode wurde die ursprüngliche Verfassung am 29. Juni 1916 wieder hergestellt; ebenso traten die sonstigen, in der Zeit der Diktatur beseitigten Gesetze und Einrichtungen wieder in Kraft. Auch das zu Unrecht aufgelöste Parlament trat am 1. August 1916 wieder in Peking zusammen. Die Verfassungsarbeit wurde aufgenommen; aber wie in allen vorhergehenden Jahren, wenn die Schaffung der endgültigen Verfassung auf der Tagesordnung stand, kam es nur zu heftigen Zusammenstößen; die alten Gegensätze Präsident und Kabinett, Verwaltung und Gesetzgebung, Zentralregierung und Provinz, bildeten wieder heißumstrittene Fragen, ohne daß man ihre Lösung fand.

In die inneren Wirren wurde nun die Frage, ob China an Deutschland den Krieg erklären solle, hineingetragen und parteitaktisch ausgewertet. Mitten in diesen Kämpfen erfolgte die Wiedereinsetzung der Mandschu-Dynastie: ein schlecht durchgeführter, unzeitgemäßer Versuch, der nach acht Tagen zusammenbrach. Der Kampf um die Kriegserklärung an Deutschland, tatsächlich ein Kampf zwischen Ministerpräsident und der radikalen Volkspartei im Parlament um die Macht, wurde durch einen Gewaltakt des Ministerpräsidenten in seinem Sinne entschieden. Der Krieg wurde erklärt und das Parlament verfassungswidrig aufgelöst.

Das Parlament wanderte nach Canton aus. Dort bildete sich eine Gegenregierung, und es erfolgte die Absage des Südens an den Norden. Dieser Konflikt ist noch heute nicht beigelegt. China ist in zwei Heerlager geteilt. Der Süden, in dem die radikale Volkspartei die Führung hat, fordert Dezentralisation, Parlamentsregime und Sicherstellung der subjektiven öffentlichen Rechte der Staatsbürger. Der Norden tritt für Zentralisation und Stärkung der Regierungsgewalt ein. In ihm herrscht die Fortschrittspartei, gemäßigt liberal, mit wenig klarem politischem Programm, aber mehr praktischem Verständnis. Sie würde sich im ganzen Reiche durchsetzen können, wenn sie nicht eine unnatürliche Verbindung mit den heute die faktische Gewalt in den Nordprovinzen monopolisierenden kommandierenden Generälen eingegangen wäre. So vermag sie autokratischen Maximen und Bestrebungen nicht genügenden Widerstand entgegenzusetzen.

Die Geschichte der Verfassungskämpfe zeigt den bedingten Wert einer Darstellung des Inhaltes der provisorischen Verfassung und rechtfertigt es daher, wenn wir uns auf einen kurzen Überblick beschränken.

China ist eine demokratische Republik. Sie umfaßt die 22 Provinzen (die 18 Provinzen des eigentlichen China, die 3 mandschurischen und Chinesisch-Turkestan), die innere und äußere Mongolei, Tibet und Kukunor. Rechtlich erscheint die Republik demnach als Einheitsstaat, während die Nebenländer tatsächlich nur im lockeren Verbande zum eigentlichen China stehen.

Die Staatsgewalt geht vom Volke aus. Als unmittelbare staatliche Organe nennt die Verfassung das Parlament, den Präsidenten, die Staatsminister und die Gerichte.

Das Parlament besteht nach dem Organisationsgesetz vom 10. August 1912, das ebenso wie die Wahlgesetze vom gleichen Tage die Verfassung ergänzt, aus Oberhaus und Unterhaus. Das Oberhaus zählt 274 Abgeordnete, von denen 220 durch die Landtage der 22 Provinzen gewählt werden; die übrigen Abgeordneten entfallen auf die Außenländer, die Auslandschinesen usw.

Im Unterhause sitzen 596 Abgeordnete; sie werden von den Provinzen und den Außenländern in indirekter Wahl gewählt. Das Wahlrecht ist an den Besitz eines Mindestvermögens (2 Dollars direkter Steuern oder Grundbesitz im Werte von 500 Dollars) oder einer bestimmten Schulbildung geknüpft; Analphabeten sind davon ausgeschlossen. Das aktive Wahlrecht beginnt mit dem 21., das passive mit dem 25. Lebensjahre.

Die Legislaturperiode dauert für das Unterhaus 3 Jahre, für das Oberhaus gilt die Bestimmung, daß die Abgeordneten für 6 Jahre gewählt werden und alle zwei Jahre je ein Drittel derselben ausscheidet. Einberufung, Eröffnung und Schließung erfolgen durch das Parlament selbst; eine Auflösung von dritter Seite ist rechtlich nicht gegeben.

Die Zuständigkeit des Parlaments umfaßt die Beschlußfassung über die endgültige Verfassung, die Gesetzgebung, den Reichshaushalt usw. Es erteilt seine Zustimmung zur Ernennung von Staatsministern und Gesandten, zu Kriegserklärungen und Friedensschluß, zum Eingehen von Verträgen, zum Erlaß von Amnestien. Es kontrolliert die Verwaltung durch Interpellationen und erhebt Staatsanklage gegen einen hochverräterischen Präsidenten und gegen pflichtvergessene oder gesetzwidrig handelnde Minister.

Chef der Exekutive ist der Präsident. Der Vizepräsident vertritt ihn im Falle seiner Verhinderung. Nach einem Gesetz vom Oktober 1913 werden beide in gemeinsamer Sitzung der zwei Häuser des Parlamentes gewählt. Das Amt des Präsidenten dauert fünf Jahre. Als Staatshaupt vertritt er das Reich völkerrechtlich nach außen. Im Innern leitet er die Regierungsgeschäfte, ernennt und entläßt Beamte und Offiziere, setzt, vorbehaltlich der Beschlußfassung des Parlaments, Behördenorganisation und Beamtenrecht fest, verleiht Orden und Auszeichnungen, übt das Recht der Begnadigung, verhängt den Belagerungszustand. Er ist ferner der Oberbefehlshaber der Land- und der Seemacht. Sein Anteil an der Gesetzgebung beschränkt sich auf das Recht der Initiative (das Recht, Gesetzesvorlagen an das Parlament zu bringen) und die Verkündigung beschlossener Gesetze. Nach amerikanischem Vorbild steht ihm ein suspensives Veto gegen Gesetze zu, die seine Billigung nicht finden. Rechtsverordnungen darf der Präsident zur Ausführung bestehender Gesetze, sonst nur auf Grund besonderer gesetzlicher Ermächtigung erlassen. Ein Recht zum Erlaß von Notverordnungen, das der erste Präsident der Republik wiederholt für sich in Anspruch genommen hatte, steht ihm verfassungsmäßig nicht zu.

Alle Verordnungen und Verfügungen des Präsidenten bedürfen der Gegenzeichnung der Staatsminister, die dadurch die Verantwortung übernehmen. Aus der Aufnahme der Bestimmung des französischen Verfassungsrechts, daß der Präsident zur Ernennung von Ministern der Zustimmung des Parlaments bedarf, ist, in Anlehnung an die Interpretation des entsprechenden Artikels in der französischen Verfassung, zu folgern, daß die Minister zu ihrer Amtsführung des Vertrauens des Parlamentes

bedürfen und zurücktreten müssen, wenn das Parlament durch einen Beschluß ihnen sein Vertrauen entzieht. Während aber das französische Vorbild, dem z. B. auch unsere Reichsverfassung folgt, dem Präsidenten als Waffe gegen Übergriffe des Parlamentes das Auflösungsrecht an die Hand gibt, damit das Volk in den Neuwahlen das letzte Wort spreche, hat die chinesische Verfassung hier wieder das amerikanische Recht imitiert. In der gewaltentrennenden amerikanischen Republik, in der die Exekutive von der Legislative deutlich geschieden wird, der Präsident daher das Recht freier Ministerernennung aus eigenem Vertrauen hat, ist für ein Auflösungsrecht kein Bedürfnis. Parlamentarisches Regime aber ohne Auflösungsrecht des Präsidenten ist ein Unding, ein technischer Mangel, der die Verfassungskrisen der letzten Jahre erheblich verschärfte, weil er den Präsidenten im Konflikt mit dem Parlamente immer wieder zum Verfassungsbruche zwang.

Über Gerichte und Rechtspflege besagt die Verfassung nur Grundsätzliches. Zivil- und Strafprozesse werden von den ordentlichen Gerichten entschieden, deren Richter vom Präsidenten oder Justizminister ernannt werden. Die Einrichtung eines Verwaltungsstreitverfahrens wird in Aussicht genommen. Verhandlung und Entscheidung der Gerichte erfolgen auf Grund der Gesetze in öffentlichem Verfahren und in völliger Unabhängigkeit. Diese Unabhängigkeit wird durch die üblichen Bestimmungen über Unabsetzbarkeit, Unversetzbarkeit der Richter usw. verfassungsrechtlich gewährleistet. Die Organisation der Gerichte ist einem besonderen Gerichtsverfassungsgesetze vorbehalten worden.

Nach dem geltenden Gerichtsverfassungsgesetz, das vom 7. Februar 1910 datiert, also noch aus kaiserlicher Zeit stammt, gibt es vier Arten von ordentlichen Gerichten: die Amtsgerichte, Landgerichte, Obergerichte und das Reichsgericht.

Ihre Zuständigkeit umfaßt bürgerliche Rechtsstreitigkeiten, Strafsachen und die freiwillige Gerichtsbarkeit. In Zivil- und Strafsachen gibt es zwei Instanzenzüge: vom Amtsgericht über das Landgericht zum Obergericht und vom Landgericht über das Obergericht zum Reichsgericht. Das Amtsgericht und das Landgericht in erster Instanz entscheiden in der Besetzung mit 1 Richter; im Landgericht in zweiter Instanz und im Obergericht sitzen 3 Richter auf der Richterbank; der erkennende Senat des Reichsgerichts zählt 5 Richter. Sämtliche Richter sind Berufsrichter; das Laienelement fehlt.

Die Organisation der Gerichte war ursprünglich so gedacht, daß in jeder Kreisstadt und in jedem den Fremden geöffneten Handelsplatz

ein Amtsgericht, am Sitz der Präfektur und ebenso an jedem Handelsplatz ein Landgericht, in der Provinzialhauptstadt ein Obergericht und in Peking das Reichsgericht gegründet und neben jedem Gericht eine selbständige Staatsanwaltschaft eingerichtet werden sollte. Aber es fehlte am Gelde und an genügend geschulten juristischen Kräften, um dies umfassende Programm durchführen zu können. Außerdem erschien die Trennung der Justiz von der Verwaltung in der ersten Instanz für die kleineren Sachen, die auf die Amtsgerichte übergehen sollten, unzweckmäßig, weil man eine Schwächung der Stellung der Kreisbeamten befürchtete. Über die Berechtigung dieser Bedenken ist bereits gesprochen worden. Man begann deshalb vom Herbste 1913 an, also nach der Niederschlagung der zweiten Revolution, in der Zeit beginnender Reaktion das Justizreformprogramm erheblich zu beschneiden. Obergerichte und Reichsgericht und wohl auch die Landgerichte sind programmmäßig geschaffen worden. Amtsgerichte aber gibt es nur in den größeren Städten und in den dem Fremdhandel geöffneten Plätzen; in der weitaus größten Zahl der Kreise werden die amtsgerichtlichen Funktionen bis auf weiteres noch vom Kreisbeamten wahrgenommen.

Die Gerichtsverfassung wird ergänzt durch die Vorschriften der Zivilprozeß- und der Strafprozeßordnung über die Zuständigkeit. Beide Gesetze liegen im Entwurf vor, sind aber bis auf die erwähnten Bestimmungen, die durch Verordnung des Präsidenten vom 7. April 1912 provisorisch in Kraft gesetzt worden sind, noch nicht in Geltung. Im übrigen hat die Praxis im Gerichtsverfahren freie Hand, soweit sie nicht durch Regulative des Justizministeriums gebunden ist.

Von größeren Kodifikationen ist in erster Linie das Strafgesetzbuch zu nennen. Es ist in der Kaiserzeit entstanden und mit geringen Abänderungen durch Präsidialverordnung mit dem 10. März 1912 provisorisch in Kraft gesetz worden. Von anderen Gesetzen privat- und strafrechtlichen Inhalts erwähne ich als wichtigste nur die Verordnung über den Betrieb eines Handelsgewerbes von 1904, das Gesetz betreffend die Handelsgesellschaften von 1915, das Transportgesetz von 1911, das Bankgesetz von 1908, das Gesetz betreffend das Urheberrecht von 1910, das Vereinsgesetz von 1908, das Preßgesetz von 1911, das Polizeistrafgesetzbuch von 1908, den Entwurf eines bürgerlichen Gesetzbuches, der aber nicht Gesetz geworden ist. Die letzten Jahre der politischen Wirren sind an Gesetzen sehr arm gewesen.

Das Strafgesetzbuch ist seiner Entstehung und seinem Inhalte nach typisch für die gesamte chinesische Gesetzgebungsarbeit. Japanischer

Einfluß ist unverkennbar. Die Verbundenheit der chinesischen und japanischen Kultur, die gemeinsame Schrift, die Vorstellung, daß auch Japan unter dem Drucke des Auslandes sein altes Recht in neue Formen hatte gießen müssen, und die auf allen diesen Umständen beruhende Tatsache, daß die juristisch geschulten Chinesen ihre Ausbildung fast ausschließlich in oder durch Japan empfangen hatten, führten zur Aufnahme des japanischen Vorbildes. Damit ist aber das neue chinesische Recht, speziell das Strafgesetz, in ein Verwandtschaftsverhältnis zum deutschen Recht getreten, denn das japanische Recht folgt dem deutschen. Das angloamerikanische Recht, aus der Praxis der Gerichte erwachsen und in ihr weiter wachsend, hat seinen sichtbaren Zusammenhang mit den konkreten Erscheinungen des Lebens niemals verloren, so daß eine Ablösung des Rechtes von seiner national-kulturellen Grundlage und eine Übertragung auf andere Länder mit anderer Kultur kaum möglich ist. Im Gegensatz hierzu hat das deutsche Recht, darin eine Tochter des römischen und eine Schwester des französischen Rechts, aus der Erscheinungswelt der Rechtsstreitigkeiten und der Rechtsbildungen Rechtsideen abgezogen und zu Rechtssätzen verdichtet, die sich in unseren Gesetzbüchern zusammengestellt finden. In ihrer abstrakten Fassung scheinen diese Rechtssätze ihre Bodenständigkeit und Begründung in der realen Umwelt zu verleugnen. Schärferes Zusehen allein vermag den immer lebendigen Zusammenhang zwischen Rechtssatz und Realität zu erkennen. Jedenfalls wird ein solches abstrakt formuliertes Recht leichter rezipiert werden können, als ein in konkret gefaßten Sätzen sich zersplitterndes wie das anglo-amerikanische.

Es wäre übertrieben, wollte man den Chinesen den Vorwurf machen, daß sie das fremde Recht ohne Rücksicht auf die Rechtsanschauungen des eigenen Landes sinnlos übernommen hätten. Beste Kenner des heimischen Rechtes hatten Sitz und Stimme in den Gesetzgebungskommissionen. Wir müssen uns überhaupt hüten, von der chinesischen Gesetzgebungsarbeit zu niedrig zu denken. Schon rein technisch liegt eine große Leistung vor. Abgesehen von einigen strafrechtlichen Begriffen besaß das alte China keine Gesetzessprache. Fachausdrücke fehlten so vollständig, daß z. B. die Verwaltung des Pachtgebietes im Jahre 1898 davon absehen mußte, die grundlegende Verordnung über die Rechtsverhältnisse der Chinesen ins Chinesische zu übersetzen, weil es ein Ding der Unmöglichkeit schien, die Vorschriften über Gerichtsverfassung und Zuständigkeit, über materielles Recht und Rechtsgang zu übertragen. Ein Dolmetscher, der heute jene Verordnung nicht glatt

herunter übersetzen könnte, verdiente diesen Namen nicht. Denn im Laufe der letzten 15 bis 20 Jahre hat China sich eine eigene wissenschaftliche Sprache geschaffen: und zwar nicht nur auf juristischem Gebiete, sondern für alle Zweige menschlichen Wissens. Die neue Sprache ist durch Anleihen beim japanischen Wortschatz, durch Wiederbelebung alter in den Klassikern sich findender Ausdrücke und durch Neubildungen entstanden. Chinesen alten Schlages und europäische Sinologen philologischer Observanz haben an dieser Sprache Anstoß genommen, weil sie, namentlich infolge ihrer japanischen Entlehnungen, unchinesisch wirke. Die japanischen Ausdrücke, die anfangs in der Tat in der Mehrzahl waren, sind von einem berechtigten Purismus zum Teil bereits durch neue chinesische Wortkombinationen ersetzt worden. Aber abgesehen davon: die Lösung der Aufgabe, das wissenschaftliche Rüstzeug für die Bedürfnisse neuen geistigen Lebens zu schmieden, ist eine Leistung von einer Größe, die nicht über ästhetischen Bedenken verkannt werden sollte.

Wenn nun das neue Recht außer fremdsprachlichen Elementen, zweifellos auch inhaltlich wesensfremde Bestandteile enthält, so wird die chinesische Praxis der Gerichte es so zurecht biegen, daß es schließlich chinesischem Wesen konform wird. Denn der chinesische Richter ist nicht in der Ehrfurcht vor dem geschriebenen Recht erzogen wie der deutsche Richter, noch steht er unter dem geistigen Zwang streng logischer Deduktionen. Dem stolzen aus individualistischem Geiste geborenen Spruch: fiat justitia, pereat mundus würde man in China entgegenhalten. Recht soll gesprochen werden nicht zur Durchsetzung subjektiven oder gar formalen Rechts, sondern aus dem Gerechtigkeitsgefühle heraus in sozial ausgleichendem Sinne mit dem Ziele der Erhaltung der Weltordnung, nicht ihres Unterganges. Der Chinese war stets Freirechtler und wird es bleiben trotz rechtswissenschaftlicher Schulung im europäischen Sinne.

Dies bringt uns zur Frage der Vorbildung der Richter und der Beamten überhaupt. An die Stelle des alten Systems der Staatsprüfungen in chinesischem Schrifttum und chinesischer Philosophie, das 1903 beseitigt worden ist, ist Ausbildung auf Fachhochschulen getreten, die sich über dem Unterbau der niederen und höheren Volksschulen und der unseren Oberrealschulen vergleichbaren Mittelschulen erheben. Über den Fachhochschulen steht die Universität in Peking; doch sollen die Hochschulen eine abgeschlossene Fachbildung vermitteln, so daß die Universität mehr für die Heranbildung von Gelehrten, als für die Erziehung der für das praktische Bedürfnis erforderlichen Kräfte in Betracht kommt. Rechtshochschulen, die uns hier interessieren, sind in außerordentlich großer

Zahl entstanden. Die Lehrer haben zum überwiegenden Teil ihre Ausbildung in Japan genossen oder sind Schüler solcher Lehrer gewesen. Die Lehrmittel sind zumeist dürftige Kolleghefte japanischen Ursprungs. Die Methode beschränkt sich auf ein mechanisches Einpauken des Kollegheftinhalts ohne Eingehen auf die Praxis, ja ohne Eingehen auf die wenigen schon geschaffenen chinesischen Gesetze und Gesetzentwürfe. Aber da der Chinese trotz seiner praktischen Veranlagung einen Hang zum Systematischen mitbringt, so empfängt er doch eine, wenn auch sehr unvollkommene, Anleitung, Rechtsbegriffe sich zu bilden und miteinander in Zusammenhang zu bringen.

Trotz der Vorherrschaft Japans in der Gesetzgebung und im juristischen Bildungswesen und trotz der Bevorzugung aller in oder durch Japan ausgebildeten Studenten durch die bereits in Verwaltung und Justiz sitzenden Beamten gleichen Bildungsganges hatten wir Deutschen gehofft, daß die deutsche Rechtswissenschaft als Urbild der japanisch-chinesischen Gesetzbildung auf Theorie und Praxis des chinesischen Rechtes einen entscheidenden Einfluß gewinnen werde und daß chinesische Studenten, auf unserer Tsingtauer Hochschule ausgebildet, den ihren gründlicheren Kenntnissen und ihrer tieferen Schulung gebührenden Platz in der Beamtenhierarchie erringen würden, um von dort aus unsere Bestrebungen zu unterstützen. Diese Bestrebungen und Hoffnungen scheinen wir jetzt aufgeben zu müssen, erfolgreiche Anfänge und Ansätze zum Absterben verurteilt zu sein. Wenn ich es dennoch wage, der pessimistischen Wahrscheinlichkeit eine optimistische Möglichkeit entgegenzuhalten, so gründet sich dieses Wagnis auf der veränderten Rechtsstellung, die dem Deutschen nach dem Friedensvertrage zugewiesen werden wird, und auf der veränderten Haltung, die der Deutsche, welcher Parteirichtung er auch folgen möge, dem demokratischen Gedanken und dem sozialistischen Ideal gegenüber von nun an wird einnehmen müssen.

Unsere veränderte Rechtsstellung in China ist zweifellos ein Verlust, eine Einbuße aller der Rechte und Privilegien, die die fremden Nationen seit den vierziger Jahren des vorigen Jahrhunderts China allmählich abgetrotzt und abgerungen haben. Vor dem Weltkriege standen 18 Staaten zu China im Vertragsverhältnis. Jeder Vertrag enthält die Meistbegünstigungsklausel, so daß jedes Zugeständnis an die eine Macht automatisch auch den anderen Mächten zugute kommt. Dadurch ist das Fremdenrecht trotz der verschiedenen Rechtsquellen, auf denen es beruht, ein einheitliches Recht geworden.

Eines der Hauptrechte der Fremden ist ihre Exterritorialität.

Sie bedeutet Befreiung von der Gebietshoheit des Aufenthaltsstaates. Chinesische Gesetze sind für Fremde unverbindlich; sie stehen unter ihrer heimischen Rechtsordnung. Wenn z. B. ein Franzose, ein Engländer und ein Russe gemeinsam einen Diebstahl begehen, so wird der Franzose nach französischem, der Engländer nach englischem, der Russe nach russischem Rechte abgeurteilt. Gebote und Verbote, die sich an die Fremden richten, müssen daher von den zuständigen Organen der Gesetzgebung ihres Heimatstaates erlassen werden. Will China z. B. die Einfuhr von Morphium für die Fremden verbieten, so muß es sich an die fremden Staaten wenden, und diese erlassen die dahingehenden Verbote. Zu diesem Behufe pflegte den Konsuln in China das Recht zum Erlasse von Polizeiverordnungen mit Strafandrohung durch die Gesetzgebung ihres Heimatstaates verliehen zu werden.

Für den Fremden in China gilt nicht nur das heimische materielle Recht. Auch die Rechtsanwendung, also Rechtsverfahren und Ausübung unmittelbaren polizeilichen Zwanges, ist den Organen des eigenen Staates, dem Konsul und dem Konsulargericht, vorbehalten. Ist ein Fremder in einer Strafsache Beschuldigter, so ist sein Konsul für Verhandlung und Entscheidung zuständig, auch wenn der Verletzte ein Chinese oder ein Fremder anderer Nationalität ist. Man stelle sich nun das Ergebnis dieser Konsulargerichtsbarkeit vor! In unserem Beispiele, das nicht etwa ein Schulbeispiel ist, sondern in einer kosmopolitischen Stadt wie Schanghai jeden Tag Wirklichkeit werden kann, würden drei verschiedene Prozesse eingeleitet und nach drei verschiedenen Gesetzen drei Urteile gefällt werden, die nach der rechtlichen Beurteilung, nach Bestrafung oder Freisprechung oder nach dem Strafmaß so verschieden sein können und werden, daß sie dem objektiven Rechtsgefühl, namentlich aber dem subjektiven Rechtsbewußtsein des Verletzten nur selten Genüge tun, ganz abgesehen von der Kompliziertheit des ganzen Rechtsverfahrens.

Nicht anders liegen die Dinge für bürgerliche Rechtsstreitigkeiten. Maßgebend ist der Gerichtsstand des Beklagten. Der Russe, der von einem Engländer oder einem Chinesen aus einem Schuldverhältnis zur Leistung angehalten werden soll, muß vor dem russischen Konsul verklagt werden. Tritt er aber als Kläger auf, so muß er das englische Konsulargericht oder die chinesische Behörde angehen.

Die Exterritorialität wäre für China unerträglich, wenn nicht das Niederlassungsrecht der Fremden auf bestimmte Häfen und Handelsplätze des Reiches beschränkt wäre. Der Fremde darf zwar das Innere des Landes unbehindert bereisen, wenn er mit einem von seinem Konsul

ausgestellten und von der chinesischen Behörde visierten Reisepaß, der 13 chinesische Monate Gültigkeit hat, versehen ist. Sich dort dauernd niederlassen und Grundstücke erwerben, darf er nicht. Dieses Recht ist nur den Missionen für ihre Zwecke zugestanden worden.

Im Vertrage von Nanking von 1842 versprach China die Öffnung der fünf Plätze Canton, Amoy, Futschou, Ningpo und Schanghai. Im Zusatzvertrage von 1843 hieß es, daß der englische Konsul und die chinesischen Ortsbehörden gemeinschaftlich die geeignetsten Stadtviertel und Plätze auswählen würden. Die Wahl fiel natürlich auf unbebaute Ländereien, die an die betreffende chinesische Stadt angrenzten. Man schuf Fremdenghettos: Gebiete, in denen die Fremden für und unter sich leben sollen; das entsprach zunächst beiderseitigem Wunsch. Die verworrenen Zeitläufte, namentlich die Taiping-Rebellion, führten dann viele Chinesen in die Fremdenviertel, wo man sich seines Lebens und Hab und Gutes sicherer fühlte. Die Fremdenviertel wurden allmählich das Zentrum des Handelsverkehrs. Sie konnten den Zustrom von Europäern und Chinesen nicht mehr fassen. Erweiterungen wurden notwendig. Es erhob sich jetzt auch die Frage, ob die Fremden nur innerhalb des Fremdenviertels sich niederlassen, Land erwerben und wohnen dürften, oder ob sie nicht vielmehr in dem ganzen geöffneten Platze, also auch in der chinesischen Stadt, die gleichen Rechte beanspruchen könnten. Diese Frage ist noch heute umstritten: die Chinesen wehren sich natürlich gegen die weite Auslegung der Vertragsbestimmungen.

In einer Reihe von Plätzen, namentlich in den von ihm selbst spontan geöffneten, hat China die gesamte Verwaltung einschließlich der Polizei seinen eigenen Organen vorbehalten. In der Niederlassung von Tsinanfu z. B. werden die amtlichen Geschäfte des Fremdenviertels von dem chinesischen Niederlassungsdirektor und dem chinesischen Niederlassungsamt besorgt. Die Wohnviertel der Fremden in den älteren vertraglich geöffneten Plätzen sind dagegen fast durchweg entweder internationale Niederlassungen oder nationale Konzessionen.

Die internationalen Niederlassungen haben sich zumeist organisch aus den Tatsachen entwickelt. In den größeren Plätzen begannen die Fremden, im eigenen Quartier sich selbst überlassen, bald damit, einen Stadtplan auszuarbeiten, Wege anzulegen, Kanäle zu ziehen, den Sicherheitsdienst zu organisieren, hygienische Maßnahmen zu treffen u. a. m. So erwuchs eine eigene Verwaltung, die nach dem Rechten sehen mußte und im Wege der Besteuerung die zu ihrer Geschäftsführung erforderlichen Mittel aufbrachte. Die Chinesen erteilten stillschweigend, manch-

mal auch ausdrücklich ihre Zustimmung, ohne sich deren Tragweite bewußt zu sein. Die größte der internationalen Niederlassungen, die von Schanghai, ist jedoch in anderer Weise entstanden: nämlich durch Zusammenlegung des englischen und des amerikanischen Wohnviertels im Wege der Vereinbarung zwischen den beteiligten Staaten (1863). Die chinesische Gebietshoheit hat hier erhebliche Einbuße erlitten. Die internationalen Organe des Stadtwesens haben die gesamte Verwaltung und Polizei an sich gezogen. Chinesische staatliche Organe, mit Ausnahme des Seezollamtes, dürfen ohne ausdrückliche Genehmigung des Konsularkorps keine staatlichen Hoheitsakte in der Niederlassung vornehmen, kein chinesischer Soldat, kein chinesischer Polizist in amtlicher Eigenschaft die Niederlassung betreten; Haftbefehle und Ladungen der chinesischen Gerichte bedürfen der konsularischen Zeichnung. Als 1917 nach Chinas Kriegserklärung durch eine Verordnung der chinesischen Zentralbehörde eine Meldepflicht der Deutschen bei den ,,Ortsbehörden" eingeführt wurde, verlangte der chinesische Fremdenkommissar, der in der internationalen Niederlassung seinen Amtssitz hat, daß die Deutschen sich bei ihm melden sollten. Die internationale Stadtverwaltung aber beanspruchte die Ausführung der chinesischen Verordnung für sich, da die internationale Polizei die ,,Ortsbehörde" sei, und der chinesische Beamte im Bereiche der Niederlassung Amtshandlungen nicht vornehmen dürfe. Unrecht hatten beide Teile, denn, wenn auch der Fremdenkommissar in der Tat polizeiliche Akte ohne Zustimmung des Konsularkorps nicht vornehmen durfte, so war andererseits die internationale Polizei sicherlich nicht ,,Ortsbehörde" im Sinne der chinesischen Verordnung. Das Ergebnis aber für uns Deutsche war, daß wir uns an beiden Stellen melden mußten.

In der internationalen Niederlassung von Schanghai, die hinsichtlich des Ausbaues der Selbstverwaltung als der vollkommenste Typ der internationalen Niederlassungen angesehen werden kann, wird die laufende Verwaltung vom Stadtrat (dem Municipal Council) geführt. Die neun Mitglieder des Stadtrats werden alljährlich von der Versammlung der Steuerzahler, dem Stadtparlament, gewählt. Chinesen sind weder wahlberechtigt noch wählbar, wie sie auch von dem Erwerb von Grundeigentum innerhalb der Niederlassung ausgeschlossen sind. Zur Kompetenz des Stadtrats gehört, außer der sehr umfangreichen Verwaltung, das Recht Verordnungen zu erlassen. Doch bedürfen diese Verordnungen der Zustimmung der Steuerzahler, der Konsuln und der Gesandten der Vertragsstaaten. Die Aufsicht über den Stadtrat liegt in den Händen des Konsularkorps. Klagen gegen die Niederlassung als juristische Person

werden von dem Gericht der Konsuln entschieden, das das Konsularkorps alljährlich durch Wahl bestellt. Die Reste der Gebietshoheit, die den Chinesen in der Niederlassung verblieben sind, bestehen nur noch in der Mitwirkung der chinesischen Behörde beim Erwerb und bei der Übertragung von Grundstücken, in der Erhebung einer nominellen Grundsteuer und in der Justiz über die Chinesen. Aber selbst diese Rechte sind stark verkürzt. In Schanghai wird die Rechtspflege innerhalb der Niederlassung von einem gemischten Gerichtshof, der offiziell sich eine chinesische Behörde nennt, ausgeübt. Das Gericht urteilt in der Besetzung mit einem chinesischen Richter und einem chinesisch sprechenden Konsulatsbeamten nicht nur in denjenigen Straf- und Zivilsachen, an denen ein Fremder als Verletzter oder als Kläger interessiert ist, sondern regelmäßig in allen Strafsachen, die in der Niederlassung begangen worden sind, und in allen rein chinesischen Zivilsachen, wofern nur der Beklagte in der Niederlassung seinen Wohnsitz hat.

Noch stärker beschnitten ist die Gebietshoheit Chinas in den nationalen Konzessionen. Ihre Begründung beruht durchgehends auf Vertrag oder Vereinbarung, niemals auf Anerkennung eines historisch gewordenen Zustandes. Es gibt heute in China 29 Konzessionen. Japan mit 10 Konzessionen steht an der Spitze, es folgt Großbritannien mit 8, die kommerziell wohl die wichtigsten sind. Die beiden deutschen Niederlassungen in Hankou und Tientsin werden Deutschland durch den Friedensvertrag genommen. Von den 29 Konzessionen entfallen 8 auf Tientsin und 5 auf Hankou.

Die nationalen Konzessionen unterscheiden sich von den internationalen Niederlassungen vornehmlich dadurch, daß hier einem einzelnen Staat die alleinige Ausübung eines erheblichen Ausschnittes der Hoheitsrechte Chinas innerhalb eines bestimmten Areals zusteht. Ausbau und Verwaltung dieses Areals ist also Sache des konzessionierten Staates, der im allgemeinen beides in die Hände der Bewohner der Konzession gelegt hat. Diese sind zu einem Kommunalverband zusammengeschlossen mit Gemeindevertretung und Gemeinderat, die die Geschäfte unter Leitung und Aufsicht des Konsuls des konzessionierten Staates führen. Durch das Statut des Municipiums, insbesondere durch die Bestimmungen über die Zusammensetzung der städtischen Organe, über Wahlrecht und Wählbarkeit wird dafür Sorge getragen, daß die Angehörigen des konzessionierten Staates in den munizipalen Körperschaften in der Majorität sind und den nationalen Charakter des Gemeinwesens aufrecht erhalten können. Demselben Zwecke dienen auch die Bestimmungen über den Grunderwerb.

In den internationalen Niederlassungen kann sich der Grundstücksverkehr nicht ohne Beteiligung der chinesischen Behörde vollziehen. Dadurch werden dort die rechtlichen Verhältnisse am Grund und Boden außerordentlich kompliziert. In den nationalen Konzessionen dagegen ist die Regelung der Grundeigentumsverhältnisse meist ausschließlich Sache des konzessionierten Staates. Hier pflegt der Erwerb von Grundstücken durch Angehörige dritter Staaten von der ausdrücklichen Verpflichtung des Erwerbers abhängig gemacht zu werden, daß er sich in allen das Grundstück betreffenden Angelegenheiten dem Recht und der Gerichtsbarkeit des konzessionierten Staates unterwerfen werde. Ohne eine solche Verpflichtung würde ein Angehöriger eines dritten Staates der ein Grundstück innerhalb der Konzession erwirbt, gegebenenfalls sich auf seine Exterritorialität berufen können. Denn eine Konzession ist keine Kolonie, kein Pachtgebiet. Die Angehörigen dritter Staaten bleiben exterritorial, unterstehen also dem Recht und der Gerichtsbarkeit ihres Heimatstaates. Der Grund und Boden der Konzession ist chinesisches Staatsgebiet. Deshalb gibt auch die Unterstellung der Grundstücke unter das Liegenschaftsrecht des konzessionierten Staates diesem nicht das Recht, öffentlich-rechtliche Zwangsmaßnahmen gegen das Grundeigentum der Angehörigen dritter Staaten einzuleiten. Es war zweifellos eine Rechtsanmaßung, als nach dem Waffenstillstand deutsches Eigentum in französischen Konzessionen von französischen Behörden zwangsweise liquidiert wurde. Nach Wegfall der Exterritorialität infolge Aufhebung der Staatsverträge durch Chinas Kriegserklärung hätte, wenn überhaupt, nur China deutsches Eigentum liquidieren dürfen.

In den Konzessionen bleibt ferner die Gerichtsbarkeit Chinas über seine Staatsangehörigen erhalten, wenn auch hier eine Teilnahme des Konzessionsstaates an der Rechtsprechung über die in der Konzession wohnenden Chinesen und die Einrichtung gemischter Gerichte angestrebt wird und teilweise erreicht worden ist.

Durch den Friedensvertrag hat Deutschland nicht nur seine beiden Niederlassungen und das Pachtgebiet in Kiautschou verloren. Es ist zunächst ausgeschieden aus dem Kreise der 18 Staaten, die mit China im Vertragsverhältnis stehen und daher für sich und ihre Angehörigen die dargestellten Rechte in Anspruch nehmen können. Von Chinas Entschließungen wird es abhängen, ob und in welchem Umfange die Verträge von 1861 und 1880 wieder in Kraft gesetzt werden sollen. Man wird sich darüber nicht täuschen dürfen, daß China kaum gewillt sein wird, uns die Exterritorialität wieder zuzugestehen. Die Abschaffung

der Konsulargerichtsbarkeit ist alte chinesische Sehnsucht. Im Mackay-Vertrage von 1902 hatte England die Aufhebung der Exterritorialität versprochen, wenn China eine Reform von Recht und Justiz durchgeführt haben werde. Jetzt wird China der Welt zeigen wollen, daß seine Justiz der Aufgabe gewachsen ist, über Europäer Recht zu sprechen. Wenn wir Deutsche dazu ausersehen sein sollten, das Objekt dieses Versuchs zu bilden, müssen wir aus der Not eine Tugend machen. Wir dürfen nicht in duldender Ablehnung verharren, sondern müssen den Chinesen mit rechtsverständigem Rat zur Seite stehen. Dieser Rat wird gesucht werden, denn schließlich wird es von dem deutschen Urteil über die chinesische Rechtspflege abhängen, ob die Exterritorialitätsrechte von den anderen Staaten später einmal aufgegeben werden. Es wächst also unsere Aussicht, auf Chinas Gesetzgebung, die ja noch ganz fragmentarisch ist, und auf seine Rechtspflege Einfluß zu gewinnen.

China und Deutschland haben heute die gleiche Staatsform. Aber während Deutschland in seiner Verfassung den Neubau des Reichs auf demokratischer Grundlage zu einem mindestens vorläufigen Abschluß gebracht hat, hat die chinesische Republik noch nicht feste rechtliche Formen angenommen. Für manche Fragen z. B. über die Gestaltung des Verhältnisses des Reichsganzen zu seinen Teilen, über die Anteilnahme des Volkes am staatlichen Leben, über die Stellung des Präsidenten wird Deutschlands öffentliches Recht China wertvollere Anregungen bieten können als das Recht anderer Staaten. Es scheint daher sehr wohl möglich, daß sich unser Einfluß auf die chinesische Rechtsentwicklung zu einer geistigen Führung auf Rechtsgebieten ausweiten könnte, denen wir bisher skeptisch und teilnahmlos gegenüberstanden. Auch eine Wiederaufrichtung des Kaisertums, die bei der chinesischen Auffassung vom Berufe des Kaisers nicht ganz ausgeschlossen erscheint, würde den in China einmal aufgekommenen demokratischen Gedanken nicht ertöten und uns nicht der geistigen Teilnahme am Werke des Verfassungsbaues berauben können.

Kürzlich sprach einer der geistigen Führer Chinas über den Sozialismus. Mit dem typischen Gelehrtenstolz des Literaten alten Schlages suchte dieser moderne Mann nachzuweisen, daß sämtliche Theorien und Systeme des Sozialismus bereits in den alten chinesischen Schriften erörtert seien und wie das alte China in der Art der Landverteilung und der gemeinsamen Bodennutzung bereits das sozialistische Prinzip praktisch angewendet habe. Solche spielerischen Versuche, die Ergebnisse intensiver geistiger Arbeit der westlichen Welt in die chinesischen Quellen hinein-

zudeuten, haben nur den Wert, daß diese Neigung, neuen Ideen eine künstliche Patina zu verleihen, ihren Eingang in den chinesischen Gedankenkreis erleichtert.

Die chinesische Landverteilung und Bodennutzung war in demselben Sinne sozial wie die altgermanische Agrarverfassung, der Mir der Russen und die südslavische Hauskommunion. In rein bäuerlichen Verhältnissen erfüllen sie die Aufgabe, einen gleichmäßigen Lebensgenuß aller Verbundenen sicherzustellen. In China zeigt sich die alte Agrar- und Dorfverfassung bis in die Gegenwart hinein wirksam: kleiner bäuerlicher Besitz überwiegt, Vermögensungleichheit bewegt sich in engen Grenzen. Die alte Verbandsidee, in Familie, Sippe und Dorf wurzelnd, ist die bindende und ausgleichende Kraft.

Aber die Industrialisierung des Landes kann nicht ausbleiben; sie hat bereits begonnen. In den wenigen Industriezentren Chinas lebt die Arbeiterschaft unter Bedingungen, die einen sachverständigen Beobachter wie Wilbrandt an die Zeit des Frühkapitalismus in England erinnerten. Aber die Lebenshaltung des ganzen Volkes ist niedrig; dieses Volk ist ja unbeschreiblich bedürfnislos. Zudem ist der Zusammenhang des Industriearbeiters mit seinem Heimatdorfe noch nicht zerrissen: in Not geraten, fällt er auf seine alte Familie zurück. Ein klassenbewußtes Proletariat, einen bewußt empfundenen Gegensatz von Kapital und Arbeit, von Reichtum und Armut gibt es noch nicht und wird es auf lange Zeit hinaus nicht geben.

Es ist aber kein Zweifel, daß die soziale Frage später in China als aktuelles Problem auftauchen wird [1]). Schon haben chinesische Politiker begonnen, sich mit dem Sozialismus, der ja der chinesischen Wesensart soviel mehr entspricht als der anglo-amerikanische Individualismus, zu beschäftigen. Ihre Augen werden sich nach Deutschland richten, denn von Deutschland erwartet jedermann, welcher Nation und welcher Partei er angehören möge, die praktische Lösung der sozialen Frage, deren Lösung in der Theorie schon so oft versucht worden ist. Gelingt es Deutschland, hier gangbare Wege zu bahnen, so wird die Rückwirkung dieser Tat auf China wie auf die ganze Welt nicht ausbleiben.

Unser künftiges Verhältnis zu China wird also durch unsere neue Stellung in der Welt und durch unsere neu gewonnenen politischen und

---

[1]) Nach neuesten Zeitungsnachrichten aus China, die erst nach Niederschrift der obigen Ausführungen zu meiner Kenntnis gelangten, scheint dieser Zeitpunkt erheblich näher gerückt.

sozialökonomischen Einsichten bestimmt werden. Wir können und wollen uns niemandem, auch China nicht, aufdrängen. Wir wollen auch nicht Kultur propagieren, schon darum nicht, weil Kultur der Inbegriff der unverzichtbaren, unveräußerlichen, unübertragbaren Lebenswerte eines Volkes ist. Was wir, außerhalb des eigentlichen Bereichs der Diplomatie und privater Initiative, erstreben müssen, ist Annäherung im Wege wissenschaftlicher Verständigung. Diesem Ziele müssen Schulunternehmungen, Übersetzungsanstalten, Vereinsbildungen usw. in China zugewandt sein. Wir müssen dafür arbeiten, daß der deutsche Geist verstanden werde, der deutsche Geist, wie er sich in den Leistungen von Wissenschaft und Kunst, in den Formen des politischen und sozialen Daseins, in allen Äußerungen eines höheren Lebens zeigt, der deutsche Geist auf der Suche nach Erkenntnis der Wahrheit und Erfüllung des sittlich Gebotenen, unabhängig von materiellem Zweckstreben.

Das Verkehrswesen in China.

Von

M. Th. Strewe,

Geschäftsführendes Vorstandsmitglied des chinesischen Verbandes deutscher Ingenieure.

1. Alte und neue Verkehrsarten in China (Straßenbau, Kraftwagen, Luftschiffahrt).

Nachdem sich in Europa mit der Nutzbarmachung des Dampfes und späterhin auch der Elektrizität die Verkehrsmittel und damit auch die Organisation des gesamten Verkehrswesens in kurzer Zeit in ganz außerordentlicher Weise entwickelt hatten, lag es nahe, daß die europäischen Völker bei ihrer Berührung mit Übersee-Völkern, um deren Gebiete ihrem Handel möglichst schnell aufzuschließen, versuchten, moderne Verkehrsmittel in diesen Ländern einzuführen und deren Verkehrswesen nach europäischen Grundsätzen umzugestalten.

Da sich aber in diesen außereuropäischen Ländern auf Grund der beschränkten Verkehrsverhältnisse ein festgeordnetes Wirtschaftssystem, das auf langsamem und beschränktem Güteraustausch beruhte, ausgebildet hatte, bedingte die Einführung moderner Verkehrsmittel dortselbst ein Aufhören der gewohnten Stetigkeit der wirtschaftlichen Verhältnisse, das Auftreten einer wechselnden Konjunktur im Wirtschaftsleben mit fortwährenden Schwankungen in den Absatzverhältnissen. Instinktiv wehrten sich daher diese Völker, und so auch China, gegen die moderne Umgestaltung ihres Verkehrswesens, umsomehr, da auf seiten der europäischen Staaten nicht der Nutzen der fremden Länder, sondern der eigene ausschlaggebend war. Man darf daher den Widerstand der chinesischen Regierung gegen eine allzu schnelle Einführung moderner Verkehrsmittel nicht bloß Unverständnis für das technisch Gute und Haften an verknöcherten Verwaltungsideen unterlegen.

Vor der Revolutionierung der europäischen Verkehrsverhältnisse durch die technischen Erfindungen im 19. Jahrhundert war das chine-

sische Verkehrswesen, soweit der Verkehr über Land in Frage kam, nicht schlechter organisiert und durchgeführt als in den meisten europäischen Staaten. Der große Unterschied, der sich heute bei der Betrachtung des chinesischen Verkehrswesens mit dem Verkehrswesen europäischer Staaten darbietet, ist nicht nur auf jene technischen Neuerungen zurückzuführen, sondern auch darauf, daß gerade zur Zeit der Einführung dieser in Europa, China politisch degenerierte und dadurch das gesamte Land in seinen öffentlichen Einrichtungen, namentlich seinen Straßen, in Verfall geriet. Nach den heute noch erhaltenen Straßen zu urteilen, war das Verkehrswesen in China durch systematisch ausgebaute Straßen, durch künstliche Binnenschiffahrtswege und Benutzung schiffbarer Flüsse zu einem hohen Grade der Vollkommenheit schon vor mehr denn 2000 Jahren gelangt.

Ebenso wie die Reiche des Altertums, namentlich Persien und Rom mußte China wegen seiner großen Ausdehnung und seiner Schar absetzbarer, von einer Zentralstelle aus geleiteter Beamten ein Wegesystem haben, das es der Regierung ermöglichte, Nachrichten aus allen Teilen des Reiches schnell zu erlangen, Verfügungen bekanntzugeben und evtl. durch die Staatsgewalt durchführen zu lassen. Wir unterscheiden daher auch in China sogenannte Heeresstraßen, die ausschließlich aus staatlichen Rücksichten gebaut wurden, und eigentliche Handelsstraßen, die nur dem Zwecke des Handels dienten und meist nur Saumpfade darstellten. Die noch erhaltenen Reste der Heeresstraßen, die durch das ganze Reich ziehen und z. B. auch die Hauptstadt des Landes, Peking, mit der Hauptstadt von Tibet, Lahssa, verbinden, zeigen eine hohe Kenntnis des Straßenbaues. Sie waren mit einer festen Oberdecke, meistens Steinplatten, versehen und häufig, ähnlich wie die römischen Wege, mit Grabdenkmälern und mit chinesischen Ehrenbogen, sogen. Pailous, versehen. An den Heeresstraßen waren in bestimmten Abschnitten, jedes Mal einen Tagesmarsch ausmachend, Stationen für Unterbringung der Beamten, für Auswechslung der Pferde und Verpflegung der Karawanen. In der Mongolei findet man an den sogen. Poststraßen die Relais-Stationen stets in der Nähe einer Wasserstelle. Die Mongolen mußten früher als Frohnde die Pferde für die chinesische Post stellen.

In Verbindung mit den Straßen haben die Chinesen Bedeutendes im Bau von Brücken geleistet, die teils als Steinbrücken in technisch-architektonischer Vollendung gebaut und teils als Hängebrücken aus Eisenketten oder Bambus hergestellt wurden. In gebirgigen Gegenden, namentlich in den westlichen Provinzen, wo die Beförderung hauptsächlich durch

Träger und Packtiere vor sich geht, überklettern die Straßen die Berge als Treppen. Dieses hat sich als ein großes Hindernis für die Einführung des Automobilverkehrs in diesen Provinzen erwiesen. — Die Straßen sind heute in China im allgemeinen in schlechtem Zustand, soweit nicht die Anwohner selbst für die Ausbesserung der Straßen sorgen.

Die zur Bewältigung des Verkehrs benutzten Mittel zeigen die uraltesten Formen bis zum modernen Automobil und Flugzeug. Im Norden sieht man noch auf den mongolischen Karawanen-Straßen bis nach Peking hin gelegentlich die Urform des Wagens. Die Räder bestehen noch aus einer Vollholzscheibe, haben keine Speichen, und das Rad dreht sich nicht um die Achse, sondern ist fest auf der Achse verkeilt und dreht sich mit der Achse zusammen. Diese Wagen werden von Kamelen gezogen. Kamele und Maultiere sind die eigentlichen Packtiere für den Norden. Daneben werden in der Mandschurei und auch in den Nordprovinzen von Maultieren gezogene chinesische Karren für Personen und Lasten benutzt. Die Karren sind federlos, mit Rücksicht auf die schlechten Wege äußerst stabil gebaut. Die Räder sind gezahnt, was natürlich den Zustand der Straßen sehr verschlechtert. Ebenfalls im Norden, hauptsächlich in der Provinz Schantung, sind Schubkarren im Gebrauch, die zur Unterstützung des Fahrers ein Segel tragen.

Schon in den mittleren Provinzen, vollständig aber im Süden in den gebirgigen Provinzen hört der Verkehr von Karren auf, und die Lasten werden durch Ponnies, Esel, weniger häufig auch durch Maultiere befördert. Das Hauptlasttier in den gebirgigen Provinzen ist aber der Mensch.

Nicht bloß nach den verschiedenen Provinzen, sondern auch nach Art und Schwere der Lasten haben die Chinesen sehr sinnreiche Konstruktionen erfunden, um bedeutende Lasten unter möglichster Schonung für den Träger fortzubewegen. Welche bedeutenden Leistungen durch den Menschen als Träger hervorgebracht werden können, beweisen beispielsweise die Tee-Träger, die von der Provinz Szechuan den Tee nach Tibet tragen. Wir stellten Tee-Ballen bis zu 300 Pfd. Gewicht fest, die von einem einzelnen Träger in eigens dafür konstruiertem Gestell auf dem Rücken über die durch das Hochgebirge führenden Pässe getragen wurden. Von der tibetischen Grenze an beginnt der Transport auf Yakochsen

Die Beförderung von Menschen geschieht im ganzen Reiche hauptsächlich durch Sänften, die ein außerordentlich schnelles und bequemes Beförderungsmittel darstellen. Im Norden ist auch die zwischen zwei Maultieren hängende Sänfte häufig gebräuchlich, in der die Reisenden

in halb liegender Stellung die Reise zurücklegen. Die Beförderung von Lasten und Personen über Land in China nach der einheimischen Methode ist im allgemeinen sehr billig. Ein Sänftenträger erhält pro Tag 60 Pfg., ein gewöhnlicher Tragkuli 40 Pfg. Doch wo der Europäer häufiger anzutreffen ist, sind die Preise in den letzten Jahren bedeutend gesteigert worden.

Für die Entwicklung des chinesischen Verkehrswesens tut vor allem not, daß die alten Verkehrsstraßen wieder in guten Stand gesetzt und auch eine große Zahl neuer Wege, sowohl Landwege wie auch Binnenschiffahrtswege, geschaffen werden. Der Straßenbau ist sogar in vielen Fällen, besonders für die innere Wirtschaft Chinas, wichtiger als der Bau von Eisenbahnen. Durch Gebrauch des Motorlastwagens wird übrigens ermöglicht, große Mengen von Gütern an bereits bestehende Eisenbahnlinien heranzubringen. Der Ausbau der Straßen erfordert nicht so viel Geld wie die Anlage einer Eisenbahnlinie, die Kosten können daher auch von den interessierten Gemeinden leicht getragen werden. Auch für die Inbetriebsetzung mehrerer Lastautomobile bedarf es keines großen Anlagekapitals. Steigert sich die Menge der zu befördernden Güter, so kann leicht durch Einsetzung neuer Motorlastwagen der Betrieb erhöht werden. Ergibt es sich, daß die Anlage einer Eisenbahnlinie sicherentieren würde, so können die bis dahin benutzten Motorlastwagen an anderer Stelle gebraucht werden.

Im November 1919 wurde nun durch Präsidial-Erlaß der Ausbau und die Erweiterung des früher ganz China überziehenden Straßennetzes angeordnet. Die Hauptstadt Peking soll mit den Hauptstädten der einzelnen Provinzen durch 18 m breite Straßen verbunden werden, die Provinzhauptstädte untereinander durch 11 m breite Straßen, und die den Ortsverkehr regelnden Kreisstraßen sollen eine Mindestbreite von 8½ m haben. Diese Verordnung der chinesischen Regierung bedeutet einen sehr großen Fortschritt. Das Material für den Straßenbau ist überall vorhanden, und als Arbeitskräfte hofft die chinesische Regierung die nach Beendigung des Bürgerkrieges überflüssigen Soldaten verwenden zu können. Der Ausbau fällt der Regierung zur Last, doch werden zur finanziellen Unterstützung auch die Provinz- und Ortsbehörden herangezogen. Der Ausbau des chinesischen Straßennetzes ist von außerordentlicher Bedeutung sowohl für die Kraftwagen- als auch für die Fahrradindustrie. China wird einen jährlich sich steigernden Bedarf an Kraftwagen und Fahrrädern haben. Wie dieser zu befriedigen ist, ist heute bei der übergroßen Nachfrage noch nicht zu übersehen, wenn nicht in Japan und

China selbst der Bau von Kraftwagen und Fahrrädern in großem Maßstab aufgenommen wird, ein Gedanke, dem die deutsche Automobil-Industrie möglichst bald näher treten sollte, umsomehr, wenn sie weiterhin infolge der Bestimmungen des Versailler-Vertrages an einem konkurrenzfähigen Absatz behindert sein sollte.

In Schanghai waren im Jahre 1916: 1002, 1917: 1373, 1918: 1728 1919: 2030 Automobile registriert. Dabei muß bedacht werden, daß in diesen Jahren es nur unter den größten Schwierigkeiten überhaupt möglich war, Kraftwagen im Ausland für den chinesischen Markt zu kaufen und nach China einzuführen. Auch im Norden Chinas hat sich der Gebrauch von Kraftwagen sehr ausgedehnt. In den Bezirken von Peking und Tientsin waren über 1000 Wagen in Gebrauch. Der amerikanische Generalkonsul in Tientsin schätzt die Zahl der Kraftwagen, die voraussichtlich in einem Jahre in seinem Bezirke gekauft werden, auf 200 billige, 300 bessere und 100 erstklassige. Im allgemeinen laufen vierzylindrige Wagen in China. Die Chinesen geben der geschlossenen Limousine den Vorzug, während die europäischen Käufer den offenen Tourenwagen bevorzugen. Die Wagenaufbauten für Lastautomobile werden in vorzüglicher Ausführung und zu bedeutend billigeren Preisen in chinesischen Werkstätten hergestellt, so daß es sich empfiehlt, für diese Zwecke Konstruktionszeichnungen der Kraftwagenfabrikanten für die Aufbauten beizulegen. Der Lastkraftwagen-Verkehr in der Mandschurei und Mongolei hat sich nach dem Kriege schon sehr entwickelt. Eine chinesische Gesellschaft in der Provinz Schantung beabsichtigt, mit 50 amerikanischen Lastkraftwagen eine Verbindung des neuen Hafens Lungkou mit der Stadt Wei-heien, die an der Tsingtau-Tsinanfu-Bahn liegt, herzustellen. Eine französische Bank in Peking stellt dem Pekinger Automobilklub 150 000 Dollar zur Verfügung für den Ausbau einer Automobilstraße von Peking nach Tientsin, die eine Länge von 115 km beträgt. Um die Verzinsung des Anlagekapitals herauszuwirtschaften, wird von jedem Kraftwagen eine Wegegebühr von einem Dollar erhoben, die den Weg in ein Achtel der Zeit zurücklegen, die bisher bei dem Gebrauch von Pferden und Karren notwendig war. Der Motorlastwagen sowohl wie auch der Personenkraftwagen wird in den nächsten Jahren bei der Entwicklung des chinesischen Verkehrswesens eine außerordentlich große Rolle spielen, und es ist bis zur Zeit, in der China in eigenen Werkstätten Automobile baut oder zusammensetzt, mit einer sehr großen Einfuhr vom Ausland zu rechnen.

Im Jahre 1910 machte ich bei dem Verkehrsministerium in Peking eine Eingabe, in der ich auf den Nutzen der Einführung eines Flugzeugverkehrs zwischen Peking und Urga quer über die mongolische Wüste zwecks Beförderung von Briefpost hinwies. Es wäre auf diesem Wege möglich gewesen, die sibirische Post zwei Tage früher nach China zu bringen. Damals ist dieses Projekt im Ministerium wohl beiseite gelegt worden. Heute hat bereits sowohl die chinesische Armeeverwaltung wie auch die chinesische Postverwaltung Flugzeuge in größerer Zahl bestellt oder womöglich schon in Betrieb gesetzt, die den Postbriefverkehr nicht bloß über diese Strecke, sondern auch nach Turkestan und den fernen westlichen Provinzen vermitteln sollen.

Professor Middelton-Smith, der Leiter der Hongkonger Universität, hat eine Denkschrift ausgearbeitet, in der er ein ausgedehntes System von Luftschiffahrts-Linien in China festlegt. Er weist besonders darauf hin, daß infolge der vielen Wasserstraßen die Anlage von Flugplätzen im ganzen Lande sehr erleichtert sei, da das für den Betrieb notwendige Brennmaterial auf den Wasserstraßen leicht herangeschafft werden könnte. Er verlangt die Anlage von Schulen zwecks Ausbildung von Maschinisten und Ingenieuren; als Lehrer an diese Schulen empfiehlt er die Instruktoren des englischen Luftdienstes. Da die in China konkurrierenden Petroleumgesellschaften schon überall im Lande Tanks angelegt und Verteilungszentren eingerichtet haben, wird sich ein systematischer Luftdienst in China leicht einrichten lassen.

Man sieht also, daß in China in bezug auf Entwicklung des Verkehrswesens ein sehr fortschrittlicher Geist herrscht, der im Laufe weniger Jahre eine großartige Ausgestaltung des chinesischen Verkehrs ermöglichen wird.

2. Die chinesische Post.

China besaß zu einer Zeit, als in Europa noch nicht an Ähnliches zu denken war, bereits ein über das ganze Land verbreitetes Postwesen. Der Beginn der Organisation einer Reichspost wird in den Anfang der Chow-Dynastie um das Jahr 1000 n. Chr. verlegt. Dieser „J-chan“ genannte Postdienst war ein Regierungskurierdienst und diente dazu, die Verbindung der kaiserlichen Regierung mit Peking und den Beamten und Garnisonen in den Provinzen aufrechtzuerhalten. Gerade wie im römischen und persischen Reich erstreckte sich auch in China die Post über das ganze Reichsgebiet. Finanziert wurde die Einrichtung durch die Reichsregierung, unterstütztvon den Zuschüssen der Provinzialregierungen.

die hierfür lokale Steuern verwendeten. Diese Einrichtung blieb bestehen bis zum Beginn dieses Jahrhunderts und besteht bis zu einem gewissen Grade auch heute noch.

Das gesamte Postwesen war dem Kriegsamt unterstellt, in dem eine besondere Wagen- und Karren-Abteilung bestand, und in dem das sogen. Pferdeamt die Kuriere kontrollierte. Eine andere Abteilung des Kriegsamtes, das sogen. Notenamt, empfing und verteilte die Post. Die jährlichen Ausgaben betrugen 3 000 000 Taels. Jede Provinzialhauptstadt hatte einen militärischen Postdirektor, der für die ungehinderte Beförderung Sorge tragen mußte. Die einzelnen Bezirksbeamten hatten auf ihre Kosten die Post bis zur Grenze ihres Bezirkes befördern zu lassen, wo sie den Kurieren des benachbarten Bezirkes übergeben wurde. Die Beförderung erfolgte in der Hauptsache durch Fußgänger und berittene Kuriere. — Im Jahre 1875 wurde das sogen. Dokumentenamt, das Wen-pao-chu, eingerichtet, um die Korrespondenz der ausländischen Minister in Peking nach Schanghai, den Yangtse-Häfen und Küstenplätzen sicher zu befördern. Auch dieses Amt besteht trotz der Entwicklung der modernen chinesischen Post in gewisser Beziehung noch weiter.

Die alte chinesische Post diente nur dem amtlichen Verkehr. Dabei wird in China von den vielen Literaten und Kaufleuten eine große Privatkorrespondenz geführt. Man nahm aber den Staat für die Geschäfts- und Familienkorrespondenz nicht in Anspruch, sondern betrachtete die Beförderung derselben als Aufgabe eines geschäftlichen Unternehmens. So entstanden die über das ganze Reich verbreiteten Postfirmen bzw. Briefbeförderungs-Gesellschaften, die gewöhnlich Banken oder Handelshäuser mit weitverzweigten Beziehungen waren. Im allgemeinen arbeiteten diese sehr zur Zufriedenheit des Publikums, waren äußerst entgegenkommend, richteten da, wo es nötig war, Schnelldienst ein, falls aber Billigkeit die Hauptsache war, wurden die Briefe langsamer befördert. Der Empfänger zahlte die Hälfte des Portos. Amtsstunden gab es nicht, sondern die Firmen hielten Tag und Nacht offen. Am meisten verdienten sie an der Beförderung von Silber, Bankwechseln und Paketen. Das Briefgewicht wurde nicht genau genommen, der Tarif schwankte zwischen 5 Pfg. und 50 Pfg. pro Brief. Auch war es möglich, durch eine jährliche Pauschalsumme das gesamte Porto abzulösen.

Die heute in China bestehende Poststatistik zeigt jährlich größere Zahlen; das beweist aber nicht eine durch die moderne Post bedingte größere Entwicklung des Postverkehrs, sondern nur, daß es der modernen Post allmählich gelingt, die alte Post aus ihrer Domäne zu verdrängen. Das

alte System arbeitet ausgezeichnet, hat aber den Übelstand, daß es sich naturgemäß als Geschäftsunternehmen nur den gutzahlenden Strecken zuwandte, die abseits liegenden Straßen aber überhaupt nicht bearbeitete. Der Überschuß ging in die Kasse der Geschäftsleute und wurde nicht wie bei einem staatlichen Unternehmen zur Finanzierung verkehrsarmer Strecken benutzt.

Ähnlich wie die Briefbeförderungs-Gesellschaften arbeiteten auch die sogen. Kuli-Hongs. Dieses waren meist Spediteure, die auch ganze Expeditionen für Überlandreisende ausrüsteten. Man braucht sich in China nur an einen dieser Hongs zu wenden, um sofort die nötige Anzahl Kulis, die nach einem festgesetzten Tarif bezahlt werden, zu bekommen. Der abgemachte Lohn wird zur Hälfte an den Hong bezahlt und zur Hälfte nach Zurücklegung einer gewissen Strecke an die Kulis, die unter einem besonders ernannten Kuliführer stehen, der wiederum dem Hong und dem Reisenden verantwortlich ist. Da die einzelnen Strecken in bestimmte Tagesabschnitte eingeteilt sind, so soll man sich nicht verführen lassen, durch größere Tagesmärsche andere Ortschaften zum Nachtlager aufzusuchen, als die auf der Route vorgesehen sind, da nur in den seit alters her festgesetzten Absteigequartieren anständige Unterkunft und auch Nahrungsmittel für die Kulis zu haben sind.

Der Einführung einer modernen Postorganisation stellten sich in China zwei Interessengruppen in den Weg: einmal die Beamtenschaft, die von den drei Millionen Taels lebte, die für den althergebrachten chinesischen Kurierdienst ausgegeben wurden; zweitens die Postfirmen, die die gutzahlenden Poststrecken für eigene Zwecke ausbeuten wollten. Die chinesische Regierung tritt diesen Widerständen gegenüber nur mit Überredung auf, da sie sich das Prinzip der europäischen Staaten, einmal für gut erkannte Neuerungen auf Grund staatlicher Autorität und mit Gewalt einzuführen, im allgemeinen nicht zu eigen machte und namentlich stets nach dem Grundsatz „leben und leben lassen" handelt. Sie schuf daher kein Monopol für die durch das kaiserliche Dekret vom 20. März 1896 geschaffene kaiserliche Post, sondern versuchte nur durch die Leistungen des neuen Postdienstes allmählich den alten Postdienst zu verdrängen.

Erst mit der Übernahme des Postdienstes, der nunmehr eine besondere Abteilung des chinesischen Zolldienstes darstellte, durch den Franzosen Piry wurde vom Jahre 1901 an die Organisation des modernen Postbetriebes in China auch wirklich durchgeführt. Das Hauptquartier war in Peking unter Aufsicht des Generalinspektors der Zölle. China

selbst wurde in 50 Postbezirke eingeteilt, und in den Häfen Peking, Hankau, Schanghai und Kanton wurden Europäer zu Postdirektoren ernannt. In den anderen geöffneten Häfen standen die Postanstalten unter der Leitung der dortigen Zolldirektoren.

Bereits im Jahre 1896 hatte China die Erklärung abgegeben, daß es sich in bezug auf die Organisation und Verwaltung seiner Post nach den Bestimmungen des Weltpostvereins richten würde. Es schloß besondere Verträge mit den einzelnen Staaten ab, wonach die einkommende Post den chinesischen Postanstalten für die Inlandbeförderung übergeben wurde, während China selbst seine Post in offenen Säcken fremden Postämtern übergab, die in China tätig waren und die die chinesische Post selbst abstempelten. Die gegenseitigen Dienste wurden bezahlt auf Grund der Statistik für die ersten vier Wochen im Monat Mai oder November, abwechselnd in jedem Jahre, berechnet nach den Sätzen des Weltpostvereins.

Die fremden Postämter, die vor dem Jahre 1896 in China errichtet waren, hatten sicher eine Berechtigung. Auch den Ländern, die eigene Postdampferlinien nach Ostasien unterhielten, konnte man ein gewisses Recht zugestehen, eigene Postämter an den Endpunkt dieser Postdampferlinien, hauptsächlich in Schanghai, einzurichten. Im Laufe der Zeit aber traten kommerzielle Interessen bei der Einrichtung von Postanstalten in China zurück, und statt dessen waren politische Gründe maßgebend. Bei der allgemeinen Sucht der verschiedenen Nationen, möglichst viel Einfluß in China zu gewinnen, wurde auch die Einrichtung von Postanstalten zur Erweiterung dieses Einflusses benutzt. So kam es, daß Japan schließlich — 125Postanstalten — selbst weit im Innern Chinas hatte, ein Zustand, der selbstverständlich der Tätigkeit der chinesischen Post nicht sehr zuträglich war.

Für das Verbleiben der Postanstalten ist heutigentages, nachdem China dem Weltpostverein beigetreten ist und die chinesische Postverwaltung seit Jahren bewiesen hat, daß sie zufriedenstellend arbeiten kann, nicht der geringste Grund mehr vorhanden. Es kann nur eine Frage der Zeit sein, daß die fremden Postanstalten aus China verschwinden. Da wir Deutschen sowieso keine Gelegenheit mehr haben, Postanstalten in China zu unterhalten, und überdies schon die Absicht hatten, unsere Postanstalten, die sich nicht bezahlt machten, zurückzuziehen, können wir der kommenden Auseinandersetzung Chinas mit den anderen Staaten in bezug auf die Postfrage als Unbeteiligte zusehen. Wir haben jetzt nur noch das Interesse, die chinesische Post zu unterstützen. — Seit

dem Jahre 1897 passiert alle internationale Post von und nach China und nach solchen Plätzen, die durch moderne Verkehrsmittel angeschlossen sind, nach Weltpostvereins-Sätzen frankiert, frei die chinesischen Postämter. Auch bei Überlandkurierstrecken werden die Briefe und Postkarten zu den Sätzen des Weltpostvereins befördert. Nur Drucksachen und Schwerpost werden mit einem Zuschlag für Kurierbeförderung versehen.

Trotz der chinesischen Reichspost arbeiten die Privatposten teilweise noch mit großem Verdienst. Nachdem es aber der chinesischen Postverwaltung gelungen war, sich das Monopol der Beförderung auf Fluß- und Küstendampfern zu sichern, wurden die Privatposten gezwungen, zu registrieren und ihre Post in geschlossenen Postsäcken zur Beförderung der Reichspost zu übergeben, eine Bestimmung, die allerdings auch heute noch vielfach umgangen wird.

Am 28. Mai 1911 wurde die Postverwaltung von ihrer Verbindung mit der Zollverwaltung getrennt und dem Ministerium für Post und Verkehr unterstellt. Wie hohe Anforderungen an die chinesische Reichspost gestellt werden, geht daraus hervor, daß im Jahre 1914 210 000 km Kurierwege bestanden, die sich durch die chinesischen Grenzbezirke bis zum Altai in Zentralasien und bis nach Tibet hinein erstreckten, und auf denen allen ein regelmäßiger Postverkehr stattfindet. So meldete der Bericht des Postbezirks Kansu im Jahre 1914: „Infolge des ständigen Wechsels der Flußläufe hat sich das System von Drahtkabeln für den Transport von Postsäcken über angeschwollene Flüsse nicht bewährt; infolgedessen werden den Kurieren an bestimmten Flußübergängen Flöße aus aufgeblasenen Kuhhäuten zur Verfügung gestellt.“ Ebenso mußte auf der Altei-Linie, die 800 km lang ist, eine besondere Organisation getroffen werden zwecks Niederlage von Lebensmitteln für die Kuriere und Schutz gegen räuberische Überfälle.

Trotz aller Schwierigkeiten ist es so der chinesischen Regierung mit Unterstützung der ausländischen Beamten der Zollverwaltung gelungen, in verhältnismäßig sehr kurzer Zeit trotz der bestehenden alten Einrichtungen und der Konkurrenz der fremden Postanstalten und trotz der schlechten Finanzen des Reiches eine Postverwaltung in dem ungeheuren Reiche zu schaffen, die nicht bloß zur Zufriedenheit der Chinesen selbst arbeitet, sondern auch von seiten der Ausländer bezüglich ihrer guten Leistungen anerkannt wird. Eine vergleichende Statistik der Jahre 1901 und 1916 zeigt die Entwicklung der chinesischen Post:

	1901	1916
Agenturen	176	8 797
Postsachen	3 500 000	250 432 273
Pakete	42 000	2 232 100
Kurierstraßen	—	210 000 km
Dampfer- und Bootslinien	—	32 350 km
Geldanweisungen	—	15 965 000 Dollar

An der Spitze der chinesischen Postverwaltung steht der dem Verkehrsministerium unterstellte chinesische Generaldirektor, dem ein europäischer General-Postmeister als geschäftsführender Direktor beigesellt ist. Das gesamte chinesische Reich ist in 22 Distrikte eingeteilt, die unter Postdirektoren stehen. Am 31. Dezember 1916 waren in der chinesischen Postverwaltung 25 000 Menschen beschäftigt, davon waren in der Verwaltung 122 Ausländer und 4714 Chinesen. Für den Eintritt in die Postverwaltung ist das Bestehen bestimmter Examina notwendig, Beförderung erfolgt nach Dienstjahren und Verdienst.

Der eigentliche Eintritt Chinas in den Weltpostverein fand am 1. März 1914 statt. Von diesem Tage an übernahm China alle Verpflichtungen, die aus dem Weltpostvertrag und den vom Weltpostverein später abgeschlossenen Abkommen resultierten. So führte China auch auf der Tientsin-Puko-Eisenbahn und der Peking-Mukden-Eisenbahn Eisenbahnposten in den Personenzügen ein. Die offizielle Aufnahme Chinas in den Weltpostverein sollte am 10. September 1914 auf dem Weltpostkongreß in Madrid stattfinden, doch ist dieser wegen des Krieges verschoben worden.

3. Chinesische Telegraphenverwaltung.

Die chinesische Telegraphenverwaltung wurde im Jahre 1882 von dem bekannten Chinesen Sheng Kung pao als kommerzielles Unternehmen unter Regierungskontrolle eingerichtet. Die Telegraphengesellschaft übernahm die Verwaltung aller Regierungslinien. 1882 wurde zwischen Hongkong und Schanghai ein Unterseekabel gelegt. 1884 wurde Peking mit Tientsin und Schanghai mit Kanton verbunden. Durch die im Jahre 1897 erbaute Linie Peking—Kalgan—Urga—Kiachta wurde China überland mit Europa verbunden.

Das chinesische Telegraphennetz wurde außerordentlich schnell ausgedehnt, da die Regierung ein großes Interesse daran hatte, mit den verschiedenen Teilen des Reiches möglichst bald in telegraphische Ver-

bindung zu kommen, und auch die Kaufmannschaft den Wert des Telegraphen in verhältnismäßig kurzer Zeit zu schätzen lernte. Die Schwierigkeiten, welche im Telegraphieren die chinesische Sprache bietet, wurde dadurch umgangen, daß die einzelnen chinesischen Schriftzeichen eine bestimmte Zahl erhielten, die für den Telegrammtext verwendet wurde.

Im Jahre 1908 übernahm das chinesische Verkehrsministerium die Verwaltung der Telegraphie und die Hauptverwaltung wurde im Jahre 1912 nach Peking verlegt. Die Länge der Landlinien betrug im Jahre 1916 60 000 km, die der Unterseekabel 1600 km. Es bestanden 612 Telegraphenstationen mit 1789 Morse- und 47 Weatstone-Apparaten. Die Einnahmen betrugen im Jahre 1912 5 687 538 Dollars, haben sich aber in den letzten Jahren, namentlich während des Krieges, außerordentlich gehoben. Die Entwicklung der chinesischen Telegraphie zeigt sich am besten in dem Vergleich der Wortzahl, welche im Jahre 1909 telegraphiert wurde und die 19 564 727 betrug, und der Wortzahl vom Jahre 1912, die fast 90 000 000 Worte betrug. Zur Zeit existieren 10 Telegraphenschulen, in denen 500 Chinesen studieren.

Die Tarife für die Telegramme sind verschieden, je nachdem die Telegramme in fremder oder chinesischer Sprache aufgesetzt sind. Presse-Telegramme werden bedeutend billiger befördert.

Die telegraphische Verbindung mit anderen Ländern, hauptsächlich Übersee, haben vier große ausländische Telegraphengesellschaften in der Hand, die mit der chinesischen Regierung besondere Abkommen getroffen haben. Es sind dies:

1. die Great Northern Telegraf-Company (dänisch), 2. die Eastern Extension Australian-Asian and China Telegraph-Company (englisch), 3. eine amerikanische Gesellschaft, die Commercial Pacific Cable Company, und 4. die Deutsch-Niederländische Telegraphen-Gesellschaft, deren Wirken mit dem Kriege aufhörte. Die ersten beiden Gesellschaften haben der chinesischen Regierung im April 1911 eine Anleihe von 500 000 £ für die Ausgestaltung des Telegraphensystems in China gegeben. Nach den mit China bestehenden Verträgen dieser Gesellschaften müssen sie China halbjährlich gewisse Prozentsätze ihrer Einnahmen abgeben. Auf diese Einnahmen für 18 Jahre, einschließlich 5% Zinsen, wurde die Anleihe gegeben. — Am 1. Januar 1913 wurden in Übereinstimmung mit der dänischen und englischen Gesellschaft die Gebühren für ein Wort auf 3 sh 6 d herabgesetzt und dabei bei gleichbleibendem Verkehr eine weitere Herabsetzung in Aussicht gestellt. Sogen. langsame Telegramme wurden zum halben Gebührensatz befördert.

Da der Telegrammverkehr zwischen den europäischen Firmen in China mit Europa ein außerordentlich reger ist, spielen die Ausgaben für Telegramme unter den Betriebskosten dieser Firmen eine sehr große Rolle. Auch jetzt sind die Kosten für Telegramme nach außerhalb Chinas als sehr hohe zu bezeichnen, weshalb das Bestreben der Kaufmannschaft darauf gerichtet ist, nach Möglichkeit eine weitere Herabsetzung zu erreichen.

Auch die drahtlose Telegraphie hat bereits in China Eingang gefunden. 13 Stationen sind bisher eingerichtet, von denen 2 größere Küstenstationen eine Reichweite von 1000 km bei Tage und 600 km bei Nacht haben. Stationen mit bedeutend größerer Reichweite sind sowohl an der Küste geplant, wie auch ein System von kleineren Stationen im Inland beabsichtigt ist. Zur Zeit wird unter japanischer Leitung eine große Station im Hafen von Tschifu gebaut, deren Ausbau zunächst einer deutschen Firma übertragen war, dieser aber infolge der Treibereien der Marconi-Gesellschaft während des Krieges verloren ging. Die Frage, ob China hauptsächlich die drahtlosen Stationen nach dem Telefunken- oder nach dem Marconi-System ausbauen sollte, war vor dem Kriege zugunsten der Telefunken-Gesellschaft entschieden. Leider ist es der Marconi-Gesellschaft während des Krieges gelungen, mit Hilfe der englischen Gesandtschaft auf die chinesische Regierung einen Druck zugunsten des Marconi-Systems auszuüben.

4. Chinesische Handelsschiffahrt.

Die verschiedenen Ozean-Dampfschiffahrtslinien, die am Handel mit China beteiligt waren, hatten zwecks Ausmerzung einer ihre gemeinsamen Interessen schädigenden Konkurrenz Frachtengemeinschaften gegründet. Zu diesen Frachtengemeinschaften gehörten:

1. Die sogen. China Homeward Trade Conference. Ihr waren alle größeren Dampferlinien, auch der Norddeutsche Lloyd und die Hamburg-Amerika-Linie, angeschlossen. Nicht aber gehörte dazu die Deutsche Rikmerslinie, die erheblich später als die anderen in der Frachtengemeinschaft vereinigten Gesellschaften den Handel mit China aufnahm. Die Folge davon war, daß es zu scharfen Kämpfen um die Frachtsätze kam, die zeitweilig das Geschäft überhaupt zerstörten.

Die 2. Frachtengemeinschaft war das Trans-Pacific-Freight-Büro. Die Mitglieder dieser Frachtengemeinschaft treiben die Schiffahrt zwischen Ostasien und der amerikanischen Westküste, hauptsächlich nach San Francisko. In diesem Bureau, das ohne Außenseiter zur Zufriedenheit der

Beteiligten arbeitet, waren auch die japanischen Linien, die Nippon Yusen und die Osaka Shonsen Kaisha beteiligt.

3. Die New York Conference. Die Linien der beteiligten Schiffahrtsgesellschaften führten über Panama nach der Ostküste Amerikas. Der Norddeutsche Lloyd war an dieser Frachtengemeinschaft nicht beteiligt, wohl aber die Hamburg-Amerika-Linie, die vier ihrer Dampfer an die Portland Asiatic Steamship Company verchartert hatte. Die Zusammengehörigkeit der Hamburg-Amerika-Linie mit dieser Conference war nur eine sehr lose, und sie hatte in Organisationsfragen nichts zu sagen. Zu dieser Gruppe gehörten alle führenden Linien, die Blue Funnel Line, die Canadian Pacific-Line und außer den bereits genannten zwei japanischen Gesellschaften die Toyo-Kishen Kaisha. Während des Krieges gab die Blue Funnel Line die Fahrt auf diesen Linien auf, und die American Dollar Line trat in die Conference ein unter englischer Flagge. Es war dies notwendig geworden infolge des amerikanischen La Follette-Gesetzes.

Als Seehäfen kommen für die Ozean-Schiffahrt in China hauptsächlich Schanghai und Canton in Frage. Die übrigen Hafenplätze werden regelmäßig nur von Küstendampfern angelaufen. Abgesehen vom englischen Hafen in Hongkong, der nur Umschlaghafen ist, ist Schanghai ein erstklassiger Seehafen, dem in bezug auf Ausstattung nur Tsingtau und Dalny nahekommen.

Trotzdem bietet der Schanghaier Hafen nicht das gewohnte Bild eines erstklassigen europäischen Hafens. Moderne Krane fehlen vollkommen; daher sind Schwergüter von 30—40 Tonnen schwer verschiffbar, da die Schiffe meistens angewiesen sind, mit eigenem Hebezeug zu arbeiten. Trotz des Mangels moderner Lade- und Löscheinrichtungen sind beim Beladen und Löschen der Dampfer, das meist von einem neben dem Dampfer stehenden Leichter aus geschieht, infolge der billigen chinesischen Arbeitskräfte, die im Überfluß vorhanden sind, Höchstleistungen zu verzeichnen. So konnte z. B. ein Lloyd-Dampfer während 24 Stunden 3000 Tonnen Ladung aus längsseits liegenden Leichtern nehmen. Moderne Silos und Elevatoren existieren nicht, da alle Massengüter in Säcken verpackt verschickt werden. Diese Säcke, aus Jute verfertigt, bilden einen der ersten Ausfuhrartikel Indiens.

Lagerhaus-Gesellschaften als solche existierten nur in der deutschen Yangtze Warf Company, die hauptsächlich von der Hamburg Amerika-Linie unterstützt wurde. Dampfergesellschaften haben fast alle ihre eigenen Lagerhausanlagen. Die Lagerhausanlage der chinesischen

Schiffahrtsgesellschaft, der China Merchant Steam Navigation Company, war vorbildlich.

Die englische Blue Funnel Line hat für den Handel mit China erstklassige Spezialschiffe eingeführt. So gab es besondere Tee-Schiffe, die mit hohen Zwischendecks, Holzventilatoren und großen Luken versehen waren und keine Querschotten hatten. Deutschland folgte dem Beispiel dieser englischen Linie und baute ebenfalls für den Handel nach Ostasien Spezialschiffe, wodurch zum großen Teil seine Erfolge im Handel nach Ostasien bedingt waren. Ich möchte bei dieser Gelegenheit darauf hinweisen, daß bei dem in außerordentlich gesteigerten Maße während des Krieges durchgeführten Schiffsbau aller Nationen der Bau von Spezialschiffen natürlich nicht in Frage kommen konnte, daher ein großer Teil der im Kriege nach Schema „F" gebauten Schiffe als unwirtschaftlich für bestimmte Teile des Übersee-Handels nicht in Frage kommt.

Die Hafengebühren in Schanghai sind sehr teuer; sie betragen 7 Candarins pro Tonne; doch gilt dies für vier Monate. Der eigentliche Hafen Schanghais ist das Mündungsende des Whangpu-Flusses in den Yang-tse-Fluß kurz vor dessen Einmündung in das chinesische Meer. Infolge der ungeheuren Sedimentmassen, die der Yang-tse mit sich bringt, besteht die Gefahr, daß diese Mündung verschlammt. Es ist infolgedessen eine kostspielige Regulierung der Mündung vorgesehen. Auch der den eigentlichen Hafen Schanghais darstellende Unterlauf des Whangpu-Flusses ist unter erheblichen Kosten reguliert worden, so daß zur Zeit große Ozeandampfer vor der Uferstraße Schanghais ankern können. Um eine weitere Versandung des Hafens unmöglich zu machen, ist beabsichtigt, seine Mündung durch Schleusen zu sperren. Ein Teil der Regulierungskosten muß durch die Hafenabgaben eingebracht werden.

Auch für den Binnenhandel gab es eine Frachtengemeinschaft, „die Küsten- und Yang-tse-Conference", zu denen auch die beiden deutschen Linien gehörten. Die Hauptschiffahrt wurde auf dem unteren Yang-tse betrieben und es konnten bis Hankou, dem 1000 km im Inland gelegenen Seehafen, die größten Ozeandampfer fahren. Von Hankou aufwärts wird von verschiedenen Schiffahrtslinien die Dampfschiffahrt weitere 600 km bis Jchang getrieben. Von dort, durch die bekannten und gefährlichen Yang-tse-Schnellen, wird, abgesehen von der Dschunkenfahrt, die Schiffahrt in den letzten Jahren durch mehrere für diese Fahrt besonders auf chinesischen Werften konstruierte Dampfer im Dienste zweier chinesischer Schiffahrtsgesellschaften durchgeführt.

Der große gelbe Fluß, die Hauptwasserader Chinas neben dem Yang-tse, ist nur im mittleren Laufe für Dschunken schiffbar, da sein Unterlauf versandet ist. Auf dem Amur in der Nordmandschurei wird die Flußschiffahrt bis weit nach Sibirien herein von russischen, japanischen und chinesischen Dampfschiffahrtsgesellschaften betrieben. Auch der bei Kanton ins Meer fließende West-Fluß gestattet fast bis an die Grenze der westlichen Provinz Yünnan eine Fahrt mit Dampfschiffen und Motorbooten.

Die Fluß- und Kanalschiffahrt in China ist ganz außerordentlich entwickelt. Diese Flußschiffahrt hat in China eine viel größere Bedeutung als in europäischen Ländern. Flüsse, die nach europäischem Begriff überhaupt nicht befahrbar sind, werden von Chinesen noch für einen regen Bootsverkehr benutzt. Dies ist einmal auf die sachgemäße, den lokalen Verhältnissen angepaßte, seit Jahrtausenden erprobte Bootskonstruktion zurückzuführen. So gibt es Boote mit elastischem Boden, die über die Kiesel weggleiten, dann auf dem Fu-Fluß an der Grenze von Szechuan Dschunken, die vermöge ihrer dem gewöhnlichen Schiffsbau hohnsprechenden Konstruktion in der Lage sind, fast im rechten Winkel um einen mitten in einer Stromschnelle befindlichen Felsen herumzufahren. Fast jeder kleine Fluß hat seine besonders konstruierten Boote. — Es wird gesegelt, mit Händen, aber auch mit Füßen gerudert, es wird getreidelt und namentlich durch große Seiten- oder Heckruder das Schiff durch eine schraubenförmige Bewegung fortbewegt. Die chinesischen Schiffer sind außerordentlich geschickte Fahrer, verstehen ihr Handwerk ganz vorzüglich. Gefährliche Stromschnellen des Yang-tse werden hauptsächlich mit Hilfe von Treidelkulis, die an einzelnen Stellen bis zu 200 vor die Dschunken gespannt werden, überwunden.

Auch durch Regulierung der Flüsse, Aufstauen des Wassers durch Dämme oder Errichtung von Schleusen haben die Chinesen seit Jahrhunderten die Schiffahrt unterstützt. Provinzen wie Kiang-su und das nördliche Chekiang sind von einem Netzwerk von Kanälen durchzogen, so daß der Eisenbahn eine Konkurrenz gegenüber den billigen Wasserfrachten schwer wird. Für den Ausbau und die Regulierung von Wasserstraßen braucht China noch sehr viel Geld; zur Zeit wird mit japanisch-amerikanischem Geld ein Teil des großen von Tientsin im Norden bis zur Stadt Hang-Chou im mittleren China sich hinziehenden Kaiser-Kanals reguliert. Die Flußschiffahrt in China kann jedenfalls bei Vornahme oft verhältnismäßig wenig kostspieliger Flußregulierungen einen bedeutenden Aufschwung nehmen.

Außerordentlich rege ist der Dschunkenverkehr an der Küste und auf dem Chinesischen Meer. Die Chinesen fahren nach Westen hin bis nach Bangkok in Siam 2000 Seemeilen weit sechs Wochen lang. Die Hin- und Rückfahrt wird unter Ausnutzung der Monsum-Winde gemacht. Da im Sommer der Südwest-Monsum und im Winter der Nordost-Monsum weht, fährt jede Dschunke nur einmal nach Bangkok oder Singapore im Jahre. Nach Norden fahren die chinesischen Dschunken bis Wladiwostock. Trotzdem kann man die Chinesen ein seefahrendes Volk nicht nennen. Im Gegensatz zu Japan wandte China sein Gesicht stets dem Festlande zu, und von überseefahrenden chinesischen Dschunken ist nichts bekannt.

Die Frachten stiegen während des Krieges auf 2000 sh die Tonne; als Durchschnittspreis für den Krieg kann man wohl 400 sh annehmen. Jetzt ist aber die Tonne bereits auf 250 sh gefallen. Die Frachten nach Ostasien werden weiter zurückgehen, da allmählich immer mehr Schiffe für den Handel frei werden, und die Handelsflotte der Welt außerdem durch ständige Neubauten der vielen, während des Krieges geschaffenen Werften vergrößert wird.

Durch den Versailler Frieden wurde die deutsche Handelsflotte vernichtet und damit auch die deutschen Gesellschaften, die bisher die Verbindung mit Ostasien durch Dampferlinien aufrecht erhielten, in ihrem Betriebe lahmgelegt. Eine neue Gesellschaft, die China Reederei-Aktiengesellschaft, wurde in Hamburg mit einem Grundkapital von 1,15 Mill. Mark gegründet. Im übrigen aber wird für die nächste Zeit der deutsche Handel über fremde Linien geleitet werden müssen.

Vielleicht werden dafür auch chinesische Schiffahrtsunternehmungen zur Verfügung stehen. Der bekannte chinesische Kaufmann Yü-Yu-ching plant mit Unterstützung der Regierung die Gründung einer Schiffahrtsgesellschaft mit einem Gesamtkapital von 10 Mill. Dollars; die Hälfte des Kapitals soll von der Regierung, die andere Hälfte von privater Seite gezeichnet werden. Die Regierung wird an Stelle des Kapitals die zwölf deutschen und österreichischen Handelsdampfer einbringen, die während des Krieges konfisziert wurden. Es hat überhaupt den Anschein, als ob China sich jetzt ebenfalls der Ozean-Dampfschiffahrt widmen will. So hat es eine neue direkte Dampferlinie zwischen China und der Westküste Südamerikas durch die Gründung der Chunghun Navigation Co. geschaffen. In bezug auf chinesische Dampferlinien nach andern Ländern liegen ebenfalls verschiedene Pläne vor. Man muß der Entwicklung der chinesischen Handelsmarine große Aufmerksamkeit widmen, da ihr bei wachsendem Unternehmungsgeist eine große

Zukunft bevorstehen kann. Die japanische Handelsschiffahrt besaß im Jahre 1914 einen Brutto-Tonnengehalt von 841 931; im Februar 1919 betrug derselbe 2 357 000 Tonnen. Bei der jetzigen Hochkonjunktur ist wohl die Möglichkeit gegeben, daß auch die chinesische Handelsflotte sich in verhältnismäßig kurzer Zeit entwickelt.

Mittlerweile suchen ausländische Dampfergesellschaften die unterbrochene Verbindung Hamburgs mit Ostasien durch neue Schiffahrtslinien wieder herzustellen. Die holländischen Schiffahrtsgesellschaften Nederland, Nievelt Goudrian und die Holland-Amerika-Linie planen einen neuen Fahrtdienst, der von Hamburg über Holland, Genua, Singapore und die Philippinen nach China und Japan geht. Auf der gleichen Linie wird die japanische Schiffahrt ein scharfer Konkurrent sein. Die Nippon Yusen Kaisha hat bereits drei neue Dampfer von 10 000 Tonnen in diese Linie eingestellt.

Die Verbindung Chinas mit Amerika wurde während des Krieges zum größten Teil durch die japanische Handelsflotte hergestellt. Seither haben sich allerdings die Verhältnisse auf dem Stillen Ozean sehr verändert. Nach Abschluß des Waffenstillstandes haben die Pacific Mail Steamship Co. und andere amerikanische Gesellschaften neue Linien zwischen Amerika und dem fernen Osten eröffnet. Der amerikanische Schiffsraum auf dem Stillen Ozean im Verkehr zwischen Schanghai und den Vereinigten Staaten ist durch die Zuteilung von Frachtschiffen durch das amerikanische Schiffahrtsamt ganz außerordentlich gestiegen, so daß Amerika auf diesen Linien in der Handelsschiffahrt führend geworden ist.

Infolge der außerordentlichen Entwicklung des Handels in der Mandschurei beabsichtigt Japan, die Hafenanlagen von Dalny wesentlich auszubauen. Die Kai-Mauern sollen von 3400 m auf 6000 m gebracht werden. Die Verladeeinrichtungen sollen so gesteigert werden, daß sie Warenmengen von 15 Mill. Tonnen jährlich bewältigen können. Interessant ist die Absicht der Japaner, die Arbeit des billigen Kulis durch mechanische Vorrichtungen zu ersetzen. Es sind zu diesem Zwecke eine große Anzahl von Kränen und Motor-Ladewagen vorgesehen.

Schiffahrts-Verkehr 1918.

1918 hatte die Einfuhr einen Wert von 661 987 447 mex. Dollars, die Ausfuhr von 579 658 456 mex. Dollars. Der Gesamtwert des chinesischen Außenhandels betrug im Jahre 1918 1 241 645 903 Dollars. Davon entfielen auf die Haupthäfen Chinas:

1. Shanghai	496 596 689	Dollars
2. Dairen	176 511 149	"
3. Canton	93 831 835	"
4. Tientsin	102 825 617	"
5. Kowlun	60 230 857	"
6. Hankou	49 582 633	"

Der gesamte Frachtraum chinesischer und ausländischer Schiffe, die in chinesischen Häfen ankamen, betrug:

	80 247 706	Tonnen,
davon kamen auf England	29 911 369	"
Japan	25 283 373	"
China	21 782 704	"
Amerika	1 214 921	"

Auf den binnenländischen Wasserwegen verkehrten: 1601 Schiffe, davon 1247 unter chinesischer Flagge.

5. Das Eisenbahnwesen in China im allgemeinen.

Noch Ende der 90er Jahre wurde von einem Sachverständigen in Berlin erklärt, an einen Ausbau des chinesischen Eisenbahnsystems sei in den nächsten Jahrzehnten nicht zu denken, da einmal ganz China ein großer Friedhof sei und der Chinese das Grab seiner Ahnen als etwas Heiliges verehre, so daß er einen Bahnbau mit der erforderlichen Enteignung von Gräbern nie gestatten würde, ferner sei ganz China von Kanälen durchzogen, und die große Anzahl der erforderlichen Eisenbahnbrücken vernichte jede Rentabilität einer Eisenbahnlinie. Dann lege der Chinese keinen Wert auf Schnelligkeit und würde infolgedessen die Bahn gar nicht benutzen. Der Chinese hat sich aber in außerordentlich kurzer Zeit an den Gebrauch der Eisenbahn gewöhnt. Der Personenverkehr ist sehr stark und eine gute Einnahme für die Bahn, da die 4. Klasse aus offenen Güterwagen besteht, in die eine außerordentlich große Anzahl Chinesen hineingezwängt werden kann. Die Haupteinnahme der Shanghai-Nanking-Eisenbahn kommt aus dem Personenverkehr, da die Bahn infolge der Konkurrenz der Wasserwege keinen Frachtverkehr hat. Auch die Scheu vor den Gräbern seiner Ahnen hat der Chinese bald vergessen und daraus ein wertvolles Spekulationsobjekt gemacht. Häufig wurden bei Beginn von Eisenbahnbauten Gesellschaften gegründet, die die Gräber auf der in Frage kommenden Bahnstrecke aufkauften, um sie zu bedeutend höheren Preisen an die Eisenbahngesellschaften zu verkaufen.

Ebenso wie in Europa wurden auch in China die gut tragenden Strecken von Privaten gebaut, aber im Gegensatz zu Europa, wo der

Staat meist nur für schlecht rentierende Eisenbahnen Zinsgarantien stellte, mußte die chinesische Regierung bei jeder von einer ausländischen Gesellschaft gebauten Eisenbahnlinie eine Zinsgarantie leisten. Meist enthielten die Verträge auch ein Rückkaufsrecht des Staates gegenüber den Privatbahnen, wie es im preußischen Staate eingeführt war, und ein unentgeltliches Anheimfallsrecht nach 99 Jahren, wie es in Frankreich üblich ist. Die Verstaatlichungsfrage spielt auch in der chinesischen Eisenbahnpolitik eine große Rolle. Drei Interessengruppen machten hauptsächlich gegenüber den Absichten der Regierung Widerstände geltend: 1. die privaten chinesischen Eisenbahngesellschaften, 2. das internationale Kapital, 3. die einzelnen Provinzialverbände.

Von einer Eisenbahntarif-Politik als Teil einer allgemeinen Wirtschaftspolitik, von Eisenbahnverbänden, Güterwagengemeinschaften und ähnlichen Einrichtungen moderner Bahnen sind in China nur Ansätze vorhanden. Es ist wenigstens während des Krieges gelungen, Vertreter des größeren Teiles der in China gebauten Bahnen auf einer Konferenz zu vereinen, die über gemeinsame Grundsätze, über Betrieb und Verwaltung der Eisenbahnen sich einigen sollten und in gewisser Beziehung sich auch einigten. Berechnung der Selbstkosten und namentlich größere Rücklagen für Ergänzung des rollenden Materials und Erhaltung des Bahnunterbaues werden auf den meisten Bahnen nicht oder nur in geringer Höhe gemacht. Für die Frachtberechnungen kommen im allgemeinen das natürliche Gewicht oder die Raummasse in Frage. Auf verschiedenen Linien sind Staffeltarife eingeführt. Im Frachtverkehr sind außerdem Abfertigungsgebühren zu zahlen. Die im Schiffahrtsbetriebe übliche Preisfestsetzung bei Verfrachtung größerer Mengen von Gütern ist bei der chinesischen Eisenbahn ziemlich allgemein üblich. Eine gleichmäßige Behandlung der Verfrachter existiert nicht; im allgemeinen sind besondere Vorteile durch Zahlung von Schmiergeldern möglich.

Nach Samuel Couling, Encyclopaedia Sinica, gab es in China am 31. Dez. 1915:

5721 km Staatsbahnen,
2972 km konzessionierte Eisenbahnen unter ausländischen Gesellschaften und
242 km chinesische Privatbahnen.

Im Jahre 1916 gab das chinesische Verkehrsministerium eine Statistik heraus, wonach sich die Gesamtlänge der Staatseisenbahnen auf rund 6000 km belief. An rollendem Eisenbahnmaterial waren 629 Lokomotiven, 1280 Personenwagen und 12 652 Güterwagen vorhanden. Die Bahnanlage und der Betriebspark waren auf 409,5 Mill. Dollars eingeschätzt.

Die Kapitalbeteiligung der Regierung betrug 108,6 Mill. Dollars und die hypothekarische Belastung 288,8 Mill. Dollars.

Das Betriebsergebnis der chinesischen Staatsbahnen für 1918 ist ein glänzendes, was teilweise allerdings darauf zurückzuführen ist, daß infolge von Naturereignissen und den gestörten politischen Verhältnissen große Gütermengen im Jahre 1917 nicht befördert werden konnten und nun erst an die Bahnlinien herangeschafft worden waren. Ein fernerer Grund für das günstige Ergebnis waren die außerordentlich guten Ernten des Jahres 1918. Das Betriebsergebnis ergab einen Überschuß von 33 505 000 Dollars gegenüber 21 630 000 Dollars im Jahre 1917. Der Kapitalanteil der Regierung konnte mit 29 % verzinst werden.

Das chinesische Eisenbahnsystem. Der erste Antrag auf Erteilung einer Eisenbahnkonzession wurde im Jahre 1863 von 29 englischen und amerikanischen Firmen in Shanghai an den damaligen Vizekönig von China, Li-Hung-chang, eingereicht. Die Antwort, die Li-Hung-chang auf diesen Antrag gegeben hat, ist bezeichnend für die chinesische Auffassung in bezug auf den Bau von Eisenbahnen in China durch Ausländer: „Eisenbahnen können für China nur von Nutzen sein, wenn sie von Chinesen selbst gebaut und unter ihrer Leitung betrieben werden. Gegen die Anstellung zahlreicher Ausländer im Innern wird mit Recht Widerstand erhoben. Das Volk würde sich mit allen Kräften dagegen widersetzen, daß durch den Eisenbahnbau ihm sein Land enteignet würde.“ Auch die ersten Gesandten Chinas, die ins Ausland gingen, wurden dahin instruiert, daß sie mit allen Mitteln versuchen sollten, die westlichen Völker Europas davon abzuhalten, China zu zwingen, Eisenbahnen und Telegraphen zu bauen, die für China nur wünschenswert seien, soweit sie eigener Initiative entspringen.

Diese Meinung Chinas hat sich bis in die neueste Zeit erhalten, und hat China jedenfalls davor geschützt, daß sein Land ausverkauft und der Tummelplatz fremder, nur den eigenen Interessen folgenden Konzessionäre wurde. Es muß dabei bedacht werden, daß alle diese Eisenbahnkonzessionen mitsamt den dabei beschäftigten Fremden durch das den Chinesen verhaßte Recht der Extraterritorialität mitten in China dem chinesischen Richter entzogen waren. Auch wurde ja offen in den ausländischen Zeitungen die Aufteilung Chinas besprochen, so daß die Regierung mit Recht in jeder größeren Eisenbahnkonzession den Anfang dieser Aufteilung vermuten konnte.

So gelang es den fremden Kaufleuten in Shanghai nur mit Mühe, im Jahre 1875 die Erlaubnis zu bekommen, Eisenbahnschienen in China

einzuführen unter dem Vorwand, nur eine von Tieren gezogene Bahn bauen zu wollen. Als schließlich die Bahn doch als Eisenbahn gebaut wurde, wurde sie, nachdem ein Chinese überfahren war, von der chinesischen Regierung aufgekauft und geschlossen. Das Material wurde nach Formosa gebracht, wo es im Jahre 1884 von dem damaligen fortschrittlich gesinnten Gouverneur zum Bau einer Eisenbahn verwandt wurde. Mittlerweile hatte im Jahre 1878 der Chinese Tong-King-sing die Kohlenminen bei Kai Ping eröffnet; eine kleine Normalspurbahn zum nächsten Kanal wurde zwecks Kohlenförderung angelegt und zu diesem Zwecke von dem englischen Ingenieur Kinder die erste in China gebaute Lokomotive aus altem Eisen zusammengesetzt. Das war im Jahre 1881.

Nach dem Jahre 1887 gestattete die Regierung den Ausbau dieser Bahn nach Peking Shan-Hai-kuan. Es bildete sich die Chinesische Eisenbahn-Gesellschaft, die mit 1 Mill. Taels Kapital gegründet wurde. Dabei entstand eine Kontroverse zwischen dem Vizekönig Li-Hung-Chang in Tientsin und dem Vizekönig von Hankow, Chang-Chih-tung, über den Bau von Eisenbahnen in China. Der erstere wollte zuerst die Hauptstadt Peking mit der Küste verbinden, während Chang-Chih-tung auf dem Standpunkt stand, nur im Innern des Landes große Linien auszubauen, keine Verbindung aber zur Küste herzustellen, da es auf diesem Wege nur den Feinden erleichtert sei, die Hauptstadt zu erreichen.

Im Jahre 1894 wurde die Kaiserliche Eisenbahn-Gesellschaft von Nordchina gegründet, da man zum Schutze der Mandschurei gegen die Pläne der Russen diese durch Eisenbahnen näher mit China verbinden wollte. Der Betrieb der chinesischen Regierungsbahn war gut, sie ergab große Überschüsse, aus denen die Erweiterungen der Bahn gebaut wurden. Im Jahre 1906 hatte bereits die Pekinger Staatsbahn über 6 Mill. Dollars Überschuß.

Nach dem chinesich-japanischen Kriege wollte Li-Hung-chang die Mandschurei kommerziell durch Eisenbahnen entwickeln und verbündete sich zu diesem Zweck mit den Russen, denen China durch ihren Einspruch gegen japanische Annektionsgelüste im Frieden von Shimonoseki zu Dankbarkeit verpflichtet war. Durch den sogen. Cassini-Vertrag erreichten die Russen das Recht, die sibirische Bahn direkt durch die chinesische Mandschurei nach Wladiwostock zu führen, ohne den Umweg den Amur entlang zu machen. Ferner verpflichtete sich China, Geld für Bahnbau in der Mandschurei nur von der russisch-chinesischen Bank zu nehmen. Damit begann die sogen. Eisenbahneroberungs-Politik in China, der gegenüber man die Politik der auswärtigen Staaten vom Jahre 1909 an als

Dollar-Politik bezeichnet. Es wurde die chinesische Ostbahn-Gesellschaft gegründet, die nach Norden hin zwecks Verbindung mit dem russischen Bahnnetz in der Mandschurei Anschlußstrecken baute. Das Gründungsvermögen der Gesellschaft betrug 5 Mill. Rubel. Was darüber hinaus für den Bau von Eisenbahnen notwendig war, wurde vom russischen Schatzamt zugesagt. Die von dieser Gesellschaft zu erbauenden Bahnlinien hatten eine Länge von 1500 km. China hatte das Recht des Rückkaufs nach 36 Jahren, doch mußten die Eisenbahnlinien nach 80 Jahren ohne Entschädigung an China gegeben werden.

Vom Jahre 1896 an machte China größere Anstrengungen, die Kontrolle über den Bahnbau im eigenen Lande zu bekommen. Der sehr tüchtige Chinese Sheng-Kung-pao wurde oberster Leiter des Eisenbahnbaues und stand speziell an der Spitze der zu erbauenden Peking-Hankow-Eisenbahn. Ein Kontrollbureau für Minen und Eisenbahnen wurde in Peking eingerichtet, das zunächst unter dem Handelsministerium stand, später aber dem Ministerium für Post- und Verkehrswesen unterstellt wurde. Bezüglich des Baues der Peking-Hankow-Bahn wurde ausdrücklich von China betont, daß sie mit chinesischem Material und Geld zu bauen wäre; um dies zu ermöglichen, wurden die Eisen- und Stahlwerke in Han-Yang gegründet. Da aber die Geldaufnahme in China selbst große Schwierigkeiten bot, wurde im Jahre 1896 die Erlaubnis erteilt fremdes Kapital aufzunehmen, und es kam zu einem Wettkampf zwischen Amerika und Belgien. Hinter Belgien standen Franzosen und Russen. Es kam eine belgische Anleihe von 112 500 000 Frs. zustande, die, zu 90 % ausgegeben, mit 5 % verzinsbar, in 20 Jahresraten, beginnend vom Jahre 1909, zurückzuzahlen war. Das Syndikat bekam ferner die Berechtigung, die Bahn für 30 Jahre zu betreiben und erhielt 20 % vom Reingewinn (nach Abzug von Betriebskosten, Zinsen und Abschreibung). Dafür, daß die Eisenbahngesellschaft die Schienen von den chinesischen Stahl- und Eisenwerken in Han-Yang kaufte, verpflichtete sich die chinesische Regierung zu einer Gegenleistung, indem sie die Erdarbeiten bis zu einem Betrage von 8 500 000 Taels übernahm. Später versuchten die Chinesen immer dringlicher, die Eisenbahn aus den Händen der Fremden zurückzunehmen, um selbst die Verwaltung und Kontrolle auszuüben. Zu diesem Zwecke nahm die chinesische Regierung im Jahre 1908 eine Anleihe zwecks Rückzahlung der belgischen Anleihe auf. Die Anleihe betrug 5 000 000 £, läuft auf 30 Jahre und ist mit 5 % für die ersten 15 und mit 4½ % für die zweiten 15 Jahre verzinst; der Ausgabekurs war 94.

Durch den Kiautschou-Vertrag wurde die Provinz Schantung zu einer deutschen Einflußsphäre gemacht. 1899 wurde mit der Schantung-Eisenbahn-Gesellschaft ein Vertrag abgeschlossen, wonach dieser Gesellschaft der Bau einer Bahn von Tsingtau nach Tsinanfu, von dort nach I-tschou-fu und von I-tschou-fu wieder nach Tsingtau übertragen wurde. Aktionäre der Gesellschaft konnten nur Deutsche und Chinesen sein. Das Material für den Bahnbau mußte deutsch sein. Die Verwaltung von Tsingtau nimmt am Gewinn der Bahn teil, nachdem wenigstens 5 % an die Aktionäre verteilt sind.

Über die Wirkung der Eisenbahnen in China in bezug auf die Änderung der wirtschaftlichen Verhältnisse gibt diese Bahn ein gutes Bild. Vor dem Bau der Schantung-Bahn gingen von dem Gesamtseehandel der Provinz Schantung 72 % über Tschifoo und 28 % über Tsingtau. Das war im Jahre 1903. Zehn Jahre später — 1913 — gingen nur noch 35 % des Handels über Tschifoo und 65 % über Tsingtau.

Im Jahre 1899 trat der Plan einer Bahn von Tientsin hinunter zum Yang-tse in den Vordergrund. Ein in Amerika erzogener chinesischer Ingenieur wollte diese Bahn mit Hilfe amerikanischen Kapitals bauen. Deutschland trat diesem amerikanischen Plane entgegen unter Berufung auf seine alleinigen Rechte auf Bahnbauten in Schantung. Nach unendlich mühseligen Verhandlungen kam eine Einigung zwischen englischem und deutschem Kapital zustande, das mit China einen Vertrag dahin schloß, daß Engländern und Deutschen gemeinsam der Bau der Bahn übertragen würde. Es sollte China von der Deutsch-Asiatischen Bank und der British-Chinesischen Gesellschaft eine Anleihe von 7 400 000 £ zu 90 %, mit 5 % verzinslich, gewährt werden. Die Boxer-Unruhen in China verzögerten die Ausführung des Planes.

In der Zwischenzeit hatte sich aber die chinesische Regierung auf den Standpunkt gestellt, den Bau von Bahnen nur noch unter chinesischen Direktoren zuzulassen. Es wurde im Jahre 1908 ein neuer Vertrag mit der Deutsch-Asiatischen Bank und der Chinese Central-Railway-Company geschlossen. Danach wurde eine Anleihe von 8 Mill. Pfund, die unter dem Namen „Kaiserlich-Chinesische 5 %ige Tientsin-Pukow-Eisenbahn-Anleihe" in den Verkehr gebracht wurde, sowie eine 7 % Anleihe in Höhe von 11 112 734 mex. Dollars gewährt. Die erstere wurde in zwei Serien ausgegeben. Der Lauf der Anleihe war auf 30 Jahre festgesetzt. Die Amortisation hatte nach 10 Jahren in halbjährlichen Raten mit einer Prämie von 2½ % zu beginnen. Die erste Serie der Anleihe wurde mit 98¾ auf den Markt gebracht, der chinesischen Regierung

wurden 93 % ausgezahlt; von der zweiten Serie erhielt die chinesische Regierung bei einem Ausgabekurs von 100½ 95½ %. Die sonst übliche Zahlung von 20 % Nutzen aus den Nettoeinnahmen der Eisenbahn wurde durch eine einmalige Zahlung von 200 000 £ an das englisch-deutsche Syndikat abgelöst. Die Anleihe wurde bei der Auflage mehrere Male überzeichnet. Auch China beteiligte sich mit großen Summen. Der Zinsendienst wurde durch die Eisenbahneinnahmen gesichert. Die Anleihe selbst war gesichert durch die Verpfändung von Provinzialsteuern und Einnahmen der drei Provinzen Chihli, Schantung und Kiangsu. Die Anleihe war außerdem garantiert durch die chinesische Zentralregierung. Die Eisenbahnlinie selbst wurde im Gegensatz zu anderen Eisenbahnverträgen nicht als Sicherheit verpfändet. Eine weitere Neuerung wurde eingeführt dadurch, daß die als Sicherung der für die Anleihe vorgesehenen speziellen Provinzialsteuern, falls Unregelmäßigkeiten in der Zahlung der Zinsen und der Amortisation eintreten sollten, von der chinesischen Zollverwaltung zu übernehmen waren. Das bisher im allgemeinen übliche Prinzip gemeinsamer Verwaltung wurde aufgehoben. der Bau und die Kontrolle standen allein den Chinesen zu. An der Spitze der Eisenbahngesellschaft stand ein chinesischer Generaldirektor, dem die europäischen Chefingenieure unterstellt waren. Kein fremder Rechnungsführer war vorgesehen; der Generaldirektor hatte die vollständige Verfügung und Verrechnung über die Anleihe, nur mußten die Angaben mit Belegen der geschäftsführenden Direktoren versehen sein. Eine moderne Buchführung wurde eingeführt, und einem besonders ernannten Vertreter des englisch-deutschen Syndikates stand die Einsicht in die Bücher offen. Auch die Bedingungen für die Anschaffung der notwendigen Materialien für den Bahnbau waren äußerst günstig. Es war kein Monopol für das englisch-deutsche Syndikat vorgesehen, sondern der Generaldirektor war berechtigt, auch außenstehende Firmen anderer Länder zur Abgabe von Kostenanschlägen herbeizuziehen.

In der Periode der sogen. Interessensphären in China nahm Frankreich für sich in Anspruch, daß die Französisch-Indien angrenzenden drei westlichen chinesischen Provinzen für Bahnbauzwecke Frankreich vorbehalten bleiben sollten. Nach vielen vergeblichen Versuchen, eine geeignete Linie für eine Bahn ausfindig zu machen, begann Frankreich mit dem Bau der Yünan-Bahn, die von Hanoi in Französisch-Tonking den Roten Fluß entlang bis nach Laokay an der chinesischen Grenze und von dort bis zur Hauptstadt der Provinz, Yün-nan-fu, führte. Der Bau der Bahn verschlang unendliches Geld, war technisch außerordentlich

schwierig, kostete das Leben von Zehntausenden von Arbeitern und konnte erst im Jahre 1910 eröffnet werden. Der Bau der Bahn hatte 165 000 000 Frs. gekostet. Davon waren 76 000 000 Frs. eine von der französischen Regierung garantierte Anleihe, 63 580 000 Frs. waren von der Regierung der Kolonie Tonking zugesteuert und 25 420 000 Frs. waren das Kapital der französischen Bau-Gesellschaft, die während der Bauperiode verschiedentlich durch Staatsunterstützung wieder flott gemacht werden mußte.

Die Furcht der chinesischen Regierung, die Verleihung weiterer Eisenbahnkonzessionen an die vier Mächte, die sich bisher hauptsächlich in die Eisenbahnkonzessionen Chinas geteilt hatten, könnte zu einer politischen Enteignung einzelner Teile des Landes führen, veranlaßte die chinesische Regierung im Jahre 1897, an die amerikanische Regierung mit dem Vorschlage heranzutreten, mit Hilfe amerikanischen Kapitals die Strecke Hankow—Kanton auszubauen. Es wurde daraufhin eine amerikanische Gesellschaft gegründet, die American Development Company, die der chinesischen Regierung eine Anleihe von 4 000 000 £, mit 5 % verzinsbar, zu einem Ausgabekurs von 90 zur Verfügung stellte. Der Bau der Bahn sollte von der amerikanischen Gesellschaft gegen eine Kommission von 5 % der Baukosten ohne Hinzurechnung der Kosten für Erdarbeiten durchgeführt werden. Ferner erhielt die amerikanische Gesellschaft Obligationen in einer Höhe von ein Fünftel der Gesamtkosten der Eisenbahn zur Sicherung der ihr zugesprochenen 20 % vom Nettoreingewinn.

Der Bau der Bahn wurde verzögert durch den spanischen Krieg und die chinesische Revolution. Bei der Trassierung der Bahn wurde festgestellt, daß wegen des außerordentlich schwierigen Geländes das in Aussicht genommene Kapital nicht genügen würde, und es wurde ein Zusatzvertrag gemacht, wonach 40 Millionen Golddollar als Hypothek auf die Bahn eingetragen werden sollte, eine in Amerika allgemein übliche Maßnahme. Dabei blieb die Eisenbahn ganz und gar im Eigentum der Chinesen. Es wurde in dem Vertrage ausdrücklich vermerkt, daß die Rechte aus diesem Vertrage nicht übertragbar seien an Angehörige anderer Länder. Es gelang aber im Jahre 1903 den Belgiern, unter der Hand die Majorität der Aktien der amerikanischen Gesellschaft aufzukaufen und als Präsidenten der Gesellschaft einen Belgier einzusetzen. Bei der wechselnden Konjunktur in Amerika wechselt auch das Interesse des amerikanischen Geldgebers für auswärtige Anlagen, so daß der Amerikaner bis zur Zeit vor dem Kriege für China immer ein sehr unsicherer Geldgeber gewesen war. Der englische Geldmarkt war zu dieser Zeit

infolge des Burenkrieges geschlossen. Die chinesische Regierung berief sich auf den mit der amerikanischen Gesellschaft geschlossenen Vertrag und lehnte schließlich den ganzen Vertrag ab, nachdem scheinbar nach außen hin die amerikanische Majorität wieder hergestellt war. Dies führte schließlich dazu, daß die amerikanische Gesellschaft auf ihre Rechte verzichtete nach einer Abfindung von 6 750 000 Golddollars. Um diese zahlen zu können, nahm China bei der Hongkonger Regierung eine Anleihe in Höhe von 1 400 000 £ zu 4 % auf, woraufhin im Jahre 1911 die Vier-Mächte-Gruppe den Bau der Bahn übernahm und der Bau vertragsmäßig England zufiel.

So war tatsächlich China in bezug auf den Eisenbahnbau für mehrere Jahre in bestimmte Interessensphären eingeteilt: Rußland hatte das alleinige Eisenbahnbaurecht in der Mandschurei, Deutschland in Schantung, Frankreich in den drei südwestlichen Provinzen und Japan in Fukien; England hatte stets das gesamte Yang-tse-Tal als seine Interessensphäre bezeichnet; nur Amerika wollte die Politik der offenen Türe, die einer jeden Nation Konkurrenz in jedem Teile Chinas gewährt, durchführen. Zu dieser Politik Amerikas gehörte auch der Vorschlag des Staatssekretärs Knox, die gesamten Eisenbahnen der Mandschurei zu neutralisieren, der aber am Widerspruch der interessierten Nationen scheiterte. Im April 1899 hatte England mit Rußland einen Vertrag dahin geschlossen, daß England keine Eisenbahnkonzession nördlich der Großen Mauer suchen soll, während Rußland auf Eisenbahnkonzessionen im Yang-tse-Tal verzichtete. Die von der Ost-chinesischen Eisenbahn-Gesellschaft gebauten Bahnen sollten als rein chinesische Bahnen bestehen und nicht an fremde Mächte übergehen können.

Im Jahre 1888 schloß England einen Vertrag über den Bau der Schanghai-Nanking-Eisenbahn. Die Anleihe betrug 2 550 000 £, wurde zu 90 ausgegeben und mit 5 % verzinst. Eine Zusatzanleihe betrug 650 000 £, die zu 5½ % ausgegeben wurde. Ein besonderer Verwaltungsausschuß der Bahn bestand aus zwei englischen und zwei chinesischen Direktoren, denen der Chefingenieur beigegeben war. Als Sicherheit für die Anlage diente die Linie mit dem ganzen Oberbau.

Im Jahre 1898 hatte der Italiener Angelo Luzzatti einen Vertrag mit der Regierung der Provinz Shansi abgeschlossen, wonach von der von ihm gegründeten Gesellschaft, dem Peking-Syndikate, das englische und italienische Kapitalsinteressen vertrat, in bestimmten Bezirken der Provinz alleinige Rechte auf Erz- und Kohlenminen und Petroleum-

quellen für 60 Jahre verlangt wurden. Die Gesellschaft verpflichtete sich zu einer Abgabe von 50 % der Bruttoeinnahmen an die chinesische Regierung, das Kapital mußte mit 6 % verzinst werden und, nachdem 10 % an den Amortisationsfond abgeführt waren, wurde der Rest verteilt, so daß 25 % an die chinesische Regierung und 75 % an die Gesellschaft fielen. Ferner stand der Gesellschaft das Recht auf den Ausbau von Transportwegen zwecks Beförderung der von ihr geförderten Produkte zu. Die Gesellschaft hat recht merkwürdige Schicksale gehabt und der chinesischen Regierung jedenfalls sehr viel Geld gekostet. Das von der Gesellschaft gezeichnete Kapital betrug 1 520 000 £. Im Jahre 1905 sah sich die chinesische Regierung veranlaßt, die von der Gesellschaft gebauten Eisenbahnen für 614 600 £ zurückzukaufen. Die chinesische Regierung nahm zu diesem Zweck von dem Syndikat eine Anleihe auf in Höhe von 700 000 £ zu 5 % mit einem Ausgabekurs von 90, rückzahlbar nach 30 Jahren. Zur Sicherheit wurde die Eisenbahnlinie, solange die Anleihe noch nicht zurückgezahlt ist, von dem Syndikat in Betrieb genommen.

Moderne Chinesen, die einen Einblick in die Eisenbahnangelegenheiten anderer Länder gewonnen haben, halten die Bedingungen, die für den Bau und den Betrieb der chinesischen Eisenbahnen von den verschiedenen europäischen Syndikaten gestellt sind, als für China höchst unvorteilhaft. Sie stehen auf dem Standpunkte, daß in China ebenso wie auch in anderen Ländern nicht politische, sondern rein kommerzielle Gesichtspunkte für die fremden Gesellschaften, die sich um Eisenbahnkonzessionen bewerben, gelten müßten. China steht bei den meisten Eisenbahnkonzessionen nicht einmal eine Kontrolle und das Recht der Verfügung über die ihm gegen große Sicherheiten und hohe Zinsen gewährten Anleihen zu. Die Unerfahrenheit des chinesischen Beamten und des chinesischen Volkes sind wohl der Grund für die ersten so ungünstigen Eisenbahnverträge. Später hinderte die Einteilung Chinas in sogen. Interessensphären die ausländischen Syndikate an einem Wettbewerb untereinander. Aber auch in neuester Zeit war es für China nicht vorteilhaft, daß sich das gesamte internationale Kapital im sogen. Sechs-Mächte-Syndikat zusammenfand, um fortan die Eisenbahnen Chinas gemeinsam zu bauen. Dadurch sicherte sich das Syndikat ein Monopol und konnte China die Bedingungen diktieren. Vom chinesischen Standpunkt aus sind die Bedingungen, welche bei dem Vertrag über den Bau der Tientsin-Pukow-Eisenbahn mit dem deutsch-englischen Syndikat eingegangen

worden sind, die besten, die China bisher erlangen konnte, und auch nach chinesischer Auffassung gerechte Bedingungen.

Wie sich das fremde Kapital den ferneren Ausbau und die Finanzierung des chinesischen Eisenbahnnetzes dachte, geht aus der Geschichte der sogen. Hu-Kuang-Anleihe hervor. Zuerst hatte England und Amerika sich über den Bau der Bahn von Hankow aus nach dem Westen und dem Süden geeinigt. Als dann China im Jahre 1909 die Bahn bauen wollte, kam es infolge der Persönlichkeit des Vertreters der englischen Interessen zu einem Zwiespalt mit der chinesischen Regierung, woraufhin deutsche Vertreter von Bankinteressen sich bereit erklärten, unter gleichen Bedingungen, wie bei der Tientsin-Pukow-Bahn den Bau und die Finanzierung der Bahn zu übernehmen. Dagegen protestierte aber die englische Regierung; es kam auf einer Konferenz in Berlin zu einer Einigung der englischen, französischen und deutschen Interessen. Es wurde beschlossen, gemeinsam eine Anleihe von 5 500 000 £ zu geben. Kaum war dieser Vertrag im Jahre 1909 geschlossen, als die Amerikaner auf dem Plan erschienen, angeblich alte Rechte geltend machten und die Morgan-Gruppe es schließlich unter energischer Unterstützung von Taft durchsetzte, daß Amerika als vierter Partner zugelassen wurde. Man einigte sich in Berlin im Jahre 1910 auf eine gemeinsame Einkaufskommission für die Materialien der Bahn, durch welche Maßregel alle Parteien gleichmäßig berücksichtigt werden sollten. Im Jahre 1911 zeichnete der chinesische Verkehrsminister Sheng-Kung-pao eine Anleihe von 6 000 000 £. Sicherheiten wurden durch provinziale Steuern gegeben. Im allgemeinen waren die Bedingungen gleich denen im Tientsin-Pukow-Eisenbahn-Vertrag.

Weitere bedeutende Anleihen wurden noch abgeschlossen mit einem belgischen Syndikat, das eine Querbahn durch China bauen wollte von der Hauptstadt der westlichen Provinz Kansu aus bis zur Wüste. Diese Bahn hat darum besonderes Interesse, weil sie ein Teilstück der ersten transkontinentalen Bahn ist, die China im nächsten Jahrzehnt bauen wird. Auch für diese Eisenbahn waren die Bedingungen mehr oder weniger die gleichen wie bei der Tientsin-Pukow-Eisenbahn.

Der letzte Vertrag, den China vor dem Kriege noch abschließen konnte, ist von besonderem Interesse, da er eine neue Form des Eisenbahnbau-Vertrages darstellt. Es handelt sich um die Shasi-Shing-yi-fu-Eisenbahn. Der Vertrag wurde mit der englischen Firma Pauling u. Co. abgeschlossen. Pauling u. Co. ist eine englische Ingenieur-Firma. Ihr wurde durch Vertrag mit der chinesischen Regierung sowohl die Finanzierung wie der Bau der Eisenbahn übertragen. Als Entschädigung

erhielt sie einen bestimmten Prozentsatz über die Baukosten von der chinesischen Regierung vertraglich zugesichert. Die Bauausführung und der Betrieb der Eisenbahn steht ganz allein unter der Oberaufsicht der chinesischen Regierung. Es war dies der erste Eisenbahnvertrag den China auf rein kommerzieller Basis mit einer Privatfirma abschloß. Dieses Ereignis wurde von modern gebildeten Chinesen besonders begrüßt als der erste Einbruch in das Monopol, das die offiziellen Bankgruppen in bezug auf den Eisenbahnbau Chinas sich angeeignet hatten.

Die Ansicht dieser Chinesen geht auch dahin, daß ein großer Teil der chinesischen Eisenbahnen mit erheblich geringeren Kosten, als tatsächlich geschehen, hätte gebaut werden können. Sie richten überdies ihren Widerstand gegen eine weitere Verpfändung provinzialer Abgaben für Eisenbahn-Anleihen, da sie befürchten, daß bei möglichen Unruhen die nötigen Einnahmen nicht zur Verfügung stehen und so den fremden Staaten Gelegenheit gegeben sei, wie schon oft geschehen, in chinesische, souveräne Rechte einzugreifen. Nachdem man in China eingesehen hat, daß nicht, wie befürchtet, die Eisenbahnen einen großen Teil der Bevölkerung der Arbeitsmöglichkeit beraubten, sondern im Gegenteil die Eisenbahnen und die Einführung der modernen Industrie die Arbeitsmöglichkeiten vergrößert und die Lage der Arbeiter verbessert haben, sind die führenden chinesischen Kreise bestrebt, eine möglichst baldige Ausdehnung des Eisenbahnnetzes in China zu unterstützen, vorausgesetzt, daß der Eisenbahnbau nicht mehr, wie vorher, von den Interessen der ausländischen Geldgeber, auf die man noch lange nicht wird vollkommen verzichten können, allein abhängig ist und im Dienste ausländischer Interessen politisch verwendet wird.

Jedenfalls werden die Chinesen danach trachten, das ausländische Kapital in ihrem Eisenbahnwesen möglichst zu beschränken und ferner zu erreichen, daß die für den Bau und Betrieb der Eisenbahn notwendigen Materialien und Maschinen nach Möglichkeit in China selbst hergestellt werden. Sie haben ein wirtschaftliches, zugleich auch politisches und militärisches Interesse, das Eisenbahnnetz unter eigene staatliche Kontrolle oder wenigstens unter Kontrolle chinesischen Kapitals zu bringen. Wir Deutschen müssen eine derartige Eisenbahnpolitik Chinas, soweit wir es können, unterstützen, da sie bei der heutigen Lage der Dinge auch in unserem Interesse liegt. Nicht nur wird es bei chinesischen Bahnunternehmern eher möglich sein, Aufträge für die deutsche Industrie zu erlangen, sondern der chinesische Bahnbauunternehmer, sei es nun der Staat selbst oder ein Privatunternehmer. wird im allgemeinen den deut-

schen Techniker, Ingenieur und wirtschaftlichen Organisator dem jeder anderen Nationalität vorziehen, da er dabei vor dem Eindringen fremden politischen Einflusses sicher ist. Außerdem haben die deutsche Industrie sowohl wie der deutsche Techniker in bezug auf den Eisenbahnbau und im Bahnbetrieb Mustergültiges geleistet, wovon sich der Chinese in seinem eigenen Lande bei den von den Deutschen gebauten Eisenbahnen, der Tientsin-Pukow- und der Schantung-Eisenbahn, überzeugen konnte. Unser Interesse geht also auch in bezug auf den Ausbau des chinesischen Eisenbahnnetzes ganz einig mit den Interessen der Chinesen. Dieses uns günstige Moment in der richtigen Weise auszunützen, ist Sache der interessierten Industrieverbände und des draußen tätigen Technikers und Ingenieurs.

Dabei ist nicht gesagt, daß nicht auch bei den mit fremdem Kapital erbauten und in Betrieb genommenen Bahnen deutsche Ingenieure oder Kaufleute Anstellung finden können. Selbst die große Südmandschurische Eisenbahn, eine japanische Gesellschaft, hat sich vor dem Kriege einen deutschen Nationalökonomen zwecks Festsetzung der Grundsätze eines wirtschaftlichen Betriebes kommen lassen. Aber der Japaner wird, wie im eigenen Lande, auch nicht davor zurückscheuen, deutsche Ingenieure an höhere technische Stellen zu setzen, wie er ja auch in den von ihm kontrollierten chinesischen Betrieben deutsche Ingenieure selbst während des Krieges belassen hat. Auch amerikanisches Kapital steht der Beschäftigung deutscher Ingenieure angesichts des mangelnden Angebotes amerikanischer Ingenieure nicht abweisend gegenüber.

Aber nicht bloß innerhalb der Grenzen des eigentlichen China wird das Bahnnetz sich in den nächsten Jahren außerordentlich ausdehnen. China hat, nachdem es den Wert seiner Außenländer als Rohproduktenquelle für seine neue Industrie erkannt hat und die Erfolge der mehr oder weniger auf den Aufschluß durch die Eisenbahn zurückzuführenden Besiedlung der Mandschurei sah, seit längerer Zeit schon Pläne gemacht, diese Außenländer durch Eisenbahnen zu erschließen und mit dem Mutterlande fester zu verbinden. Auch die Fremdmächte werden sich nicht bloß mit dem Aufschluß Chinas durch Eisenbahnen begnügen, sondern haben erhebliche Interessen an dem Ausbau eines über ganz Asien sich erstreckenden Eisenbahnnetzes; namentlich während des Krieges sind große Interessen der Amerikaner und Engländer, Franzosen und Japaner in Sibirien festgelegt worden, zu deren Verwertung der Ausbau von Eisenbahnen notwendig ist. Die sibirische Bahn war überhaupt eigentlich als Grundlage für die Erschließung Zentralasiens und Chinas gedacht.

Ein wachsendes Netz von Zubringerlinien für diesen Nordasien durchquerenden Bahnstrang wird gebaut werden, aber auch Verbindungslinien zu den Hauptstrecken der China durchquerenden Eisenbahn.

Von Berlin bis nach Peking beträgt heute die Länge der Eisenbahnlinie 9350 km. Diese Strecke kann erheblich verkürzt werden durch den Bau einer Bahn von Peking über Kalgan durch den Ausläufer der Gobi-Wüste bis nach Urga und von dort nach Werchne-Udinsk an der sibirischen Bahn. Die Strecke würde mindestens um 2½ Tage abgekürzt werden. Technische Schwierigkeiten bestehen insofern, als nicht genügend Wasserstellen vorhanden sind und ferner die Sandstürme einen hunderte Kilometer langen Holzbunenbau, durch den die Eisenbahn fahren müßte, erfordern, um die Sandverwehung der Gleise zu vermeiden. Ein zweiter Weg geht ebenfalls von Kalgan aus. Es ist der alte Karawanenweg, auf dem zum großen Teile die mongolische Wolle zum Hafen Tientsin gebracht wird. Dieser Weg geht über Uljassutai durch das gold- und mineralreiche Gebiet von Semipalatinsk, den Irtysch entlang bis nach Irkutsk an der sibirischen Bahn.

Weitere wichtige Karawanenlinien sind die beiden Wege nördlich und südlich des Himmelsgebirges Tienschan. Der nördliche Weg führt über Urumtsi und Koldscha, der südliche über Kaschgar und Samarkand und stellt dort die Verbindung her mit den transkaspischen Eisenbahnen. Dieser letztere ist der alte Karawanenweg, auf dem die Seide durch Turkestan und das Kaspische Meer zu den Häfen des Schwarzen Meeres kam.

Das Hochland von Tibet blockiert weiter südlich die Verbindung nach Westen. Südlich von Tibet beabsichtigten die Engländer, die Yünnanbahn durchzuführen, die das letzte Glied sein sollte in einer transkontinentalen Eisenbahn Englands über zwei Erdteile, die von Capstadt bis Kairo, von dort über Persien durch Indien, den Yang-tse entlang bis nach Schanghai führen sollte. Das Unternehmen scheiterte auf Einspruch des damaligen Vizekönigs von Indien, Lord Curzon, der eine Weiterführung der Bahn von dem birmesischen Grenzort Bahmo oder Mandalay auf Grund der Berichte einer geologischen Expedition für unmöglich hielt. Nach diesem Berichte sollten die ungeheuren Quergebirge der nach Südwest sich erstreckenden Ausläufer des Tibeter Hochlandes einen Bahnbau erforderlich machen, der sich aus einer Reihe von St. Gotthard-Tunnels zusammensetzte, ohne daß Aussicht gewesen wäre, die ungeheuren Kosten auch nur zum kleinsten Teil wiedereinzubringen. In späteren Jahren wurde durch die Expedition des Engländers Manyfold festgestellt, daß

durch eine Verwerfung im Gebirge ein technisch weniger schwierig durchzuführendes Bahnunternehmen möglich wäre. Da aber mittlerweile die Franzosen von Tongking aus mit ihrer Bahn Yünnanfu erreicht hatten, war das Interesse Englands an dieser Bahn eingeschlafen.

Es handelt sich hier zum Teil um Gebiete, die überaus reich an Bodenschätzen und Rohprodukten sind. Ihre Aufschließung müßte deshalb von deutscher Seite schon aus dem Grunde begrüßt werden, weil sie geeignet wäre, unsere wirtschaftliche Abhängigkeit in der Befriedigung unseres Rohprodukten-Bedarfes von dem uns feindlich gesinnten Auslande zu mildern.

Literatur.

Bland, I. O. G., Recent Events and Present Policies in China. Philadelphia 1912.
Comité de l'Asie Française, Guides Madrolle, Chine du Sud, Chine du Nord. Paris 1908.
Charignon, A. I. H., Les Chemins de fer chinois. Péking 1914.
Couling, Samuel, Encyclopaedia Sinica. Shanghai 1917.
Franke, O., Ostasiatische Neubildungen. Hamburg 1911.
Jernigan, P. R., China's Business Methods and Policy. London 1904.
Kent, P. H., Railway enterprise in China. London 1908.
Maybon, Albert, Les Chemins der fer chinois. Paris 1907.
Mongton, Chih Hsu, Railway Problems in China. New York 1915.
Morse, H. B., The international relations of the Chinese Empire. Shanghai 1918. — The Trade and Administration of China. Shanghai 1913.
Tyau, M. T. Z., The legal Obligations arising out of Treaty Relations between China and other States. Shanghai 1917.
The China Year Book. New York 1916.
The Far Eastern Review. Shanghai 1905—1915.
The Journal of the American-Asiatic Association. New York 1906—1916.
Amtliche Veröffentlichungen:
Berichte der chinesischen Seezollverwaltung.
Englisches Blaubuch über China.

Die Finanzwirtschaft mit besonderer Berücksichtigung des Zollwesens.

Von

Friedrich W. K. Otte,

vormals zweitem Dezernenten der chinesischen Abteilung beim Generalinspektorat der chinesischen Seezollverwaltung, Peking.

Das alte System der Da Tching-Dynastie, d. h. der Mandschu, ergab sich aus der Überlieferung und aus der abgeschlossenen Lage des Reiches. Möge es genügen, zu erwähnen, daß China schon lange ein hochentwickeltes Finanzwesen hatte, als die Nordeuropäer noch in den Wäldern hausten, und daß die Mandschu sich eng an das anlehnten, was sie vorfanden, d. h. an die Finanzwirtschaft der Mingkaiser (1368—1644 n. Chr.).

China hatte damals kaum irgendwelche Beziehungen zum Auslande. Was an Waren auf dem Landwege oder Seewege nach Sibirien, Rußland, Innerasien, Japan, Indien usf. ging oder von dort kam, war so minimal, daß es im Verhältnis zur gewaltigen Ausdehnung des chinesischen Machtgebietes kaum in Betracht kam. Ferner war innerhalb des Machtbereiches dieses Riesenstaates die bureaukratische Kontrolle und die innere Organisation keineswegs so straff, daß eine intensiv organisierte Finanzwirtschaft möglich gewesen wäre, besonders weil der Widerstand gegen den fremden Herrn nie ganz aus dem Volksempfinden auszurotten war. Auch hat es immer in China große Gebiete gegeben, wo die Herrschaft der Mandarinen nicht oder nur in beschränktem Maße anerkannt wurde. Dies ist der Fall in fast allen gebirgigen Gegenden Chinas auch heute noch, besonders in den entlegenen Provinzen, wie z. B. Szechuan, Yünnan, aber auch auf Hainan, im Hinterland von Swatow usf.

An Einkommensteuer, Stempelsteuern, Umsatzsteuer, Kapitalsteuer im modernen Sinne war, wie man ja kaum zu erwähnen braucht, nicht im entferntesten zu denken, denn diese Steuern setzen eine straffe innere

polizeiliche Überwachung, leichte Verkehrsmöglichkeiten, Registrierung von Individuen, Ehen, Geburten, hohen Allgemeinbildungstand usw. voraus, wenn sie auch nur annähernd gleichmäßig und gerecht verteilt werden sollen, und diese Voraussetzungen existierten im alten China noch weniger als im heutigen, das immerhin Post, Telegraphen, Eisenbahnen. Dampfschiffe usw. zur Verfügung hat. Die Finanzwirtschaft des Staates paßte sich den herrschenden Verhältnissen an. Man erhob Grundsteuer. Salzsteuer und Zölle, wo man es am leichtesten konnte, d. h. an den Verkehrszentren, Sammel- und Verteilungszentren.

Die Grundsteuer und die Salzsteuer sind verhältnismäßig einfach zu verwaltende Einnahmequellen. Der Grundsteuer kann sich nur entziehen, wer seinen Besitz in entlegenen Tälern hat. Die Salzsteuer konnte nur umgehen und umgeht auch heute noch, wer in der Nähe der Produktionszentren wohnt: Meeresufer, Salzbrunnen und Salzbergwerke. Der größere Teil der Bevölkerung muß zu den Salzsteuern beitragen. wenn er Salz haben will. Daß die Erhebung der Salzzölle ein kompliziertes Gebilde wurde, liegt an dem eigentümlichen Talent der Chinesen für Differenzierung; sie können nichts einfach belassen, sie müssen jedes einfache System künstlich komplizieren. Im Falle der Salzzölle geschah das durch ein verwickeltes Pächter-, Transport- und Gewichtssystem und durch Verteilung der Abgaben auf örtlicher Grundlage — mit dem Zwecke, daß jede Provinz ihren Anteil an den Einnahmen erhalte — an Stelle der Erhebung am Produktionsort, die angestrebt wird.

Leider ist die Grundlage dieser eigenartigen Begabung ein Charakterfehler, der sich in dem Worte „Squeeze“ (gesetzwidriger Aufschlag zwecks persönlicher Bereicherung; kleine unlautere Gewinne) zusammenfassen läßt. Durch Komplizieren wird ein System undurchsichtig. Durchstechereien werden erleichtert und der Nachweis von Durchstechereien erschwert, wenn nicht unmöglich gemacht.

Übrigens war die Ursache dieser für China so nachteiligen Squeezegewohnheit sicherlich in dem Ämterhandel, der Unterbezahlung und der Steuerverpachtung wohl noch mehr zu suchen als vielleicht in einer besonderen Veranlagung. Das Talent ist ein erworbenes, wie es ja als Folge des Weltkrieges auch bei anderen Völkern nur allzu rasch erworben wurde.

Grundsteuer und Salzsteuer sind neben den Zöllen auch heute noch die finanzwirtschaftlichen Haupteinnahmequellen der Zentralregierung.

Der Haushaltsvoranschlag für 1916 zeigt bei einer

Gesamteinnahme von	426	Mill. Doll.
für Grundsteuer	96	„
für Zölle	71	„
für Salzsteuer	84	„

Die Grundsteuer ist außerordentlich entwicklungsfähig. Morse berechnet 400 Millionen Taels möglicher Einkünfte bei mäßiger Belastung für die schätzungsweise 400 Millionen englische Morgen kultivierten Landes[1]). Der Salzverbrauch wurde auf 39 Millionen Picul für 1916 geschätzt, also 2,35 Millionen Tonnen, das sind 36 Dollar pro Tonne oder 3,6 Cents = 7,2 Pfennig (Gold) pro Kilo. Auch diese Steuer ist ausbaufähig.

Die Salzsteuerverwaltung lag in den Händen eines Provinzialsteuerdirektors von Taotais Rang, d. i. Regierungspräsident (Yen Yün Shih, d. h. Salztransportdirektor). Der Posten wurde bei der großen Reform des Zivildienstes beibehalten.

Komplizierter an und für sich war die eigentliche Zollverwaltung, die den Warenaustausch überwachte. Was heute in China als „Tschang Guan", englisch „Native Customs", bekannt ist und in den Publikationen der Seezollverwaltung als solches erscheint, ist die ursprüngliche Zollorganisation, wie sie um 1850 herum bestand. Benennen wir diese Organisation die „Alte Zollverwaltung" im Gegensatz zum „Hsin Guan" oder „Hai Guan", der neueren Zollverwaltung oder Seezollverwaltung, englisch „Chinese Maritime Customs", chinesisch „Haikuan" (sprich k wie g).

Ganz China war in Zolldistrikte eingeteilt, die im allgemeinen mit den Regierungsbezirken (Dao) übereinstimmten. Die Provinzialgouverneure oder Vizekönige und die Regierungspräsidenten waren zugleich die höchsten Zoll- und Steuerbeamten ihrer Distrikte. Dem Provinzialgouverneur stand ein Provinzialschatzmeister (Bu Dscheng Schih oder Fan Tai) zur Seite, der zugleich die Stellung des Vizegouverneurs bekleidete. Eine scharfe Trennung der eigentlichen Regierungsbehörden, der Steuer- und Zollverwaltungen und der Gerichtsbarkeit gab es nur in den unteren Organen, die höchsten Beamten waren stets Herren über alles. Innerhalb der Steuer- und Zollverwaltungen bildete die einzige Ausnahme nur der „Hoppo" von Kanton. Der Posten wurde eingerichtet,

[1]) Auf Grund eines Memorandums Sir Robert Harts, eingereicht während des russisch-japanischen Krieges, in dem er die chinesische Regierung auf die Gefahren eines finanziellen Zusammenbruchs hinweist.

bald nachdem die Mandschu Kanton genommen hatten, er wurde abgeschafft im Jahre 1904. Ernannt wurde der Hoppo direkt vom Hofe. Seiner Stellung nach war er lediglich Steuerdirektor des Kanton- und Westflußdeltas. Seine starke Stellung hing mit den Abgabelieferungen zusammen, die er an Hof und Hofbeamte zu machen hatte, denn das Grundprinzip, dem alles andere untergeordnet wurde, war: Beamter sein, heißt Geschäftsmann sein. Die Ausnahmen wurden vom Volke bestaunt.

Die Ursache für die Ausnahmestellung des Hoppo war, daß das Schwergewicht des chinesischen Seehandels jahrhundertelang in Kanton lag. Schanghai und Tientsin sind in ihrer jetzigen Bedeutung Schöpfungen der Neuzeit, Schöpfungen des Eisenbahn- und Dampferverkehrs.

Einige Worte über die Gliederung dieser „alten Zollverwaltung", die um 1850 noch vorherrschte und heute noch wichtig ist, dürften von Interesse sein.

Die Ämter zerfallen ursprünglich in Fluß- und Seeämter. Die chinesischen Namen waren verschieden, sind aber um 1913 herum vereinfacht worden und heißen jetzt alle Tschang Guan, d. i. „Eigentliches" oder „Gewöhnliches Zollamt". Erhoben wurden, und werden teils noch, von den Seeämtern: spezifische Zölle, das sind Zölle auf Grund von Gewichts- oder Stück- oder anderen Maßeinheiten, z. B. eine Bootladung, und Gebühren verschiedenster Art, wie z. B.: Ein- und Ausklarierungsgebühren, Tonnagegelder, Stempelgebühren und Aufschläge verschiedenster Art für Währungs- und Feinheitsberechnungen.

Das Grundprinzip, wie es aus dem alten Hupu(Finanzministerium)-tarife zu ersehen ist, war ein großzügiges. Gegen Ende des 18. Jahrhunderts muß ein genialer Kopf folgendes Schema für die Distrikte aufgestellt oder übernommen haben:

Hauptämter in den großen Handelszentren, sogen. Da Guan, große Ämter, z. B. in Kanton, Foochow, Amoy, Wuhu;

darum herum gruppieren sich Zweigämter, Dzu k'ou, dann Fen k'ou und als unterste Kategorie Tch'ia k'ou. Die beiden letzten Ämter könnte man als Nebenämter und Zollbarrieren bezeichnen.

Die höchsten Raten müssen an den Hauptämtern entrichtet werden, an Zweig- und Nebenämtern geringere und an den Barrieren meistens nur Gebühren. Außerdem war der Ausfuhrzoll stets dort am höchsten, wo am meisten produziert wird. Dieses System entsprach den damaligen Bedürfnissen und paßte sich den bestehenden Verkehrs- und Handelsverhältnissen a sgezeichnet an. Es ist seitdem in China kein gleichwertiges, fein durchdachtes Zoll- oder Steuerwesen entstanden. Was

unter dem Drucke der Neuzeit entstand, ist vom zolltechnischen und wirtschaftspolitischen Standpunkt aus minderwertig, weil die neueren Tarife, die der Seezollverwaltung nicht ausgenommen, weder Schutzzoll- noch Finanztarife sind, sondern Vertragstarife, die dem Interesse des Siegers dienen.

Bald schon war an das ursprüngliche System ziellos angebaut worden; die Einnahmen wurden an Pensionäre verschleudert, Privilegien in Form von Rabatten wurden an Zollagenten vergeben, die dann oft genug eine Art zweites Zollbureau zwischen Amt und Publikum bildeten, und noch zahlose andere Mißbräuche schlichen sich ein. Der Ausgabeetat eines Amtes enthielt z. B. Ausgaben für Fußpflege, Handpflege, Götzenopfer usf.

Die entarteten „Alten Zollamts"-Tarife bilden die Grundlage der heutigen sogen. „Native Customs Tariffs".

Auf Grund des Friedensprotokolls von 1901 wurden 19 „Alte Zollämter", die in den Vertragshäfen lagen, an die Seezollverwaltung übergeben. Die Kontrolle blieb aber locker bis zur Revolution von 1911. Als China damals seinen internationalen finanziellen Verpflichtungen zum ersten Male in seiner Geschichte nicht nachkommen konnte, griff der Generalinspektor zu und übernahm die tatsächliche Verwaltung aller dieser Ämter, nicht ohne zeitweisen harten Kampf. Er verlangte auf Grund der Verträge, daß auch sämtliche Zollstationen innerhalb eines Radius von 50 li (etwa 25 km) übergeben würden. Die Folge war dann eine Reihe von Reformen auf folgender, vom Finanzministerium festgelegter Basis:

Es ist ein Einheitstarif zu schaffen für alle Ämter eines Distriktes. (Die Zollkommissare und die Superintendenten gingen übrigens in den Einzelheiten wieder getrennt vor für Ämter innerhalb oder außerhalb der 50 Li-Zone.) Als Norm gilt der 2½ % - Wertzolltarif. Die Raten, die höher waren, bleiben höher, was darunter ist, wird auf 2½ % gebracht.

Diese Rate von 2½% wurde gewählt, weil sie der Rate für Transitpässe entspricht und deshalb dem theoretischen Grenzwert, bis zu dem eine Belastung praktisch erschien.

Es entstand nun eine ganze Anzahl Tarife, die sich diesem Grundschema anpaßten, im übrigen sich aber eng an die alten Bestimmungen jedes Distriktes anlehnten. Der Hauptzweck der Reformen, vom Standpunkt der Seezollverwaltung aus, war weniger eine Erhöhung der Einnahmen als eine Erleichterung der Berechnung, denn, wie die Dinge lagen, bildete die für jedes Hauptamt, Nebenamt, Zweigamt desselben Distriktes verschiedene Berechnung zahlloser Gebühren und Aufschläge ein gewal-

tiges Hindernis für Verkehr und Kontrolle. Die so entstandenen Tarife sind heute noch in Kraft und bei den Ämtern zu kaufen, bzw. einzusehen. Sie müssen gezeigt werden. Früher verheimlichte man sie dem Publikum. Die Ämter werden nicht ohne weiteres abgeschafft werden können, weniger aus fiskalischen Gründen als wegen der Dschunkenkontrolle.

Die Flußämter basierten ihre Einnahmen zum großen Teile auf Tonnagegebühren, daher der Name „Tschao Guan". Auch diese Gebühren wurden vereinfacht.

Einige Distrikte weisen besondere Eigenarten auf, z. B. der Distrikt von Wuhu am Yangtsekiang, dessen Einnahmen zum größten Teile von einem Zoll auf Reis herrühren; Tientsin, das einen absoluten theoretischen 2½ prozentigen Wertzoll hat und übrigens eines der wenigen „Landämter" ist.

Gemeinsam ist fast allen Ämtern, daß Einfuhr- und Ausfuhrzoll erhoben werden.

Die Einnahmen der den Zollkommissaren unterstehenden 19 Ämter betrugen 1918 3 972 000 Haikuan-Tls., die der 45 Vertragshafenämter der Seezollverwaltung vergleichsweise 36 334 000 Hk.-Tls. (Durchschnittskurs 5 sh. 3 7/16) [1]). Die Einnahmen der „Alten Zollämter" sind seit 1850 wohl so ziemlich stationär geblieben, das Geld hatte damals aber ganz andere Kaufkraft.

Daß die Gebühren der „Native Customs" sehr niedrig sind, ist aus obigen Zahlen ersichtlich, besonders, wenn man in Betracht zieht, daß so ziemlich alle Ausfuhrgüter diese Gebühren erlegen müssen. Der Wert der chinesischen Ausfuhr nach fremden Ländern betrug 1917 463 Mill. Hk.-Tls.

Neben den „Alten Zollämtern" existiert nun die machtvolle Seezollverwaltung, die „Chinese Maritime Customs", chinesische „Haikuan". Während die „Alten Ämter" den Handel in Dschunken kontrollieren, beaufsichtigt die Seezollverwaltung den Handel von und nach fremden Ländern und von und nach Vertragshäfen in Dampfern und „Seglern fremder Bauart". Die Binnenschiffahrt untersteht in Zollangelegenheiten den „Alten Ämtern", in bezug auf Dampfbootkontrolle der Seezollverwaltung. Die Grenzen der Befugnisse der „Alten" und der Seezollämter sei an folgenden Beispielen erläutert.

[1]) Vergl. The Far Eastern Review, 1919, Februarheft.

1. Ein Dampfer kommt vom Ausland. Er darf nur einen Vertragshafen anlaufen, wo er Güter entladen und laden darf. Solche Güter zahlen Einfuhr- bzw. Ausfuhrzoll nach dem Seezolltarife. Dieser Dampfer darf nämlich unter gewöhnlichen Umständen auch nur wieder Waren für Vertragshäfen und fremde Länder einnehmen. Will er aber nach einem „Nichtvertragshafen", also „Inlandhafen", so ergibt sich Fall 2.

2. Die zwischen Vertragshäfen und Inlandhäfen oder Inlandhäfen als solchen, wo nie Seezollämter sind, verkehrenden Dampfer liefern ihre Papiere (National-Register usf.) ab und kommen um Inlandpapiere ein (Inland Steam Navigation Certificates). Sie müssen nun für Zollzwecke beim „Alten Zollamt" ein- und ausklarieren und dort Gebühren und Zölle erlegen, mit Ausnahme der Tonnagegebühren, die beim Seezollamt zu entrichten sind. Sie müssen auch ein Wegebuch, „Waybook", von dem Hafenkapitän (Harbour Master) der Seezollverwaltung abstempeln lassen, müssen aber außerdem theoretisch bei jedem Likin- und Zollamt, das sie auf dem Wege passieren, dieses Buch abstempeln lassen und etwaige Gebühren entrichten. Nach dem Ausland dürfen sie nicht, ohne vorher die Inlandpapiere zurückgegeben und die ursprünglichen Ausweispapiere zurückerlangt zu haben. In dem Augenblicke kommen sie wieder unter die Kontrolle der Seezollverwaltung.

3. Dschunken unterstehen nie dem Seezollamt, selbst wenn sie nach dem Auslande fahren (Ausnahme: „Chartered Junks" auf dem Yangtse). Alle Inlandhäfen außerhalb der 50 Li-Zone unterstehen dem sogenannten „Superintendent of Customs", der in jedem Vertragshafen dem Zolldirektor beigeordnet ist. Über die Abgaben in diesen Häfen ist nichts bekannt, nur das kann gesagt werden: die 2½ prozentige Wertzollbasis für die anbefohlenen Reformen ist auch hier in Anwendung zu bringen, es sei denn, daß früher ein höherer Zoll erhoben wurde, der dann beibehalten wird. Höher als 4% dürfte aber, meiner Erfahrung nach, kein Zoll sein, weder Einfuhr- noch Ausfuhrzoll.

Einheimische Güter, die nicht Maschinenprodukte sind, müssen alle Zölle entrichten. Z. B., wenn Knoblauch von Paot'ai bei Swatow nach Schanghai versandt wird, so sind zu bezahlen:

1. Inlandausfuhrzoll in Paot'ai beim „Alten Zollamt",
2. Inlandeinfuhrzoll in Swatow beim „Alten Zollamt",
3. Seezollausfuhrzoll in Swatow beim Seezollamt,
4. Seezollwiedereinfuhrzoll (Coast trade duty) beim Seezollamt in Schanghai.

Die „Alten Zollämter" bedienen sich mit geringen Ausnahmen, z. B. Tientsin, nur der chinesischen Sprache, in den Nebenämtern überhaupt ausschließlich, im Gegensatz zur Seezollverwaltung, die als amtliche Sprache auch Englisch anerkennt und in den Interessensphären die Sprache der betreffenden Macht, so Französisch im Yünnan.

Die Seezollverwaltung ist, wie alles in China, langsam geworden. Sie verdankt ihre Machtstellung dem langsamen Eindringen des westlichen Kapitalismus in den chinesischen Staatsorganismus. Der Vorläufer dieses Kapitalismus war der Handel.

Die ersten Beziehungen der europäischen Seefahrer zu den Chinesen wurden von den Portugiesen in Kanton angeknüpft, im Jahre 1517. Als erstes Amt wurde Schanghai im Jahre 1854 freiwillig von den Chinesen unter ausländische Kontrolle gestellt, bald folgten andere Ämter.

Der Generalinspektor der Seezollverwaltung war von Anfang an Herr seiner Beamtenschaft. Das Recht der Anstellung, Beförderung, Entlassung liegt ausschließlich bei ihm. Nur die Politik beeinflußt in wachsendem Maße die prozentuelle Einstellung, hauptsächlich der höheren Beamten.

Die Beamtenschaft zerfällt in:

1. „Indoor Staff", das sind höhere Verwaltungsbeamte, die eine Anstellungsurkunde auf Lebenszeit erhalten. Sie bestehen aus „Commissioners", „Deputy Commissioners" und „Assistants", also etwa Direktoren, Vizedirektoren und Direktorialassistenten.

2. „Outdoor Staff" mit den zwei Abteilungen:
   a) „Examiners", das sind Warenkontrolleure.
   b) „Tidesurveyors, Boat Officers and Tidewaiters", das sind Beamte, die die Schiffs- und Hafenkontrolle ausüben, soweit die zolltechnische Seite in Frage kommt.

3. „Marine Staff" mit dem „Coast Inspector" — Küsteninspektor — an der Spitze. Zu diesen Beamten gehören:
   a) „Harbour Masters and Berthing Officers", denen die Überwachung der Häfen vom schiffahrtstechnischen Standpunkt aus obliegt. In allen mittleren und kleinen Häfen werden diese Funktionen von den unter 2 b erwähnten Beamten ausgeübt.
   b) „Lightkeepers", also Leuchtfeuerwärter.
   c) „Marine Officers", das sind die Offiziere und Ingenieure der Zollkreuzer, die jedoch fast nur Vermessungszwecken dienen.

4. „Works Staff", das sind Architekten, Techniker usw. unter der Oberleitung eines „Chief Engineer", dem Instandhaltung und Bau der Zollbauten und Leuchttürme obliegt.

Neben und unter den Europäern arbeiten zahlreiche Chinesen. Die Dienstliste von 1917 weist auf:

Europäer 1259 Beamte, darunter 262 höhere;
Chinesen 6381 Beamte.

„Inspector General of Customs" war zuerst Lay, dann Hart, der es bis 1908 blieb. Zurzeit ist es Sir Francis Aglen. „Coast Inspector" und „Chief Engineer" sind Engländer.

Der deutsche Anteil war normalerweise: „Indoor Staff" etwa 30 Beamte, „Outdoor Staff" und andere etwa 120.

Die Deutschen wurden zur Zeit der Kriegserklärung unter Verlust sämtlicher Rechte und Zurückbehaltung der sonst stets bezahlten Abfindungssummen entlassen. Sie gehören zu den Hunderttausenden von Auslandsdeutschen, deren Existenz der Krieg vernichtet hat. Über die Möglichkeit der Wiedereinstellung läßt sich nichts sagen. Es muß anerkannt werden, daß die Reichsbehörden das Elend der Entlassenen zu mildern versuchen.

Den größten Anteil an Beamten stellen die Briten, die Japaner setzen sich von Jahr zu Jahr in stärkerem Maße durch und stehen jetzt wohl an zweiter Stelle, die Franzosen an dritter.

Der deutsche Kaufmann wird voraussichtlich damit rechnen müssen, daß er fortan scharf überwacht wird. Sein Konsul wird nur Berater in zolltechnischen Fragen sein können. In die Regelung der Zollstrafen, die bis zur Konfiskation der europäische Zolldirektor aussprechen darf, wird er sich hinfort nicht mehr direkt einmischen können. Auch bei Schmuggelfällen von Waffen, Morphium wird fortan nicht mehr der Konsul zu richten haben, sondern der chinesische Richter auf Grund der ihm vom Zolldirektor übermittelten Einzelheiten, d. h. der Deutsche wird mit Gefängnisstrafen rechnen müssen, der extraterritoriale Ententeuntertan nicht.

Dem „Inspectorate General of Customs" ist der „Shui-wu Tschu" übergeordnet. ein selbständiges Unterstaatssekretariat, das man Oberzollkontrollamt benennen könnte. Seine Machtbefugnisse sind beschränkt.

Wie schon erwähnt, ist in jedem Vertragshafen dem Zolldirektor ein „Superintendent of Customs", Zollsuperintendent, beigegeben — chinesisch „Dchien Du" — und zwar als primus inter pares. Er ist der Delegierte der Zentralregierung für Zollangelegenheiten. Seine Amtsgewalt ist minimal außer in den Inlandhäfen, die keinem Seezolldirektor unterstehen. Gewisse Geschäfte, zum Beispiel Erlangung von Transitpässen, müssen die Konsuln mit ihm regeln.

Zuerst stand die Seezollverwaltung in bezug auf finanzielle Wichtigkeit weit hinter dem „Alten Zollamt" zurück, erwies sich aber bald als ein richtiger Kuckuck in fremdem Nest.

Im Jahre 1858 kam durch den Vertrag von Tientsin der Tarif in Kraft, nach dem die Seezollverwaltung bis 1901 Ein- und Ausfuhrzoll erhob. Für Vertragsmächte gilt er heute noch im Falle von Ausfuhrgütern.

Ferner gilt der Tarif von 1858 noch für Einfuhr an der französisch-tonkinesischen Grenze mit drei Zehntel Reduktion, für Ausfuhr mit vier Zehntel Reduktion. Die Franzosen erheben aber beträchtliche Transitgebühren, wodurch sie die Einfuhr nach Yünnan erschweren. An der russisch-chinesischen Grenze wird Einfuhrgütern ein Rabatt von einem Drittel gewährt gemäß den russischen Verträgen von 1862 und 1881, betreffend den Handel an den Landgrenzen. Die Japaner haben sich dies zunutze gemacht und dasselbe Privilegium für die Einfuhr via die koreanische Landgrenze erlangt. Da nun nur japanische Güter zollfrei nach Korea kommen, bezieht sich das Privileg nur auf sie.

Es ist dem Verfasser nicht bekannt, daß die in Frage kommenden Mächte auf ihre Extra-Privilegien verzichtet haben.

1902 trat der spezifische Einfuhrtarif in Kraft, der auf einem 5prozentigen Wertzoll begründet ist. Er ist in Kraft geblieben bis jetzt, war aber letzthin kaum noch ein 4prozentiger Tarif. Eine Beseitigung dieses 1902er Tarifes ist von den Chinesen schon seit Jahren angestrebt worden, scheiterte aber stets an dem Widerstande der einen oder anderen Vertragsmacht, denn zu einer Revision war die Zustimmung aller erforderlich.

Der Eintritt Chinas in den Krieg wurde u. a. damit erreicht, daß man ihm eine Tarifreform versprach. An dieser ist seit Mitte 1917 gearbeitet worden. Da aber die Werte auf der Basis 1912—16 ausgerechnet werden, wird es wieder kein 5 prozentiger, ja nicht einmal ein 4 prozentiger Zoll. Die Arbeit war Ende 1918 beendet, der Tarif soll jetzt in Kraft sein [1]). China soll das Recht haben, ihn zwei Jahre nach Friedensschluß auf volle 5 % zu bringen. Ob es wahr wird, bleibt abzuwarten.

Der neue Tarif lehnt sich wieder an den alten an, ist aber im allgemeinen nach wissenschaftlicheren Grundsätzen aufgestellt als die früheren, d. h. die Klassifizierung ist nach Warengattungen vorgenommen, nicht wieder mehr oder weniger alphabetisch.

Die Revision von 1902, die jetzige und jede zukünftige wird wohl stets denselben Grundsätzen entspringen:

1. Die Anleihe- und Vertragsmächte sehen sich gezwungen, China zu sanieren, um den Staatsbankerott zu verhindern.

2. Die Einfuhr darf nie so stark belastet werden, daß ein Schutzzoll entstände, durch den die Einfuhr gefährdet würde zugunsten der einheimischen Industrie.

Der neue Einfuhrtarif ist ohne weiteres nur für Vertragsmächte gültig. Zu denen gehört im bisherigen Sinne Deutschland nicht mehr. Daran wird nichts mehr zu ändern sein.

Erstens haben die Chinesen selbst das Bestreben, sich den alten erdrosselnden Vertragsbestimmungen zu entziehen und sind gierig nach einem Präzedenzfall, der als Leitmotiv für die Zukunft dienen soll. Zweitens wollen die Vertragsmächte die deutsche Konkurrenz einschränken und deshalb China zu einem ungünstigeren Verhalten gegenüber Deutschland veranlassen. Für England kommt neben der differentiellen Behandlung die verlockende Aussicht hinzu, daß es der Zwischenhändler zwischen Deutschland und China werden könnte, und daß die Einfuhr deutscher Waren via England oder Hongkong ihm einen reichen Zwischen- und Transportgewinn verspricht. Hongkong spielt ja heute schon die Rolle, daß alles von dort Kommende als englisch bei der Zollbehörde registriert wird.

Die Einnahmen der Seezollverwaltung bestehen aus: 1. Einfuhrzöllen, 2. Ausfuhrzöllen, 3. Transitgebühren für Einfuhrgüter, die nach Erlegung des Einfuhrzolls nach dem Innern gesandt werden, d. h. aus dem Vertragshafengebiet heraus, wo nur Einfuhrzoll

[1]) Er sollte „nach dem 31. Juli 1919“ angewandt werden.

erhoben wird; sie betragen die Hälfte des Einfuhrzolls; 4. Transitgebühren für Ausfuhrgüter, die aus dem Innern kommen unter Garantie, daß sie für die Ausfuhr bestimmt sind; sie betragen die Hälfte des Ausfuhrzolls; 5. Ausfuhr- und die Hälfte dieses Ausfuhrzolls als „Wiedereinfuhrzoll“ auf einheimische Güter, die von Vertragshäfen nach Vertragshäfen geschickt werden; 6. Tonnagegebühren: 0,400 Hk.-Tls. pro Tonne für Schiffe über 150 Tonnen, 0,100 Hk.-Tls. pro Tonne für Schiffe darunter. Die Bescheinigungen haben vier Monate Gültigkeit. (Vertrag von 1858.)

Die Transitgebühren befreien die betreffenden Güter von allen weiteren Inlandabgaben, wie Likin, „Alte Zollamts“-Gebühren und -Zöllen, jedoch nach der Behauptung der Chinesen nicht vom Munizipaloktroi. Damit dieser nicht als Likin ausgelegt werden könne, wurde er Lo di schui, d. i. Abladezoll, genannt.

Mit den Transitpässen für Ausfuhrgüter wird viel Mißbrauch getrieben, weshalb die Chinesen seit Jahren ihre Abschaffung oder eine Revision der komplizierten und doch lächerlich oberflächlichen Formalitäten und Garantien verlangen, aber vergeblich wie stets, wenn sie berechtigte Wünsche haben, die nicht im Interesse der Vertragsmächte sind.

Für einheimische Maschinenfabrikate wird auf Ansuchen, gerichtet an das Oberzollamt oder das Ministerium für Handel und Ackerbau, eine Vergünstigung gewährt, indem im Verkehr zwischen chinesischen Staatsgebieten nur ein einmaliger Zoll von 5 % vom Wert entrichtet zu werden braucht, wodurch die Fabrikate von allen anderen Abgaben befreit sind. Diese Maßregel ist das einzige Anzeichen für eine Schutzzollpolitik, das sich in China bisher vom zolltechnischen Standpunkt aus gezeigt hat. In den letzten Jahren machten sich chinesische und ausländische Firmen diese Vergünstigung im weitestgehenden Maße zunutze, womit der Beweis erbracht ist, daß ein Bedürfnis vorliegt. So kam z. B. 1916 im März der Textilverband von Tientsin im Namen von über 60 chinesischen Webereien zugleich um diese Vergünstigung ein.

Bei der Wiederausfuhr wird der Einfuhrzoll zurückerstattet. Opium hat aufgehört eine Einnahmequelle zu sein. Das ist ein Sieg der öffentlichen Meinung Chinas.

Die oben geschilderten Tarifverhältnisse waren vor dem Kriege gültig für alle. Der Krieg hat eine Wandlung geschaffen. Nach den hierher gedrungenen Nachrichten will China hinfort einen Unterschied

machen zwischen Vertragsmächten und solchen, die keine Verträge haben (Non-treaty powers).

Den vom deutsch-chinesischen Verband veröffentlichten Mitteilungen vom 15. Nov. 1919 werden nachstehende Einzelheiten entnommen. Sie betreffen „Verordnungen für Angehörige von Nichtvertragsmächten". Diese Verordnungen bedeuten einen Rückfall in die Zeit vor 1858. Sollten sie, was wir nicht hoffen wollen, durch einen neuen deutsch-chinesischen Handelsvertrag nicht beseitigt werden können, so müßte die deutsche Regierung Reziprozität anwenden, denn sonst kämen wir selbst China gegenüber in eine Lage, in der sich China heute den Vertragsmächten gegenüber befindet. Ich entnehme nur die für die Zollfrage wichtigen Artikel, die eine ungeheure Verschlechterung gegenüber dem bisherigen Verhältnis bedeuten.

Verordnung II.

Art. 1. Bei der Einfuhr von Waren zahlen die Angehörigen von Nichtvertragsmächten die Gebühren der Zollverwaltung gemäß den Bestimmungen, die von der Regierung für die Zahlung von Zollabgaben erlassen sind.

Art. 2. Bei der Beförderung von Waren ins Innere zwecks Verkaufs müssen die Angehörigen von Nichtvertragsmächten die verschiedenen landesüblichen Zoll- und Likinabgaben zahlen in Übereinstimmung mit den besonderen Verordnungen; es ist ihnen nicht erlaubt, bei den Seezollämtern um Transitpässe einzukommen.

Art. 3. Angehörigen von Nichtvertragsmächten ist nicht gestattet, im Inneren Waren unter dreigliedrigen Transitpässen einzukaufen. (Dies bezieht sich auf „Transit Outwards", also auf Güter, die unter Garantie der späteren Ausfuhr, im Inneren gekauft und nach Vertragshäfen geschafft werden.)

Art. 4. Bei der Beförderung von Waren ins Innere ist den Angehörigen von Nichtvertragsmächten die Nutznießung des Vorrechts der Steuerfreiheit und des Beförderungszertifikats für mit Maschinen hergestellte Erzeugnisse nicht gestattet.

Art. 5. Angehörige von Nichtvertragsmächten dürfen sich nicht als Agenten im Innern aufhalten.

Beseitigt werden also die Transitprivilegien, die gemäßigte Abgabe für einheimische Maschinenfabrikate — die auch in Fabriken, die Europäern gehören, hergestellt sein können, wenn die Fabriken nur in China liegen — und, was das Schlimmste zu sein scheint, die niedrigen Raten für Einfuhr und Ausfuhr.

Der Angehörige einer Macht, die keinen Vertrag mit China hat, würde also, theoretisch, zu entrichten haben für Einfuhrgüter, die auch nach dem Innern gehen: 1. den höheren Einfuhrzoll, 2. den „alten Zoll" (native customs), 3. an jeder Schranke Likin, Tso Li, dann Lo Di und jede andere Gebühr, die unter dem alten oder einem neuen Namen ein-

geführt wird, 4. Wiedereinfuhrzoll, im allgemeinen Lo Di (siehe 3.), 5. jeden möglicherweise existierenden Munizipaloktroi. Der Grenzwert des letzteren dürfte auch 2½ % sein.

Die bisherigen Gebühren waren, vergleichsweise: Einfuhrzoll 5 % vom Wert als Grenzwert und Transitzoll 2½ % als Grenzwert. in beiden Fällen meistens weniger.

Eine Konkurrenzmöglichkeit existiert unter solchen Bedingungen nur, wenn der Einfuhrzoll nicht zu hoch angesetzt wird. Was die Wirklichkeit bringen wird, bleibt abzuwarten; aber stärkstes Mißtrauen ist am Platze. Die Chinesen sind wirtschaftlich noch nicht genügend geschult, um die Tragweite einer einseitigen Zollpolitik ermessen zu können. Meine eigenen Erfahrungen weisen darauf hin, daß die Chinesen, sich selbst überlassen, einen 12½ prozentigen Zoll für Nichtvertragsmächte einführen dürften. Von anderer Seite scheint man auf einen 30 prozentigen Wertzoll hinzuarbeiten. Aber das sind Mutmaßungen, die sich zwar auf einen ganz intensiven Einblick in die chinesische Zollpolitik bis zum Jahre 1917 stützen, für die aber eine volle Kenntnis der Sachlage noch fehlt, die in China durch unseren Zusammenbruch entstanden ist, den die Chinesen erst nicht für möglich hielten. Das Bestehen der oben angedeuteten Tendenz wird durch briefliche Nachrichten von Mitte Oktober bestätigt.

Was die chinesische Zollpolitik der Zukunft sein dürfte, ist heute schwer zu bestimmen, da das Moment der Willensfreiheit für China ebenso ausgeschaltet ist, wie heute für uns. Die Neigung Chinas geht dahin, sich finanziell unabhängig zu machen, sich industriell zu entwickeln und den Fremden den extraterritorialen Zutritt zu verwehren. Das geht ganz klar hervor aus den häufigen Boykottbewegungen gegen Ausländer, aus Petitionen der Handelskammern und den schwachen Anläufen, die die chinesische Regierung von Zeit zu Zeit zugunsten der Landesindustrie nimmt. Als Gegengewicht sind politische Kräfte an der Arbeit, denen an einer Entwicklung Chinas und vor allem an seiner politischen Erstarkung nur soweit etwas liegen wird, wie ihr eigenes Interesse das bedingt. Ob China diesen Kräften gegenüber seine Bewegungsfreiheit wiedergewinnen wird, bleibt abzuwarten. Eines ist sicher, China ist dabei, ebenso wie ganz Asien, sich von unten herauf zu organisieren. Das wird meistens von denen übersehen, die ihren Blick starr auf die Regierung allein richten. Ohne Kampf, blutigen Kampf möglicherweise, wird das Ziel der Freiheit aber nicht zu erreichen sein.

Einige Worte über den Likin. Im allgemeinen wird die Last, die der Likin in finanzieller Hinsicht bedeutet, überschätzt. Das Hauptübel ist die Schererei an jeder Schranke. Likin ist eine Wertabgabe, die theoretisch Eins pro Mille betragen soll, eingeführt um 1853 und ausgebaut als Folge der Taiping-Rebellion. In Wirklichkeit wird die Abgabe nach dem Ermessen der Provinzialbehörden und Lokalbeamten stets variieren. Daß dieses System so undurchdringlich ist, liegt weniger an seiner gehaltlichen Vertiefung als an dem Mangel an klaren Bestimmungen und dem Verschleierungsverfahren, dessen sich der schlecht bezahlte Beamte bedient, um zu „verdienen". Er muß verdienen. Meistens kann man sich einigen mit den Leuten. Im Grunde ist es dasselbe wie bei den „Alten Zollämtern". Ein Wust von Vergangenheit, Währungsschwierigkeit, Unsicherheit, dazu äußere Hemmungen, die Reformen erschweren.

Die Likinverwaltung arbeitet unabhängig von anderen, schmarotzt aber auf den „Alten Zollämtern" und den Seezollämtern insofern herum, als sie die Dokumente dieser Verwaltungen als Grundlage für ihre Berechnungen nimmt. Aus Erfahrung weiß ich, daß die Likinabgaben zuzeiten auch höher sein können als die der „Alten Zollämter".

Die Absicht, den Likin zu beseitigen, besteht schon lange. Die Chinesen können aber auf keine Einnahmequelle verzichten, solange man ihnen eine vernunftgemäße Tarifreform unmöglich macht.

Likin wird oft an Pächter vergeben, was übrigens hie und da auch bezüglich der „Alten Zollamts"-Zölle gilt. Tso-li scheint nur eine Abart des Likin zu sein. Likin heißt wörtlich: ein Tausendstel vom Gold oder Geld.

Gegen 1914 haben die Chinesen eine Tabaks- und Weinsteuer eingeführt, bzw. die bestehenden amalgamiert und reformiert. Wieder eine besondere Verwaltung, aber nur, soweit mir bekannt ist, für einheimische Produkte. Der Ausbau der Steuer scheitert an der geringen Besteuerung eingeführter Zigaretten. Denn bei einer Belastung von 7½ % für Einfuhr und Transit ist an einen Ausbau dieser Luxussteuer nicht zu denken, ebensowenig wie an einen Ausbau der Weinsteuer. Der Verfasser hat seinerzeit berechnet, daß China mit Leichtigkeit seine Finanzen durch eine solche Steuer hätte sanieren können. Folgende Einfuhrzahlen für Zigaretten sind belehrend: 1908: 4, 1912: 8, 1917: 31 Mill. Taels. Dazu kommt aber eine große Zigarettenproduktion im Inlande mit Verwendung von einheimischem und importiertem Tabak. Die Verzinsung von Milliarden Schulden könnte durch eine entsprechende Luxussteuer erreicht werden, denn die Zigaretten sind der moderne „Opiumersatz" für China.

Seit Anfang 1915 hat China eine Stempelsteuer, die dem englischen System nachgebildet ist. Auf staatlichen Zeugnissen, auf Quittungen und quittungähnlichen Belegen usf. müssen Stempelmarken aufgeklebt werden, um diesen Belegen usw. gesetzliche Wirkung zu verleihen. Die Ausländer entziehen sich der Steuer, gestützt auf ihre Extraterritorialrechte. Auch wird die Steuer viel umgangen.

Beim Übertragen von Grundstücken, Häusern usw. ist eine Steuer zu entrichten, die für Chinesen ziemlich hoch ist. Die Europäer entrichten eine geringere. Der Chinese umgeht die Steuer zum größten Teil, indem er in dem Verkaufsvertrag einen geringeren Wert als den vereinbarten angibt. Die fremden Niederlassungen — „Settlements" — haben eigene Bestimmungen.

Von Einkommensteuer ist häufig geredet worden. Die Verwirklichung ist eine Unmöglichkeit, es sei denn, daß die chinesische Regierung sich sagt: „Lieber 5 % von dem, was einkommen sollte, als keine Einnahme."

Tribut, unter diesem Wort, kommt nicht mehr in Frage; ich glaube aber, daß Naturallieferungen für Armeezwecke noch gang und gäbe sind.

Wie schon eingangs erwähnt, zeigte die chinesische Finanzpolitik gegen Ende des 18. Jahrhunderts in ihren Grundzügen noch eine gewisse Genialität. Sie verkam dann, teils von innen heraus, mehr noch aber, weil die Regierung ihre Bewegungsfreiheit in Finanzangelegenheiten teils verlor, teils freiwillig aufgab. Sie verlor sie als Folge der durch die Taipingrebellion (1850—65) hervorgerufenen Finanznot. Sie trat sie freiwillig ab, indem sie den Engländern Lay und Robert Hart die Kontrolle zuerst über einige Zollämter anvertraute, später aber, als die Einnahmen stiegen, im Laufe der Jahre, und nunmehr der Not gehorchend, über sämtliche neu eröffneten Vertragshäfen. Damit war ein Staat im Staate geschaffen, der erste seiner Art. Die abschüssige Bahn war betreten.

Solange die Einkünfte der Seezollverwaltung noch nicht verpfändet waren, ließ sich nach außen hin immer noch der Schein aufrechterhalten, daß diese Verwaltung vom guten Willen der Chinesen abhing. Diese Zeiten waren mit dem Jahre 1901 definitiv vorbei.

Schon vorher hatte China mit der Anleihepolitik begonnen, die meist zur Nebenerscheinung hatte, daß ein Pfandobjekt ausländischer Kontrolle überantwortet werden mußte. So waren z. E. einige Provinzialsalzämter dem Generalinspektor der Seezölle unterstellt worden.

Im Jahre 1901 aber wurden die Einnahmen der Seezollverwaltung und die der hauptsächlichsten „Alten Zollämter" als Garantien für die Boxerentschädigung vorgemerkt, und seitdem ist der chinesischen Regierung die Kontrolle über eine Einnahmequelle nach der anderen entglitten.

Der Seezollverwaltung folgte die sogen. Salzsteuer, die ebenfalls 1912 unter englische Kontrolle geriet mit Sir Richard Dane als Generalinspektor und Sir Reginald Gamble als jetzigem Nachfolger. Ein Deutscher, Herr v. Strauch, war bis zum Ausbruch des Krieges Vizegeneralinspektor. Er wurde dann aus politischen Gründen ebenso wie alle anderen Deutschen in chinesischen Staatsdiensten entlassen. Mit der Salzverwaltung war ein zweiter Staat im Staate errichtet.

Hier wäre einzuschalten, daß eine andere große Verwaltung, die Postverwaltung, auch einem Ausländer untersteht, und zwar dem Franzosen Picard-Destelan als sogen. Co-directeur Général, dem Nachfolger des genialen Piry. Bis zum Jahre 1911 unterstand die Postverwaltung noch dem Generalinspektor der Seezölle. Sie ist ein Kind der Seezollverwaltung und arbeitet seit kurzem mit Überschüssen.

Diesen drei großen Verwaltungen ebenso wie zahlreichen anderen Betrieben (Staatseisenbahnen, Bergwerken usw.) ist eines gemeinsam: sie haben ihren eigenen Etat, und ihre Beamten sowie die gesamte Betriebsführung unterstehen in mehr oder weniger hohem Grade der Kontrolle eines Fremdländers. Die höheren einheimischen Verwaltungsbehörden sind von einer Einflußnahme zum größten Teile ausgeschaltet; aber auch der heimischen Gesetzgebung sind die Hände gebunden. Am ausgeprägtesten sind diese Züge bei der Seezollverwaltung, die den anderen als Vorbild gedient hat. Da infolgedessen das chinesische Parlament und das Finanzministerium gegenüber den wichtigsten finanzwirtschaftlich in Betracht kommenden Verwaltungszweigen keine oder nur unbedeutende Machtbefugnisse besitzen, so ist die Möglichkeit für finanzpolitische und -verwaltende Betätigung schon dadurch allein stark eingeschränkt. Die Funktionen des Shen-dchi-Tschu — Oberrechnungsamtes — werden durch die unabhängigen Verwaltungen großenteils illusorisch gemacht. Da ferner der Einfluß der Fremdmächte auf die Zolltarife eine angemessene Belastung von Einfuhrgütern verhindert, so ist, wie schon bezüglich Tabaks und Alkohols erwähnt, auch eine Grenze für die steuerliche Belastung einheimischer Produkte gegeben, wenn man diese nicht konkurrenzunfähig machen will.

Nachdem sich China von innen heraus — teils, wie gezeigt, als Folge äußeren Druckes — nicht sanieren konnte, griff es zur Anleihe, besonders nachdem ihm 1901 die Verfügung über die Seezölle definitiv genommen war.

Die Boxerentschädigung ist, einzeln betrachtet, der größte ausstehende Schuldposten Chinas. Sie ist zu amortisieren in Jahresraten von 1901 bis 1940. Die Gesamtsumme beträgt 450 Mill. Hk.-Tls., Zinsfuß 4 %. 1916 standen noch 432 Mill. aus. Anteil an den Forderungen haben 11 Länder. Angesichts der starken Zunahme der Seezölle — der Handel Chinas verdoppelt sich schneller als der eines anderen Großstaates — ist die Last nicht bedeutend. Deutschlands Anteil wird vom Generalinspektor zurückgehalten und steht nicht zur Verfügung Chinas.

Die größte Anleihe und der zweitgrößte Schuldposten ist die sogen. Reorganisationsanleihe von 25 Mill. Pfund Sterling von 1913 zu 5 %. Beteiligt sind an dieser: England, Frankreich, Deutschland, Rußland und Japan. Amerika hatte sich aus politischen Gründen nicht beteiligt. Garantie: Salzsteuer; rückzahlbar bis 1958. — Nächstdem kommt eine große russisch-französische Anleihe vom Jahre 1895 von 400 Mill. Frs. zu 4 %, sichergestellt durch Seezölle, rückzahlbar bis 1931; sodann eine englisch-deutsche Anleihe vom Jahre 1898 für 16 Mill. Pfund, Zinsfuß 4½ %, Garantie: Seezölle und Salzsteuer, rückzahlbar bis 1940 [1]).

	1916 betrugen die Gesamtverpflichtungen der Zentralregierung	denen entsprachen ursprüngliche Anleihen und Entschädigungsansprüche
£	49 776 000	69 525 000
Fr.	407 361 000	550 000 000
Hk.-Tls.	431 665 000	450 000 000

Bis 1916 hatte China drei innere Anleihen zu 6 % im Gesamtbetrage von 40 Mill. Dollar und eine zu 8 % für 6 Mill. Dollar aufgenommen. Kleinigkeiten im Verhältnis zur Größe Chinas und doch kaum unterzubringen, weil dem Volke das Vertrauen fehlt.

Diese Zahlen beziehen sich auf Anleihen der Zentralregierung und sind garantiert durch Einnahmen derselben, als da sind Seezölle, „Native Customs“, Salzsteuer, Grundsteuer usw.; fällige Raten sind stets bezahlt worden. Der günstige Stand des Silbers kommt überdies der Regierung sehr zustatten. Die Papiere verdienen deshalb durchaus Vertrauen.

[1]) Vgl. die Zusammenstellung chinesischer Anleihen, an denen deutsches Kapital beteiligt ist, in A. Reiß, Das Bankwesen in China, S. 178 dieses Buches. (Bemerkung des Herausgebers.)

In China existiert seit Jahren ein Anleihekampf. In diesem Kampfe hat Japan in den letzten Jahren des Krieges gewaltige Vorteile errungen. Seit 1914 hat Japan an China mehr als 40 verschiedene Anleihen gemacht, an die oft schwere Bedingungen geknüpft waren. 1917 wurde z. B. Japan das Recht eingeräumt, einen Berater bei der Dchiao Tung, d. i. Verkehrsbank, zu haben als Folge einer Anleihe an das Verkehrsmininsterium. — Nach dem „Eastern Engineering" vom 20. April 1919 werden die gesamten von Japan während des Krieges an China und in China gemachten Anleihen auf „20 Mill. Pfund geschätzt, womit Japan nach Großbritannien Chinas größter Gläubiger wird". Die japanischen Anleihen an die Han-Yeh-Ping Co. von 1903 bis 1913 betragen allein 32 Mill. Yen.

Als Sicherheiten gelten vor allem die bedeutendsten chinesischen Eisenwerke, die Han-Yeh-Ping in Hupei, dann Eisenbahnen, Lichtwerke, Bergwerke, Provinzialsteuern, Schatzscheine, Telegraphenverwaltungen, Staatswaldungen.

Von anderer als japanischer Seite ist den Chinesen, soweit mir bekannt ist, keine größere Anleihe während des Krieges gemacht worden; nur amerikanische Banken sollen gegen Mitte 1919 an China eine 50 Mill. Dollar-Anleihe gewährt haben. Vielleicht steht eine Waffenanleihe von, wie es heißt, 20 Mill. Dollar in Zusammenhang damit. Diese amerikanischen Anleihen wären als ein Gegenstoß gegen das Eindringen japanischen Kapitals zu betrachten.

Ein heftiger Kampf ist überdies in letzter Zeit um die Finanzkontrolle in China insoweit entbrannt, als auf dem Umwege der „Internationalisierung der Eisenbahnen" gegen japanische und zum Teil chinesische Wünsche die angelsächsische Mächtegruppe zum Oberkontrolleur auch dieser Verkehrswege und Einnahmequellen Chinas sich machen wollte. Damit bliebe von Chinas Autonomie nur ein Schatten übrig. Infolge des gefundenen Widerstandes scheint man jedoch die Form der „Internationalisierung der Eisenbahnen" aufzugeben. Als Ersatz taucht das „Konsortium zur Gewährung politischer und industrieller Anleihen" auf.

Die zurzeit projektierten Anleihen an China scheinen nach den Zeitungsnachrichten zahlreich zu sein, und es ist anzunehmen, daß China sämtliche Einnahmequellen verpfänden wird, die verpfändbar sind; um so mehr, als die gegenwärtige Finanzlage der Regierung, soweit ihre eigenen Bedürfnisse in Frage kommen, in Zeitungs- und Privatnachrichten als trostlos bezeichnet wird. Zu erklären sind solche Finanzschwierigkeiten oft dadurch, daß die Regierung in sie aus politischen

Gründen hineingedrängt wird, z. B. indem ihr tatsächlich vorhandene Überschüsse aus Salzgeldern nicht ausgezahlt werden.

Die Entwicklung der gegenwärtigen Phase des finanzpolitischen Kampfes in Ostasien verdient mit Aufmerksamkeit verfolgt zu werden.

Von einem eigentlichen Staatshaushalt kann unter den erwähnten Umständen nicht recht die Rede sein. Der erste Versuch für die Aufstellung eines solchen nach modernen Gesichtspunkten wurde, soweit mir bekannt ist, im Jahre 1910 gemacht, noch unter den Mandschu. Aber 1911 brach die Revolution aus, und im Jahre 1913 gibt das Finanzministerium in seinem Erlasse für das dritte Etatsjahr (1914/15) ziemlich offen zu, daß die Aufstellung eines Haushaltsplanes für die Vorjahre verfehlt war. Alle diese Voranschläge und nachträglichen Verrechnungen sind ziemlich wertlos, wenn man sie einer genaueren Kritik unterzieht.

Denn erstens herrscht in China seit 1911 Bürgerkrieg. Viele Provinzen haben sich der Kontrolle der Zentralregierung absolut entzogen. Zweitens sind die Militärgouverneure Herren in ihren Provinzen und Herren ihrer Beamten, auch der Provinzialsteuerdirektoren. Sie senden Aufstellungen, wie es ihnen paßt, und das machtlose Finanzministerium muß sich zufrieden geben. Drittens ist der Beamtenapparat nicht genügend geschult und ungenügend bezahlt. Die unabhängigen Verwaltungen, wie Seezoll- und Salzverwaltung, geben zwar ihre Voranschläge und Abrechnungen in einwandfreier Weise ab, aber darüber haben Parlament und Finanzministerium noch weniger Machtbefugnis als über den Ausgabeetat der Provinzialgouverneure, und einen Einblick in die Details haben nur die Verwaltungen selbst, obgleich im Prinzip den Zentralbehörden der Einblick nie verweigert wird.

Der Versuch einer Zentralisation, einer Kontrolle und Regulierung des Staatshaushaltes von oben aus ist bisher gescheitert[1]). Eigentlich

[1]) Wie wenig Erfolg China bisher mit einer zentralistischen Verwaltung gehabt hat, sieht man auch an den beiden Staatsbanken Chinas, der Verkehrsbank, chinesisch „Dchiao-T'ung Yin-hang", englisch „Bank of Communications", und der Bank von China, chinesisch „Dschung-guo Yin-hang", englisch „Bank of China". Eine einheitliche Kontrolle fehlt noch, die Institute in den einzelnen Orten arbeiten zur Zeit noch unabhängig voneinander. Äußerlich zeigt sich das z. B. in folgendem Kuriosum: die Banknoten der Institute in Peking standen zur Zeit unserer Deportation ungefähr 50% (März 1919), die in Schanghai pari. Die Engländer haben versucht, einen Berater in die Bank von China hineinzubringen, wie die Japaner in die Verkehrsbank. Ob ihnen das jetzt gelungen ist, ist mir nicht bekannt. Viele Zweigstellen der Bank von China führen übrigens vorläufig nur eine Scheinexistenz, da sie außer der Vereinnahmung und Aufbewahrung von Zoll-, Salz- und Postgeldern fast keine anderen Funktionen haben.

war da der alte Zustand noch besser, als man noch keinen Etat hatte, aber auch keine Anleihen machte, sondern von Peking aus stets so viel Geld verlangte und den einzelnen Provinzen oder Steuerverwaltungen zudiktierte, als man in Peking brauchte, und im übrigen die Provinzialverwaltungen sich selbst überließ. Seitdem China sich auf das mephistophelische Experiment eingelassen hat, seine ungehobenen Bodenschätze zu verpfänden, ist die ehemals ausgeglichene Finanzwirtschaft Chinas auf eine abschüssige Bahn geraten, auf der sie heute allen Anzeichen nach mit wachsender Geschwindigkeit hinabgleitet.

Was die Kreditfähigkeit des chinesischen Staates anlangt, so würde sie auf Grund der wunderbar reichen Hilfsquellen des Landes, auf Grund der Arbeitsfreudigkeit seiner Bewohner und des unausgebauten Zoll- und Steuersystems allgemeines Vertrauen verdienen, wenn nicht die Verquickung von Politik und Finanzwirtschaft vorhanden wäre. Vertrauen kann ein Japaner haben, der die Macht seines Landes hinter sich fühlt, Vertrauen kann auch ein Engländer, Amerikaner, Franzose haben, der weiß, daß sein Minister in Peking den Willen und die Machtmittel hat, sein Interesse zu verteidigen. Ein Volk, dem diese Machtmittel nicht zur Verfügung stehen, wird gut daran tun, die Finger von allem zu lassen, was einen finanzpolitischen Einschlag hat.

Zusammenfassen kann man die Vorgänge in der chinesischen Finanzwirtschaft in folgenden Sätzen:

Ein seit Jahrzehnten schwächer werdendes Bestreben der chinesischen Regierung nach Unabhängigkeit im alten Sinne; ein immer stärker werdendes Eindringen ausländischer finanz-politischer Ideen und Kräfte, die die Selbsttätigkeit des finanziellen Nervensystems Chinas paralysieren; ein Kampf der verschiedenen ausländischen Einflüsse untereinander mit der Möglichkeit eines Zusammenstoßes auf politischem Gebiete, bei dem China entweder seine finanzielle Selbstkontrolle wiedergewinnen oder definitiv verlieren wird an den Sieger oder die Sieger.

Das Geldwesen Chinas.

Von

Friedrich W. K. Otte.

Die eigentliche Währung Chinas, die Käschwährung, wurde im gleichen Tempo wie die chinesische Finanzwirtschaft durch äußere Einflüsse untergraben.

Kupfer und Bronze wurden als Geld bereits 1122 v. Chr. verwandt, wo schon Gesetze das Geldwesen regeln (Chow-Dynastie). Der Kupfer- und Messing-„Li", Cash, wie die Engländer ihn nennen (nach deutscher Schreibart „Käsch"), ist wohl allgemein bekannt. In Gebrauch ist er seit etwa 220 v. Chr. Der jetzige Käsch ist ein geprägtes Geldstück mit einem viereckigen Loch in der Mitte, so daß die Geldstücke leicht auf Bindfäden aufgereiht und bequem abgezählt und aufbewahrt werden können. Je Tausend bilden ursprünglich einen Tael. Das ist der Idealzustand.

Der Käsch ist die Münze des kleinen Mannes, der nur selten Silber sah. In Verbindung mit dem Kupfer wurde aber stets Silber gebraucht. Während jedoch der Käsch im ganzen Reiche in geprägter Form währungsmäßig verwandt wurde, war und blieb Silber ein Handelsartikel. Silber wurde in verschiedenen Größen in sogen. Silberschuhe gegossen. In bezug auf Feinheit herrschten bedeutende Unterschiede.

Der Kupferkäsch war eine kaiserliche Münze; Einfuhr und Ausfuhr ebenso wie Einschmelzen sind verboten. Auch die ausländischen Mächte erkannten diesen Zustand in ihren Staatsverträgen mit China bedingungslos an. Selbst Verschiffung von Kupferkäsch von Hafen zu Hafen in China ist nur erlaubt nach Bewilligung eines Gesuches an die chinesischen Behörden und auch dann nur nach Unterzeichnung eines Garantiescheines, der zurückgegeben wird, nachdem die Landung von den betreffenden Hafenbehörden angezeigt ist.

Silber darf frei ein- und ausgeführt werden, aber die Chinesen versuchen jetzt, die für Käsch gültigen Beschränkungen auch auf Kupferzent und Silbermünzen auszudehnen.

Noch 1908 war der Käsch im Innern das hauptsächlichste Zahlungsmittel für den Kleinhandel. Mit dem Ausbruch des Krieges und dem steigenden Kupferbedarf der Welt wurde eine Jagd auf ihn veranstaltet. Schantung wurde das hauptsächlichste Ausfuhrtor. Tsingtau war in den Händen der Japaner, und im Innern von Schantung entstanden zahlreiche Schmelzereien, wo die Käsch eingeschmolzen wurden, aber auch anderswo, vor allem in Hankow in den Konzessionen. Die Ausfuhr von Kupfer und Messing an und für sich ist ja nicht verboten. Konfiskation war nur möglich, wenn in den für die Ausfuhr angemeldeten Barren Käschstücke nachgewiesen werden konnten. Da keine neuen Käsch mehr geprägt werden, wird der Käsch in einem Jahrzehnt vielleicht nur noch als Kuriosum anzutreffen sein.

Trotzdem bleibt es wertvoll zu wissen, wie mit diesem Käsch gearbeitet wurde und wird, als Einführung in die Auffassungsweise der Chinesen vom Geld. Ich sagte, der Idealzustand sei, je tausend Käsch auf einem Faden (Diao). In Wirklichkeit waren nur zwischen 870 und 990 darauf, je nach den lokalen und Marktgeldverhältnissen. Diese galten dann als tausend. Kaufte man für 1 Tael Käsch, so war außerdem das Verhältnis zwischen Tael und Käsch verschieden. So würde z. B. folgendes Exempel an zwei verschiedenen Tagen vorkommen:

Für 1 Tael kauft man 1450 Käsch, je 970 Käsch gelten 1000, man erhielt also $\frac{970 \times 1450,}{1000}$ gleich 1406 Käschstücke. Ein andermal: für 1 Tael kauft man 1400 Käsch, je 950 Käsch gelten 1000, man erhielt also $\frac{1400 \times 950,}{1000}$ gleich 1330 Käsch. Übrigens gab es noch gute Käsch, schlechte Käsch aus schlechten Zeiten und einige andere Varietäten, darunter falsche, die aber alle verwandt wurden. Im allgemeinen herrschte machtvoll und ehrlich der gewöhnliche kaiserliche Käsch. Bezüglich der Käsch-Verrechnung herrschten noch andere Eigenarten, z. B. gilt in Nordchina jeder Käsch doppelt, ein Diao enthält dort deshalb nur etwa 490 Käsch plus oder minus. In Peking kennt man auch ein 10-Käschstück.

Kurz nach 1901 trat eine mächtige Konkurrenz für den Käsch auf, der reine Kupferzent. Dieser sollte ursprünglich 10 Käsch wert sein, in einigen Provinzen auch 1 Hundertstel vom Dollar. Diesen Wert hat er aber kaum je gehabt, denn die Provinzialmünzen wollten verdienen und verdienten auch. Der Markt kam dahinter und der Kurs ging herunter. Trotzdem hat der Kupferzent den Markt behauptet, der Käsch ver-

schwand. Ich sehe den Hauptgrund für das Verschwinden der Käsch und der verhältnismäßigen Unterbewertung derselben darin, daß sie unpraktisch geworden sind. Es ist mehr Metall nach China hineingekommen, als früher, auch mehr Geld, meist durch zurückkehrende Kulis und Handwerker. Kupfer und Silber wurden wertloser und eine größere Währungseinheit wurde nötig.

Die heutige Währung Chinas beruht hauptsächlich auf dem Kupferzent. Die verschiedensten Provinzen haben Zents geprägt, ja man trifft sogar solche, die von den chinesischen Zollsuperintendenten in Foochow geprägt wurden und die Aufschrift tragen: „Custom House, Foochow“. Von einer eigentlichen Kupferwährung wie zur Zeit der Käsch kann aber in China nicht mehr die Rede sein. Genau wie die Finanzwirtschaft befindet sich auch die chinesische Währung in einem Übergangsstadium, dessen weitere Entwicklung letzten Endes von dem Bestand oder dem Zerfall Chinas abhängen wird.

Es wurde schon erwähnt, daß von Anfang an Silber in Verbindung mit den Kupferkäsch verwendet wurde. Der Großhandel und die Regierung gebrauchten selbstverständlich ein wertvolleres Zahlungsmittel als es die Kupfermünze war. Aber eine Silbermünze gab es in China nicht. Silber wurde gewogen auf Wagen und die Gewichte waren die Einheiten, nach denen gerechnet wurde.

Die Gewichtseinheiten heißen Tael. Das Wort ist auf dem Umwege über das Malayische aus dem Indischen übernommen worden. Der chinesische Ausdruck ist „Yin-leang“. Von einer einheitlichen Gewichtseinheit, also von einem einheitlichen Tael war aber nie die Rede. Beinahe jede Stadt hat ihren besonderen Tael. Der Tael des Pekinger Schatzamtes, der K'up'ing Tael, ist vielleicht der einzige, der auf das Wort „staatlich“ Anspruch machen darf. In den größeren Städten wurde und wird mit den verschiedensten Tael-Einheiten gerechnet. Insofern als Silber von gewisser Feinheit und gewissem Gewicht gemeint ist, bezeichnet das Wort Tael auch eine Werteinheit.

Gelegentlich gewisser Nachforschungen wurde dem Verfasser 1912 gesagt, in Kanton gäbe es etwa neunzig verschiedene Wagen, also neunzig Gewichtseinheiten, nach denen Taels abgewogen und verrechnet werden. Morse erwähnt sechzig für Chunking am oberen Yang-tze. Diese Zahlen entstehen aus den verschiedenen möglichen Kombinationen von Feinheit und Gewicht. Die Wagen und Verrechnungsmethoden sind verschieden, je nachdem eingezahlt oder ausgezahlt wird. Es bedarf wohl kaum der Erwähnung, daß der Unterschied stets zugunsten der Bank ausfällt und

auch den berechtigten Gewinn des Bankiers darstellt. Ferner: kauft jemand eine Taeltratte in Kanton auf Wuchow, so wird eine andere Wage benutzt, als wenn er eine Tratte auf Nanning kauft. Die Unsicherheit des Reisens im Innern und das Nichtvorhandensein fremder Banken an Inlandplätzen sichern diesem System den Fortbestand für geraume Zeit. Nur die chinesische Postverwaltung macht mit ihrem Dollaranweisungssystem den chinesischen Banken eine wachsende Konkurrenz. (Postanweisungsverkehr in Mill. Dollar: 1905: 1,2; 1911: 5,85; 1917: 21,5; 1918: 33,4.) Die Postverwaltung berechnet sich übrigens auch Kursdifferenzen.

Eingehende Forschungen über die verschiedenen Taels wurden von dem ehemaligen Seezolldirektor Morse angestellt, der in seiner Eigenschaft als statistischer Sekretär der Seezollverwaltung mit Beihilfe der Direktoren der 45 Zoll- und Hafendistrikte — die 1905 außerdem noch als Postdistriktsdirektoren fungierten — eine Liste aufstellte, die vermutlich die Grundlage seiner eigenen Forschungen und jener anderer war. Die Liste bedeckte viele Seiten, und beträchtliche Unterschiede wurden aufgedeckt in bezug auf Gewicht und Feinheit der Taels. Vollständig ist die Liste aber bei weitem nicht. Morse spricht in seinem bekannten Buche „The Trade and Administration of China“ von 170 verschiedenen wohlbekannten Taels.

Die den Europäern in China bekanntesten Taels sind der Haikuan-Tael (Hk.-Tl.), der Schanghai- (Sh.-Tl.) oder Gueiping-Tael und der Kuping-Tael (Kp.-Tl.).

Der hochwertige Hk.-Tl. ist der Tael der Seezollverwaltung, nach dem ihre sämtlichen Einnahmen, Ausgaben und Werte verrechnet werden. Theoretisch ist sein Gewicht 37,9 g, Feinheit 1000, sein Verhältnis zum Kuping-Tael und Schanghai-Tael ist Hk.-Tls. 100 = Kuping-Taels (Kp.-Tls.) 101,642 = Schanghai-Taels (Sh.-Tls.) 111,40. Die Rate 111,40 ist amtlich. Für schnelle praktische Berechnungen merke man sich Hk.-Tls. 100 = Mex. Doll. 150, das ist die Rate, in der die Seezollverwaltung ihre Dollarkonten bucht. Praktisch hat der Hk.-Tl. in verschiedenen Häfen einen durch Gewohnheit entstandenen verschiedenen Wert. Z. B. ist er in Kanton = 112 Chopped Dollar-Tael, im benachbarten Kongmun = 110. Reformen scheitern gewöhnlich am Einspruch der fremden Kaufleute und Konsuln in den bevorzugten Häfen.

Der Sh.-Tl. wird als Vergleichsquote für den steigenden oder fallenden Wert der ausländischen Geldwährungen im Verhältnis zum Silber verwandt und verdankt seinen Ruf der Tatsache, daß Schanghai die Handels-

empore Ostasiens wurde, wo z. B. ein Drittel der gesamten von 45 Häfen einkommenden Zollgelder vereinnahmt wird. Ferner werden die Konten des Anleihe- und Kriegsentschädigungsdienstes (Loan & Indemnity Service), der durch die Hände des Generalinspektors der Seezollverwaltung geht, also alle Salz- und Zollgelder, in Schanghaier Banken in Gueiping-Taels geführt.

Der Schatzamt-, Kuping-Tael, in dem mit Ausnahme der Zolleinnahmen theoretisch alle sonstigen Steuern verrechnet werden, war eine Zeitlang als Währungsbasis in Aussicht genommen. Man wollte z. B. Kuping-Taelstücke prägen, und die Bezeichnung Kuping-Tael 0,144 und 0,072 auf den 20- und 10-Zentstücken steht hiermit im Zusammenhang.

Vor wenigen Jahren wurden sämtliche Verwaltungen angewiesen, ihre Einnahmen in Kuping-Taels zu konvertieren. Kuping-Tael 1 wurde dann zur Rate von Dollar 1,50 chinesischer Dollars (nicht mexikanischer) verrechnet. Der augenblickliche Stand dieser Frage ist dem Verfasser nicht bekannt, es ist aber anzunehmen, daß auch sie nicht zu einer Entscheidung kommen kann infolge der politischen Wirren.

Auch der Tientsin-Tael, der Hankow-Tael und der Kantoner „Chopped Dollar"-Tael kommen für den Europäer in Frage. Ferner ist in Peking der Gungfa-Tael von den fremden Banken übernommen worden: Gewicht theoretisch 36,12 g bei 1000 Feinheit.

Die arithmetische Verrechnungsbasis des Taels ist das Dezimalsystem, und zwar in Teilen von Zehntel, Hundertstel, Tausendstel, genannt chinesisch: tchien, fen, li, von den Europäern benannt: mace, candareen, cash. Diese Einteilung kommt für praktische Berechnungen in Hk.-Tl. und Kp.-Tl. in Frage. Die Zeit liegt aber noch nicht weit zurück, wo amtliche chinesische Organe den bureaukratischen Zopf beträchtlich verlängerten, und zwar bis zu 1 Zehnmilliontel, die Stellen heißen: hao, sse, hu, wei. Mit weiteren Stellen hat der Verfasser praktisch nicht zu tun gehabt. 1 wei = 3 Hunderttausendstel Pfennig.

Wir können uns hier nicht weiter in das weitverzweigte System der verschiedenen Taels begeben, sondern wollen einmal versuchen, an einem praktischen Beispiel zu illustrieren, wie sich die Wirklichkeit zu einem solchen System stellt, und wollen zu diesem Zweck eine Zollzahlung im „Alten Zollamt" in Kongmun am Westfluß auf ihrem Wege nach den Schanghai-Banken verfolgen, wobei erwähnt sei, daß diese Art der Verrechnung mit mehr oder weniger Zwischengliedern auch in anderen Gebieten heute noch angewandt wird. (Man denke nur an die in Hua

Bao-Taels zu machenden Zahlungen an die Native Customs in Tientsin, die allen Tientsiner Kaufleuten zu ihrem Leidwesen bekannt sind.)

Der Kaufmann hat, sagen wir, für 100 Picul (1 Pl. = 60,453 kg) Waren einen Zoll von 0,200 Tael per Picul nach dem Tarifsatze und dem Tariftael zu erlegen. Seine Zollverpflichtung beträgt also 20,00 Tls. Diese werden gewogen auf einer Wage, die aber nur 997 Gewichtseinheiten abwiegt, wobei 997 per Mille die Verhältniszahl zum Kantoner Sse Ma-Tael (theoretisch etwa 37,69 g) darstellt. Also müssen für jede 10 Taels 0,03 hinzuaddiert werden, macht 20,06. Um diese zu bezahlen, stehen ihm in jener Gegend hauptsächlich „Chopped Dollars" zur Verfügung, d. h. die von chinesischen Firmen abgestempelten mexikanischen Dollars oder Dollarteilstücke, deren Feinheit als 900 gilt. Diese Feinheit entspricht der des dortigen „Native Customs"-Tael. Er kann natürlich auch in Silberschuhen oder anderer Münze bezahlen: das widerspricht aber der Gewohnheit; der Bankier rechnet dann vorsichtiger und der Kaufmann bezahlt mehr. Also angenommen, er bezahlt 20,06 Gewichts „Chopped Dollar"-Taels. Der Bankier will sich jedoch eindecken und berechnet noch für einen möglichen Wiegeverlust Gewichtseinheit 0,045 per 100 Taels, also in unserem Falle für 20 Taels noch 0,009, macht 20,069 Taels. Diese erscheinen dann in den Büchern der Zollverwaltung in folgender Weise. Die Verwaltung in Kongmun rechnet 110 „Chopped Dollars-Taels" = 100 Hk. Tls., also erscheinen „Chopped Dollar"-Taels 20,069 nur als Hk.-Tls. 18,244. Werden diese „Chopped Dollars" dann nach Kanton geschickt, so werden sie zur Kantoner Rate = „Chopped Dollar-Taels" 112 konvertiert, also entsteht für Kongmun ein Verlust, der als Verlust gebucht wird, sobald die Gelder nach Kanton überwiesen werden, und aus den Hk.-Tls. 18,244 werden Hk.-Tls. 17,912. Diese werden von Kanton weiterhin nach Schanghai an die Konten des Generalzollinspektors überwiesen in Form von Sh'hai-Tls. Die Rate schwankt nach dem Tageskurse um Hk.-Tls. 100 = Sh.-Tls. 111,4 herum. Von dort werden sie in die Konten der ausländischen Regierungen bei ihren Banken als Pfund Sterling, Gold-Dollars usw. übergeführt.

Übrigens wissen die europäischen Angestellten der ausländischen Banken in China von diesen Geldverhältnissen nur selten etwas und verlassen sich fast vollständig auf die chinesischen Kompradore. Daraus erklärt sich der große Reichtum und die machtvolle Stellung dieser chinesischen Ko-Direktoren, unter denen zahlreiche vielfache Millionäre sind. Die Voraussetzung für ein Eindringen in diese Verhältnisse ist eine gründliche Kenntnis des Chinesischen. Ernstliche Bemühungen, sich

von den Kompradoren allmählich zu emanzipieren, macht meines Wissens nur die Hongkong & Schanghai Bank und die Chartered Bank of India, Australia & China.

So wie der Kupferzent den Käsch verdrängt, hat sich zwischen Tael und Dollar ein Kampf entsponnen, der sich langsam zugunsten des Dollars zu entscheiden scheint. Noch werden Aktien und Staatsanleihen in Taels verzeichnet; aber schon der Staatshaushalt wird in Dollars aufgestellt, und zwar zur Rate von Kp.-Tls. 100 = Doll. 150, wobei der Kuping-Tael nur als Hilfsglied zwischen Dollar und anderen Taels gilt. Die Postverwaltung verkauft Marken in Dollareinheiten und führt auch ihre Konten in Dollars. Ebenso ist die Dollareinheit gewählt worden für Stempelmarken und für chinesische innere Anleihen. Der Dollar, von dem hier die Rede ist, ist der chinesische Dollar.

Silber wurde in China eingeführt in Form von Barren und Silberdollars. Die Barren verschwanden und wurden umgegossen. Der Silberdollar aber, der erst als Carolus-, dann aus Mexiko als Adlerdollar (nach dem Bilde) kam, wurde respektiert, weil er sich für den Verkehr mit den Ausländern sehr gut eignete. Sein Feingehalt war bekannt. Der Käsch und der Tael waren dem Europäer nicht bequem genug. Wer in den Häfen bei Fremden kleinere Einkäufe machte, benutzte den Dollar, und der Fremde wollte im chinesischen Laden Dollarpreise wissen. Dieser Dollar wird heute noch in China gebraucht, und zwar in zwei Formen. Erstens als „Chopped Dollar“: die chinesischen Firmen drückten diesem Dollar ihren Stempel auf, angeblich, um zu beweisen, daß sie seine Echtheit geprüft hätten. Nebenbei fiel bei dieser Operation ein kleines Quäntchen Silber ab. Infolgedessen hat der „Chopped Dollar“ nicht den Wert des reinen und wird vielfach gewogen, d. h. er wurde, wie wir oben zeigten, zum Medium für den Taelverkehr, er wurde gebraucht wie „Sysee“, d. i. nicht gemünztes Silber in Form der erwähnten Schuhe. Der reine mexikanische Dollar wird gebraucht wie der jetzt vom chinesischen Staat geprägte als gangbare Münze und wird fast überall wegen seiner bekannten Feinheit gern genommen.

Dasselbe läßt sich nicht sagen von dem chinesischen Dollar der Provinzialmünzen. Dieser wird oft schon in der Nachbarprovinz nur mit Verlust umgesetzt. Die von Yüan Schih-kai mit seinem Bilde geprägten begegnen wieder größerem Vertrauen. Der französische Tonkindollar wird viel im Yünnan gebraucht und ist auch in den Hafenstädten gangbar, besonders den südlichen. Sein Feingehalt ist hoch. Der Hongkong-Dollar hat geringeren Wert, ist aber auch außerhalb der Kolonie zu

finden, ebenso der Singapore-Dollar. Alle diese Dollarsorten schwanken aber in ihrem relativen Wert, und die Banken tun ihr Bestes, um dieses Schwanken noch zu verstärken.

Als Kuriosum wäre zu vermerken, daß der früher sehr verbreitete Karolusdollar noch 1909 in Wuhu am Yang-tze die Grundlage für alle Landkäufe abgab. Es gibt nur noch wenige solche Dollars, aber sie finden ihren Weg immer wieder nach Wuhu.

Wichtig sind auch die kleinen Silbermünzen, die 10 und 20 Zentstücke, deren Feinheit 800 sein soll. Auch bei der Prägung dieser Münzen haben sich die Provinzialbehörden allerlei Freiheiten erlaubt, wodurch den Geldwechslern ihr Profitgeschäft erleichtert und dem Publikum das Geldgeschäft erschwert wird. Beim Reisen muß man sehr vorsichtig sein, sonst sitzt man in der nächsten Provinz mit seinem Schatze fest. Da diese Münzen nicht nach ihrem nominellen Wert verhandelt werden, sind sie nicht als Scheidemünze anzusprechen.

Infolgedessen ist das Verhältnis der 10 und 20 Zentstücke zum Dollar = 100 Zents ebenfalls kein einfaches. Es hängt von der Feinheit der Münze und dem Angebot ab. Ein Provinzdollar kann wert sein 110 Zents in kleiner Silbermünze bis 120 Zents. Auch das Verhältnis zum Kupferzent variiert, indem man z. B. 11 oder 12 für ein silbernes 10 Zentstück erhält, und, wenn noch Käsch auf dem Markte sind, vielleicht auch noch Käsch dazu, also z. B. 11 Kupfer-Zents und 3 Käsch.

Sehr populär ist das 20 Zentstück geworden. So beziehen sich die Dollarzahlen in Kaufverträgen um Kanton herum stets auf „Kleine Dollars", „Small Dollars", das sind 5 × 20 oder 10 × 10 Zentstücke. Die beste Informationsquelle für diese Fragen bilden die „Decennial Reports" der chinesischen Seezollverwaltung.

Gold ist in China ein Handelsartikel. In Form von Blattgold und ausländischen Münzen findet man es auf dem Geldmarkt. Es wird vielfach zum Horden benutzt in Form von hochkarätigen Ringen, Armbändern u. dgl.

Die obigen Ausführungen dürften zur Genüge beweisen, daß es der Chinese nicht leicht hat, sich durch den Urwald verschiedenwertiger Metallgeldsorten hindurchzuarbeiten. Dafür hat er aber eine Klippe umschifft, an der nun manche Völker fast zugrunde gehen. Er hat die zweifelhaften Segnungen des staatlichen Notenzwanges vermieden.

Der Chinese begegnet der Geldnote mit Mißtrauen. Er kennt sie von früher, besonders aus der Mongolenzeit (1260—1368), her und weiß, daß sie nichts Gutes zu bedeuten hat. Auch die Tang sollen um 810 n. Chr. schon Papier gebraucht haben. Später wurde es dann gelegentlich wieder verwandt, aber stets zum Schaden des Volkes.

Im Innern wird man Banknoten auch heute nur schwer los. In den Vertragshäfen werden Banknoten der europäischen Banken ohne Verlust angenommen, aber auch nur dort, wo sie verausgabt sind. Bei Taelnoten ist das ja selbstverständlich, es gilt aber auch für Dollarnoten. Das Mißtrauen ist so groß, daß schon jede Bank einen „Run“ zwecks Einlösung der Noten hat durchleben müssen. Banknoten kann ausgeben und gibt aus jede Bank in China, europäische oder chinesische; die Voraussetzung ist und bleibt nur das Vertrauen des Publikums.

Die europäischen Banken in China sind meistens bedeutendere Geldinstitute. Eigentliche chinesische Großbanken scheinen sich in den letzten Jahren zu bilden. Im übrigen rangieren die Banken vom Geldwechsler bis zum eigentlichen Bankier. Provinzialbanken, die immer in einem bestimmten Verhältnis zu den Provinzialbehörden zu stehen scheinen, entstehen überall. Oft ist ein hoher Beamter der Machthaber in diesen Instituten, wie z. B. Liang Shih-i in der Verkehrsbank.

Die beiden Regierungsbanken, Bank von China und Verkehrsbank, geben ebenfalls Banknoten heraus, die aber keinen Zwangskurs haben. In Peking, wo die Regierung den Markt überschwemmte, standen sie 50, wie oben erwähnt wurde. Die Regierung versuchte dann durch allerlei kleine Mittel den Tiefstand zu beheben, indem sie z. B. einen Prozentsatz der Fahrtkosten auf der Tientsin-Mukdenbahn in solchen Noten akzeptierte. Die selbständigen Verwaltungen, wie Seezoll, Salz, Post, nehmen solche Noten nicht an [1]).

Gelegentlich sind dem Volke Militärbanknoten aufgezwungen worden, so in Hunan von den chinesischen Militärbehörden während der Revolutionskämpfe.

Privatkonten, Tratten, Wechsel, Darlehen, Bevorschussung kennt China schon seit langem, aber immer und überall begegnet man dem Mißtrauen des Volkes, das letzten Endes nur zum Metall Vertrauen hat. Die „Money Orders“ der chinesischen Post haben sich jedoch das Vertrauen des kleinen Mannes erobert.

Starken Einfluß hat der Stand des Silbers auf Einfuhr und Ausfuhr. Im Verhältnis zum Golde stand Silber bei Beginn des Krieges 1 Silber-Dollar = 1,80 Mk., jetzt (Januar 1920) 4,50 Mk. (Gold) plus oder minus [2]). Durch Steigen des Silbers wird die Einfuhr erleichtert,

[1]) Vgl. hiermit A. Reiß, Das Bankwesen in China, S. 168.

[2]) Silber-Raten:

1864	6 sh	8 d	per Hk.-Tl.
1884	6 ,,	4 ,,	,, ,,
1904	2 ,,	10 ,,	,, ,,
1914	2 ,,	9 ,,	,, ,,
1919	5 ,,	9 ,,	,, ,,

die Ausfuhr erschwert, vor allem weil der Produzent im Innern gefühlsmäßig und auch wegen praktischer Hemmungen, wie Konstanz der Löhne, der Inlandpreise der Waren und der Transportkosten, sich nur langsam auf die Schwankungen einstellen kann. Denn Riesengebiete wie China und Indien sind Welten für sich, und am Schwergewicht ihrer kompakten Masse zerschellen vorübergehende Schwankungen wirkungslos und wirken selbst nachhaltige Einflüsse nur allmählich und abgetönt.

Für den Kaufmann sind die großen Schwankungen des Silberkurses von großem Nachteil, wenn sie schnell und unvorhergesehen kommen, für den Volkswirtschaftler sind sie stets unbequem, weil sie Wertstatistiken, den Nachweis von Aufstieg und Rückgang des Handels sehr erschweren. Bei den Statistiken der chinesischen Seezollverwaltung müssen diese Fehlerquellen stets in Rechnung gezogen werden.

Der Zinsfuß ist, wie bekannt, in China ziemlich hoch. Im Privatschuldenverkehr gilt 1 % pro Monat nicht als hoch. Die inneren Anleihen bringen 6 %, gut garantierte auswärtige Anleihen 5 % Zinsen.

Pläne für eine Währungsreform sind schon häufiger gefaßt worden. Um 1913 herum wurde ein großer Anlauf genommen. Wie gewöhnlich mußte die Seezollverwaltung eine Menge Material beschaffen. Sämtliche Häfen wurden angewiesen, anzugeben, welche Zahlungsmittel zur Bezahlung der Zölle verwandt wurden: Taelsilber, gemünztes Silber, Kupfermünzen, Anweisungen usf. Ebenso müssen seitdem besondere Aufstellungen über Edelmetall- und Münzenverschiebungen geliefert werden. Es kam aber zu nichts. Silberwährung oder Goldwährung? Selbst diese Frage ist noch nicht entschieden.

Anfang 1919 ging die Nachricht durch die Presse, daß die Alliierten China zur Annahme der Goldwährung veranlassen wollten, ferner sollte der japanische Finanzmann Baron gakatani zum Berater in diesen Angelegenheiten ernannt worden sein. Daß ein Berater angestellt worden ist, ist wahrscheinlich. Dieser Teil der Aufgabe wird in China immer schnell gelöst; zweifelhaft ist nur, ob gerade die Gegenwart mit ihren unsicheren Geld- und Währungsverhältnissen der für die Einführung der Goldwährung geeignete Augenblick ist.

Bei Einführung einer Währungsreform wäre mit folgenden Schwierigkeiten zu rechnen:

1. Vor allem mit dem Mißtrauen des Volkes, das hinter jeder Finanzmaßnahme eine verschleierte Steuermaßnahme wittert;

2. mit dem weniger wichtigen, weil konkreteren, Widerstande der Bankiers und Geldwechsler;

3. mit der Metallbeschaffung; das Volk würde sofort zum Horden seine Zuflucht nehmen;

4. Ablösung und (oder) Umwandlung der Silberanleihen;

5. mit dem Riesenareal und 360 Mill. Einzelwesen;

6. mit einer langen Übergangsfrist usf.

Die Voraussetzungen für eine solche Maßnahme sind außerdem: straffe Organisation, starke Zentralgewalt und Ruhe im Lande. Diese fehlen. Auch würde heute, wo von Goldwährung in den europäischen Ländern nicht mehr die Rede sein kann, der Handel von und nach dem europäischen Ausland von einem solchen Wechsel nicht mehr den Nutzen ziehen, der in normalen Zeiten zu erwarten gewesen wäre.

Quellennachweis zu „Die Finanzwirtschaft" und „Das Geldwesen".

Dr. Pyau Ling, Beiträge zur neuesten Geschichte Chinas. Kapitel IV: Chinas Finanz- und Anleihepolitik. Berlin 1917.

Archiv für den Fernen Osten (China-Archiv), herausgegeben vom Deutsch-Chinesischen Verband. 1916 Heft 1/2 S. 40: Anleihen; S. 45: Haushaltsvoranschlag für 1916. 1918 Heft 10 S. 451: Chinesisch-japanische Anleihen. 1919 Heft 1/2 S. 48: Chinesisch-japanische Anleihen.

The China-Yearbook.

Friedrich Otte, Der Handel Chinas seit 1870. Im „Ostasiatischen Lloyd" April-Hefte 1914. — Translations from Modern Chinese. Abschnitte 3, 20 und 21. Schanghai 1916.

Cheng-fu Kung Pao, Regierungsblatt in chinesischer Sprache. Peking, Regierungsdruckerei.

H. B. Morse, Trade and Administration of China. 2. Auflage (1. Auflage 1908). Schanghai, Kelly & Walsh.

China's treaties with Foreign Powers, published by order of the Inspector general of Customs. 2 Bände. (Ein dritter Band war 1916 in Vorbereitung.) Shanghai, Kelly & Walsh.

Lic. W. Schüler, Geschichte Chinas. Berlin 1912.

Decennial Reports of the Chinese Maritime Customs. Shanghai, Statistical Departement of the Inspectorate General of Customs. 1892/1901 erste Ausgabe, 1902/1911 zweite Ausgabe. Abschnitte über „Currency and Finance".

J. Edkins, Banking and Prices in China. Shanghai 1905, Kelly & Walsh. — Chinese Currency. Shanghai 1890, Kelly & Walsh.

Dr. E. Vissering, On Chinese Currency. Batavia 1912, G. Kolff & Co.

The Far Eastern Review, Monatsschrift, Februarheft 1919. Shanghai, Herausgeber George Bronsch Red.

W. von Kries. Seezollverwaltung und Handelsstatistik in China. Jena 1913.

Innere Organisation fremder Firmen in China.

Von

A. Reiß,

Prokurist der Deutsch-Asiatischen Bank.

Was die innere Organisation der fremden Firmen in China anlangt, so werde ich in der Hauptsache die größeren und bedeutenderen Firmen, die sog. „Allgemeinen Import-, Export- und Kommissionsfirmen" zum Gegenstand meiner Betrachtung machen, da diese Firmen möglichst viele Gebiete des chinesischen Handels bearbeiten und daher das beste Bild kaufmännischer Organisation in China darbieten. Ich werde naturgemäß die Verhältnisse schildern, wie sie vor dem Kriege bestanden. Ob in Zukunft diese Verhältnisse sich nicht vollständig ändern werden, läßt sich heute noch nicht sagen.

Die bedeutenderen fremden Firmen in China beschäftigen sich mit dem Export aller Arten von chinesischen Landesprodukten nach den Haupthandelszentren der Welt und mit dem Import aller in China verwendbaren Produkte und Fabrikerzeugnisse aus allen Weltteilen, und es liegt in der Natur der Sache, daß diese Firmen in zwei Hauptabteilungen, die Export- und Import-Abteilung, eingeteilt sind, die ihrerseits wieder in Unterabteilungen gegliedert sind; jede dieser Unterabteilungen pflegt unter der Leitung eines geschulten europäischen kaufmännischen oder technischen Spezialisten mit — je nach Bedeutung der Abteilung — mehr oder weniger zahlreichem europäischen und chinesischen Hilfspersonal zu stehen.

Solche Unterabteilungen bestehen gewöhnlich, soweit der Export in Frage kommt, für jedes der Hauptprodukte des Landes, wie Seide, Strohborten, Federn, Tee, Häute und andere; dazu kommt noch die Abteilung für allgemeinen Export, d. h. für solche Artikel, für deren Bearbeitung im einzelnen die Schaffung einer besonderen Abteilung nicht erforderlich ist, wie Bohnenkuchen, Erdnüsse, Borsten, Ölsaaten, Talg etc.

In gleicher Weise ist die Import-Abteilung eingeteilt in Unterabteilungen für die hauptsächlichsten Importwaren, wie Manchester-

Baumwoll-Webwaren und Garne, Uhren, Farben, Eisenwaren etc., sowie die sogen. „Sundries“-Abteilung, in der der Import von allen möglichen Arten von Waren bearbeitet wird, wie Emaillewaren, Lampen, Spielwaren, Glas, Tuchen, Lebensmitteln, Kleidungsstücken, Nadeln, Werkzeugen usw.

Eine besondere Abteilung, die wegen der Bedeutung und Größe des von ihr bearbeiteten Geschäfts gewöhnlich unter der speziellen Leitung des Firmenchefs steht, ist die Abteilung für das sogen. Regierungsgeschäft, d. h. das Geschäft, das ursprünglich nur große Lieferungen hauptsächlich industrieller Erzeugnisse an die chinesische Regierung umfaßte, sich aber allmählich auch auf ähnliche Lieferungen an Private ausdehnte. Diese Abteilung besorgt in der Hauptsache den Import von Maschinen, sonstigen großindustriellen Erzeugnissen, Waffen usw. Sie besorgt und überwacht auch die Anlage und den Betrieb ganzer, für chinesische Rechnung errichteter Fabriken. In ihr werden die einzelnen Ressorts meistens von Ingenieuren, Chemikern, Technikern und sonstigen Spezialisten bearbeitet, die entweder von den Firmen direkt angestellt oder von den heimischen Fabriken den Firmen dauernd attachiert sind. Eine einzelne Firma beschäftigt auf diese Weise in China manchmal eine ganze Reihe von europäischen Ingenieuren und Spezialisten. Sind größere Maschinenanlagen in China aufzustellen, so senden die heimischen Fabriken oftmals ihre eigenen Ingenieure und Monteure, die die Montierung und Inbetriebsetzung der Anlagen zu besorgen und zu überwachen haben.

Eine weitere Abteilung ist die Versicherungs-Abteilung. Die Firmen vertreten vielfach europäische Transport-, Feuer- und Lebensversicherungsgesellschaften und sind gewöhnlich berechtigt, bis zu einem bestimmten Höchstbetrage unter vorgeschriebenen Bedingungen die Versicherung von Waren-Verschiffungen, von Gebäuden und Mobiliar und Lebensversicherungen abzuschließen.

Die größeren Firmen haben auch oft die Vertretung von Schiffahrtsgesellschaften inne. Unsere großen deutschen Schiffahrtsgesellschaften hatten bis zum Ausbruch des Krieges, soweit sie nicht durch eigene Zweighäuser vertreten waren, die Vertretung ihrer Interessen an den größeren Plätzen Chinas deutschen Firmen anvertraut, die entweder durch ihr eigenes oder durch von den Gesellschaften gestelltes und den Firmen attachiertes Personal die Abfertigung der Dampfer, Annahme von Ladung und Abschluß von Frachtgeschäften in besonderen Abteilungen besorgten.

Schließlich erwähne ich noch die Abteilung der Buchhalterei, die gewöhnlich außer dem leitenden europäischen Personal noch Chinesen und Mischlinge beschäftigt. Während die Finanzverwaltung der Firma und das Geschäft mit den Banken meistens in den Händen der Firmenchefs liegt, hat die Buchhalterei außer ihrer eigentlichen buchhalterischen Tätigkeit noch den laufenden Verkehr mit den Banken zu besorgen.

Die Firmen, von denen ich bis jetzt gesprochen habe, sind im allgemeinen nicht nur an einem einzigen Platze, sondern an allen größeren Hafenplätzen, soweit sie von den Chinesen für den Fremdhandel freigegeben sind, durch eigene Zweighäuser vertreten. Sie haben indessen auch chinesische Agenturen an solchen Inlandplätzen, die zwar für den Fremdhandel nicht freigegeben sind, die aber für den Einkauf oder Absatz von Waren, sowie für die Beobachtung bestimmter Warenmärkte oder für die Sammlung von Informationen von Wichtigkeit sind. Die Zweighäuser pflegen im allgemeinen durchaus selbständig zu arbeiten, wenn sie natürlich auch in allen wichtigen finanziellen und grundsätzlichen Fragen stets die Hauptniederlassungen ihrer Firmen zu befragen haben, die sie auch über ihre allgemeine geschäftliche Tätigkeit durch fortlaufende eingehende Berichterstattung zu orientieren verpflichtet sind.

Außer diesen Firmen, die sich auf allen oder möglichst vielen Gebieten des Handels betätigen, gibt es nun noch eine große Anzahl von Firmen, die nur bestimmte und begrenzte Gebiete des Handels bearbeiten; obwohl auch unter ihnen viele bedeutende und wohlhabende Unternehmungen zu finden sind, so pflegen sie doch, was die Organisation ihres Betriebes anlangt, meistens mit wesentlich einfacheren Mitteln zu arbeiten.

Zu erwähnen ist ferner eine Anzahl von Spezialfirmen, die sich nur mit einem oder wenigen bestimmten Spezialartikeln beschäftigen, wie Tee, Seide, Farben, Maschinen, elektrischen Artikeln und anderen. Diese Firmen sind vielfach Zweigfirmen heimischer Fabrikunternehmungen. Eine hohe, achtunggebietende Stellung nehmen unter ihnen die Vertreter der großen deutschen Farbenfabriken ein, von denen die bedeutenderen ein ganzes Netz von Vertretungen über ganz China haben, und die ihre Farbentechniker in alle für den Verkauf von Farben in Betracht kommenden Gebieten Chinas zu entsenden pflegen. Aber auch nichtdeutsche Spezialfirmen haben großartige Organisationen in China geschaffen; besonders sind in diesem Zusammenhange eine britisch-amerikanische Zigarettenfirma und amerikanische Petroleum-Gesellschaften zu nennen.

Die Mehrheit der deutschen Firmen in China besteht aus offenen Handelsgesellschaften, doch finden sich auch die Formen der Gesellschaft mit beschränkter Haftung, der Kommanditgesellschaft und der Aktiengesellschaft. Deutsche Aktiengesellschaften mit dem Stammsitz in China sind, abgesehen von der Deutsch-Asiatischen Bank, die schon seit rund 30 Jahren existiert, erst in den letzten Jahren ins Leben gerufen worden, seitdem gesetzlich festgelegt ist, daß in den deutschen Konsulargerichtsbezirken, d. h. also auch in China, abweichend von der für Deutschland geltenden gesetzlichen Bestimmung, Aktiengesellschaften auch Inhaber-Aktien unter 1000 Mk. bis zu 200 Mk. bzw. deren Gegenwert als Mindestbetrag ausgeben können.

Die umfassende Tätigkeit, die die China-Firmen auf allen Gebieten des China-Handels entfalten, bedingt naturgemäß einen teilweise ganz bedeutenden Besitz an Grundstücken, Fabrikanlagen, Geschäftshäusern und Lagerhäusern. Es gibt Firmen, die außerdem noch Baumwollspinnereien, Erzwäschereien, Lagerhausgesellschaften, Seiden-Filaturen und andere Unternehmungen besitzen oder durch überwiegenden Aktienbesitz kontrollieren und durch eigene Angestellte verwalten lassen, und die bedeutenderen China-Firmen, unter denen sich eine ganze Anzahl von deutschen Firmen befindet, bieten ein Gesamtbild dar, das wohl geeignet ist, mit Bewunderung für den Unternehmungsgeist, die Schaffenskraft und das Organisationstalent ihrer Leiter zu erfüllen.

Daß sich für die Angestellten der China-Firmen vielfach glänzende Gelegenheit zu früher Selbständigkeit und erfolgreicher Betätigung ergibt, braucht danach wohl kaum gesagt zu werden. In verhältnismäßig jungen Jahren kann ein tüchtiger und fleißiger Kaufmann als Abteilungsleiter eine mehr oder weniger selbständige und im allgemeinen auch gutbezahlte und angesehene Stellung erwerben, und bei erfolgreicher Tätigkeit eröffnet sich ihm die Aussicht auf leitende Stellungen bei den Haupt- und Zweigniederlassungen der Firma und schließlich sogar auf Teilhaberschaft.

Es dürfte interessieren, wenn an dieser Stelle kurz die Bedingungen skizziert werden, unter denen die Angestellten im allgemeinen von den Firmen engagiert werden.

Es ist üblich, daß die Firmen mit dem Angestellten einen Vertrag schließen, in dem dieser sich verpflichtet, eine bestimmte Anzahl von Jahren, meistens drei Jahre, in den Diensten der Firma zu bleiben. Die Kosten der Ausreise nach China bestreitet die Firma; in einzelnen Fällen erhält der Angestellte auch noch eine Vergütung für Ausrüstungskosten.

Eine Verpflichtung zur Bezahlung der Rückreise, falls der Angestellte nach Ablauf des Vertrages nach der Heimat zurückzukehren wünscht, pflegen die Firmen nicht einzugehen oder höchstens für den Fall zuzugestehen, daß der Angestellte bei der Rückkehr mindestens 6 bis 8 Jahre in den Diensten der Firma gestanden hat. Das Anfangsgehalt, das sich im zweiten und dritten Jahre meistens vertraglich erhöht, ist durchweg so normiert, daß der Angestellte bei nicht zu großen Ansprüchen standesgemäß leben kann, heute jedenfalls besser als in Deutschland. Die Kosten etwa nötig werdender ärztlicher Behandlung trägt die Firma, während Hospitalkosten von Firma und Angestellten im allgemeinen zu gleichen Teilen getragen werden. Nach Ablauf des Vertrages wird die Firma wohl stets, wenn der Angestellte sich als brauchbar erwiesen hat, einen neuen Vertrag mit erhöhten Bezügen für eine bestimmte Reihe von Jahren, meistens wiederum drei Jahre, mit ihm abschließen, und es ist üblich, daß, sobald der Angestellte Leiter einer Abteilung bzw. Spezialist für eine bestimmte Warengattung geworden ist, die Firma ihm vertraglich einen Anspruch auf Vergütung einer Provision vom Reingewinn der von ihm geleiteten Abteilung gewährt, wodurch sich sein Einkommen oftmals wesentlich erhöht. Wenn der Angestellte fünf oder sechs Jahre in den Diensten der Firma gewesen ist, steht ihm meistens vertraglich ein Heimaturlaub von etwa einem halben Jahre zu. Während dieses Urlaubs, vor dessen Antritt der Angestellte sich zu verpflichten hat, in den Diensten der Firma zu bleiben, zahlt ihm die Firma im allgemeinen das volle, manchmal allerdings auch nur die Hälfte seines Gehalts. Auch trägt sie gewöhnlich die Kosten der Hin- und Rückreise.

Außer dem europäischen Personal bedürfen die Firmen natürlich noch eines großen chinesischen Personals, an dessen Spitze der Komprador steht. Das Wort „Komprador" ist portugiesischer Herkunft. Die Portugiesen sind in ihrer Glanzzeit die ersten Europäer gewesen, die in größerem Maßstabe Handel mit China getrieben haben. Für die Vermittlung bei ihren Geschäften mit Chinesen bedurften sie eines vertrauenswürdigen, mit Land und Leuten bekannten Unterhändlers, des Kompradors. Der Komprador ist nach der Art seines Verhältnisses zur fremden Firma und seiner Tätigkeit teils Angestellter, teils Handelsagent und Vermittler, teils selbständiger Kaufmann. Das Komprador-Institut ist daher als ein bestimmter juristischer Begriff nicht aufzufassen, sondern je nach der Art der Tätigkeit verschieden zu beurteilen. Ausgeschlossen ist indessen jegliche verbindliche Vertretung der fremden Firma durch ihn nach außen hin. Er hat keinerlei Zeichnungsbefugnis, die vielmehr

allein den dazu nach den gesetzlichen Bestimmungen berechtigten Europäern zusteht. Aus der Frage der Vertretungsbefugnis der Kompradore haben sich schon öfters Streitigkeiten und Prozesse ergeben. Namentlich haben sich die Chinesen selbst vielfach auf den Standpunkt gestellt, daß sie bei ihrer Unkenntnis europäischer Verhältnisse im allgemeinen und des inneren Verhältnisses des Kompradors zur fremden Firma im besonderen nicht imstande seien, zu beurteilen, wie weit der Komprador beim Abschluß von Geschäften für Rechnung der fremden Firma zu gehen berechtigt sei. Britische Juristen haben derartige Einwände der Chinesen schlank zurückgewiesen, während deutsche Juristen sich über die Frage bisher nicht einig geworden sind. In einem Prozesse, der vor deutschen Gerichten zum Austrag gekommen ist, und in dem besonders die Frage der Vertretungsvollmachten des Kompradors strittig war, vertrat ein deutscher Jurist u. a. den Standpunkt, daß ein Bankkomprador nichts anderes sei, als ein Angestellter in einem offenen Ladengeschäft, der zur Empfangnahme und Auszahlung von Geldern als Vertreter seines Prinzipals ohne weiteres berechtigt sei. Der Bank-Komprador sei Angestellter der Bank genau wie jeder europäische Angestellte der Bank, und die vom Komprador abgeschlossenen Geschäfte seien daher nach denselben bürgerlich- und handelsgesetzlichen Grundsätzen zu beurteilen, wie die durch europäische Angestellte geschlossenen Geschäfte. Ein anderer deutscher Jurist vertrat dagegen den Standpunkt, daß die Stellung des Kompradors ein einheitliches rechtliches Institut nicht sei; der Komprador sei vielmehr in seiner rechtlichen Stellung jeweils nach dem für ihn geltenden Komprador-Vertrage zu beurteilen. Sicher sei, daß er der Vertrauensmann der fremden Firma und der Vermittler von Geschäften zwischen ihr und den Chinesen sei. Der Begriff des Kompradors sei in Deutschland unbekannt, und nach den Bestimmungen des Konsulargerichtsbarkeits-Gesetzes sei die Komprador-Frage daher nach dem Handelsgewohnheitsrecht zu beurteilen. Nach diesem Recht sei aber eine Vertretungsvollmacht des Kompradors völlig ausgeschlossen.

Ein Schanghaier Rechtsanwalt schrieb u. a. über die Frage wie folgt:

„. . . . . Nun ist es aber den Fremden und den Chinesen allgemein bekannt, daß kein Bankkomprador — und dies dürfte für alle fremden Banken in Ostasien zutreffen — selbständige Abschlußvollmacht hat, daß jedes Geschäft, das ein Fremder oder Chinese mit der Bank macht, erst in dem Augenblick als abgeschlossen betrachtet werden kann, in dem

der die Bank zu vertreten bevollmächtigte Fremde seine Zustimmung zu dem vom Komprador herangebrachten Geschäft gibt."

und ferner: „Der Fehler scheint mir darin zu liegen, daß der Bankkomprador mit einem Rechtsinstitut (Handlungsvollmacht) in Verbindung gebracht wird, dem er seinem ganzen Ursprung und seiner Entwicklung nach nicht untersteht; er ist nicht Handlungsbevollmächtigter, sondern, soweit es sich um die Rechtsbeziehungen Dritter zu der Bank handelt, bis zu einem gewissen Grade vermittelnder Handlungsagent."

und schließlich: „Will man die rechtliche Stellung des Kompradors fixieren, so wird man davon ausgehen müssen, daß er unter ein bestimmtes deutsches Rechtsinstitut nicht subsumiert werden kann. Seine Entstehung unter der Herrschaft des englischen Rechts in Verbindung mit dem weitgehenden englischen Rechtsbegriff des „agent" weisen darauf hin, daß das Fundamentale in seiner Rechtsstellung sich dem deutschen Handelsagenten nähert. In einzelnen Funktionen muß er als Handlungsgehilfe aufgefaßt werden, in anderen als Kommissionär, in einigen als Handlungsbevollmächtigter. Als Gesellschafter oder Teilhaber einer Handelsgesellschaft wird er nur in Ausnahmefällen in Betracht kommen."

„Das ganze Institut scheint mir in bezug auf seine rechtliche Subsumierung mit mehr Schwierigkeiten durchsetzt zu sein, als man gemeiniglich anzunehmen geneigt ist, und bietet vielleicht deshalb so viel des Interessanten."

Man sieht aus diesen wenigen Beispielen, welche Schwierigkeiten die Komprador-Frage den deutschen Juristen bereitet.

Die Deutsch-Asiatische Bank hat, um irgendwelchen Schwierigkeiten, die aus der Frage entstehen könnten, zu begegnen, in ihren Bureaus Bekanntmachungen in chinesischer Sprache angeschlagen, aus denen ersichtlich ist, welche Europäer zeichnungsberechtigt sind, und in denen ausdrücklich erwähnt ist, daß der Komprador keine Zeichnungvollmacht hat.

Die Kompradore, die sich in der chinesischen Geschäftswelt allgemein großen Ansehens erfreuen, sind für die Firmen bisher gänzlich unentbehrlich gewesen. Es ist oftmals darauf hingewiesen worden, daß die Firmen versuchen sollten, ohne Kompradore auszukommen, daß sie ihre kaufmännischen Angestellten anhalten sollten, die chinesische Sprache gründlich zu erlernen, um in der Lage zu sein, die Geschäfte direkt und ohne die Vermittlung des Kompradors mit den chinesischen Kaufleuten abzuschließen, und daß sie dadurch den kostspieligen Komprador-Apparat und vor allem die Möglichkeit, vom eigenen Komprador bei ihren Geschäftsabschlüssen übervorteilt zu werden, vermeiden könnten. Indessen

hat sich, so berechtigt im Kern diese Anregung vielleicht ist, bisher, soviel ich weiß, noch keine europäische Firma entschlossen, eine so radikale Änderung ihrer Geschäftspraxis vorzunehmen.

Die Kompradore schließen mit den Firmen einen gewöhnlich nach englischem Muster ausgearbeiteten Vertrag, in welchem sie für das gesamte chinesische Personal, für dessen Ehrlichkeit und Zuverlässigkeit sowie für alle durch ihre Vermittlung oder durch die des chinesischen Personals abgeschlossenen Geschäfte, d. h. für die richtige und einwandfreie Erfüllung derselben, die Garantie übernehmen. Sie verpflichten sich, für alle durch die Unehrlichkeit und Unachtsamkeit des chinesischen Personals sowie durch mangelhafte Erfüllung von Geschäftsabschlüssen entstehenden Verluste aufzukommen. Als Sicherheit für diese Verpflichtung pflegen sie bei den Firmen je nach deren Größe und Bedeutung größere oder kleinere Barsummen und/oder Grundbriefe zu hinterlegen und außerdem noch Garantien angesehener und als wohlhabend bekannter chinesischer Kaufleute beizubringen. Leider ist die Gepflogenheit, Barsicherheiten zu leisten, in den letzten Jahrzehnten mehr und mehr abgekommen, und außer den Kompradoren der Banken dürften jetzt nur noch wenige Kompradore sich bereit finden lassen, andere Sicherheiten wie Grundbriefe und Garantien zu geben.

In den Komprador-Verträgen verpflichten sich dagegen die Firmen, dem Komprador ein bestimmtes, in den einzelnen Fällen natürlich verschiedenes monatliches Gehalt zu zahlen, in welchem gewöhnlich die Gehälter des gesamten chinesischen Personals einbegriffen sind, und ihm ferner für alle durch ihn oder sein Personal vermittelten Geschäfte eine bestimmte Kommission zu vergüten.

Die Komprador-Verträge pflegen sehr umfangreiche Dokumente mit vielen Klauseln zu sein, die die Pflichten und Rechte des Kompradors und der Firma bis ins einzelnste genau festsetzen.

Die Einkünfte des Kompradors sind oftmals recht bedeutend, wenn er auch an sein Personal meistens einen bestimmten Anteil in Form von Provisionen sowie an seine Garanten in Form von Garantie-Provisionen abzugeben hat.

Das Personal des Kompradors setzt sich zusammen aus einem oder mehreren stellvertretenden Kompradoren, die die Geschäfte der größeren Abteilungen der Firma zu besorgen haben, aus den sogenannten „shroffs“, d. h. eigentlich Geldprüfern, die ebenfalls für die Vermittlung von Geschäften tätig sind, aus dem Kassenpersonal, das die Kassengeschäfte der Firma zu versehen hat, aus dem Lagerpersonal, dem die

Beaufsichtigung, Ausgabe und Annahme der in den Lagerhäusern der Firma untergebrachten Waren obliegt, sowie dem Diener- und Arbeiterpersonal. Der Komprador führt seine eigenen Bücher getrennt von denen der Firma und hat dafür sein eigenes Buchhalterpersonal.

Die Aufgabe des Kompradors und seiner Angestellten besteht darin, der Firma nach Anweisung oder Anregung der leitenden Europäer Geschäfte zuzuführen, bei geschäftlichen Besprechungen mit Chinesen als Vermittler und Dolmetscher tätig zu sein, den Verkehr mit den chinesischen Geschäftsfreunden zu pflegen und aufrechtzuerhalten und alle sonstigen im Verkehr mit diesen erforderlichen Funktionen auszuüben sowie auch, wenn nötig, für die Firma Geschäftsreisen nach den Provinzen zu machen. Ferner hat der Komprador durch sein Personal die Abnahme und Heranschaffung der Waren von und nach den Dampfern, die Verpackung und Signierung von Exportwaren, die Anstellung des von Fall zu Fall erforderlichen Arbeiterpersonals sowie die Einlagerung der Waren in den Wohnhäusern zu besorgen und zu überwachen.

Es ist selbstverständlich, daß das chinesische Personal in der Hauptsache den Weisungen der europäischen Angestellten zu folgen hat, obwohl ihm das Recht zusteht und die Pflicht obliegt, jederzeit auf neue Geschäftsmöglichkeiten hinzuweisen und entsprechende Vorschläge zu machen.

Die Zweighäuser der Firma pflegen ihre besonderen Kompradore mit besonderem Komprador-Personal zu haben.

Die Stellung der Bankkompradore und ihre Anstellungsbedingungen sind mutatis mutandis die gleichen wie bei den Firmen. Die Gesamthöhe der Sicherheiten beträgt gewöhnlich nicht unter 100 000 Tls. Die Bankkompradore haben speziell für die handelsübliche Feinheit der Silberschuhe, des Sycee sowie für die Echtheit der vereinnahmten und verausgabten Geldsorten, Goldbarren usw. zu garantieren.

Der Bankkomprador ist gewöhnlich, soweit der technische Betrieb in Frage kommt, dem europäischen Kassierer unterstellt, der ihn in erster Linie zu kontrollieren hat. Die Kasse der Bank steht unter dem gemeinsamen Verschluß des europäischen Kassierers und des Kompradors, nur beide gemeinsam können die Tresors öffnen und schließen. Die Geldannahme und -ausgabe während der Geschäftszeit erfolgt nur durch chinesische Angestellte des Kompradors; das europäische Personal hat damit nichts zu tun.

Das Bankwesen in China.

Von

A. Reiß,

Prokurist der Deutsch-Asiatischen Bank.

Das Bankwesen ist, wenn auch in primitiven Formen, in China schon zu einer Zeit einigermaßen ausgebildet gewesen, in der es in Europa noch in den Kinderschuhen steckte. Vor allem hat der Chinese die Bank- oder Kreditnote bereits im Zahlungsverkehr zur Anwendung gebracht, als dieses Zahlungsmittel in Europa noch völlig unbekannt war. Wie alles in China, so entwickelte sich auch das Bankwesen nur sehr langsam, und während das europäische Bankwesen verhältnismäßig schnell Formen annahm, die bereits seine spätere glänzende Entwicklung ahnen ließen, blieb es in China auf einem Niveau, welches schließlich nicht annähernd den Bedürfnissen entsprechen konnte, die sich notwendigerweise ergeben mußten, als China dem Fremdhandel nach und nach erschlossen wurde. Fremde Banken mußten die Funktionen des Zahlungsverkehrs mit dem Auslande übernehmen, und erst in den beiden letzten Jahrzehnten haben einige wenige chinesische Banken, wenn auch einstweilen noch ohne größeren Erfolg, begonnen, ihren Betrieb modernen Ideen und Bedürfnissen anzupassen, ja, sie tragen sich sogar mit der Absicht, demnächst selbst Niederlassungen im Auslande zu errichten.

Die Zahl der einheimischen Banken in China ist sehr groß. Ihr Kapital ist in den meisten Fällen indessen sehr klein und beträgt oft nur wenige tausend Dollars. Banken mit einem Kapital von 50000 bis 100 000 Tls. werden von den Chinesen oft schon als erstklassig betrachtet. Lediglich einige sogen. „amtliche" Banken arbeiten mit bedeutenderen Kapitalien.

Die bekanntesten unter den privaten chinesischen Banken sind die Schansi Banken, die als die ersten in China das Bankgeschäft betrieben haben sollen. Die Provinz Schansi ist reich an Bodenschätzen, und frühzeitig beschäftigten sich nach alten Berichten deren Bewohner

mit dem Export von Salz und Eisen nach den andern Provinzen des Reichs. Daraus wird sich von selbst die Notwendigkeit der Aufnahme einer über ganz China verbreiteten bankgeschäftlichen Tätigkeit ergeben haben, worauf zurückzuführen sein dürfte, daß sich noch heute Schansi Banken an allen größeren Plätzen Chinas vorfinden. Ihnen wurden in früheren Jahren von den Provinzialregierungen die Überweisungen der bedeutenden Tributzahlungen an den Kaiserlichen Hof in Peking anvertraut, und noch heute vermitteln sie die Überweisung eines Teils der Regierungsgelder von allen Provinzen Chinas nach Peking und Schanghai. Sie finanzieren ferner einen großen Teil des chinesischen Inlandhandels, sie nehmen Depositengelder an und geben Vorschüsse an Chinesen gegen Sicherheiten, hauptsächlich Waren. Wie die meisten chinesischen Banken geben auch sie Banknoten an vielen Plätzen Chinas aus. Sie genießen allgemein einen sehr guten Ruf nicht nur bei den Chinesen, sondern auch bei den Europäern.

Außer den Schansi Banken gibt es noch eine große Anzahl anderer Banken, die sich ebenfalls mit der Annahme von Depositengeldern und Hingabe von Vorschüssen gegen Sicherheiten, der Ausgabe von Banknoten sowie Geldwechselgeschäften beschäftigen.

Eine weitere Kategorie von Banken bilden die sog. „amtlichen“ Banken, an denen vielfach die Behörden oder hohe Regierungsbeamte beteiligt sind, und die gewöhnlich mit größeren Kapitalien arbeiten.

Unter ihnen ragt die „Allgemeine Verkehrsbank in Peking“ mit einem Kapital von 10 000 000 Tls. und mit vielen Zweigniederlassungen hervor; sie steht in engster Verbindung mit dem Verkehrsministerium. Vor einigen Jahren hat selbst diese bedeutende Bank das in China im Bankbetrieb nicht seltene Unglück gehabt, ihre Banknoten nicht einlösen zu können, die sie in großen Mengen ausgegeben hatte. Sie mußte daher ihre Kassen für längere Zeit schließen und hat erst vor etwa einem Jahre wieder begonnen, wenigstens einen Teil ihrer Noten einzulösen. Es ist bezeichnend für chinesische Verhältnisse, daß eine Liquidation der Bank nicht erfolgte.

Weitere „amtliche“ Banken, unter ihnen die Commercial Bank of China, Ltd und die Ningpo Commercial Bank, haben, abgesehen von der Bank von China, bedeutend geringeres Kapital, dessen Höhe zwischen einigen hunderttausend und einigen Millionen Silberdollars schwankt.

Die bedeutendste „amtliche“ Bank ist die Bank von China, die mit einem Kapital von rund 12 000 000 Dollar arbeitet, und an der die chinesische Regierung mit der Hälfte des Aktienkapitals beteiligt ist.

Die Bank, die Filialen an allen größeren Plätzen Chinas hat, ist begründet worden in der Absicht, ihr alle Funktionen einer Staatsbank nach modernem Muster zu übertragen, vor allem das Monopol der Banknotenausgabe. Aber die Bank ist noch weit davon entfernt, diese Funktionen erfüllen zu können. Obwohl sie schon seit mehr als 15 Jahren existiert, hat China heute noch dieselben chaotischen Zustände in seinen Geldverhältnissen und dieselbe große Anzahl von Noten ausgebenden Banken wie früher. Auch die Bank von China hat in den letzten Jahren in Peking Schwierigkeiten bei der Einlösung ihrer Banknoten gehabt, die zeitweise nur mit 50 % ihres Nennwertes gehandelt wurden.

Das Banknotengeschäft liegt, wie schon aus diesen wenigen Beispielen hervorgeht, sehr im argen. Die Menge der ausgegebenen Noten ist völlig unkontrollierbar, und die Folge davon ist, daß leicht Gerüchte über die Zahlungsunfähigkeit der einen oder anderen Bank entstehen und geglaubt werden. Immer wieder hört man daher von einem Sturm auf eine Bank und von ihrer dann gewöhnlich unvermeidlichen Schließung und Bankrotterklärung. Über die Deckung der Noten hat es bisher keinerlei gesetzliche Bestimmungen gegeben, und es ist kein Wunder, wenn der Mangel an behördlicher Aufsicht von den Banken oftmals in unverantwortlicher Weise ausgenutzt wird.

An fremden Banken existierten bei Ausbruch des Krieges mit China drei englische, zwei japanische, zwei französische, eine russische, eine holländische, eine belgische, eine amerikanische und eine deutsche Bank, die Deutsch-Asiatische Bank. Während des Krieges sind noch einige japanische und amerikanische Banken hinzugekommen. Die Existenz so vieler fremden Banken, die sämtlich in Schanghai, teilweise aber auch an allen anderen größeren Vertragshäfen durch eigene Niederlassungen vertreten sind, beweist die Größe und Bedeutung des chinesischen Geschäfts.

Die Deutsch-Asiatische Bank ist im Jahre 1889 von einem Konsortium großer deutscher Banken und Bankiers gegründet und arbeitet mit einem Kapital von 7 500 000 Schanghai-Tls. und bedeutenden Reserven. Die Zentrale der Bank hat ihren Sitz in Schanghai; Filialen sind in Hongkong, Kanton, Hankow, Tsingtau, Tsinanfu, Tientsin, Peking sowie in Yokohama und Kobe, in Kalkutta und Singapore und ferner in Berlin und Hamburg.

Was die Tätigkeit der fremden Banken anbelangt, so sei zunächst die Finanzierung des Importgeschäfts besprochen.

Die Finanzierung des Importgeschäfts erfolgte ursprünglich nur in der Form der sogen. Zinsklauselwechsel. Diese Wechsel, die in der üblichen Weise von der heimischen exportierenden Firma auf die China Firma in Goldwährung gezogen sind und gewöhnlich auf 3 oder 4 Monate nach Sicht lauten, enthalten folgende Klausel: „Zahlbar zur Rate der finanzierenden Bank für telegraphische (oder vista) Überweisung am Zahlungstage plus Zinsen vom Tage der Ausstellung des Wechsels bis zum Tage des Eintreffens der Rimesse in Europa“. Der Zinssatz richtet sich dabei nach den Verhältnissen des europäischen Geldmarktes und wird von den Vertretern der China-Banken in London festgesetzt und nach Bedürfnis von Zeit zu Zeit geändert. Die Höhe des Zinssatzes schwankt zwischen 5 und 8 % für das Jahr. Die Wechsel sind je nach ihrem Ausstellungsort in Mark, Sterling, Franken, Golddollars usw. gezogen. Der Wechselbetrag wird von den heimischen Vertretern der China Banken den heimischen Exporteuren zu Lasten der China-Banken ohne Abzug ausgezahlt, während die Zinsen zugunsten der Bank laufen und von ihr am Tage der Zahlung des Wechsels in China mit diesem einkassiert werden. Der Wechsel muß begleitet sein vom vollen Satz der blanko indossierten Ladescheine sowie vom ebenfalls blanko indossierten Versicherungszertifikat und einer Faktura. Durch die Auslieferung der Verschiffungspapiere und die Ausstellung eines sogen. „Letter of hypothecation“, eines Verpfändungsschreibens, seitens des Exporteurs erhält die Bank das Besitzrecht an den Waren. Nach erfolgter Akzeptierung des Wechsels in China werden die Verschiffungsdokumente auf eine von drei verschiedenen Arten behandelt:

1. Die Auslieferung der Dokumente erfolgt nach Akzept des Wechsels. Eine solche Behandlung der Dokumente wird natürlich begrenzt durch Kapital, Ruf und Bedeutung der akzeptierenden Firma.

2. Die Auslieferung der Dokumente erfolgt nach Akzept und gegen den sogen. „Letter of Lien“. Dieser Letter of Lien, d. h., wörtlich übersetzt, Pfandrecht-Brief, besteht in einem Schreiben, das die Firma an die Bank richtet, und in dem sie anerkennt, daß die Ware Eigentum der Bank bleibt bis zur Bezahlung des Wechsels, und daß die Firma, falls sie die Waren oder einen Teil davon bereits vor Einlösung des Wechsels an die chinesischen Käufer zur Ablieferung bringt, sich verpflichtet, den Erlös bei der Bank einzuzahlen. Sie erkennt ferner ausdrücklich an, daß sie die Waren als Treuhänder der Bank in Händen behält. Gleichzeitig verspricht sie, für volle Versicherung der Waren Sorge zu tragen. Die Firma nimmt dann die Waren in ihre eigenen Lagerhäuser, lagert sie

getrennt von ihren übrigen Waren ein und versieht sie auch gewöhnlich noch mit der Bezeichnung: „Eigentum der . . . . . . Bank“. Sobald nun ein Teil dieser unter „Lien“ stehenden Waren von dem chinesischen Käufer abgenommen wird, zahlt die Firma den Erlös, den sie gewöhnlich von den Chinesen in Form eines sogenannten bank chops oder einer native order, einer kurzen chinesischen Bankorder, erhält, bei der Bank ein und läßt auf ihrem Akzept einen entsprechenden Vermerk machen. Sobald die gesamten Waren abgenommen sind, ersucht die Firma die Bank um Abrechnung des Wechsels und der Zinsen sowie um Rückgabe des Letter of Lien.

Die Bank nimmt das Recht in Anspruch, von Zeit zu Zeit einen ihrer Beamten in die Lagerhäuser der Firma zu entsenden, um das Vorhandensein der Waren, soweit der Erlös noch nicht bei ihr eingezahlt ist, zu kontrollieren, und auch um festzustellen, ob die Versicherung ausreichend gedeckt ist.

Der Wert des Letter of Lien ist von deutschen Juristen oftmals bestritten worden, da die Waren dem Kaufmann de facto ausgeliefert werden und daher den Charakter des Faustpfandes verlieren. Tatsächlich ist ja auch die Möglichkeit vorhanden, daß die Firma auf die Waren, die unter „lien“ einer Bank stehen, nochmals gegen Letter of Lien einen Vorschuß bei einer andern Bank aufnimmt. Leider sind auch solche Fälle vorgekommen. Da indessen die Firmen in dem Letter of Lien anerkennen, daß die Bank Eigentümerin der Waren ist, und da jederzeit die Möglichkeit der Kontrolle besteht, so findet er nach wie vor in China Verwendung.

3. Die Auslieferung der Verschiffungsdokumente erfolgt gegen Akzept und den sogen. Letter of Guaranty. Diese Art der Behandlung der Dokumente bedeutet nichts anderes als die Auslieferung der Waren „nur gegen Zahlung“. In dem Letter of Guaranty, den sie an die Bank richtet, erklärt die Firma, daß sie sich verpflichtet, die Waren auf den Namen der Bank bei einer lokalen Lagerhausgesellschaft einzulagern und für die Versicherung zu sorgen. Die Ladescheine werden dann von der Bank mit dem für die Schiffahrtsgesellschaften bestimmten Vermerk versehen: „Einzulagern auf den Namen der unterzeichneten Bank wegen der Firma . . . . . und bei der . . . . . Lagerhausgesellschaft“. Wünscht dann die Firma die Waren oder einen Teil davon an die chinesischen Käufer abzuliefern, so zahlt sie den Erlös bei der Bank ein und erhält dagegen von dieser eine sog. „delivery order“, d. h. eine an die Lagerhausgesellschaft gerichtete Anweisung der Bank zur Auslieferung des

Warenpostens. Alle Lager- und sonstigen Spesen hat in solchen Fällen natürlich die Firma bzw. der chinesische Käufer zu zahlen.

Da die geschilderte Art der Finanzierung den Nachteil hat, verhältnismäßig teuer zu sein, bedienen sich jetzt in zunehmendem Maße die Kaufleute eines anderen, billigeren Finanzierungsweges. Sie suchen entweder bei den heimischen Filialen der China-Banken oder auch bei anderen heimischen Banken sog. Akzeptkredite zu erlangen. Diese Art der Finanzierung ist folgende:

Die heimischen Banken akzeptieren einen von den heimischen Exporteuren ausgestellten 3 oder 4 M/S-Wechsel über den Fakturenwert der Verschiffung, wofür sie die übliche Akzeptprovision berechnen. Sie erhalten dagegen von den Exporteuren den vollen, blanko indossierten Satz der Ladescheine, das Versicherungszertifikat und die Faktura. Diese Dokumente senden die heimischen Banken an ihre Vertreter in China, d. h. meistens China-Banken, mit dem Auftrage, die Waren entweder gegen Letter of Lien oder gegen Zahlung an die China-Firma auszuliefern. Den akzeptierten Wechsel diskontiert der heimische Exporteur bei seinem Bankier und kommt dadurch zu seinem Gelde. Derartige Akzepte, hinter denen legitime Großhandelgeschäfte stehen, sind auf allen heimischen Diskontmärkten sehr begehrt und stets zu den besten Privatdiskontsätzen unterzubringen. Dagegen hat die China-Firma die Verpflichtung, innerhalb der Laufzeit, spätestens aber einige Tage vor Fälligkeit des Akzeptes den Wechselbetrag bei der Akzept leistenden Bankfirma zur Einlösung des Akzepts bereitzustellen, d. h. telegraphisch oder brieflich zu remittieren.

Die Finanzierung der Warenverschiffungen wickelt sich natürlich im allgemeinen nicht so glatt ab, wie ich sie geschildert habe. Die chinesischen Käufer der Waren sind meistens bei der Abnahme sehr säumig. Da vom Zeitpunkt der Bestellung der Waren, die entweder telegraphisch oder brieflich erfolgt, bis zu ihrer Ankunft in China wegen der vielfach bestehenden Unmöglichkeit sofort zu liefern, und wegen der Reisezeit von 5 bis 7 Wochen oftmals mehrere Monate vergehen, so kommt es häufig vor, daß inzwischen die Nachfrage nach den Waren im chinesischen Markte nachgelassen oder ganz aufgehört hat, daß sich der Wechselkurs zu ungunsten des Chinesen verändert hat, oder daß die Geldbeschaffung für ihn zu teuer geworden ist. Der Chinese betrachtet es dann als sein gutes Recht, bessere Zeiten abzuwarten, und nimmt die Waren nicht ab. Der fremde Kaufmann sieht sich infolgedessen gezwungen, seine Zinsklausel-Akzepte zu prolongieren bzw. den heimischen Bankier,

der für ihn Akzept geleistet hat, zu ersuchen, seinerseits zu prolongieren. In China ist die wiederholte Prolongation von Akzepten daher gang und gäbe und wird von fast allen China-Firmen verlangt und von den Banken, wenn auch widerstrebend, bewilligt. Es ist in solchen Fällen üblich, die aufgelaufenen Zinsen von den Firmen einzuziehen und den Zinssatz für die Prolongationszeit um ein Geringes zu erhöhen. In der Heimat ist die Prolongation indessen etwas umständlicher. Der heimische Bankier wird, um sein Ansehen und seinen Ruf zu wahren, seine Akzepte nicht prolongieren können. Er wird daher neue Wechsel ausstellen lassen und ein neues Akzept leisten müssen, natürlich gegen Berechnung erneuter Provision. Dieses neue Akzept wird die Firma wieder diskontieren können und den Erlös zur Einlösung des alten Akzepts benutzen. Heimische Banken, die die Verhältnisse in China nicht genau kennen, sind indessen vielfach wenig geneigt, solche Prolongationen wiederholt zu bewilligen.

Die Finanzierung der sogenannten Regierungsgeschäfte wird in sehr verschiedener Weise geregelt. Sehr oft finanzieren die heimischen Fabriken ihre großen Lieferungen selbst unter Zuhilfenahme ihrer Bankiers, und die China-Firma hat lediglich das Delkredere zu übernehmen und dafür zu sorgen, daß die Zahlungstermine von den chinesischen Käufern pünktlich eingehalten werden. Diese Zahlungstermine werden vielfach so vereinbart, daß der Chinese bei Abgang des Dampfers von Europa einen bestimmten Prozentsatz des Kaufpreises, bei Ankunft des Dampfers in China einen weiteren Prozentsatz, bei Aufstellung oder Inbetriebsetzung der Maschinen und Fabriken einen weiteren Prozentsatz und den Rest innerhalb eines bestimmten Termins zu entrichten hat. Andere Geschäfte werden von den China-Banken in Form von Vorschüssen unter Abschluß besonderer Verträge und Hinterlegung von chinesischen Zahlungsversprechen finanziert. Eine bestimmte Norm für die Finanzierung von Regierungsgeschäften läßt sich wohl kaum aufstellen.

Die Finanzierung des Exportgeschäfts geschieht in der Regel durch 3 bis 4 M/S-Tratten ohne Zinsklausel, deren Gegenwert von den China-Banken den Exporteuren sofort ausgezahlt wird. Diese Tratten sind entweder auf den heimischen Käufer direkt gezogen oder aber auf heimische Banken. Die Wechsel sind genau wie die Importwechsel vom vollen Satz der Ladescheine, von Versicherungszertifikat und Faktura und, wenn nötig, von einem Ursprungszertifikat oder einer Bescheinigung des Gesundheitsamtes, die z. B. für Häute und Felle von den Behörden in Europa und Amerika manchmal verlangt wird, begleitet. Bei Tras-

sierungen auf heimische Banken versehen die heimischen Käufer der Waren die China-Firma vielfach mit Kreditbriefen der heimischen Banken, in denen die Firma ermächtigt wird, für bestimmte Geschäfte unter bestimmten Bedingungen bis zu einem bestimmten Betrage auf die heimischen Banken zu ziehen. Diese akzeptieren dann die Tratten gegen Auslieferung der Verschiffungsdokumente und liefern die Waren je nach Abmachung teils ohne weiteres, teils gegen Zahlung an die heimischen Käufer aus. Die China-Banken können diese Tratten im heimischen Diskontmarkt leicht und zu den besten Diskontsätzen diskontieren. Tratten, die auf die Käufer selbst, d. h. ohne Inanspruchnahme eines heimischen Bankkredits gezogen sind, sind zwar ziemlich häufig, werden aber von den China-Banken nicht so gern gesehen wie Tratten auf Banken. Die Dokumente werden in solchen Fällen meistens nur gegen Zahlung ausgeliefert. Eine Diskontierung solcher Wechsel in Europa ist aus technischen Gründen meistens nicht möglich oder, wenn sie möglich ist, nur zu wesentlich schlechteren Diskontsätzen. Die China-Banken pflegen daher solche Tratten auch zu bedeutend schlechteren Kursen zu kaufen als die Tratten auf Banken.

Wie ich schon erwähnte, geben die Banken auch Vorschüsse an die Firmen, und zwar nicht nur Waren-Vorschüsse, sondern auch Blanko-Vorschüsse. Die Höhe der Blanko-Vorschüsse ist abhängig von der Kapitalkraft, dem Ansehen und der Vertrauenswürdigkeit der Firmen. Waren-Vorschüsse werden gegeben gegen Ausstellung des bereits beschriebenen Letter of Lien, d. h. gegen Waren, die im eigenen Lagerhause der Firma lagern, und auch gegen Letter of Guaranty, d. h. gegen Waren, die bei einer Lagerhausunternehmung auf den Namen der Bank eingelagert sind.

Eine weitere Art von Vorschüssen kommt für das Exportgeschäft in Frage, die sogen. Packkredite. Zum Kauf von Exportwaren senden die Firmen oftmals ihre europäischen und chinesischen Einkäufer in die Provinzen, andere Waren werden von den chinesischen Verkäufern schon Tage oder Wochen, bevor die Verschiffung möglich ist, an die Firma abgeliefert. Wieder andere Waren müssen, bevor sie verschifft werden können, seitens der fremden Firma einer besonderen Behandlung unterworfen werden, die oft Wochen in Anspruch nimmt. Die Bezahlung der Waren an die Chinesen hat jedoch sofort bei Ablieferung zu erfolgen, während die Exporttratten von den Banken nur zusammen mit den Verschiffungsdokumenten angenommen und bezahlt werden. Die Firmen pflegen in solchen Fällen Kredite in oftmals beträchtlicher Höhe bei den

Banken in Anspruch zu nehmen. Diese sogen. Packkredite können indessen nicht durch Barzahlungen, sondern nur durch Einlieferung und Verrechnung von Exporttratten von den Firmen zurückgezahlt werden, da die Voraussetzung der Banken für die Gewährung solcher Kredite, bei denen übrigens eine tatsächliche Verpfändung der Waren meistens nicht stattfindet, das mit der Einlieferung der Wechsel verbundene Kursgeschäft ist. Diese Packkredite bilden also gewissermaßen eine Anzahlung auf von der Firma an die Bank zu liefernde Exportwechsel.

Außer den geschilderten reinen Handels-Finanzierungs-Geschäften beschäftigen sich die Banken nun auch noch mit den meisten andern Arten von Bankgeschäften, dem Depositengeschäft in Taels, Dollars und Goldvaluten, wie Mark, £ Sterling, Franken usw., dem Scheckverkehr über Tael- und Dollar-Konten, dem Inkassogeschäft, der Überwachung von Konsignationssendungen, deren Einlagerung und Versicherung, dem Überweisungsgeschäft usw.

Das Diskontgeschäft, das in Europa in den Bankbetrieben eine große Rolle spielt, ist nur sehr wenig ausgebildet, da es diskontfähige Inlandwechsel außer den bank chops nicht gibt. Die Zinsklauselwechsel kommen für die Diskontierung nicht in Betracht. Aber auch die bank chops, die sich vielleicht mit Solawechseln bzw. Zahlungsversprechen in unserm Sinne vergleichen lassen, und die lediglich den Namen der chinesischen Bank, ihren chop, d. h. ihren Stempel und den Betrag aufweisen, laufen gewöhnlich nur etwa 4 bis 10 Tage und eignen sich daher für ein Diskontgeschäft in unserm Sinne nicht. Ihre Diskontierung ist verhältnismäßig selten.

Auch das Effektengeschäft der fremden Banken ist im allgemeinen nur gering. Nach englischer Sitte macht die fremde und chinesische Privatkundschaft ihre Effektengeschäfte nicht mit den Banken, sondern mit den Maklerfirmen direkt, und das Effektengeschäft der Banken erstreckt sich daher fast nur auf die Ausführung von Orders ihrer auswärtigen Kundschaft. Dagegen pflegen viele Banken, wenn auch nicht alle, Vorschüsse gegen Aktien und Obligationen von China-Unternehmungen zu geben, und zwar im allgemeinen nur solcher Unternehmungen, die unter der Leitung und dem ausschlaggebenden Einfluß von Ausländern stehen.

Ein besonderer Zweig des Bankgeschäfts in Chnia, der für Privatbanken in Deutschland nicht in Frage kommt, ist die Ausgabe von Banknoten. Die fremden Banken sind fast alle von ihren Regierungen ermächtigt, in China Banknoten auszugeben. Die Deutsch-Asiatische

Bank hat im Jahre 1906 von der deutschen Regierung eine Konzession für die Ausgabe von Banknoten erhalten. Die hauptsächlichsten Bestimmungen dieser Konzession sind:

1. Die Konzession läuft 15 Jahre.

2. Die Noten werden in Taels und Dollars ausgegeben, und zwar in der Währungsart des Ausgabeplatzes.

3. Die Bank ist verpflichtet, die Noten an den Ausgabeplätzen zum Nennwert, an den übrigen Plätzen zum Tageskurse in Silber einzulösen.

4. Die Höhe der Deckung in Silber, die die Bank zur Einlösung bereithalten muß, ist nicht festgesetzt. Dagegen ist sie verpflichtet, bei der deutschen Regierung Sicherheiten für den vollen Gegenwert der ausgegebenen Noten zu hinterlegen in Form von Wertpapieren oder durch Bestellung von Hypotheken auf Grundstücke der Bank oder durch Bürgschaftsleistung geeigneter Bürgen. Die Sicherheiten können, falls nötig, vom Reichskanzler ohne weiteres zur Befriedigung der Noteninhaber verwandt werden.

5. Die Bank zahlt an die deutsche Regierung eine jährliche Abgabe von 1 % auf den durchschnittlichen täglichen Notenumlauf.

6. Die Höhe des Notenumlaufs unterliegt der Kontrolle der Reichsbehörden.

7. Die Bank hat vierteljährlich an bestimmten Tagen die Höhe ihres Notenumlaufs zu veröffentlichen.

Die Deutsch-Asiatische Bank hatte kurz vor Ausbruch des Krieges Tael- und Dollar-Banknoten im Werte von über 2½ Mill. Taels ausgegeben.

Das Geschäft der fremden Banken mit den Chinesen beschränkt sich in der Hauptsache auf den Verkehr mit Chinesischen Banken, Goldbarren-Händlern, Depositenkundschaft und leider auch Kursspekulanten. Das Geschäft mit chinesischen Banken erstreckt sich hauptsächlich auf Tael-Vorschüsse gegen Goldbarren und Silberdollars, aber auch gegen keine andere Sicherheiten, als die Garantie des Bankkompradors und Hinterlegung eines bank chops. Die chinesischen Banken sind stets eifersüchtig darauf bedacht gewesen, einen Zweifel an der Güte dieser, nur durch Komprador-Garantie gesicherten Vorschüsse, der sogen. chop loans, niemals aufkommen zu lassen. Als im Jahre 1911 bei Ausbruch der chinesischen Revolution eine große Anzahl von chinesischen Banken in Schanghai ihre Zahlungen einstellten mußte, und fast alle fremden Banken mit großen chop loan-Forderungen beteiligt waren, erklärte die chinesische Handelskammer und die Bankiergilde diese Forderungen für

bevorrechtigt. Es wurde dafür gesorgt, daß den fremden Banken zunächst ausreichende Sicherheiten gestellt wurden, und daß sie im Laufe der Jahre sämtlich zu ihrem Gelde kamen.

Ein sehr wichtiger Zweig des Bankgeschäfts ist ferner das Anleihe-Emissionsgeschäft. Das deutsche Kapital ist in China hauptsächlich vertreten durch ein starkes Konsortium deutscher Großbanken und Bankiers unter Führung der Deutsch-Asiatischen Bank. Es seien hier nur die hauptsächlichsten noch schwebenden chinesischen Staatsanleihen, an denen deutsches Kapital, d. h. das erwähnte Konsortium beteiligt ist, genannt:

1. Die 5 %ige Staatsanleihe von 1896 in Höhe von 16 000 000 £ (davon die Hälfte in Deutschland emittiert),
2. die 4½ %ige Staatsanleihe von 1898 in Höhe von 16 000 000 £ (davon die Hälfte in Deutschland emittiert),
3. die 5 %ige Tientsien-Pukow Eisenbahn-Anleihe von 1908 in Höhe von 5 000 000 £ (davon 63 % in Deutschland emittiert),
4. die 5 %ige Tientsin-Pukow Eisenbahn-Ergänzungsanleihe von 1910 in Höhe von 4 800 000 £ (davon 3 000 000 £ emittiert, wovon 63 % deutscher Anteil),
5. die 5 %ige Kanton-Hankow-Szechwan-(Hukuang) Eisenbahn-Anleihe von 1911 in Höhe von 6 000 000 £ (wovon 25 % deutscher Anteil),
6. die 5 %ige Reorganisations-Anleihe von 1913 in Höhe von 25 000 000 £ (wovon 6 000 000 £ in Deutschland emittiert).

Zum Teil sind diese Anleihen in Gemeinschaft mit englischen, zum Teil mit internationalen Konsortien emittiert worden.

Zum Schluß sei noch auf den für das allgemeine Geschäft wichtigsten und interessantesten Teil der bankgeschäftlichen Tätigkeit in China, das Devisen- und Valutengeschäft eingegangen, das einen beherrschenden Einfluß auf das gesamte Geschäft ausübt, und das daher auch stets in den Händen des leitenden Direktors der Bank zu liegen pflegt. Wenn man erfährt, daß dieser Geschäftszweig sich nicht nur auf die fremden Goldwährungen, wie Sterling, Mark, Franken, Lire, Rubel, holländische Gulden, amerikanische Golddollars, Yen, Rupees, Singapore Dollars und andere, sondern auch auf die hauptsächlichsten Handels-Taels-Arten, wie Schanghai Taels, Tientsin Taels, Hankow Taels, Peking Taels, Kiautschou Taels, Tsinanfu Taels usw., und auf die verschiedenen Silber-Dollar-Sorten, wie mex. Dollars, Hongkong Dollars, Hupeh Dollars, Payeng Dollars usw., erstreckt, daß ferner die fremden Goldvaluten in

fast allen diesen verschiedenen Tael- und Dollar-Währungen an den verschiedenen Plätzen Chinas notiert werden, was Anlaß zu einem ausgedehnten Arbitrage-Geschäft in China selbst und mit andern asiatischen Ländern gibt, und daß außerdem noch ein sehr umfangreiches Geschäft in Goldbarren, Goldblatt und Barrensilber gemacht wird, so wird man wohl zugeben, daß das Devisengeschäft in China an Vielseitigkeit nichts zu wünschen übrig läßt.

Das Zentrum des Devisengeschäfts liegt in Schanghai. Die in Schanghai notierten Kurse sind im allgemeinen maßgebend für die Notierungen an anderen Plätzen Chinas. Eine amtliche Kursnotierung findet in Schanghai und auch sonst in China nirgends statt. Die Kursmakler, von denen in Schanghai etwa 30, darunter 5 deutsche, existieren, versammeln sich jeden Morgen im Gebäude der Hongkong u. Shanghai Banking Corporation in Schanghai, die ihnen um ½10 Uhr ihre Anfangskurse mitteilt, und begeben sich dann zu den übrigen fremden Banken, um von diesen deren Kurse zu erfahren. Sie teilen dann ihren kaufmännischen Kunden die vielfach durchaus nicht einheitlichen Kurse der Banken mit, und erst dann entwickelt sich meistens das eigentliche Kursgeschäft, das durch die Makler vermittelt wird. Die Kurse ändern sich im Laufe des Tages häufig mehrere Male.

Maßgebend für die Festsetzung der Kurse ist der Silberpreis, der, wie bekannt ist, andauernd großen Schwankungen unterworfen ist. Während vor dem Kriege der Preis noch ca. 25 d für eine Unze Standard war, ist er heute auf über 75 d gestiegen. Welchen Einfluß der Silberpreis auf die Kursbildung ausübt, mag ein kleines Beispiel zeigen. Der Silberwert eines deutschen silbernen 1 Mk.-Stücks stellt sich bei einem Silberpreis von 75 d und einem Kurse von 180 M. pro £ Sterling auf rund 9.75 M. Würde der Silberpreis wie vor dem Kriege 25 d sein, so würde trotz der Verschlechterung der deutschen Valuta der Silberwert der Mark nur 3,25 M. sein.

Die China-Kurse richten sich im allgemeinen nach der Londoner Silberparität. Die Parität zwischen zwei Währungen ist das Verhältnis des Feinmetall-Gehalts der Münzeinheit der einen Währung zu dem Feinmetall-Gehalt der Münzeinheit der andern Währung. Die Goldparität zwischen einem £ Sterling und einem 20 M.-Stück ist fast genau 20,43. Die Parität zwischen einem £ Sterling und einem Schanghai Tael kann wegen des stetig schwankenden Silberkurses, der, wie gesagt, für die Bewertung des durch eine Golddeckung nicht geschützten Schanghai Taels allein maßgebend ist, nicht in einer festen Zahl ausgedrückt werden,

schwankt vielmehr ebenso wie der Silberpreis. Die Parität richtet sich danach, welchen Tael-Ertrag eine Verschiffung von Barrensilber, die zu dem in London notierten Silberpreise durch Hingabe einer bestimmten £ Sterling-Summe erworben ist, in Schanghai nach Umschmelzung in Sycee unter Berücksichtigung von Verschiffungsspesen und Zinsverlusten ergeben würde. Nun werden sich aber naturgemäß die fremden Kurse in China nicht streng an die Parität halten können, sondern von Angebot und Nachfrage beeinflußt werden, und es ist nicht selten, daß Parität und Kurse ziemlich stark differieren. Die £ Sterling-Notiz für einen Schanghai Tael beherrschte vor dem Kriege alle andern fremden Kurse. Auf ihr basierten die China-Kurse aller übrigen Länder mit Goldwährung. Ob angesichts des Zusammenbruchs der englischen Währung diese beherrschende Stellung des £ Sterlings in China wie in der übrigen Welt aufrecht erhalten werden kann, und ob nicht der allmächtige Dollar an die Stelle des £ Sterlings treten wird, muß die Zukunft lehren. Für uns wäre das nur ein schwacher Trost. Der Markkurs des Schanghai Taels der vor dem Kriege 2,50 bis 3,— M. betrug, stellt sich bei einem Silberkurs von 75 d und einem £ Sterling-Kurs von 180,— M. auf Basis der Silberparität auf etwa 66,50 M.

Es werden in Schanghai quotiert die Kurse in allen Goldwährungen für telegraphische und vista Auszahlung, für 3 und 4 M/S-Wechsel mit Dokumenten gegen Akzept und mit Dokumenten gegen Zahlung, alles sowohl für Bankkauf wie für Bankverkauf.

Wegen des schwankenden Silberpreises, dessen Entwicklung auch von den Banken nicht mit Sicherheit vorauszusehen ist, besteht die Gefahr für die Banken, daß sich aus diesen Schwankungen größere Kursverluste ergeben. Solche Verluste lassen sich nur dadurch vermeiden, daß die Banken sich bei allen Kursgeschäften sofort eindecken. In der Theorie würde also eine Bank, die einen Scheck über 10 000 M. auf Berlin verkauft, von einem andern Kunden oder einer andern Bank einen Scheck auf Berlin über den gleichen Betrag zu kaufen haben. In der Praxis ist das natürlich nicht angebracht, und die Banken werden mit verhältnismäßig kleinen Beträgen nach der einen oder andern Seite stets offen liegen müssen. Im großen und ganzen ist jedoch bei den meisten Banken den Geschäftsleitungen vorgeschrieben, bis zu einem bestimmten Betrage stets gedeckt zu sein, wobei allerdings beispielsweise Markwährung nicht unbedingt durch Markwährung, sondern auch durch irgendeine andere Goldwährung oder durch Goldbarren und Goldblatt gedeckt werden kann. Nur dadurch sind Verluste durch Veränderung

des Silberpreises zu vermeiden. Nun sind aber die Fälle nicht selten, in denen eine Abdeckung in Schanghai oder an den andern Plätzen Chinas ausgeschlossen ist. Zu gewissen Zeiten findet ein ganz bedeutendes Waren-Exportgeschäft statt, während das Importgeschäft verhältnismäßig stillliegt. Es werden den Banken dann von allen Seiten Exportwechsel zum Kauf angeboten, während nur geringe Nachfrage nach Auszahlung auf Europa oder Amerika besteht, d. h. die Banken können in der Hauptsache nur fremde Devisen kaufen, während sie andrerseits Devisen nur in geringem Maße verkaufen, sich also für ihre Wechselkäufe nicht eindecken können. In solchen Fällen helfen sich die Banken durch den Kauf von Barrensilber in London oder in Amerika oder Indien, das sie in Schanghai in Silberschuhe umschmelzen lassen. Sie sehen hier den natürlichen Ausgleich der Handelsbilanz Chinas. Überwiegt das Exportgeschäft den Import, so hat China die Differenz zwischen beiden vom Ausland zu fordern, und das Ausland begleicht die Forderung durch Barzahlung, d. h. durch Verschiffung von Barrensilber nach Schanghai. Überwiegt der Import, so wird eine Verschiffung von Barrensilber oder Sycee von China ins Ausland zu erfolgen haben. Die Banken vermeiden sehr oft die effektive Silberverschiffung dadurch, daß sie bei überwiegendem Exportgeschäft Silber in London auf längere Lieferung kaufen und später bei überwiegendem Import in London wieder verkaufen. Sie sparen dadurch zweimal die Verschiffungsspesen.

Kompliziert wird das Devisengeschäft durch das sogen. Kurssicherungsgeschäft. In der Zeit, die zwischen Bestellung und Ankunft der Waren verstreicht, und die, wie ich schon erwähnte, oftmals mehrere Wochen oder gar Monate umfaßt, hat sich der Silberkurs vielfach stark verändert, und wenn der Kaufmann nicht die Möglichkeit hat, sofort oder zu einem günstigen Zeitpunkt den Wechselkurs abzuschließen, der bei Bezahlung des Wechsels maßgebend sein soll, könnten sich leicht große Kursverluste ergeben, die den kalkulierten Geschäftsgewinn illusorisch machen oder in einen empfindlichen Verlust verwandeln würden. Der Kaufmann sichert sich daher den Kurs bei der fremden Bank, die die Verschiffung finanziert. Die Bank verkauft ihm also für Lieferung innerhalb einer bestimmten Zeit einen bestimmten Betrag in Goldwährung zu einem bestimmten Kurse, der je nach der Geldmarktlage höher oder niedriger ist als der Tageskurs. Sobald der Wechsel bezahlt wird, rechnet ihn die Bank zu dem gesicherten Kurse, oftmals also erst viele Monate nach Kurssicherung ab. Dadurch erhält der Kaufmann eine sichere

Basis für seine Kalkulationen und ist von den Schwankungen des Silberpreises unabhängig. In gleicher Weise wird bei Verschiffungen von China nach dem Ausland verfahren. Die Banken decken derartige Sicherungstransaktionen zwar nach Möglichkeit sofort durch ähnliche Gegentransaktionen ab, es ist indessen nur selten möglich, solche Gegentransaktionen mit gleichen Lieferungsterminen und Beträgen abzuschließen, und dadurch kompliziert sich das Geschäft sehr. Wenn eine Bank große Beträge für einen bestimmten Monat verkauft hat, dagegen Deckung nur für Lieferung in einem späteren Monat anschaffen konnte, so erhält sie den Tael-Gegenwert der verkauften Beträge einen Monat früher, als sie ihn zur Bezahlung der gekauften Beträge verwenden kann. Sie wird also die empfangenen Taels einen Monat in ihren Tresors liegen haben und einen beträchtlichen Zinsverlust erleiden, wenn sie die Taels nicht anderweitig vorübergehend und nutzbringend verwenden kann. Im engsten Zusammenhang mit dem Kurssicherungsgeschäft stehen daher die Kassedispositionen des Bankleiters. Es gibt keinen Diskontmarkt, wo er sich für seine überflüssigen Gelder Diskonten kaufen kann, es gibt auch keine Reichsbank, bei der er, wenn er geldknapp wird, nach Belieben, wie in Europa, sein Wechselportefeuille diskontieren oder Wertpapiere lombardieren kann. Aber nicht nur mit seiner Kasse gerät der Bankleiter leicht in Schwierigkeiten durch seine Lieferungstransaktionen, sondern auch mit seinen europäischen Konten. Wenn er zu große Beträge für einen bestimmten Monat verkauft hat und in Europa auszahlen muß, so muß er event. seinen Kredit in Europa stark in Anspruch nehmen und hohe Provisionen und Debetzinsen bezahlen, die verlustbringend sind.

Das Goldblattgeschäft wird hauptsächlich in Hongkong betrieben, von wo ein großer Export nach Indien stattfindet. In Indien ist chinesisches Goldblatt für die Gold- und Silberwaren-Industrie ein sehr begehrter Artikel.

Dagegen ist der Hauptplatz für das Goldbarrengeschäft Schanghai. Die Goldbarren kommen teilweise aus den Provinzen Chinas, hauptsächlich aus Szechwan. Doch importieren die Chinesen auch gemünztes Gold aus Japan und schmelzen es in Barren um. Soweit sie nicht für die Gold- und Silberwaren-Industrie Verwendung finden, werden die Barren an die fremden Banken verkauft und bilden ein beliebtes Spekulationsobjekt der Chinesen. Die fremden Banken exportieren die Barren nach Europa und Amerika. Im Goldbarrengeschäft dürfte die Deutsch-

Asiatische Bank wohl die erste Stelle eingenommen haben. Noch in den ersten Jahren des Krieges, als eine Verschiffung nach Deutschland nicht mehr möglich war, hat sie große Mengen nach Amerika verschifft, wo die Tatsache, daß China zum ersten Male Gold nach den Vereinigten Staaten sandte, im Geldmarkte großes Aufsehen erregte.

Leider hat die Beschäftigung mit dem Goldbarrenverkauf an die fremden Banken die Chinesen verleitet, sich an mehr und mehr zunehmenden Spekulationen in Goldvaluten zu beteiligen. Der Spekulation in Goldbarren sind wegen der verhältnismäßig kleinen Mengen von Barren zu enge Grenzen gezogen. Zu viele Spekulanten wünschten sich an dem Geschäft zu beteiligen, und man fand bald den Ausweg, für die Spekulation nicht mehr Goldbarren, sondern Goldvaluten zu wählen, d. h. vorzugsweise telegraphische Auszahlung auf London. Diese Geschäfte haben eine immer größere Ausdehnung genommen, obwohl die Banken wiederholt, aber immer erfolglos Anstrengungen gemacht haben, sie einzudämmen oder gar unmöglich zu machen. Die Spekulanten schließen mit den Banken Kursverträge über einen bestimmten Betrag und meistens mit zweimonatigem Lieferungstermin und warten innerhalb dieser zwei Monate einen günstigen Moment ab, um den Vertrag durch eine Gegentransaktion mit Gewinn abzudecken. Es handelt sich also um reine Spielverträge. Die Chinesen kennen heute die Verhältnisse auf den Silbermärkten der Welt bereits sehr genau und verfolgen die Entwicklung des Silberpreises mit größtem Interesse. Daß die Spekulationen oftmals einen direkten Einfluß auf den Silbermarkt haben, braucht wohl kaum gesagt zu werden. Es kommt vor, daß die chinesische Spekulation nach der einen oder andern Seite mit insgesamt weit über einer Million £ Sterling offen liegt. Erfolgt dann die Abdeckung, so können die fremden Banken das Geschäft meistens nur durch Inanspruchnahme der Londoner und New Yorker Silbermärkte bewältigen, die dadurch dann stark beeinflußt werden.

Daß diese wüste Spekulation auch in das rein kaufmännische Geschäft ein Moment der Unsicherheit hineinträgt, ist klar.

Was die Zukunft des deutschen Bankgeschäfts in China anlangt, so kann gegenwärtig nur wenig gesagt werden. Die Schwierigkeiten, die dem Wiederaufbau des China-Geschäfts entgegenstehen, sind zweifellos sehr groß. Die Frage der deutschen Valuta, die Frage der zukünftigen Kreditmöglichkeiten im Inland wie im Ausland und die

Frage der Entschädigung der China-Firmen sind noch ungelöst. Von ihrer Lösung wird die Zukunft auch des deutschen Bankgeschäfts in China abhängen. Ich bin überzeugt, daß das deutsche Kapital, wenn es auch nur die geringste Chance für eine künftige nützliche Tätigkeit in China erblickt, seine alten guten Beziehungen zu den Chinesen wieder aufnehmen wird, nicht nur zu eigenem Vorteil, sondern auch zum Nutzen des deutschen Volkes.

Industrie und Bergbau Chinas

Von

M. Th. Strewe,

Geschäftsführendes Vorstandsmitglied des chinesischen Verbandes deutscher Ingenieure.

Industrialisierung und die Finanzierungsfrage.

Schon der für China unglückliche Ausgang des Krieges mit Japan, mehr aber noch der siegreiche Feldzug Japans gegen Rußland im Jahre 1905 hatte China die Augen geöffnet über den Wert eines industriell organisierten modernen Staates zwecks Selbstbehauptung seiner politischen und wirtschaftlichen Freiheit. So wenig sich die Chinesen daher auch innerlich mit der europäischen Kultur abfinden konnten, so griff doch, namentlich unter den im Auslande erzogenen Chinesen, die Meinung immer mehr um sich, daß zur Erhaltung des chinesischen Staates der Aufbau einer Industrie im Sinne moderner Technik notwendig sei. Auch die Revolution räumte unter den alten reaktionär gebliebenen Chinesen gewaltig auf. Aber erst die Erfahrungen des Weltkrieges vernichteten den letzten Rest des Widerstandes der Chinesen gegen eine moderne, industrielle Entwicklung. Gerade während des Krieges hatten sie an dem Beispiel Japans und der anderen Länder gesehen, daß nur ein industriell entwickeltes Volk die nötigen Waffen zu seiner Selbstbehauptung und die Gewähr künftiger, der Entwicklung anderer Völker gleichwertiger wirtschaftlicher Vervollkommnung habe.

Während China die günstige Kriegskonjunktur auf Grund seines Reichtumes an Rohprodukten und seiner ungeheuren Arbeitermassen glänzend hätte ausnutzen können, mußte es mit gebundenen Händen zusehen, wie Japan auf Grund seiner industriellen Leistungen sich während des Krieges aus einem Schuldnerstaat zu einem Gläubigerstaat entwickelte, ja, sogar der Weltmacht Englands und dem Bankier der Welt, Frankreich. Geld vorschießen konnte. Aber nicht genug damit, daß Japan auf Grund seiner eigenen industriellen Entwicklung gute Geschäfte machte, war

China sogar gezwungen, zuzulassen, daß Japan die für seine Kriegsgeschäfte notwendigen Rohprodukte aus China einführte und sogar mit den daraus gefertigten Fabrikaten der chinesischen Industrie im eigenen Lande Konkurrenz machen konnte. Auch sah China mit Neid, daß Japan auf eigenen Werften eine große Anzahl Handelsschiffe erbaute, die ihm eine führende Stellung in der Handels-Schiffahrt der Welt verschafften. Japan, selbst arm an Rohprodukten, ist auf die Einfuhr, namentlich von kokender Kohle, Eisenerzen und Roheisen angewiesen.

Da die chinesische Industrie bisher noch nicht genügend entwickelt war, lag es nahe, daß Japan diese Rohprodukte Chinas für sich in Anspruch nahm. China mußte daher befürchten, daß auf diesem Wege allmählich ein großer Teil seines wertvollsten Besitzes, seine mineralischen Bodenschätze, in die Hände Japans übergehen würden. Auch andere Pläne Japans, denen es ganz offenkundig nachgeht, zeigen, daß Japan China auch für künftige Zeiten als das Land ansieht, aus dem es die für seine Industrie notwendigen Rohprodukte bezieht ohne Rücksicht auf die Bedürfnisse Chinas. So beabsichtigt Japan, im großen Stile Wollschafzüchtereien in der Mongolei und Mandschurei, also auf chinesischem Gebiete, anzulegen, um auf diese Weise die für seine Wollindustrie notwendige Rohwolle zu erlangen, in der Absicht, mit den Fertigfabrikaten das immer stärker in China hervortretende Bedürfnis nach Wollgeweben zu befriedigen.

All diese Vorgänge haben, wie gesagt, die führenden chinesischen Kreise davon überzeugt, daß China auf jeden Fall und so bald wie möglich ebenfalls versuchen muß, die infolge der Berührung mit der europäischen Kultur neu entstandenen Bedürfnisse des Volkes durch Waren zu befriedigen, die aus Rohprodukten des eigenen Landes in eigenen Fabriken hergestellt werden.

Diese Erkenntnis Chinas ist eine der wenigen erfreulichen Einwirkungen des Krieges, die nicht bloß für Ostasien, sondern für die ganze Welt von einem hohen wirtschaftlichen Werte ist; denn mit dem Aufhören des Widerstrebens Chinas gegen die Einführung moderner Industrie ist das letzte und wichtigste Hindernis zu einer industriellen Entwicklung Chinas im Sinne moderner Technik ausgeschieden.

Zur industriellen Entwicklung Chinas ist naturgemäß Kapital notwendig. Die Kapitalfrage wird jedoch keine Schwierigkeit machen. Solange man noch darüber im unklaren ist, ob China 300 Millionen oder 400 Millionen Einwohner hat, — bestimmt weiß man es heute noch nicht —, ist es natürlich auch schwer, sich von dem Reichtum Chinas

in flüssigen Mitteln ein Bild zu machen. Es ist wohl anzunehmen, daß China reicher an Barmitteln ist, als im allgemeinen geglaubt wird. Seit Jahrhunderten hat sich der Chinese daran gewöhnt, seinen Reichtum zu verstecken, um ihn der Habgier der Beamten und der Regierung zu entziehen. Dies hat zur Folge gehabt, daß ein Protzentum, wie es in unseren Ländern sich überall in den Vordergrund drängt, in China nicht vorhanden ist. Der Chinese legt einen großen Teil seines Geldes in Gold- und Silberbarren an, wie auch in Schmuckgegenständen, Edelsteinen und Kunstgegenständen. Bei den größeren und kleineren Geschäften, die er finanziert, tritt der Name des Geldgebers meistens nicht hervor.

Während des jetzt seit Jahren tobenden Bürgerkrieges zeigen aber die oft außerordentlich hohen Kontributionen, die von Städten, Gemeinden und Gilden in kurzer Zeit eingetrieben wurden, daß auch dort, wo man es nicht erwartete, große Mengen flüssigen Kapitals zur Verfügung stehen.

Außerdem leben mehrere Millionen Chinesen außerhalb Chinas — in Nordamerika, Australien, Holländisch-Indien, Siam, Singapore, Hongkong und anderen Plätzen —, die zum Teil außerordentlich große Vermögen erworben haben. Gerade aus dieser Quelle wird China künftighin Kapital für seine industriellen Anlagen, Eisenbahnen und Bergwerksunternehmen zur Verfügung stehen. Es kommt hinzu, daß die im Auslande lebenden Chinesen für die wirtschaftliche Organisation und den kaufmännischen Betrieb industrieller Unternehmen besser vorgebildet sind als ihre in der Heimat verbliebenen Landsleute. In vielen Fällen haben diese Auslands-Chinesen schon in hervorragender Weise die Industrialisierung Chinas gefördert. So haben verschiedene Auslands-Chinesen in ihren Heimat-Provinzen Eisenbahnlinien gebaut, die sie selbst kapitalisierten und die von chinesischen Ingenieuren entworfen und gebaut wurden. Wenn verschiedene dieser Unternehmungen keinen geschäftlichen Erfolg gehabt haben, so ist das hauptsächlich darauf zurückzuführen, daß sie als Rumpflinien nicht genügend lang waren und keine ausreichenden Zufuhrstraßen hatten, um sich zu rentieren. Ein Mangel, der durch den Ausbau des chinesischen Eisenbahnnetzes behoben werden wird.

Auch ohne Kapital brauchte sich China keine Sorge zu machen, Geld für seine industriellen Unternehmungen aufzubringen. Das Ausland, allen voran Japan, ist nur allzu bereit, das zur industriellen Erschließung Chinas notwendige Kapital herzugeben. Japan selbst ist, wie schon erwähnt, abhängig von den Rohprodukten Chinas, und man

kann daher dieser Unternehmer-Nation keinen Vorwurf daraus machen, daß sie nach Möglichkeit auf den industriellen Aufschluß Chinas drängt. Japan hat natürlich ein Interesse daran, daß in erster Linie seine eigene Industrie mit Rohprodukten versehen wird und verfolgt daher mit der Aufschließung Chinas den egoistischen Zweck, Chinas Rohprodukte einzuführen. Japan weiß aber sehr wohl, daß eines Tages durch Revision des chinesischen Zolltarifes eine Verwendung chinesischer Rohprodukte für die japanische Industrie bedeutend erschwert werden kann. In weiser Vorsicht hat infolgedessen Japan in vielen Fällen in China selbst Industrien, namentlich Spinnereien, eingerichtet, um sich auch nach erhöhtem chinesischen Ausfuhrzoll auf Rohprodukte den chinesischen Markt sicherzustellen.

Liegt es auch nicht im Interesse Chinas, durch Ausfuhr seiner Rohprodukte Japans Industrie, die zum Teil auf Befriedigung des chinesischen Marktes aufgebaut ist, zu stützen, so darf doch nicht übersehen werden, daß die industrielle Tätigkeit des Japaners in China selbst von einem außerordentlichen Werte für die schnelle industrielle Entwicklung Chinas ist. Es darf überhaupt nicht aus dem Auge verloren werden, daß Japan nicht bloß um eigener wirtschaftlicher Vorteile willen den Aufschluß Chinas fördern muß, sondern in der Erkenntnis, daß die Erreichung seiner politischen Ziele ein wirtschaftlich starkes China voraussetzt. Japan sollte heute wissen, daß es für die Erhaltung seiner wirtschaftlichen und politischen Selbständigkeit notwendig ist, dem wirtschaftlichen und politischen Druck der führenden Weltmächte, d. h. heutzutage der Angelsachsen, einen möglichst gleichwertigen Druck entgegenzustellen.

Die Arbeiterverhältnisse.

Einen außerordentlich großen Vorteil vor den Ländern Europas hat China dadurch, daß es ganz unbeteiligt an dem jetzt zurzeit tobenden Kampf der Auseinandersetzung zwischen Arbeit und Kapital in Europa und Amerika ist und dennoch die Früchte dieses Kampfes als ein freies Geschenk der Götter, ohne selbst einen Finger zu rühren, in Empfang nehmen wird. Zurzeit kann man in China von einer Frage der Auseinandersetzung des Kapitals und der Arbeit gar nicht sprechen, weil in diesem Lande eine derartige Frage infolge des Mangels scharfer, sozialer Gegensätze vollständig fehlt. Es kommt hinzu, daß mindestens 70 % der Bevölkerung vom Ackerbau lebt, der sich nach wirtschaftlichen und sozialen Gesetzen vollzieht, die durch Jahrtausende lange Tradition geheiligt sind.

Bezüglich der Arbeiterverhältnisse in China muß man bedenken, daß, wenn auch das chinesische Volk für das Auge des Europäers eine homogene Masse darstellt, allein schon durch das Klima und die Rassenverschiedenheit auch das wirtschaftliche und soziale Leben sich vielfarbig gestaltet hat. Und man muß ferner bedenken, daß China territorial fast die Größe von Europa besitzt und sich durch mehrere Zonen hindurchzieht.

So ist das, was man über den Arbeiter im Norden Chinas sagt, nicht zutreffend für den Arbeiter im Süden. Auch die Zahlen, die über die Ablöhnung der Arbeiter gegeben werden, sind meist nur von lokaler Bedeutung und oft bedingt durch besondere Verhältnisse, die ebenfalls nur lokaler Natur sind. Es genügt aber schließlich, die Hauptunterschiede bzw. Ähnlichkeiten in sozialer und wirtschaftlicher Beziehung der chinesischen Arbeiterfragen und der europäischen Arbeiterfrage festzulegen.

In dieser Beziehung muß betont werden, daß die Lösung der Arbeiterfrage in China eine verhältnismäßig leichte sein wird und daß der chinesische Arbeiter an der schnellen Industrialisierung Chinas sicher einen großen Anteil nehmen wird. Das Arbeitermaterial ist unerschöpflich.

Der chinesische Arbeiter ist fleißig, willig und geschickt. Dieses gilt sowohl für den ungelernten Arbeiter, so namentlich die ungeheure Menge der als Lasttiere in China benutzten Kulis, wie auch für den gelernten Arbeiter. Die ganze wirtschaftliche Geschichte Chinas und namentlich die Leistungen seines Handwerkes und seines Kunstgewerbes haben dieses bewiesen. Es muß hier besonders festgestellt werden, daß es mit Hilfe des chinesischen Arbeiters und Handwerkers gelungen ist, ein Volk von 3 bis 400 Millionen mit allem zu versehen, was des Lebens Notdurft nicht bloß, sondern auch ein teilweise sehr hoch gestiegenes Luxusbedürfnis erforderte.

Im Laufe der ersten Jahrzehnte des Eindringens europäischer Industrie in China bildete man sich ein falsches Urteil über den chinesischen Arbeiter, da man von ihm verlangte, er solle unter einem ihn nicht verstehenden Herrn und einer ihm gänzlich fremden industriellen Auffassung Ähnliches leisten, wie der im traditionell modernen Industriestaat erzogene europäische Arbeiter. Es ist ganz selbstverständlich, daß auch der europäische Arbeiter ein Produkt einer jahrzehntelangen technischen Erziehung ist und seine hohen Leistungen erst mit der Zeit ermöglicht wurden.

Das anfänglich ungünstige Urteil über den chinesischen Arbeiter hat sich denn auch sehr schnell verändert, und die guten Eigenschaften, die

man ihm zunächst nur in der Tätigkeit in seinen heimischen Betrieben zuerkennen wollte, werden ihm anstandslos jetzt auch in seiner Betätigung in modernen europäischen Betrieben zuerkannt. Selbstverständlich hat er auch heute noch nicht den hohen Grad der Leistungsfähigkeit des europäischen Industriearbeiters erreicht, aber ganz einfach aus dem Grunde, weil dem einzelnen Arbeiter bisher die genügend lange Ausbildungszeit gefehlt hat. Es kommt außerdem gar nicht darauf an, ob der chinesische Arbeiter als solcher das gleiche leistet wie der europäische Arbeiter, sondern die Frage muß so gestellt werden: Entspricht die Bezahlung der Arbeit des chinesischen Arbeiters der im Lohn ausgedrückten Wertung der Leistung des europäischen Arbeiters?

Das Resultat dieser Untersuchungen ist, daß der chinesische Arbeiter, wenn er auch weniger leistet als der europäische Arbeiter, auch eine bedeutend geringere Entlohnung erhält, so daß letzten Endes die geleistete Arbeit in China billiger ist als in Europa und natürlich auch in Amerika.

Über das Verhältnis der Leistungsfähigkeit des chinesischen Arbeiters zum europäischen Arbeiter ist viel gesprochen und kalkuliert worden, und je nach den verschiedenen Plätzen und Erfahrungen sind verschiedene Verhältniszahlen aufgestellt worden.

Aber wie gesagt, es ist ganz gleichgültig, ob die Leistung von drei chinesischen Arbeitern gleich der Leistung von zwei Europäern ist, es kommt nur darauf an, festzustellen, ob die gleiche Arbeitsleistung in China billiger zu haben ist als in Europa, und das ist der Fall. Das wird auch voraussichtlich noch auf lange Zeit so bleiben, denn wenn auch die Erwerbsmöglichkeiten für den gelernten Arbeiter in China sich ganz bedeutend in nächster Zukunft vermehren werden, wenn auch die Auswanderung nach neu zu erschließenden Gebieten von Sibirien, Mongolei und Zentralasien in großem Maße vor sich gehen wird, so ist doch das chinesische Arbeitsangebot so riesengroß, daß vorläufig immer noch mit einem die Nachfrage übertreffenden Angebot gerechnet werden kann.

Selbstverständlich wird teilweise ein Mangel an für europäische Betriebe ausgebildeten Schmieden, Schlossern, Handwerkern und anderen gelernten Arbeitern sein, aber es handelt sich ja beim Chinesen nicht darum, ein Handwerk von Grund auf zu lernen, sondern nur von der chinesischen Methode zur europäischen Methode überzutreten. Dies geschieht außerordentlich schnell, wie ja während des Krieges die Ausbildung von über einer halben Million chinesischer Arbeiter hinter der Front der europäischen Armeen bewiesen hat. Die Erfahrung, die die einzelnen Armeen, vor allem die französische Armee mit den von China

herbeigeholten Arbeitskräften gemacht hat, hat im allgemeinen außerordentlich befriedigt.

So willig und geduldig der chinesische Arbeiter ist, so darf man doch nicht annehmen, daß er sich im Dienste des nun sich bildenden industriellen Kapitalismus in China ausnutzen lassen wird. Er ist seit Jahrhunderten durch seine Familientradition und die besonderen Verhältnisse in China an dem Zusammenhalten zwecks Vertretung gemeinsamer Interessen in Zünften, Gilden und Arbeitsgemeinschaften gewöhnt. Er versteht es ausgezeichnet, bedrohte Rechte durch häufig nur für bestimmte Zwecke gebildete Zusammenschlüsse zu sichern.

Wie alles in China, hat sich auch das Verhältnis des Arbeitgebers zum Arbeitnehmer organisch durch Evolution entwickelt. Es fehlt dort das Sprunghafte der Entwicklung, die in Europa häufig durch Revolutionen verändert und durchbrochen wurde. So besteht schon seit Jahrhunderten in China eine bis ins einzelne durchgeführte Skala der Entlohnung der Landarbeiter, die fraglos auch nach den günstigen Erfahrungen, die beide Teile damit gemacht haben, bei der Entstehung eines industriellen Arbeiterstandes sich entwickeln wird.

So ist z. B. die Lohnregulierung für den Reisbau in Fukien folgendermaßen: Für Arbeiter, die das Reisfeld vorbereiten und die schwere Arbeit des Aussetzens der Reiszöglinge vornehmen, wird pro Tag 200 Cash bezahlt. Für das Jäten und Reinigen der Felder, für welche Arbeiten nur eine geringe Arbeiterklasse verwandt wird, werden 80 Cash täglich bezahlt. Für das Pflücken der ersten Ernte bezahlt man 120 Cash pro Tag. Es handelt sich also um eine Bezahlung von täglich 8 bis 20 Pfg. Daneben ist allerdings der Arbeiter voll beköstigt.

In der Provinz Kuantung werden für gewöhnliche Arbeiter täglich 20 bis 30 Pfg. neben den Mahlzeiten bezahlt, 40 Pfg. ohne Mahlzeiten. Arbeiter, die für ein ganzes Jahr in Arbeit genommen werden, erhalten 15 bis 30 Mark jährlich — immer Friedenswert gemeint —, dazu Nahrung, Kleidung, Tabak, und haben freie Haarpflege, die sich auf das Rasieren des Kopfes bei den zopftragenden Arbeitern bezieht.

Wie überall baut sich auch in China der Lohn auf der Grundlage eines Existenzminimums auf. Dieses Existenzminimum ist heute noch in China sehr niedrig. Es ist aber wohl zu erwarten, daß es sich im Laufe der Jahre, namentlich durch Weckung des Bedürfnisses nach ausländischen Waren, bedeutend steigern wird.

Jedenfalls besitzt China durch die Möglichkeit, auf Jahre hinaus billige und gute Arbeitskräfte aus seinem eigenen Lande zu ziehen, einen

bedeutenden Vorteil gegenüber den europäischen Staaten und Amerika. Von wirtschaftlich hohem Wert ist ferner auch der ins Ausland wandernde chinesische Arbeiter, der nicht im Auslande bleibt, sondern, sobald es ihm möglich ist, wieder nach China zurückkehrt, in der Zwischenzeit aber einen großen Teil seines Lohnes nach China schickt und dadurch die Aktivseite der chinesischen Handelsbilanz bedeutend hebt.

Die moderne Industrie Chinas.

Wie ich erwähnte, ist heutzutage in China der Wille zur Einführung moderner Industrie vorhanden. Es sind Arbeiterverhältnisse vorhanden, die geradezu als ideal gedacht werden können. Es kommt hinzu, daß der Absatzmarkt in China infolge der Hunderte von Millionen Menschen, die das Land bevölkern, unbegrenzt ist; das einmal angeregte Bedürfnis zur Aufnahme ausländischer Ware ist in einem unaufhaltsamen Steigen begriffen.

Die Verkehrsverhältnisse in China sind wohl, verglichen mit Europa, nicht besonders günstig. Es muß aber in Betracht gezogen werden, daß vorläufig für die verschiedenen in China entstehenden Industrien das Absatzgebiet zum größten Teil in der Nähe des Produktionsortes liegt. So kann z. B. die durch die Stromschnellen des Yangtse vorläufig vom Weltverkehr fast abgeschlossene Provinz Sze chuan mit 70 Millionen Einwohnern das, was durch moderne Industrie an Ort und Stelle in der Provinz erzeugt wird, voll und ganz selbst verbrauchen. Für diesen lokalen oder vielmehr provinziellen Verbrauch sind die Verkehrsverhältnisse, wenn auch nicht gut, so doch einigermaßen ausreichend. Anders ist es allerdings, wenn es sich um den Ausgleich von Produktion und Nachfrage zwischen den einzelnen Teilen des Reiches handelt. Da bleibt noch viel zu tun übrig, und der Ausbau von mindestens 50 000 km Eisenbahn wäre notwendig, um China in den Stand zu setzen, einigermaßen die ihm von der Natur gegebenen natürlichen Werte und durch die Entwicklung der Jahrhunderte geschaffenen sozialen Kräfte in gegenseitigem Austausch auszunützen.

Als fernere Grundlage für die Entwicklung einer modernen Industrie ist das Vorhandensein ausreichender lebenswichtiger Rohprodukte notwendig. Auch in dieser Beziehung ist China in günstiger Lage. Ich werde im nachfolgenden kurz die wichtigsten Rohprodukte, die China für seine Wirtschaft aus dem eigenen Lande ziehen kann, aufzählen und in Verbindung damit eine kurze Skizze derjenigen Industrien geben, die

sich bereits im Sinne moderner Technik auf diesen Rohprodukten aufgebaut haben.

Die Skizze kann im Rahmen dieser Arbeit nur ein ganz rohes Bild geben und soll auch nur dazu dienen zu zeigen, was von der Entwicklung der modernen Industrie in China zu erwarten ist und welche, meiner Meinung nach, außerordentlich großen Fortschritte bereits gemacht worden sind.

Eines der wichtigsten Rohprodukte Chinas neben Eisen und Kohle ist die Baumwolle. In bezug auf Erzeugung von Baumwolle steht China in der Welt an dritter Stelle. Eine Durchschnittsernte ist in Amerika (nach James Kerfort, Cotton Cultivation in China. Shanghai 1917) 14 Millionen Ballen, in Indien 4 Millionen und in China 2 Millionen Ballen (den Ballen zu 484 deutsche Pfund gerechnet)[1]). Dabei ist zu bedenken, daß China nicht das geringste tut, weder von Regierungs- noch von privater Seite aus, um den Ertrag an Baumwolle zu erhöhen oder zu verbessern. Nach Ansicht eines der ersten Baumwollsachverständigen in der Welt, des Professors für Volkswirtschaft in Nottingham, Tott, wäre es sehr wohl möglich, daß China, indem es in gleicher Weise wie Amerika die Kultur der Baumwolle von Staats wegen unterstützt, eine gleich große Ernte ermöglicht.

Augenblicklich ist auf dem Weltmarkt ein Mangel an Rohbaumwolle, der im Jahre 1916 auf eine Million Ballen geschätzt wurde und heute vielleicht auf zwei Millionen Ballen, sehr hoch gerechnet, geschätzt werden dürfte. Vergleichen wir damit die Möglichkeit der Vermehrung des Baumwollertrages in China, so sehen wir, daß es in der Hand Chinas gewissermaßen liegt, ob wir in nicht allzu ferner Zukunft billigere Rohbaumwolle haben oder teuere. Billige Rohbaumwolle für Deutschland bedeutet aber, wie überhaupt billige Rohprodukte, eine teilweise Wiedererlangung unserer wirtschaftlichen und damit auch politischen Unabhängigkeit von unsern uns feindlich gesinnten wirtschaftlichen Wettbewerbern auf dem Weltmarkt.

Es tut nichts zur Sache, daß bisher die chinesische Baumwolle zu kurzstapelig ist und für die Herstellung besserer Garne eine Mischung mit indischer und amerikanischer Baumwolle notwendig ist. Die Versuche, die mit Verbesserung der Baumwolle in China gemacht worden sind, haben sehr günstige Resultate ergeben. Der chinesische Bauer zieht aus demselben Stück Land eine dreifache Fruchtfolge, indem er

---

[1]) Nach Ansicht moderner chinesischer Statistiker beträgt die Baumwollerzeugung Chinas mindestens 5000000 Ballen.

zuerst Ölfrüchte, dann Weizen und schließlich Baumwolle anpflanzt. Würde die Baumwollkultur in ähnlicher Weise wie in Amerika oder auch nur nach den verbesserten Methoden in Indien betrieben, so wird es fraglos gelingen, eine bessere Art Baumwolle hervorzubringen.

Heute stehen in China bereits 64 moderne Spinnereien, die teilweise mit den allermodernsten Maschinen, d. h. mit elektrischem Einzelantrieb, ausgerüstet sind, eine maschinelle Einrichtung, wie sie viele deutsche Spinnereien heutzutage noch nicht besitzen. Dabei wird nur ein verhältnismäßig kleiner Prozentsatz des Verbrauchs an Baumwollgarnen in China in diesen modernen Spinnereien hergestellt. Gesponnen werden vorläufig hauptsächlich nur die gröberen Garne, bis höchstens Nr. 30, während Japan, namentlich während des Krieges, schon zu bedeutend höheren Garnnummern übergegangen ist.

Seit 1900 haben sich die Spinnereien, was die Spindelanzahl betrifft, vervierfacht. Sie sind von 479 000 Spindeln auf 2 000 000 Spindeln gestiegen. Außerdem arbeiten ungefähr 10 000 moderne mechanische Webstühle heute in China.

Es muß in Betracht gezogen werden, daß gerade die Entwicklung der Baumwollindustrie in China durch den Weltkrieg außerordentlich behindert worden ist, indem die von China verlangten Maschinen für Spinnereien mit ungefähr 1 Million Spindeln nicht geliefert werden konnten und auch heute nur teilweise geliefert werden.

Die Tatsache, daß der Chinese nur Baumwolle trägt, hat bisher die Wollindustrie in China beeinflußt. Nur die Außenvölker, wie die Tibeter und Mongolen, tragen Wolle. Aber mit dem Eindringen europäischer Kleidung macht sich auch in China ein immer größer werdendes Bedürfnis nach Wolle bemerkbar. Bisher führte China zum größten Teil seine Wollerzeugung aus. In seiner Mongolei und auch in der Mandschurei ist die Möglichkeit gegeben, durch rationell betriebene Wollschafzucht den Ertrag an Wolle ganz außerordentlich zu steigern. Japan will sich dies zunutze machen, aber es ist zu erwarten, daß auch China sich seinen Anteil für seine Wollindustrie sichern wird. Vorläufig arbeiten die bestehenden Wollspinnereien und Webereien hauptsächlich für den Militärbedarf.

Die wichtigen, durch den Ackerbau erzeugten Produkte kann China noch bedeutend vermehren und verbessern, indem es moderne Methoden einführt, wie es in bezug auf Tee in Indien bereits mit großem Erfolg geschehen ist, in bezug auf Seide in Japan. Dies hat man auch in China erkannt.

An Seide und Seidengeweben nahm schon vor dem Kriege Amerika allein für über 100 Mill. Mark auf. Einstweilen wird in der Seidenzucht, wie in der Arbeit über Seidenproduktion und Seidenhandel des näheren ausgeführt wird, noch in gewissem Sinne Raubbau getrieben. Die Seidenspinnereien und Seidenstickereien vermehren sich aber von Jahr zu Jahr.

Auf Grund des immer mehr ausgedehnten Weizenanbaus sind viele moderne Weizenmühlen, namentlich in der nördlichen Mandschurei, entstanden, die zum großen Teil mit den modernsten Maschinen ausgestattet sind. Der Weizenbau geht aber in China, besonders wenn man die großen Bodenflächen in der Mandschurei und Mongolei in Anwendung moderner landwirtschaftlicher Maschinen unter Kultur nimmt, noch einer glänzenden Zukunft entgegen.

Welche großartigen Möglichkeiten die landwirtschaftliche Zukunft Chinas besitzt, zeigt die Entwicklung der Soja-Bohne, die, noch zu Beginn des Jahrhunderts fast unbekannt, im Jahre 1917 bereits in einem Werte von fast 200 Mill. Mark aus der Mandschurei ausgeführt wurde.

An Erdnüssen wurden vor dem Kriege 70 000 t, an Erdnußöl 50 000 t ausgeführt. Auf Grund der in China vorhandenen Ölfrüchte entwickelt sich eine moderne Industrie, die ebenfalls eine große Zukunft hat. Es sei darauf hingewiesen, daß z. B. die Margarine, die wir hier in Deutschland essen, vor dem Krieg zum großen Teil aus chinesischer Sesamsaat hergestellt wurde.

Unter dem Einfluß europäischer Ingenieure und Ärzte, die den Chinesen die Vorteile moderner Hygiene vor Augen führen und für sanitäre Anlagen in den Städten sorgen, sehen wir die Anzahl der Elektrizitätswerke, Wasserwerke und anderer moderner städtischer Anlagen in ganz China in einem schnellen Zeitmaß wachsen. Zurzeit existieren in China über 80 Elektrizitätswerke, von denen das Elektrizitätswerk in Schanghai eines der größten der Erde ist und, soweit ich orientiert bin, den billigsten Strom von allen Kohle verbrauchenden Elektrizitätswerken liefert.

In Verbindung mit den Elektrizitätswerken sind bereits in drei Städten, Schanghai, Tientsin und Hongkong, elektrische Straßenbahnen eingerichtet. Für verschiedene andere Städte sind Straßenbahnen geplant, die Ausführung aber infolge des Krieges nicht durchgeführt worden.

Der außerordentliche Reichtum Chinas an Wasserkraft wird in verschiedenen Teilen Chinas dazu führen, daß von vornherein die Eisen-

bahnen elektrifiziert werden. Bisher besteht nur in der Provinz Yünnan eine kleine, mit deutschen Turbinen versehene Wasserkraftanlage. Aber ich bin überzeugt davon, daß in nicht allzu ferner Zukunft China dasjenige Land sein wird, in dem im Vergleich zu anderen Ländern die größte Anzahl Pferdekräfte den vorhandenen Wasserkräften entnommen werden.

Wir sehen in China häufig die Erscheinung, daß verschiedene technische Stufen übersprungen werden; während wir z. B. allmählich vom Petroleum zum Gas und vom Gas zum elektrischen Licht kamen, ging der Chinese in den meisten Fällen direkt vom Petroleum zum elektrischen Licht über. Ebenso ist es in der Benutzung der elektrischen Kraft für den Antrieb seiner Maschinen.

Ein Gaswerk existiert nur in Schanghai, abgesehen von einer Generatoren-Anlage in dem Stahlwerk von Han yang. Es ist aber zu erwarten, daß bei dem großen Kohlenreichtum Chinas und bei der Wichtigkeit der Gewinnung der Nebenprodukte aus der Kohle sich die Anlage von Gaswerken in China lohnen wird.

Die eisenverabeitenden Industrien in China sind von alters her bekannt. Vor dem europäischen Eindringen gab es Jahrhunderte hindurch in China Eisen- und Erzgießereien, Drahtziehereien, Schmieden. Außerordentlich große Gußstücke stehen jetzt noch in einzelnen Teilen Chinas. Ich selbst sah im fernsten Westen Chinas in dem Tempel des sehr hohen und heiligen Berges Omei einen aus Bronze gegossenen achtfüßigen Elefanten, der 3 m lang und 3 m hoch war. Ferner ist seit Jahrtausenden bekannt die Anfertigung von Salzsiedepfannen und Reispfannen.

Neben den Regierungsarsenalen und Eisenbahnwerkstätten bestehen heute moderne Betriebe. Ein großer Teil kleinerer Betriebe widmet sich besonders der Herstellung von Ölpressen, Reisschälern und Baumwollreinigern.

Die Schiffbauindustrie hat einen außerordentlich großen Aufschwung genommen, und, wie ihre Leistungen vom Ausland eingeschätzt werden, geht daraus hervor, daß der chinesischen Staatswerft in Schanghai von Amerika im vergangenen Jahre ein Auftrag auf den Bau von vier 10 000 t-Dampfern gegeben wurde. Die Flußdampfer, welche für die schwierige Passage durch die Stromschnellen des oberen Yangtse gebaut werden, sind ebenfalls auf einer chinesischen Privatwerft entworfen, konstruiert und gebaut worden.

Die Eisenbahnwerkstätten in Tongschan bauen jährlich 700 Personen- und Güterwagen, die sie 25 % billiger liefern können als die ausländische Industrie.

Die chinesische Maschinenindustrie wäre sicher ganz bedeutend schneller gehoben worden, wenn sie nicht in ihrer Entwicklung durch den niedrigen Zoll, der sie dem billigen japanischen Fabrikat ausliefert, behindert würde.

Ähnlich günstig wie für alle diese Industrien liegen die Verhältnisse auch für die Glas-, Papier-, Porzellan- und Zementfabrikation. Für die Zementfabrikation ist ausgezeichnetes Rohmaterial überall in China vorhanden. Einstweilen werden noch große Mengen Zement nach China eingeführt.

Eine große Entwickung haben auch die modernen Druckereien in China genommen. Eine der größten Unternehmungen ist die Commercial Press in Schanghai, die kaufmännisch und technisch ganz unter chinesischer Leitung steht, geradezu Hervorragendes leistet und sich in bezug auf ihre maschinelle Einrichtung den bedeutendsten Unternehmungen Europas zur Seite stellen kann.

Der Mineralreichtum Chinas.

Richthofens Werk über die geologische Gestaltung Chinas ist und bleibt das Hauptwerk. Auf seine Forschungen gründen sich alle nachfolgenden Einzel- und Sonderberichte. Er hat in einer genialen Weise den geologischen Aufbau Chinas auf Grund seiner verhältnismäßig kurzen Anwesenheit in China konstruiert, und das, was er in großen Zügen im geologischen Aufbau Chinas erkannt hat, konnte bisher durch keinen nachfolgenden Forscher widerlegt werden. Selbstverständlich steckt auch heute noch die geologische Erforschung Chinas in den Kinderschuhen. In der vom Verein deutscher Eisenhüttenleute herausgegebenen Darstellung des Eisenhüttenwesens wird besonders darauf hingewiesen, daß Angaben über Asien, Afrika und Australien betreffend Eisenerzvorkommen nicht möglich seien, da diese Länder nur 1 bis 2 % genauer geologisch durchforscht seien.

Aber selbst in Kulturländern ersten Ranges, deren geologische Forschung vollendet schien, sind überraschende Erschließungen hochwichtiger Erzläger noch in der Gegenwart möglich gewesen.

Da darf man wohl mit Sicherheit annehmen, daß auch in China in dieser Beziehung Überraschungen erlebt werden. Vor allem dürften seine Grenzgebiete, wie die Mongolei, Mandschurei, das angrenzende Sibirien

außerordentlich große Erzläger bergen, von denen man heute noch keine Ahnung hat. Allerdings darf nicht außer acht gelassen werden, daß China ein geologisch einfach aufgebautes Land ist, das sich leichter übersehen läßt, als bedeutend kleinere Gebiete in anderen Erdteilen. Auf der anderen Seite kommt hinzu, daß die geologische Forschung im Norden Chinas durch ungeheure Lößüberlagerungen und im Süden durch tropischen Pflanzenwuchs und Lateritdecken gehindert wurde.

Die Hauptfrage ist, ob China genügend Eisen und Kohle besitzt für eine weitgehende Industrialisierung. In bezug auf Kohle ist dies fraglos zu bejahen. Aber es kommt nicht bloß auf das Vorhandensein von Kohle an, sondern darauf, daß diese Kohle gut verkokbar ist. Auch dieses ist bei einem großen Teil der chinesischen Kohle der Fall. Ferner kommt es darauf an, daß die verkokbare Kohle in der Nähe abbauwürdiger Eisenerzläger vorkommt und daß abbauwürdige Eienerzläger in genügender Ausdehnung und Anzahl vorhanden sind.

Die Frage, ob China reich an Eisenerz ist, wird von einem Teil der Forscher bejaht, vom anderen Teil der Forscher verneint. Die Entdeckung neuer bedeutender Eisenerzläger in jüngster Zeit läßt aber erwarten, daß die optimistische Ansicht die richtige ist.

Bei den heute noch nicht genügend ausgebauten Verkehrsverhältnissen bereitet allerdings die Entfernung verkokbarer Kohle von bestimmten Eisenerzlagerstätten vorläufig noch in der Ausnutzung dieser Lagerstätten Schwierigkeiten. Es kommt hinzu, daß Japan in bezug auf verkokbare Kohle und Eisenerz als Konkurrent Chinas auftritt und, wie schon an anderer Stelle bemerkt, bemüht ist, nach Möglichkeit auf alle diese Vorkommen in China seine Hand zu legen. Dies ist der Hauptgrund, daß nunmehr China darauf drängt, seine Eisenindustrie zu entwickeln.

Es wäre zu hoffen, daß Japan in dieser Beziehung zu einem Kompromiß mit China kommt, wonach Japan wenigstens die Verkokung der Kohle in China und nach Möglichkeit auch die Verhüttung des Eisenerzes in China selbst vornimmt und nur den Koks und das Roheisen nach Japan ausführt. Es liegt dabei selbstverständlich im eigensten Interesse der Chinesen, dafür Sorge zu tragen, daß Chinas eigener Bedarf an Roheisen und Kokskohle berücksichtigt wird, ehe die japanische Nachfrage befriedigt wird.

Der Bergbau in China ist schon sehr alt. Die Art der Gewinnung der Salzsohle in der Provinz Szechuan durch Bohrungen vermittels Meißel und Bambusseile bis zu mehreren hundert Metern tief, die dort

schon seit einem Jahrtausend vorgenommen werden, zeigen einen Höhepunkt der Bergbaukunst, der erst viele Jahrhunderte später in Europa erreicht wurde. Stollen und Schächte werden in China durch Handarbeit hergestellt und sind daher zumeist sehr eng.

Die Förderung geschieht im Süden meist durch Träger, die in niedrigen Stollen häufig gezwungen sind, auf Händen und Füßen in langen Strecken zu kriechen und dabei einen mit einer Binde um die Stirn befestigten, mit Kohlen beladenen Schlitten hinter sich herziehen. Im Norden wird zur Förderung häufig eine Handhaspel benutzt, oder, wie bei den Salzbergwerken in Szechuan, ein von Wasserbüffeln getriebenes Göpelwerk. Für die Wasserziehung benutzt man Kuthanfe im Norden, Bambuspumpen im Süden, die terrassenförmig übereinander gebaut werden.

Im allgemeinen kann man auch in bezug auf Bergbau in China sagen, daß es den Chinesen gelungen ist, mit primitiven Mitteln die größtmöglichen Leistungen hervorzubringen.

Die nachfolgenden Ausführungen über die Entwicklung des chinesischen Bergbaues in der neuesten Zeit stützen sich zum Teil auf Angaben des Herrn Dr. phil. Brücher, Direktor der Schantung-Bergbau-Gesellschaft, der gerade in den letzten Kriegsjahren auf ausgedehnten Reisen im Innern Chinas ein umfangreiches Material gesammelt hat, das hoffentlich bald veröffentlicht wird [1]).

Gold. Trotzdem in jeder Provinz in China Gold gewonnen wird und man in der betreffenden Jahreszeit fast an allen Flüssen Chinas, dort, wo sie aus dem Gebirge treten, Goldwäscher sieht, der Hauptfluß des Landes, der Yangtse, sogar in seinem Oberlauf den Namen „Goldsandfluß“ trägt, ist China doch arm an Gold. In den Grenzländern, am Amur, an der sibirischen Grenze und in der Mongolei findet Goldgewinnung größeren Stiles statt. Da diese Golderzeugung zum größten Teil nach Rußland geht, ist die Höhe statistisch nicht festgelegt. Die Gesamtgolderzeugung Chinas wird auf jährlich 20 000 kg geschätzt und wird auf der Grundlage von 978 fein gehandelt.

Da Silber als Geld in China die Stelle des Geldes vertritt, so ist Gold ein beliebtes Spekulationsobjekt für den chinesischen Kaufmann, der bei hohem Silberkurse Gold kauft und bei niedrigem Silberkurse Gold verkauft.

---

[1]) Herr Dr. Brücher ist zur Zeit von der chinesischen Regierung mit der Organisation des bergbaulichen Aufschlusses der an Eisenstein und Kohle reichen Provinz Anhin betraut.

Im Jahre 1914 wurden für 13 Millionen Taels, d. h. ungefähr 12- bis 13 000 kg in Goldstaub und -barren ausgeführt.

Kupfer. Seit uralten Zeiten betreiben die Chinesen Kupfer-Bergbau und -Verhüttung. Das Kupfer wurde hauptsächlich gebraucht für Münzzwecke, Tempelgefäße und im Kunstgewerbe.

Infolge der Waldverwüstung trat Mangel an Holzkohle ein und man kann feststellen, daß der Abbau der Kupfervorkommen dann aufhörte, wenn die Zone der geschwefelten Erze, die sich schwieriger verhütten lassen, angeschnitten wurde.

Die gegenwärtige Erzeugung beträgt 3000 t, während die Erzeugung im 17. Jahrhundert über 6000 t betrug. Die Einfuhr schwankt sehr. So wurden im Jahre 1913 13 000 t eingeführt, im Jahre 1915 2000 t. Eine eigentümliche Erscheinung war die während des Krieges entgegen dem Willen der chinesischen Regierung unter Zwang der japanischen Regierung einsetzende Ausfuhr eingeschmolzenen chinesischen Kupfergeldes, die im Jahre 1916 50 000 t erreichte und hauptsächlich über Tsingtau ging.

Kupfer kommt fast in allen chinesischen Provinzen vor. Eines der Hauptvorkommen liegt im Süden. Im Süden Chinas von Wei ning über Tung chuan—Hui li kon—Ta li fu ziehen sich Kupfererzlagerstätten hin über 100 km breit und ungefähr 500 km lang.

Im Bezirk Yachow-Ning Yü an hat sich die Regierung die Ausbeute vorbehalten. Das wichtigste Gebiet ist das Chien Chang-Tal in der Provinz Sze chuan mit dem Mittelpunkt Hsing Yü an Fu im südlichen Teil. Dort wird das in kleinen einheimischen Stollen und Tiefbaubetrieben gewonnene Kupfer von Hand geschieden, mit Holzkohle geröstet und in niedrigen breiten Schachtöfen wiederholt niedergeschmolzen. Dabei wird als Gebläse die in chinesischen, industriellen Betrieben übliche Windkiste benutzt. Das erzeugte Schwarzkupfer wird in chinesischen Betrieben raffiniert. In diesem Bezirk wurden jährlich 1000 t Metall gewonnen. Die Transportverhältnisse sind außergewöhnlich ungünstig, so daß die Fracht bis zum Haupthafen der Provinz 200 Dollars beträgt.

100 km nördlich von der Provinzial-Hauptstadt Cheng tu fu (Sze chuan) liegt ein Kupfervorkommen in dem Pai Shui ho-Tale, das seit Jahrhunderten betrieben wird. Hier hat die Provinzialregierung mit einer japanischen Gesellschaft zusammen ein Schmelzwerk errichtet, bestehend aus einem Gebläseschachtofen und einem Raffinierofen. Die Erze werden auf der Halde von Hand geschieden und mit Holzkohle von dem benachbarten Werke geröstet. Der Transport zur Kupferhütte

findet durch Träger statt. Koks frei Hütte kostet 4 Dollars pro Tonne. Als Kraftmaschine wird eine 30 Pferde starke Lanz-Lokomobile benutzt. Das gewonnene Kupfer, ungefähr 150 t Reinmetall im Jahr, geht an die Provinzial-Hauptstadt.

Die Kupfererzeugung Sze chuans beträgt jährlich 1200 t, wovon aus der Provinz nur 400 t ausgeführt werden, während 2000 t eingeführt werden. Ich möchte darauf hinweisen, daß die Kupferhütte dieser Provinz ungefähr 2000 km von der Küste entfernt liegt.

Ein weiteres wichtiges Kupfervorkommen liegt im Norden der Provinz Yünnan, mit dem Mittelpunkt Tung chuan fu, am Berge Tan Tan, ungefähr 2000 m hoch.

Bezeichnend ist, daß die Chinesen an zwei Plätzen Yünnans, in Puerfu und in Szemao, wo früher bedeutender Kupferbergbau betrieben wurde, aus Furcht vor der Habgier der Franzosen und der Möglichkeit französischer Annexion die Betriebe eingestellt haben.

Silber, Blei, Zink. Die Gesamterzeugung Chinas an Silber schwankt zwischen 5000 bis 10 000 kg. Die direkte Erbeutung der auftretenden Silbererze ist nicht sehr bedeutend und findet zurzeit nur im westlichen Teil der Provinz Kwei Chow statt.

Blei- und Zinkerze werden fast immer zusammen gefunden. Da für Blei keine Verwendung vorlag, wurde die Bleidarstellung früher nur als Vorstufe der Silbergewinnung betrachtet. Die Bleierz-Förderung beträgt 20 000 t. 4000 t wurden im Jahre 1914 ausgeführt. Die Zinkdarstellung in China ist sehr alt, da sie für Bronzedarstellung verwendet wurde. Die Jahresförderung der aufbereiteten Zinkerze betrug 1913 35 000 t, davon wurden 12 000 t ausgeführt.

Ein sehr wichtiges Silber- und Bleierz-Vorkommen ist das von Shui kou shan, das bereits seit langer Zeit von vielen chinesischen Betrieben abgebaut wird. Die Provinzialregierung übernahm dieses Vorkommen im Jahre 1896. Die Aufbereitung fand zum großen Teil mechanisch durch eine Erzwäsche von 50 t Tagesleistung statt, die von einer deutschen Firma geliefert worden war. Im Jahre 1916 ließ die Provinzial-Regierung durch einen in Deutschland ausgebildeten Chinesen eine Aufbereitung für 100 t tägliche Lieferung errichten. Die Grube wurde mit dem Siang-Fluß durch eine von der Firma Orenstein u. Koppel-Berlin gelieferte Kleinbahn verbunden. Wegen der Benutzung verschiedener Flüsse muß eine häufige Umfrachtung eintreten, so daß die Fracht bis Schanghai sich gleich den Selbstkosten in der Grube stellt. Deutsche Firmen hatten

bis zum Jahre 1916 gegen Hergabe einer Anleihe Erzlieferungs-Verträge abgeschlossen.

Die in Chang sha verhütteten Erze gingen zum großen Teil nach Japan. Die Verhüttung ist billig, da in der Nähe Kokskohle gewonnen wird.

Antimonerz. Das Vorkommen von Antimonerzen ist auf das südliche China beschränkt. Mittelpunkt des Antimonerzbaues ist die Hauptstadt der Provinz Hunan, Chang sha. Von Chang sha wurden im Jahre 1915 ausgeführt:

1000	Tonnen	Antimonerz,
3000	,,	Schlacken,
15000	,,	Crudum,
6000	,,	Regulus.

Ein Teil der aus Hunan stammenden Antimonerze wird in den Hüttenwerken in Hankou, von denen einige in Händen deutscher Firmen waren, verhüttet. Die Hunan Hua Chang Smelting Co. genießt Steuerfreiheit und besondere Privilegien für die Verhüttung der Antimonerze.

Reiche Erze werden an Ort und Stelle zu Crudum verarbeitet, ärmere Erze werden zu den entfernteren, in der Nähe von Kohle liegenden Schmelzhütten gebracht. Die Höhe der Förderung ist sehr von der Marktlage abhängig. Kleinere Gruben stellen bei fallenden Marktpreisen den Betrieb ein.

In den Provinzen Kuei chow, Sze chuan und Yünnan kommen reiche Antimonerzläger vor, doch hindern vorläufig Transportschwierigkeiten einen lohnenden Abbau.

Im Norden der Provinz Kuang tung finden sich reiche Erzgänge an der Grenze von Hunan, die mit der Eröffnung der Hankou-Kanton-Eisenbahn zu erhöhter Bedeutung kommen. In Kanton selbst waren bis zum Jahre 1916 drei Schmelzanlagen errichtet.

Wolframerze. Die Nachfrage nach Antimon im Jahre 1916, das hauptsächlich zur Herstellung von Schrapnellkugeln benutzt wurde, veranlaßte eine große Schürftätigkeit in der Provinz Hunan, die an verschiedenen Stellen Wolframerze zutage förderte. Von dem chinesischen Bergwerksdirektor Liang wurde das Vorkommen in Konkurrenz mit den Japanern erworben. Im Jahre 1915 wurden 90 000 t Erz aufbereitet. Der Erzpreis in China betrug 2400 M., während die Tonne Wolframerz in Amerika mit 4500 M. bezahlt wurde.

Nickel kommt wenig vor.

Molybdän wurde bei Versuchsarbeiten in China im südlichen Hunan gewonnen, und in Fukien hat sich eine Bergbau-Gesellschaft gebildet, um das in der Nähe von Yuntai Hsien gewonnene Vorkommen abzubauen.

Quecksilber. Auch die Gewinnung von Quecksilber aus Erzen ist in China sehr alt. Es wurde zum großen Teil verwandt für die landesübliche Feuervergoldung. Auch wird aus Quecksiber künstlicher Zinnober hergestellt. Die chinesische rote Stempelfarbe wird daraus gefertigt.

Die Erzeugung von metallischem Quecksilber stellte sich in den letzten Jahren auf 500 t. Die Ausfuhr betrug im Jahre 1915 218 t. Die Gewinnung findet nur nach landsüblicher Methode statt, und zwar hauptsächlich in den westlichen Provinzen Kuei chow und Yünnan. Es zieht sich ein Zinnober-Vorkommen vom westlichen Yünnan durch die Provinz Kuei chow bis zum nordwestlichen Teil der Provinz Hunan hin.

Kohle. China ist eines der reichsten Kohlenländer der Erde, und das Kohlen-Vorkommen in der Provinz Shansi mit seinen 10 m mächtigen, aus reiner Kohle bestehenden gewaltigen Flözen übertrifft an Reichtum eines der bedeutendsten Kohlengebiete in dem Staat Pennsylvania in Amerika.

Wie überall in China hat sich bei Aufschluß der Mineralschätze der Japaner als treibendes Element erwiesen. Die bedeutenden Fushun-Minen, 40 km östlich von Mukden, sind durch japanische Initiative ausgebaut worden. Das Vorkommen wird auf 1 Milliarde Tonnen berechnet. Das Flöz ist bei Fushan durch drei Tiefbauanlagen mit vier Förderschächten aufgeschlossen. Einige Kilometer entfernt, wird die Kohle durch Tagebau abgebaut. Die Tagesförderung beträgt 5—6000 t, die Jahreserzeugung im Jahre 1916 2 000 000 t. Das Hauptabsatzgebiet ist die Mandschurei. Die Fracht bis zum nächsten Hafen am Gelben Meer, dem früheren russischen Hafen Dalny, wohin 600 000 t der Fushun-Kohle jährlich gesandt werden, beträgt 1,1 Pfg. pro t/km. Die Selbstkosten auf der Grube betragen pro Tonne 1 Yen, die Fracht bis Dalny 1,3 Yen, so daß die Kohle frei an Bord Dalny 2,6 Yen kostet. Die Gruben sind Eigentum der südmandschurischen Eisenbahn und haben einen Beamtenstab von 300 Japanern und 10 000 chinesische Bergarbeiter.

Ein weiteres Kohlenvorkommen in der Mandschurei bei Pen-shi hu ist Eigentum einer chinesisch-japanischen Gesellschaft. Auch dort ist eine moderne Tiefbauanlage nebst großen Tagesbauanlagen. Ein mittelmäßiger Koks wird gewonnen, der zum Schmelzen der in der Nähe vorkommenden Eisenerze verwandt wird. Die Selbstkosten der Kohle be-

tragen 5 M. pro Tonne. Es würde zu weit führen, auf die weiteren Kohlenvorkommen der Mandschurei, die teilweise sehr bedeutend sind, einzugehen.

Was das Kohlen-Vorkommen im Norden der Provinz Chili anbelangt, so liegen südlich von Shan hai kuan in einer nach Norden offenen Kohlenmulde die Kaiping-Minen. Sie werden durchschnitten von der Peking-Mukden-Bahn. 20 Flöze mit einer Mächtigkeit von 2 m bis 30 m sind vorhanden, von denen 10 abbauwürdig sind. Die Eigentümerin der Kohlengruben ist die Kailan-Gesellschaft, die hervorgegangen ist aus der Vereinigung der Chinese Engineering and Mining Company und der rein chinesischen Gesellschaft der Lanchow-Mining-Company. Es ist das bedeutendste Bergwerks-Unternehmen Chinas, das die größte Kohlenproduktion aufzuweisen hat. Die Geschichte des Unternehmens bietet ein klassisches Beispiel für die Art und Weise, wie England es versteht, in fremden Ländern sich die Rechte anderer zuzuwenden und auszubeuten.

Während des japanischen Krieges ließen die chinesischen Eigentümer der Kaiping-Minen sich überreden, um zu verhindern, daß die Kohlenminen von den Japanern mit Beschlag belegt wurden, eine englische Gesellschaft zu gründen, deren eigentlicher Zweck nur der Schutz der Minen vor japanischem Eingriff sein sollte. Durch ein geschicktes Finanzmanöver gelang es den Engländern, mittels eines Einschusses von 1 Mill. Pfund das Gesamtunternehmen in ihre Hände zu bekommen. Die dann von den Chinesen auf dem gleichen Vorkommen neu gegründete Gesellschaft Lanchow-Mining-Company wurde nach hartem Preiskampf im Januar 1912 gezwungen, sich mit der englischen Gesellschaft zu vereinigen.

Aus dem Gesellschaftsvertrage geht hervor, daß beide Gesellschaften ihr Stammkapital von je 1 Mill. Pfund getrennt behalten und daneben bleibt eine Anleihe von 1,2 Mill. Pfund zu 6 % bestehen. Der Reingewinn bis 300 000 £ jährlich wird im Verhältnis von 6 zu 4 geteilt, und zwar so, daß der größere Anteil der englischen Gesellschaft zufällt. Der 300 000 £ übersteigende Gewinn wird zu gleichen Teilen verteilt. Von dem 150 000 £ übersteigenden Gewinn gehen $^1/_{15}$ an die chinesische Provinzialregierung.

Das Kohlenbecken wird durch zwei größere Tiefbauanlagen aufgeschlossen. Die Gesamtförderung betrug im Jahre 1914/15 2 690 000 t. Im letzten Jahre hat die Gesellschaft ungefähr 10 % verteilt. Sie besitzt einen eigenen Hafen in Chin wang tao, der durch die Peking-Mukdener

Bahn mit den Gruben verbunden ist. Die Gesellschaft hat mit dieser Bahn sehr günstige Eisenbahnfrachtsätze abgeschlossen, so daß die Kohle frei an Bord Verschiffungshafen auf höchstens 2,50 mex. Dollars kommt. Die Ausfuhr von 1 191 000 t wurde durch eigene Dampfer bewerkstelligt. Die Gesellschaft besitzt ferner in Tientsin und Schanghai bedeutende Lagerplätze und große Werftanlagen. Der Umsatz in Schanghai allein betrug im Jahre 1915 450 000 t.

Von den vielen Kohlen-Vorkommen in der Provinz Chili, in der die Hauptstadt Peking und die bedeutende Handelsstadt Tientsin gelegen sind, wollen wir nur noch die Ching-Hsing-Kohlengruben erwähnen, die ihre Entstehung der Initiative Deutscher verdanken. An der schmalspurigen Gebirgsbahn, die nach Tai-Yüan-Fu führt, der Hauptstadt der Provinz Shansi, liegen in der Nähe der Station Nan gou tou Kohlengruben der deutsch-chinesischen Ching-Hsing-Minen-Gesellschaft. Die Gesellschaft besitzt ein Grubenfeld von 10 Mill. qkm und baut auf vier guten Fettkohlenflözen ab, die bis zu 7 m Mächtigkeit haben. Der Vorrat an Kohle beträgt 100 Mill. t. Das Vorkommen ist aufgeschlossen durch zwei Tiefbauanlagen. Wichtig ist, daß diese Kohle einen guten Koks liefert und außerdem als Kesselkohle gut verwandt werden kann. Alle Verhältnisse zum Abbau der Kohle liegen außerordentlich günstig, so daß die Selbstkosten zurzeit auf der Grube nur 1,2 Dollar pro Tonne betragen. Die Jahresförderung betrug im Jahre 1915 300 000 t. Das investierte Kapital ist 3 Mill. Mark. 55 % davon sind Aktienkapital und 45 % eine 7 prozentige Anleihe. Das unter deutscher technischer und kaufmännischer Leitung glänzend zahlende Unternehmen war seit langem den Engländern ein Dorn im Auge.

Wir kommen nun zu den Kohlen-Vorkommen in Schantung, die für uns besonderes Interesse haben. Durch den Kiautschou-Vertrag vom Jahre 1898 hatte das Deutsche Reich sich Bahnbauten und Bergbau-Rechte in einer Zone von 15 km zu beiden Seiten der Schantung-Bahn durch Staatsvertrag gesichert.

Die Schantung-Bergbau-Gesellschaft, die später mit der Schantung-Eisenbahn-Gesellschaft verschmolzen wurde, nahm zuerst ein Kohlenfeld in Angriff bei Weihsien. Die Kohlenförderung betrug 250 000 t. Infolge schlechter Qualität und Unregelmäßigkeit des Vorkommens und der dadurch bedingten ungünstigen Betriebsverhältnisse kam der Abbau zum Erliegen. Ein neues Vorkommen wurde aufgeschlossen im Poschan-Tal, inmitten der großen Töpferei-, Steingut-, Glas- und Eisenindustrie der Provinz Schantung. Durch drei größere Tiefbauanlagen wurde das

Vorkommen abgebaut, die bei Ausbruch des Krieges 500 000 t lieferten. Die hier gewonnene Kohle ist der Qualität nach die beste Kohle, die in China bisher gewonnen wird. Sie hat die hochwertige Eigenschaft, daß sie gut kokt, ist außerdem als Kesselkohle der Cardiff-Kohle ebenbürtig, so daß sie ausgezeichnet für Kriegsschiffe zu verwenden ist.

Die Selbstkosten der Grube betrugen 1,60 Doll. pro Tonne, die Fracht nach Tsingtau auf der eigenen Eisenbahn 2 Doll., so daß die Kohle frei an Bord Tsingtau mit 4 Doll. stand. Die Ausfuhr nach Übersee, d. h. hauptsächlich nach Schanghai, betrug im Jahre 1913 161 000 t. Der Vorrat an Kohlen wird auf 2 Milliarden Tonnen geschätzt. Das gesamte Unternehmen ist durch den Krieg in die Hände der Japaner gekommen.

Weiterhin wäre zu erwähnen das bedeutende Kohlenfeld von Yi-Hsien. Dieses Vorkommen wird von einer aus einer deutsch-chinesischen Gesellschaft hervorgegangenen rein chinesischen Gesellschaft, der Ching-Hsing-Bergbau-Gesellschaft, abgebaut. Moderne Tiefbauanlagen mit elektrischer Zentrale und bedeutender Wasserhaltung sind gebaut worden. Aber die Gesellschaft hat eine Kapitalsverpflichtung von 15 Mill. Mark, die jährlich mit 8 % verzinst werden muß, und fristet bei einer Förderung von 150 000 t pro Jahr ein kümmerliches Dasein. Die Verwaltung hat sich verschiedentlich an deutsche Firmen zwecks Sanierung der Finanzen gewandt. Der Krieg hat verhindert, daß deutscher Einfluß in diesem Unternehmen maßgebend werden konnte.

Wenden wir uns nunmehr der schon im Eingang des Vortrages erwähnten Provinz Schansi zu, so sehen wir, daß ein Drittel der gesamten Provinz flözführend ist. Obschon alle Verhältnisse zum Abbau des Kohlenvorkommens außerordentlich günstig liegen, ist doch bei der vorläufig geringen Absatzmöglichkeit, die auf den Mangel an modernen Transportwegen zurückzuführen ist, die Gesamtförderung eine geringe und beträgt nur 1,5 Mill. Tonnen pro Jahr. Sie erfolgt ausschließlich nach chinesischer Methode.

Die Selbstkosten der von den Pao-Hsing-Gruben geförderten Kohlen betragen 1 Doll. pro Tonne. Trotzdem würde die Fracht die Kohle bis zum Hafen Tientsin auf über 7 Doll. verteuern, wodurch ein Wettbewerb mit der Kohle aus Nordchina ausgeschlossen wäre. Die Kohle ist zum großen Teil eine reine Anthrazit-Kohle. Bei dem kolossalen Vorrat an Kohlen fördert man nur Stückkohlen und läßt die Feinkohle liegen. Die Förderung geschieht durch Träger oder auf Ochsenschlitten. Die Ar-

beiterverhältnisse sind außerordentlich günstig. Der höchste Lohn pro Tag ist 20 cents.

Über die Mongolei und Turkestan lassen sich genauere Angaben nicht machen, da sie geologisch so gut wie überhaupt nicht näher bekannt sind. Bekannt ist, daß bedeutender Kohlenbergbau an verschiedenen Plätzen dieser Länder stattfindet und da und dort auch Eisenstein ansteht. So kann man für die Zukunft noch eine große Entwicklung erwarten.

Das Kohlenvorkommen von Hwei-Ching-Fu ist das bedeutendste Kohlenbergbau-Unternehmen in der Provinz Honan und wurde von dem Peking-Syndikat in Angriff genommen. Diese Gesellschaft wurde zunächst von den Chinesen nur als eine Studiengesellschaft gedacht, da China als Lehre aus dem japanischen Kriege die Idee gewonnen hatte, daß es seine Bodenschätze industriell verwerten müsse. Aus dieser Studiengesellschaft entstand dann eine englische Aktiengesellschaft im Jahre 1898, die mit 1 Mill. Pfund in London registriert wurde. Die Gesellschaft erhielt Bergbaurechte in Schansi und im nördlichen Teil von Honan und daneben das Recht zum Bau von Transportbahnen und Wasserstraßen zwecks Beförderung der gewonnenen Produkte. — Nachdem die Gesellschaft gefunden hatte, daß das von ihr in Angriff genommene Kupfervorkommen nicht lohnend war, rührte sie weiter keinen Finger für Aufschluß der ihr verliehenen Gerechtsame, und die chinesische Regierung sah sich schließlich gezwungen, die dem Peking-Syndikat unentgeltlich überlassenen Gerechtsame von dieser Gesellschaft für 100 000 £ zurückzukaufen. — Zwecks Ausnutzung der ihr noch verbliebenen Rechte hat sich das Peking-Syndikat mit einer chinesischen Gesellschaft zu einer Verkaufsgemeinschaft zusammengeschlossen. Die Geschichte dieses Syndikats, das jetzt hauptsächlich in russischen Händen ist, hat gerade nicht die Vorliebe für fremdes Kapital in China gefördert.

Ein außerordentlich wichtiges Kohlen-Vorkommen liegt noch in der Provinz Kiangsu, die eine besondere Bedeutung hat, da sie Küstenprovinz ist, der Ausfluß des Hauptwasserweges Chinas, des Yangtse, in ihr liegt, und ebenfalls auch der Haupthandels- und Umschlagshafen Schanghai zu dieser Provinz gehört. Dieses Vorkommen liegt in der Nähe der Tientsin-Pukou-Bahn und hat eine besondere Bedeutung dadurch, daß es eine gut kokende Kohle liefert und so die Verhüttung der in der Nähe gewonnenen Eisenerze ermöglicht. Während des Krieges hat ein deutscher Ingenieur in der Stadt Schanghai die ersten Hochöfen errichtet, in denen Versuche mit der Verhüttung von Eisenerzen gemacht wurden. Mit

Bezug auf dieses Kohlen-Vorkommen und das späterhin noch zu erwähnende Eisenstein-Vorkommen ist der Gewinnung von Koks nebst Ausnützung der bei der Kohleverwertung entstehenden Nebenprodukte sowie der Verhüttung von Erzen in Schanghai eine große Zukunft sicher.

Die von mir erwähnten Kohlen-Vorkommen sind nur eine Auslese von mindestens 80 bedeutenderen Vorkommen, die zurzeit in China abgebaut werden.

Es bleibt zum Schluß des Kapitels über Kohle in China noch die Erwähnung der Kohlenminen von Ping-Hsiang übrig, die für uns von besonderer Bedeutung sind, da sie ihren Aufschluß und erfolgreichen Betrieb der jahrzehntelangen Arbeit deutscher Ingenieure ausschließlich verdanken.

Die Kohlenminen, Eigentum der chinesischen Stahl- und Eisenwerks-Gesellschaft der Hanphing, sind gelegen im Westen der Provinz Kiang-Hsi. Neun abbauwürdige Flöze sind vorhanden, von denen einige eine Mächtigkeit von 12 m besitzen. Die Förderung findet durch den 3 km langen Hauptstollen vermittels elektrischer Lokomotiven statt. Es besteht eine umfangreiche Tagesanlage; zwei Schächte sind bis 170 m Teufe hinabgeführt. Zwei Kohlenmischer und eine Brikettfabrik sind vorhanden. 254 moderne Koksöfen, Otto Koeppe-Öfen. Von den 144 chinesischen Koksöfen wird die Kohle verkokt. Eine Nebengewinnung findet nicht statt. Es ist ferner eine Ringofenziegelei vorhanden, eine elektrische Zentrale, für die zurzeit neue Generatoren in Deutschland gebaut werden, und einige große Reparatur-Werkstätten. Die Selbstkosten betragen 2,50 Doll. an der Grube ohne Abstreifung. — Das für die Bergwerksanlagen aufgewendete Kapital beträgt 25 Mill. Mark. Der erzeugte Koks geht ausschließlich nach dem Stahlwerk der Gesellschaft in Han-Yang. Durch das verschiedentlich notwendige Umladen verliert der Koks sehr an Festigkeit. In Han-Yang wird für Koks pro Tonne der hohe Preis von 9 Taels = 27 Mark bezahlt. Die Gesellschaft arbeitet, weil sie das Kapital mit 8 % verzinsen muß, als reines Kohlenbergwerk mit Unterbilanz.

Der Kohlenmarkt. Die Hauptkohlenmärkte in China sind Hongkong, Schanghai und Hankau. Hongkong und Schanghai haben einen jährlichen Umschlag von ungefähr 1 700 000 t. Fast die Hälfte davon ist chinesischen Ursprungs. Da zudem noch englische, australische und japanische Kohle auf den Markt kommt, so ist eine ungeheure Konkurrenz vorhanden. Außerdem dienen die beiden Plätze Hongkong und Schanghai

auch als Aufnahmemärkte für die an anderen Stellen zurückgebliebenen Überschüsse.

Die Lage des chinesischen Kohlenmarktes ist daher nicht als sehr günstig zu bezeichnen. Trotzdem trat während des Krieges als Folge der allgemeinen Kohlennot auch in China an der Küste eine Kohlennot ein, die sich in außerordentlich hochgeschraubten Preisen bemerkbar machte. — Die Kailan-Gesellschaft versuchte die Bildung einer Verkaufsgemeinschaft der nordchinesischen Kohlengruben. Dieses gelang nicht, da die japanischen Händler sich nicht binden lassen wollten. Bemerkenswert ist aber, daß von Jahr zu Jahr trotz aller Anstrengungen die japanische Kohleneinfuhr nach China zurückgeht.

Die Kohlenpreise in Schanghai betrugen in den letzten Jahren durchschnittlich für

Cardiff-Kohle	45	Mark	pro	Tonne
Kaiping- ,,	16	,,	,,	,,
Shantung- ,,	28	,,	,,	,,
Japan- ,,	18	,,	,,	,,

Das Kohlengeschäft in Ostasien wird noch besonders durch die recht üble Sitte erschwert, daß die Angestellten der kohlenverbrauchenden Firmen eine Kommission bis zu 10 % verlangen. Nach japanischer Sitte wird bei Kohlen-Kontrakten von vornherein nur 90 % der ausbedungenen Lieferung geliefert, 10 % davon gehen an den Kapitän und an die Ingenieure des Schiffes. — Nach dem Urteil Sachverständiger leidet das Kohlengeschäft überdies darunter, daß man im allgemeinen gewöhnt ist, schlechte Kohle zu verwenden und auch diese nur unvollständig auszunutzen.

Eisen. Die Gesamterzeugung an Roheisen in China beträgt 450 000 t. Hierbei ist zu berücksichtigen, daß ein großer Teil von Roheisen laut Vertrag Japans mit dem chinesischen Eisenstahlwerk in Hanyang abgegeben werden muß. Auf den Kopf der Bevölkerung berechnet, erzeugt China ungefähr 1½ kg. Das ist, gemessen an europäischen und amerikanischen Verhältnissen, eine sehr geringe Zahl.

Wie schon gesagt, ist China bei weitem nicht so reich an Eisenerzen wie an Kohle. Immerhin wird sein Vorrat an Eisenstein auf 3 Milliarden Tonnen geschätzt, von denen 1 Milliarde Tonnen reiche Erze darstellen. — Allzuviel sollte man nach meiner Meinung auf derartige Zahlen sachverständiger Bergleute nicht geben und sich damit begnügen, festzustellen, daß der Vorrat an Eisenstein für die für unsere Berechnung in Frage kommende Zeit vollauf genügen wird.

Die Förderung von Eisenstein wird von sachverständiger Seite auf 1 000 000 t angegeben. Das chinesische Handelsministerium gab im Jahre 1915 656 000 t an. Im allgemeinen wird man finden, daß die chinesischen amtlichen Statistiken geringere Zahlen für die Produktion nennen als fremde Sachverständige. Dies ist wohl darauf zurückzuführen, daß zwecks Umgehung der Steuer von den beteiligten Kreisen geringere Angaben über die Erzeugung gemacht werden.

Beginnen wir mit der Mandschurei, so finden wir 30 m südlich von Pen Hsi Hu an der Mukden-Antong-Eisenbahn ein Eisensteinflöz von 2 m Mächtigkeit, das durch Stollenbau abgebaut wird. Daneben liegt ein Roheisensteinlager, das bis zu 45 %igen Eisenstein enthält. Im Jahre 1916 ist für die Verhüttung eine Aufbereitungs- und Brikettierungsanlage in England bestellt worden. Das Vorkommen wird auf über 100 Millionen Tonnen Erz geschätzt. Das Erz dient zur Beschickung der zwei Hochöfen, die bei den Kohlengruben von Pen Hsi hu errichtet worden sind. 1918 betrug die Tageserzeugung beider Öfen 250 t Roheisen. Das Eisen geht dem japanischen Stahlwerk Wakamatsu zu. Die Selbstkosten betragen 24 Yen pro Tonne Roheisen bei einem Erzpreis von 3 Yen und einem Kokspreis von 10 Yen. Das ganze Werk liegt an der südmandschurischen Eisenbahn. — Unter Führung der südmandschurischen Eisenbahn wurde ferner die An shan Mining Company mit 20 Mill. Yen gegründet. Zwei Hochöfen von je 150 t Leistung sind aufgestellt, Stahl- und Walzwerke sind im Bau.

Zurzeit besteht in der Provinz Chili noch keine nennenswerte Förderung an Eisenerz.

Ein sehr bedeutendes Eisenerz-Vorkommen liegt nordwestlich von Kaiping an der Peking-Mukden-Eisenbahn. Die Kailan-Gesellschaft beabsichtigt, ein Eisenwerk zu gründen. Untersuchung der Erze hat gezeigt, daß sie nicht erstklassig sind. Infolgedessen müßte eine Röstungs- und Anreicherungsanlage eingerichtet werden. Vorläufig ist aber noch die Koksfrage nicht gelöst, denn die von der Kailan-Gesellschaft geförderte Kohle läßt sich nicht in brauchbaren Koks umgestalten.

Reich an Eisenstein ist die Provinz Schantung. Eine nennenswerte Verhüttung findet aber zurzeit noch nicht statt. Es wurden reiche Eisenstein-Vorkommen nördlich der Schantung-Eisenbahn bei km 280 innerhalb des deutschen Konzessionsgebietes festgestellt. Das Eisensteinvorkommen hat eine Mächtigkeit bis zu 100 m. Durch Bohrung wurde festgestellt, daß die Gesamtmenge mindestens 100 Millionen Tonnen betragen würde. Der Eisengehalt der Erze ist über 60 %. Im Jahre 1914

wurde durch die Schantung-Bergbaugesellschaft der Abbau des Eisenerzvorkommens in Angriff genommen. Die 30 km südlich liegenden Hun shan-Kohlenminen sollten den notwendigen Koks liefern. Mit Kriegsausbruch und der Eroberung Tsingtaus geriet auch dieses Eisen-Vorkommen in die Hände der Japaner. Die Japaner, welche an dem Abbau dieses Eisensteines ein außerordentlich großes Interesse hatten, haben bereits ein normalspuriges Anschlußgleis während des Krieges gebaut, durch weitere Bohrungen die schon von deutschen Inspektoren gemachten Angaben bestätigt gefunden und bereits Kessel und Kompressoren aufgestellt.

Die Provinz Schansi hat eine Förderung von ungefähr 150 000 t Eisenstein, die nach einheimischer Methode gefördert wird. Die Angaben Richthofens über den außerordentlichen Eisenreichtum dieser Provinz werden von neuerlichen Sachverständigen, die die Provinz bereisten, nicht ganz bestätigt. Wohl besteht ein weitausgedehntes Eisen-Vorkommen, doch dieses hat nur eine geringe Mächtigkeit und ist sehr unregelmäßig. Die Jahreserzeugung der Eisenindustrie in Schansi, die ebenfalls nur nach alter chinesischer Methode arbeitet, beträgt nach Angabe des Handelsministeriums 52 000 t. — In den letzten Jahren machte sich, namentlich kurz vor dem Kriege, ein Eindringen fremden ausländischen Eisens bemerkbar und führte zum Stillegen einiger chinesischer Betriebe.

Die chinesische Darstellungsweise des Eisens ist außerordentlich praktisch und einfach. Zur Erzeugung von Schmiedeeisen wird das flüssige Roheisen in Sand gegossen. Um Gießereieisen herzustellen, läßt man die Tiegel langsam abkühlen. In kleinen flachen Herdöfen wird mit trockenem Holze das Schmiedeeisen gepuddelt. — An Ort und Stelle wird in kleinen Betrieben das Eisen weiter verarbeitet. In den Gießereien werden nicht bloß eiserne Töpfe und Reisschalen hergestellt, sondern auch kunstgewerbliche Erzeugnisse, namentlich Glocken. — Die Selbstkosten einer Tonne Roheisen betragen im Durchschnitt 18 Dollars.

Es hat vor Jahren bei der chinesischen Regierung die Absicht bestanden, in Schansi ein großes Regierungs-Eisenstahlwerk zu errichten, doch gelang es nicht, hierfür ausländische Kapitalisten und Industrielle zu interessieren. Ist aber erst einmal durch Ausdehnung des Eisenbahnnetzes, Ausbau von Straßen und Wasserwegen die Provinz Schansi näher an die großen Wirtschaftsstraßen gerückt, so ist hier noch eine große Entwicklung der Eisenindustrie zu erwarten.

Ein bedeutendes Eisenvorkommen, das in der nächsten Zukunft eine große Rolle spielen wird, liegt in der Provinz Anhui. Es handelt sich um eine mächtige Lagerstätte von Magnet-, Rot- und Braun-Eisenstein. Mit chinesischem Betrieb sind vorläufig nur 10 000 t pro Jahr gefördert. Aber ganze Berge bestehen aus reinem Erz. Durch Bohrung bis zu 10 m hat man festgestellt, daß auch dann noch reines Erz vorhanden war. — Auch hier macht die Lösung der Koksfrage einige Schwierigkeiten. Das Unternehmen hat fraglos sehr gute Aussichten, da überall Tagebau möglich ist. Das London- u. China-Syndikat hat auf von ihm erworbene Rechte gegen Zahlung von einer Million Mark zugunsten der chinesischen Regierung verzichtet. Statt dessen haben aber in den letzten Jahren Japaner sich anscheinend bedeutende Rechte gesichert. So soll die Mitsui, eine der größten japanischen Handels- und Industrie-Gesellschaften, sich ein Feld von 60 Millionen Tonnen Erz gesichert haben.

Südlich von Taiping hat ein japanisches Industrie-Syndikat Abbauverträge mit den Inhabern der Gerechtsame abgeschlossen. Die japanische Gesellschaft bezahlt eine Förderabgabe bis zu 2 Dollars pro Tonne, je nach Qualität des Erzes. Die Gewinnungskosten betragen pro Tonne nur 50 Cent.

Das bedeutendste Eisen-Vorkommen in China, das bereits seit Jahren abgebaut wird, liegt am unteren Yangtse, in der Nähe von Tayeh. Eigentümerin ist die chinesische Eisenstahlwerks-Gesellschaft in Hanyang. Eine normalspurige Eisenbahn verbindet die Eisensteingrube mit dem Hafen am Yangtse. Auch hier kann der Eisenstein zum großen Teil durch Tagebau gewonnen werden. Er erreicht eine Mächtigkeit bis zu 50 m. Die Selbstkosten sind außerordentlich niedrig, sie betragen nur einen halben Dollar pro Waggon. Die Beförderungskosten frei Hanyang, wo das Stahlwerk liegt, betragen 1,50 Dollar pro Tonne. Das Eisenwerk bezahlt 2 Dollars pro Tonne. — Die Gesamtförderung betrug im Jahre 1915 546 000 t Erz. Davon gingen 180 000 t nach Japan. Dabei ist zu betonen, daß die Japaner nur die besseren Erze nehmen, wofür sie 7 Doll. pro Tonne frei Bord im Yangtsehafen bezahlen. Diese Erzlieferungen werden verrechnet gegen eine Anleihe, die die Japaner der Gesellschaft gegeben haben. Die Eisenstahlwerke wurden durch den fortschrittlichen Vizekönig Chang chin tung gegründet. Die Gesellschaft erwarb die Eisengrube Tayeh und zwecks Gewinnung des notwendigen Koks die Kohlengrube von Ping hsi ang.

Die Werke sind im allgemeinen nicht günstig gelegen, da sie sowohl von den Kohlengruben wie von den Eisenstein-Vorkommen weit entfernt liegen. Der Unterbau war außerordentlich schwierig, da in dem morastigen Boden gewaltige Fundamente für die Stahlwerksanlagen geschaffen werden mußten. Das Eisenwerk kam 1898 in Betrieb. Zurzeit sind zwei ältere Hochöfen von je 150 t und zwei neuere Hochöfen von je 250 t Tagesleistung in Betrieb, ferner ein kippbarer Mischer und 6 Martinöfen mit 30 t Einsatz. Die Roheisenerzeugung betrug im Jahre 1909 75 000 t und im Jahre 1916 150 000 t. Das Werk ist unter Einfluß der Japaner, die darauf eine Anleihe von 60 Mill. Mark zu 8 % gegeben haben, wenn auch die Betriebsleitung rein chinesisch ist.

Die neuen Hochöfen leiden sehr darunter, daß der brüchige Koks die schwere Beschickung nicht aushält. Im allgemeinen ist die Gesamtlage nicht in gutem Zustande, und es wird nur weitergewirtschaftet, ohne daß das Werk technisch und kaufmännisch in wirklich einwandfreier Weise geleitet wird. Nach Berechnung eines deutschen Sachverständigen beträgt der Preis pro Tonne Roheisen unter Einrechnung von Löhnen, Verwaltungskosten und 8 % Zinsen des Buchwertes des Eisenwerkes 46 Dollars. Demgegenüber wurde nach einer in den letzten Tagen erschienenen englischen Pressenotiz von einem angeblichen Kenner der Preis für eine Tonne Roheisen auf fast die Hälfte berechnet. Rechnet man nach den Angaben des ersteren Sachverständigen eine nach europäischen Begriffen notwendige Abschreibung ein, so kostet die Tonne Roheisen frei ab Werk 140 Mark (Gold), wogegen nach den japanischen Verträgen zwecks Verrechnung der Anleihezinsen jährlich 100 000 t Roheisen zu dem niedrigen Preise von 54 Mark pro Tonne geliefert werden müssen. (Vor dem Kriege konnte eine Tonne Roheisen aus Europa für ungefähr 50 Mark an die Küstenplätze Chinas geliefert werden.)

Zurzeit werden trotz der früher erwähnten Untauglichkeit des Koks zu schwerer Beschickung auf dem Eisen-Vorkommen der Gesellschaft in Tayeh zwei von Amerika gelieferte Hochöfen mit einer Lieferung von täglich je 450 t aufgestellt. Die Mittel für die Anlage sind von einer japanischen Bank vorgestreckt worden. Ferner sind amerikanische Riesen-Lokomotiven mit 150 t Dienstgewicht bestellt worden, die auf dem schwachen Unterbau der Verbindungsbahn nicht fahren können. Auch die in Amerika bestellten Selbstentlader sind erst zu gebrauchen, wenn eine besondere Rampe am Yangtse-Fluß gebaut ist. — Es ist wohl anzunehmen, daß, wenn die chinesische Regierung nicht bereit ist, sehr

hohe Opfer zu bringen, diese Anlage allmählich ganz in japanische Hände übergeht.

Die westlichste Provinz Chinas, Szechuan, hat namentlich in ihrem inneren Teil ein weitausgedehntes Eisenstein-Vorkommen. Die Eisensteinförderung wird auf 50 000 t geschätzt. Die Verhüttung erfolgt nach chinesischer Methode in Rauhgemäueröfen bis zu 8 m Höhe. Das Gemäuer wird verstärkt durch Holzgerüste. Ausgefüttert werden diese Öfen durch am Ort selbst hergestellte Chamotteöfen. Sehr praktisch ist, daß eine gemauerte geschiente Ebene bis zur Gicht führt. Die Tagesleistung eines dieser Öfen beträgt an Ort und Stelle 1 Tonne Roheisen. Die Selbstkosten sind 55 Mk. pro Tonne Roheisen.

Ein wichtiges Magnet-Eisensteinlager liegt an der Westgrenze der Provinz, wird aber bei der Abgelegenheit vorläufig nicht in Betracht kommen.

Das in Szechuan gewonnene Roheisen wird in der Provinz selbst verbraucht, besonders zur Herstellung von Reisschalen und Salzpfannen bis zu 2 m Durchmesser.

Erwähnenswert ist noch ein Eisen-Vorkommen in der Nähe von Kanton, in der südlichsten Provinz Chinas Ku an tung, gegenüber Hongkong. Die Chinesen beabsichtigen, hier ein Hochofenwerk zu errichten.

Ferner befinden sich im Süden der Provinz mehrere sehr wichtige Manganerz-Vorkommen, die der chinesischen Stahlwerksgesellschaft Han Yeh Ping gehören. Die bisher abgebauten Erze sind nach Japan verschifft worden.

Die chinesische Bergwerks-Gesetzgebung.

Der Entwurf eines chinesischen Bergwerkgesetzes vom Jahre 1914 weist besonders darauf hin, daß der industrielle Unternehmungsgeist der Chinesen noch in den Kinderschuhen steckt, chinesisches Kapital daher gegenüber Bergwerksunternehmen sehr zurückhaltend sei. Zur schnellen Entwicklung der Bergbau-Industrie sei daher fremdes Kapital notwendig, doch bei der erwiesenen Raubgier der Fremden sei eine Beschränkung durch chinesisches Gesetz notwendig.

Der Artikel 9 des Makay-Vertrages mit England vom Jahre 1903 verpflichtete China, ein Berggesetz zu schaffen, das fremdem Kapital eine vernünftige Mitarbeit beim bergbaulichen Aufschluß Chinas ermöglichte. Im Zeitraum von 10 Jahren (1904—1914) wurden vier Berggesetze geschaffen, die aber alle nicht die Zustimmung der Fremden fanden.

Das 1917 von dem Staatsrechtslehrer Tyau herausgegebene Handbuch über die Vertragsverhältnisse und die daraus entsprungenen Verpflichtungen Chinas gegenüber den fremden Staaten spricht nur von einem Berggesetz, das im Jahre 1907 promulgiert worden ist und das nach Ansicht des Verfassers heute noch das einzig gültige Recht in China sei. Demgegenüber stehen ausländische Interessenten auf dem Standpunkt, daß heute das Gesetz vom 11. März 1914 gelte.

Nach dem Gesetz von 1907 werden die Bergbaugerechtsame eingeteilt in solche, die in Verbindung mit Eisenbahn-Konzessionen verliehen werden — z. B. die der Peking-Newchang-Bahn mit der vertraglich festgelegten 5 Li-Zone und der Kiaochow-Vertrag, der der Schantung-Bergbau-Gesellschaft eine 30 Li-Zone längs der Bahnlinie sicherte —, ferner in solche, bei denen es sich um Verleihung von selbständigen Bergbaugerechtsamen handelt, die als Nebenrecht den Bau von Transportwegen oder Wegen zur Beförderung der Mineralprodukte vorsehen. Das Beispiel hierfür ist der Vertrag mit dem Peking-Syndikat von 1890. — Als Abgabe sind in diesem Berggesetz bei selbständigen Berggerechtsamen 25 % des Reingewinnes und eine 5 prozentige Erzeugungssteuer auf der Grube vorgesehen. 10 % müssen dem Reservefonds aus den Gewinnen zugeführt werden.

Ausländer, die sich an Bergbauunternehmen beteiligen, müssen eine von ihrem Konsul bestätigte Erklärung abgeben, wonach sie sich dem chinesischen Bergwerksgesetz unterwerfen.

Ausgeschlossen von der Teilnahme am Betrieb eines Bergwerkes sind:

1. Buddhisten, Taoisten und Mitglieder fremder Missions-Gesellschaften.
2. Untertanen von Nicht-Vertragsmächten,
3. Ausländer, die sich einer chinesischen Gesetzesübertretung schuldig gemacht haben,
4. Ausländer in fremdem Staatsdienst oder in chinesischem Regierungsdienst,
5. solche Personen, denen das Privilegium von der chinesischen Regierung besonders verweigert wird.

Von dem Vertrag wird auch dem Ausländer die Stellung eines Bergbau-Kaufmannes verliehen, die ihm ermöglicht, ohne Paß im Innern zu reisen, und ihn von allen Bestimmungen befreit, die für Fremde in bezug auf Miete und Pacht von Häusern und Grundstücken, sowie Errichtung von Handelsgesellschaften und Warenhäusern im Innern bestehen.

Bei privatrechtlichen Streitigkeiten entscheidet das chinesische Gesetz. Als Beschwerde- bzw. Klageinstanzen gelten der Bezirks-Bergbaubeamte, das Oberbergamt der Provinz und das Ministerium für Ackerbau und Handel.

Das Gesetz vom 11. März 1914 teilt die nutzbaren Mineralien in drei Klassen,

Klasse 1: Gold, Silber, Kupfer, Eisen, Kohle, Blei, Zinn, Antimon, Diamanten usw.,

Klasse 2: Asbest, Glimmer, Schwefelkies, Borax, Schwefel, Gips, Graphit usw.,

Klasse 3: Dachschiefer, Phosphor, Kalk, Ton, Sandstein usw.

Bei Verleihung einer Bergwerksgerechtsame wird, wenn es sich um Mineralien der Klasse 1 handelt, dem Grundeigentümer das Verfügungsrecht entzogen. Derjenige, der zuerst begründeten Antrag auf Verleihung des Abbaurechts stellt, hat das Vorrecht.

Bei Klasse 2 steht dem Grundeigentümer ein bevorrechtigter Anspruch zu. Erst nach dessen Verzicht kann die Bergwerksgerechtsame an Dritte verliehen werden.

Klasse 3 ist dem Grundeigentümer vorbehalten. Anzeige beim zuständigen Bergbauamt genügt für die Berechtigung des Abbaues.

Salz und Petroleum sind Staatseigentum und gelten als Regale.

Das zuständige Ministerium erteilt Schürfscheine auf die Dauer von zwei Jahren. Der Verkauf geschürfter Mineralien bedarf der besonderen Erlaubnis des Handelsministeriums. Dieses Ministerium verleiht auch das Bergwerkseigentum auf den Nachweis der Fündigkeit hin, d. h. des Vorkommens der angegebenen Mineralien auf natürlicher Lagerstätte im Bereich des beantragten Konzessionsfeldes.

Als Bergwerkssteuer gelten die Feldsteuer — eine Grundsteuer — und eine Produktionssteuer. Bei Klasse 3 kann noch eine lokale Steuer erhoben werden. Klasse 1 bezahlt 30 Cents Feldsteuer jährlich für 1 Mou und außerdem 1,5 % vom Marktwert am Erzeugungsort an Produktionssteuer. Klasse 2 bezahlt dieselbe Produktionssteuer, aber nur die Hälfte der Feldsteuer.

Das Gesetz spricht von einem Bergwerks-Ministerium, unter dem ein Ober-Berghauptmann als Chef des Bergwerks-Überwachungsamtes steht. Diesem unterstehen die Bezirks-Bergwerksämter.

Das Bergwerkseigentum erlischt:

1. falls nach einem Jahre der Verleihung der Betrieb ohne zwingende Gründe noch nicht aufgenommen ist,

2. falls öffentliche Interessen durch das Bergwerks-Unternehmen verletzt werden,
3. infolge von Verstößen gegen das Unfallgesetz der Bergpolizei,
4. bei Nichterfüllung der Betriebspläne,
5. bei Nichtzahlung der Steuern,
6. falls die Verleihung, wie sich nachträglich herausstellte, auf einem Irrtum beruhte.

Nach diesem Gesetz von 1914 ist eine Beteiligung der Ausländer bis zu 50 % vorgesehen.

Während ausländisches Kapital in hervorragendem Maße und bis vor wenigen Jahren fast unter Ausschluß des chinesischen Kapitals im Eisenbahnbau beteiligt war, ist es ihm nicht geglückt, einen ähnlichen Einfluß im chinesischen Bergbau zu erhalten. Die Chinesen haben sich mit Händen und Füßen dagegen gesträubt, Gerechtsame an Ausländer zu vergeben, und, wie man wohl sagen kann, hat China in dieser Beziehung sehr recht gehandelt.

China hat gerade in bezug auf die Verleihung von Bergwerkskonzessionen an Ausländer zum Teil sehr trübe Erfahrungen gemacht. Nachdem es unter starkem politischen Druck häufig gezwungen worden war, gegen seinen Willen Bergwerksgerechtsame zu vergeben, wurden diese Bergbaurechte nur zu oft von den ausländischen Gesellschaften als Spekulationsobjekte angesehen, d. h. man rührte keinen Finger und legte auch kein Geld an, um den bergbaulichen Aufschluß vorzunehmen, sondern wollte sich mit den durch die Jahre von selbst eintretenden Wertsteigerungen der Rechte begnügen. Ferner hat die Geschichte China genügend darüber belehrt, daß gerade in Bergbaukonzessionen häufig die Quelle politischer Verwicklungen mit der Regierung des Landes des fremden Konzessions-Inhabers lag.

Das Ausfuhrgeschäft aus China.

Von

K. Blickle,
Kaufmann aus Schanghai.

Zu den interessantesten Arbeiten in China gehört ohne Zweifel das Ausfuhrgeschäft wegen der Vielseitigkeit und der Gefahren, die damit verbunden sind.

Die Fremden haben am Binnenhandel Chinas keinen Anteil und können ihn auch nicht haben wegen der Beschränkung des Aufenthaltsrechtes auf die Vertragshäfen. Das rein chinesische Geschäft im Innern Chinas kann auch nur von Chinesen nutzbringend getätigt werden. Die damit verbundenen Geld-, Transport-, Abnahme- und Kreditverhältnisse sind derartig schwierig und verzwickt, daß die fremden Kaufleute auf keinen grünen Zweig dabei kommen würden und daher dieses Geschäft neidlos den Chinesen überlassen können. Streng genommen soll nur an den 81 Vertragshäfen seitens der Nichtchinesen Handel getrieben werden. Besonders die Japaner überschreiten jedoch diese Bestimmungen sehr häufig, und auch die Handelsweise der großen amerikanischen Spezialfirmen, der amerikanischen Standard Oil Co. und der British-American Tobacco Co., halten sich in ihren Inlandsbeziehungen nicht allzu scharf an die bestehenden Vorschriften. Andere Firmen umgehen den Sinn der Bestimmungen dadurch, daß sie chinesische Firmen für sich einkaufen und verkaufen lassen. Im großen und ganzen aber heißt es beim Binnenhandel: China für die Chinesen! Und für jeden mit den Verhältnissen dort draußen Vertrauten liegt in dieser Absicht der Chinesen sicher eine Berechtigung.

Das Ausfuhrgeschäft aus China ist ein sehr weitverzweigtes. An der seit 1900 erfolgten Ausdehnung auf eine Reihe von Artikeln, welche man früher ganz unbeachtet beiseite ließ, haben die deutschen Kaufleute einen besonderen Anteil; dies gibt auch jeder fremdländische Kon-

kurrent zu. Infolge dieses Expansionsbestrebens haben es die Deutschen verstanden, ihren Anteil am Gesamt-Exporthandel Chinas auf 28 % zu steigern. Nebenbei gesagt, war der Anteil am Importgeschäft -- ebenfalls nach den Ermittlungen der „Deutschen Vereinigung in Schanghai" -- 19 %, der Anteil am Gesamthandel Chinas also 23½ %!

Die chinesische Landwirtschaft ist keineswegs so organisiert wie in Deutschland. Es gibt fast keine großen Grundbesitzer: das Land ist in kleineren Parzellen unter die Bevölkerung verteilt. Wo Klöster einen größeren Grundbesitz haben, wird die Bestellung gegen einen Mietzins den Bauern überlassen. Und der Bauer bestellt sein Feld heute noch genau so wie vor grauer Zeit. Die Ahnen haben es so gemacht, und diese Überlieferung ist den Chinesen heilig; es wird nichts daran geändert. Schon daraus geht hervor, daß man keine großen Anforderungen an den Bauer stellen kann, noch darf, der nur aufsässig wird, wenn er weiß, daß eine Änderung von den Fremden gewünscht, sein Produkt also für die Fremden letzten Endes bestimmt ist.

Im übrigen sät der chinesische Bauer nicht planlos das, was er gerade hat; er wird darin vielmehr vorsichtig beraten von den Unterhändlern, die in jedem Dorf sitzen und mit den Märkten der Stadt in enger, regelmäßiger Verbindung stehen. Was den Bauer am besten zahlt, das pflanzt er; der in Amerika so verderbliche Raubbau ist dem Chinesen aber unbekannt. Er braucht sich übrigens bei dem reichen, schweren Boden vorerst noch wenig darum zu kümmern; auch wird nach guter, alter Sitte Dung genug auf die Felder geschafft.

Beim Sammeln der Produkte gibt sich der einheimische Bauer leider gar keine Mühe; verschmutzt und oft vielfach beschädigt kommen die Waren in die Scheunen, und die Zwischenhändler, d. h. Aufkäufer tragen diesem Umstande im Preise Rechnung. Dem Bauer ist es im übrigen sehr darum zu tun, seine Ware zu bestmöglichem Preise loszuwerden. Man geht aber in der Annahme nicht fehl, daß die so gekauften Rohprodukte nicht schon von den Bauern absichtlich verfälscht und beschwert sind. Dies geschieht durch die Aufkäufer oder Unterhändler, die die Waren erst in größeren Partien an den Markt bringen.

Der Bauer kennt das sogen. „Chop"-Wesen kaum. Die „Chops" werden erst von den Zwischenhändlern gebildet, indem diese ihre Warenzeichen sehr ausgiebig überall anbringen. Manche „Chops" sind derart nachteilig bekannt, daß sie der fremde Expert von vornherein ganz außer acht läßt. Überhaupt wird heute kaum mehr ein gewiegter fremder

Einkäufer den „Chops“ im allgemeinen noch besonderen Wert beimessen: diese Schutzzeichen — denn nur als solche waren sie von Anfang an gedacht — haben viel zu viel an Zuverlässigkeit verloren. Nur bei einigen Artikeln, wie Tee, Seide, einigen südchinesischen ätherischen Ölen usw., gelten die alten „Chops“ noch etwas, was darauf zurückzuführen ist, daß dieser Handel in den Händen einer ganz anderen Klasse von chinesischen Kaufleuten liegt. Oft werden von Uneingeweihten chinesische Anpreisungen, die sich auf allen Kisten, Körben und Säcken befinden, auch als „Chops“ angesehen. Hier ist große Kenntnis nötig, sind gewissenhafte chinesische Mitarbeiter, deren es immer noch welche gibt, wertvoll.

Die chinesischen Verkäufer in den Vertragshäfen beziehen die Waren von den Produzenten oder den kleineren Sammlern im Inlande; sie sind fast nie selbst die Produzenten, bevorschussen aber nicht selten die noch im Entstehen begriffenen Waren, um dann die Hand auf dieselben legen zu können, wenn sie fertig sind. Wo ein Artikel fabrikmäßig für den freien Markt hergestellt wird und wo die Fabrik nicht selbst Exporteur ist, wird fast ausschließlich mit den Fabrikanten direkt verhandelt und von ihnen gekauft, allerdings in fast allen Fällen auch wieder durch die Vermittlung eines Schroffs.

In der Regel kommen die Produkte von den chinesischen Zwischenhändlern (größeren oder kleineren) in die Hände der fremden Einkäufer, welcher eine schwere Arbeit harrt. Wie sehr ein jeder Artikel verfälscht wird, werden wir bei Betrachtung der einzelnen Produkte sehen; der Chinese wird nie müde, immer wieder eine neue Verfälschungsart auszusinnen und anzuwenden, wenn er bei der einen ertappt wurde.

Der Exporthandel befaßt sich nach der Einkaufsseite sowohl mit dem Lokogeschäft für sofort greifbare Ware, wie auch mit dem Lieferungsgeschäft für solche Waren, die noch im Inlande lagern oder auch noch nicht geerntet oder produziert sind. Das Lokogeschäft wird auf Muster gemacht, während das Lieferungsgeschäft ein Vertrauensgeschäft ist, mit dem große Gefahren verbunden sind.

Ist ein Artikel am Markt oder benötigt, so läßt sich der Exporteur die Muster kommen, erkundigt sich, wo die Ware lagert, geht selbst in das betreffende Lager, um schon an der Art und dem Ort der Lagerung, an der Beschaffenheit der Packung usw. gewisse Anhaltspunkte zu gewinnen, was er von dem Inhalte der Ballen und Kisten zu halten hat. Früher besorgte dies der Komprador, mit dem alle Kauf- und Verkaufskontrakte gemacht wurden, ohne daß die fremde Firma den Eigner der

Waren selbst kannte. Dieses System war bequem, verlegte aber den direkten Verkehr mit den einheimischen Händlern. Die meisten deutschen Kaufleute strebten deshalb danach, mit den Chinesen in engere Fühlung zu kommen.

Heute wird teilweise die Verbindung zwischen dem Europäer und dem chinesischen Händler durch den Komprador nur vermittelt, wobei dieser sich überdies noch eines Markt-Schroffs (market-shroff) zu bedienen pflegt, teilweise tritt der Europäer ohne ihn, nur mit Hilfe eines derartigen Schroffs mit dem chinesischen Händler in Verbindung. Diese Verkehrsweise ist allerdings insofern mit größerem Risiko verknüpft, als die Garantie, die der Komprador leistete, wegfiel. Daß aber bei genauer Sachkenntnis und persönlicher Kontrolle seitens des Einkäufers dieser Weg der richtigere war, haben die Erfolge der deutschen Kaufmannschaft zur Genüge bewiesen. Ganz ohne einen chinesischen Vermittler zu arbeiten, ist, solange der Fremde die chinesische Sprache in Schrift, Druck und Dialekt nicht vollkommen beherrscht, unmöglich. Das letztere ist eine Lebensaufgabe, die ein Literat, aber kein Kaufmann erfüllen kann. In vielen Fällen ist überdies der chinesische Vermittler, wenn man den richtigen Mann gefunden hat, ein sehr wichtiger Mitarbeiter.

Die Markt-Schroffs sind entweder von der europäischen Firma, bzw. dem Komprador ständig angestellt, oder sie arbeiten als freie Makler (wild shroffs). Die ersteren sind durch feste monatliche Bezüge gehalten, nur für eine bestimmte Firma zu arbeiten, und beziehen außer dem festen Gehalt auch noch eine Provision, die der chinesische Händler bezahlt und die sie eventuell mit dem Komprador teilen müssen. Die wilden Schroffs arbeiten für jede Firma gegen eine Provision auf die getätigten Geschäfte. Solche Provisionen bewegen sich zwischen ¼ und 1 % je nach dem Artikel. Heute sind die besseren Schroffs zum größten Teil feste Angestellte, da der in China bereits sehr spezialisierte Handel eben eine gründlichere Kenntnis der verschiedenen Branchen fordert. Im allgemeinen sind die guten Schroffs teuere, aber dafür ziemlich anhängliche Arbeiter.

Ist die Ware als passend befunden, so wird die betreffende Partie für 3—5 Tage fest an Hand genommen; manchmal aber werden nur 1—2 Tage zugestanden, je nach Lage des Marktes. Die Partie wird dann an die in Betracht kommenden heimatlichen Käufer angestellt, und der Eigner soll mit der Partie dann während der festgelegten Zeit nicht weiter operieren, d. h. sie nicht weiter anstellen, soll sie auch nicht einmal

weiter bemustern, eine Sache, die allerdings nie nachkontrolliert werden kann. Innerhalb dieser festgelegten Zeit kann vieles sich ereignen; es erfordert sicher viel Vorsicht und Geschick seitens des fremden Einkäufers, die damit verbundenen Klippen glücklich zu umsegeln.

Für die Kalkulationen ist genaue tägliche Kurskenntnis nötig. Solange in Silber gekauft und in Goldwährung verkauft werden muß, sind die Einstandspreise von den täglichen Metallfluktuationen abhängig. Oft ist der Silberwert so unbeständig, daß schon aus diesem Grunde eine längere Frist als 1—2 Tage dem Käufer in der Heimat nicht zugestanden werden kann. Ist die abgemachte Frist abgelaufen, ohne daß eine Antwort eingetroffen ist, oder wenn eine Gegenofferte die Antwort war, so wird damit die Partie wieder frei, und der Eigner kann sie anderweitig anstellen. Im Falle eines Unterangebotes wird es fast immer gelingen, die Verhandlungen weiterzuspinnen, um schließlich doch auf die eine oder andere Weise den Abschluß durchzusetzen.

Wird die Ware angenommen, so wird der Kaufkontrakt mit allen Vorsichtsklauseln ins Einkaufsbuch eingetragen und dann vom Verkäufer gegengezeichnet. Oft werden auch lange Kontraktformulare ausgeschrieben. In früheren Zeiten war dies alles nicht nötig: da galt das Wort des alten Chinesen! Heute aber ist größte Vorsicht am Platze.

Ist alles in Ordnung und die Ware rechtzeitig abgeliefert, so erfolgt deren Herrichtung und Assortierung, des fremden Experten wichtigste Arbeit mit unsäglichen Mühen und Überraschungen. Beim ersten Musterziehen und Besichtigen, d. h. also zur Zeit, wo eine Partie behufs Offerte fest an Hand genommen wird, kann natürlich nur ein Teil besichtigt, geöffnet und untersucht werden; wer um diese Zeit zu vertrauensselig ist, macht oft bittere Erfahrungen. Die Herrichtung der einzelnen Artikel erfordert eingehende Kenntnis und viele gründliche, jahrelange Erfahrung, wie auch die Assortierung die genaue Kenntnis der heimischen Märkte voraussetzt.

Ist die Ware assortiert und seemäßig verpackt, so wird sie verladen. Zuerst kommt die Zollbehörde, welche die Sendung genau ansieht, sie auf Gewicht und Qualität prüft. Der Zollsatz ist entweder 5 % ad valorem, oder es ist ein spezifischer Satz festgelegt. Im allgemeinen geht dies glatt vor sich, jedenfalls bei Firmen, die in gutem Rufe stehen. Bei Firmen, die sich unerlaubte Vorteile zu verschaffen suchen, ist es nicht mehr wie recht und billig, wenn die einmal gewarnte Zollbehörde unter Umständen

recht peinlich genau untersucht. Ist der Zoll gezahlt und die Sendung freigegeben, dann erfolgt Verladung entweder direkt in den Heimdampfer oder durch Leichter, die die Waren zu dem im Strome liegenden Dampfer bringen. Inzwischen sind in den Bureaus die nötigen Bank- und andere Dokumente ausgeschrieben, damit nach Erhalt der „reinen" Lieferscheine vom Dampfer die Konnossemente gezeichnet und die einschlägigen Papiere an die Banken eingeliefert werden können. Gegen richtige Aushändigung aller vorgeschriebenen Dokumente schreibt die Bank den Gegenwert im laufenden Konto gut oder zahlt ihn auch aus.

Die Preise werden beim Einkauf in Taels oder Dollars per Stück. Kiste oder Pikul (= 60,48 kg) für die ins Lager der fremden Einkäufer abgelieferten bzw. vom Experten abgenommenen Quantitäten festgelegt. Alle Ausgaben, die durch die Inspektion oder durch das Umarbeiten veranlaßt sind, müssen vom Käufer getragen werden, es sei denn, daß „Fob"-Preise abgemacht sind, was aber selten ist. Nur bei solchen „Fob"-Abmachungen gehen die sämtlichen Kosten, bis die Waren an Bord des Dampfers sind, zu Lasten des Chinesen.

Die Berechnung der Waren nach Europa bzw. Amerika erfolgt entweder in sogen. „Erste Kosten"-Fakturen oder auf Basis telegraphisch festgelegter „Cif"- bzw. „C.- u. F."-Preise, seltener „Fob"-Preise. Die „Erste Kosten"-Fakturen zeigen alle einschlägigen Posten der betreffenden Kalkulation des nach Europa auch in diesem Falle „Fob", „C. u. F." oder „Cif" offerierten Preises, während die für den Empfänger einfacheren und übersichtlicheren „Cif"-Fakturen ein wesentlich abgekürztes Verfahren aufweisen. Bei ersteren kann es vorkommen, daß das Endresultat nicht ganz genau mit dem gedrahteten Preise übereinstimmt, im zweiten Falle hat der Ablader, der dabei beinahe als Verkäufer erscheint, diese Differenzen selbst zu tragen.

Der Ablader kalkuliert in allen Fällen außer den tatsächlichen Ausgaben eine Kommission, die je nach dem Artikel zwischen 2½ und 6 % schwankt. Diese Kommission erscheint in der „Erste Kosten"-Faktura als besonderer Posten. Bei den „C. u. F."- wie auch „Cif"-Fakturen ist sie im Preise eingeschlossen.

Erste Kosten-Faktura.

Ref. Nr. 1007.

Faktura über 100 Ballen chinesischen Tabak, gekauft für Rechnung der Ernst Hollweg & Söhne, G. m. b. H. in Mannheim, Deutschland, und verladen für deren Gefahr per NDL. D. „Bismarck" nach Antwerpen an Order.

0 △ 7 WT
Antwerpen. Nr. 1017/1116.

Einhundert (100) Ballen Wongkong
Blätter-Tabak, 1919er Ernte,

Qualität's Garantie: Fair average of the season, viz:

Total Gross 17,824 lbs. engl. }
Tara: 912 „ „ } lt. beifolgender Gewichtsnota.

Netto: 16,912 lbs. engl.

= Piculs 126,84 catties

à Taels 14½ per Picul, Abladegewicht.

	Taels 1,839.18	candareen
plus: ½% für den chinesischen Markt-shroff ...	„ 9.20	„
	Taels 1,848.38	cd.

Auslagen:

Arbeitslöhne beim Durcharbeiten Mex. $ 184,20 à 73	Taels	134,47	
Ausfuhrzoll Piculs 126,84 cd. à 30 cand Hk per Picul .... HkT 38,052			
plus 5% Hafengebühren „ 1,903			
HkT 39,955 à 111,4		44,51	
Lagermiete-Anteil	Taels	25,—	
Unkosten in Verbindung mit der Verzollung	„	14,70	
Verladeunkosten Mex. $ 48,40 à 73	„	35,33	
Leichtermiete 26 cand. per Ballen	„	26,—	
Telegramme nach M'heim lt. Aufstllg. Mex. $ 28,75 cts. à 74	„	21,28	
Effektenmakler, Porti und kleine Ausgaben	„	7,33	
Fracht nach Antwerpen: auf 926 cbft. à 60 — per Ton of 40 cbft. = £ 69.9/— à 3/—	„	463,—	771,62
			Taels 2,620,—

Einkäufers Kommission:
5% für Einkauf }
1% „ Inspizieren usw. } 6% .... 157,20 cd.

Total .... Taels 2,777,20 cand.

Einstand: 1 2³⁴ cents f. ℔ engl. .... à 75½ Gold$ 2,096,79 cents.

Ankauf drahtlich gemeldet à 12¼ cts. f. ℔.

Gezogen unter Kreditbrief No. A/197
vom 15. XI. 19. à 3 Monate Sicht, D/Z,
auf Geisler, Bahrenfeld & Co., New York.

Hankow, 3. Januar 1920.
gez. Karl Witzen & Co.
Fracht gezahlt wie oben.
See-Versicherung nicht gedeckt.

C. I. F. = Faktura.

(Bei einer C. & F. = Faktura fällt nur der Posten See-Versicherung weg, die der Käufer deckt.)

Referenz-Ablade-Nummer 356.

Faktura über 100 Ballen chinesischer Baumwolle, gekauft für Rechnung der Herren Ludwig Frohwein & Co., A. G. in Frankfurt a. d. Oder, Deutschland, und verladen per Hapag D. „Main" nach Rotterdam, optional Hamburg / Bremen / Danzig an Order der Hellmuth Bank Maatschappij, Amsterdam, Holland.

C
56
B Nr. 231/330.

Rotterdam
Hamburg
Bremen
Danzig

Einhundert (100) Ballen, hydraulisch preßgepackt, chinesischer Baumwolle, 1919er Ernte, beste Tungchow Qualität, entsaamt, viz:

Total Gross 52,600 lbs. engl. lt. beif. Gewichtsnota,
Tara: 1,200 „ je 12 lbs. per Ballen einschl. Eisenreifen,

Netto: 51,400 lbs. engl.

à $5^3/_8$ d per lb. engl.
Cif. R'dam optl. Hbg/Br/Dzg.
LStlg 1,151. 2/4 d.

Vom Shai Prüfungsamt lt. beif. Attest für gut befunden.

Gezogen unter Kreditbrief Nr. G/367 vom 3. 9. 19., à 4 Monate Sicht D/Z a/ Hellmuth Bk Mpij, Haag in Holland.

Schanghai, den 12. November 1919.
gez. Karl Fritzsche G. m. b. H.
ppa Fritz Röber.

Fracht gezahlt lt. Konnossement.
See-Versicherung f. p. a. gedeckt lt. Police.

Die Ablader haben nur vereinzelt eigene Marken für bestimmte Artikel. Im allgemeinen gelten Standard-Muster, die am Anfang einer Saison in die Heimat gesandt werden. Oft auch wird auf Grund früherer Abladungen, d. h. der durch diese festgelegten Qualitäten gearbeitet, wodurch man den Unannehmlichkeiten der „Arbitragen" in Europa aus dem Wege geht. Allerdings erfordert ein solches Geschäft jahrelang eingearbeitete Leute. Vertrauensaufträge schließen auch die Qualitätsfrage ein, d. h. der Ablader tut sein Bestes im Interesse des Auftraggebers und wird dies besonders sorgfältig tun, da solche Geschäfte zu den Seltenheiten zählen. Gegen die Abladungen wird in den meisten Fällen auf den Besteller oder auf Grund von Kreditbriefen auf dessen

Bank trassiert, indem der Fakturabetrag in einer 3 oder 4 Monate-Sicht-Tratte abgegeben wird. Vorherige Anweisung des B trages ist kaum mehr üblich.

Die abgesandte Ware schwimmt bei festen Käufen des europäischen bzw. amerikanischen Hauses auf Gefahr des Empfängers, während bei Konsignationssendungen der überseeische Eigner dieses Risiko trägt. In beiden Fällen aber versichert man die Ware; wenn vorher festgelegt, schließt die vereinbarte Prämie auch Diebstahl ein, was zu empfehlen ist.

Was die Qualität anbelangt, so wird für das sachgemäße Assortiment der Einkäufer stets aufzukommen haben. Wenn aber z. B. auf der Reise irgendeine Qualitätsänderung vor sich geht, so wird festzustellen sein, was die Ursache ist. Sofern eine Veränderung auf einer natürlichen Ursache beruht, sei sie durch die Jahreszeit oder durch die Struktur oder pflanzliche Entwicklung bedingt, so wird sie der Käufer zu tragen haben. Diese Fälle sind aber sehr selten. Bei einem Schimmeln der Ware im Dampfer auf der Reise wird eventuell die Dampfergesellschaft aufzukommen haben. Seebeschädigung ist Sache der Versicherungsgesellschaft. Oft wird eine Veränderung des Stoffes nicht so leicht auf den einen oder anderen Grund zurückzuführen sein; dann kommt es vor, daß ein solcher Fall strittig wird und andernorts zum Austrag gebracht werden muß. Beschädigung, die auf unseegemäße Verpackung zurückzuführen ist, bleibt Sache des Abladers.

Arbitragen sind leider in manchen Artikeln die Regel geworden. Für die Arbitratoren kommen entweder die Bedingungen der London Produce Exchange oder der London Brokers' Association oder die Hamburger Bestimmungen in Betracht, manchmal auch die besonderen Abmachungen, auf Grund welcher das betreffende Geschäft getätigt worden ist. Die Arbitratoren erhalten für ihre Bemühungen eine Geldentschädigung, die nach einer Skala bemessen wird, wobei der Wert des strittigen Objekts eine große Rolle spielt.

In den nun folgenden Besprechungen von Verhältnissen, die speziell im Handel mit einzelnen Exportprodukten herrschen, wird besonders auf die Schwierigkeiten eingegangen, die sich bei der Übernahme, Sortierung und Herrichtung der Waren ergeben. —

Etwas eingehender soll über Tee gehandelt werden [1]).

[1]) Benutzte Literatur: Mercks Warenlexikon und A. Tschirch, Handbuch der Pharmakognosie. Siehe auch F. P. Krensel, Entwicklung und gegenwärtiger Stand des chinesischen Teehandels, 1902, und Joh. Oberbach, Aus Betrieb und Technik des Tee-Großhandels. Zeitschrift für handelswissenschaftliche Forschung III. S. 248 ff. (Bemerkung des Herausgebers.)

Den Tee, wie wir ihn kennen, bilden die Blätter des Teestrauches Thea sinensis und Thea assamica, die die besseren Sorten, und Thea bohea, die die billigen südchinesischen Sorten ergeben. Die Pflanze stammt aus Assam oder Ober-Burma und scheint erst im 7. Jahrhundert nach China gekommen zu sein, von wo aus sie ihren Weg nach Korea und Japan fand. In einigen Gegenden Mittel- und Südchinas mag allerdings die Pflanze einheimisch gewesen sein, was sich nicht mehr genau feststellen lassen wird. Sicher ist jedenfalls, daß Marco Polo, der doch über alle chinesischen Nutzpflanzen eingehend berichtet hat, den Teestrauch gar nicht erwähnt (Ende des 13. Jahrh.), zu welcher Zeit die Pflanze jedenfalls noch nicht weit verbreitet gewesen sein kann. Bekannt ist aber, daß in der Provinz Kiangsi im Jahre 1275 eine Steuer auf Tee gelegt war. Nach anderen Quellen soll schon im 8. Jahrhundert eine Art Teesteuer in einigen Gegenden Zentral-Chinas bestanden haben.

Der Name Tee ist auf das chinesische Tiä, wie das hochchinesische Wort Tscha in der Provinz Fukhien ausgesprochen wird, zurückzuführen.

Die Gattung der Theazeen sind immergrüne Sträucher oder kleine Bäume; in Indien, China und Japan sind deren 16 Arten bekannt. Die für uns hauptsächlich in Betracht kommende Thea sinensis Linné gedeiht an sonnigen, trockenen, aber bewässerungsfähigen, nach Süden gerichteten, terrassenförmig angelegten Anlagen. Die Kultur hat die Pflanze vom 25. bis 31. Grad nördlicher Breite ausgedehnt, ja selbst bis zum 40. Grad in besonders dazu geeigneten Gegenden. Die Provinzen Kuangtung, Fukhien, Kiangsi, Tschekiang und Anhui haben die meisten Teekulturen, doch darf man darunter nicht große Plantagen verstehen, wie dies besonders in Indien der Fall ist, sondern in China baut jeder Bauer den Tee in kleinen Reihen oder zerstreuten Büschen; selten sieht man einmal eine größere Strecke gleichmäßigen Anbaues. Immerhin aber verwendet der Chinese auf seine Teepflanzen etwas mehr Sorgfalt, als er anderen Pflanzen zuteil werden läßt: er düngt mit Ölkuchen, Holzasche, kompostierter Walderde usw.

Die Pflanze wird durch Samen weiterverpflanzt: die einjährigen Sämlinge werden versetzt, in China leider ziemlich planlos. Im dritten Jahr werden die kleinen Pflänzchen auf 60 cm zurückgestutzt und dann die sich neu entwickelnden Blätter in zwei Ernten in 1½monatlichen Abständen gesammelt. Im 7. Jahre werden die etwas schwach gewordenen Sträucher nahe am Boden abgeschnitten, um neue Triebe zu veranlassen, oder man erneut die Pflanze ganz und gar.

Das frische Teeblatt hat weder Aroma, noch gibt es ein genießbares Getränk; erst durch die Zubereitung geht in den Blättern ein chemischer Prozeß vor sich, durch den die Blätter den aromatischen Geschmack erhalten. Die ganz jungen, seidenartig glänzenden, weißlichen Blätter sind als „Teeblüten" bekannt.

Wie wird nun der schwarze, wie der grüne Tee erzielt? Beide stammen von derselben Pflanze.

Um schwarzen Tee zu erzielen, läßt man die frischen Blätter welken und schüttet sie, nachdem man sie tüchtig durchgeschüttelt hat, auf einen Haufen. Dann werden die Blätter auf einer Pfanne über einem Holzkohlenfeuer geröstet, auf Matten geschüttet und gerollt, nochmals geröstet und schließlich auf Sieben über schwachem Holzkohlenfeuer getrocknet. In Indien besonders kennt man Schlag-, Roll-, Trocken- und Sortiermaschinen. In China ist man zu konservativ dazu.

Um grünen Tee zu erhalten, werden die frisch geernteten Blätter möglichst wenig der Luft ausgesetzt, mit Wasserdampf behandelt und sofort unter fleißigem Umrühren in eisernen Pfannen über freiem Feuer erhitzt, auf Rohrgeflechten zu Kügelchen geformt und fertig getrocknet. Oft wird der grüne Tee gefärbt, und das Berliner Blau spielt dabei eine große Rolle.

Für europäischen Geschmack wird der Tee oft mit aromatischen Blüten anderer Pflanzen parfümiert, z. B. mit Camilla fragrans, Gardenia florida, Orangenblüten usw.

Von schwarzen Tees unterscheidet man als besten Pekoe, der schon im März gesammelt und aus den gerade aus den Knospen hervortretenden zarten Blättchen mit weißer Behaarung gebildet wird, dann die bekannten Sorten Souchong, Ningchow, Congou (auch Kangbu-hu genannt, d. h. der Tee, auf dessen Verarbeitung viel Arbeit verwendet wurde). Der Ziegeltee wird viel in China selbst verwendet, geht aber auch in großen Mengen nach Rußland.

Ungefähr zwei Drittel des schwarzen Tees geht nach England. Ein Teil geht via Sibirien als Karawanentee nach Rußland; durch diese Transportweise soll die Qualität weniger leiden als durch den Seetransport.

Vom grünen Tee unterscheidet man Imperial (Kugeltee), Gunpowder (Perltee), Hyson, Young Hyson und Oolong-Tee, der auch gelblicher Tee genannt wird.

Die Sorte Schan-Tee, die im Süden der Provinz Yünnan gewonnen wird, kommt nur wenig in den Handel.

Die chinesischen Bauern bringen den fertigen Tee zu den Sammlern, die ihn nach den Provenienzen und Qualitäten in die bekannten Kisten mit Zinneinlage packen und an den Markt bringen. Für den schwarzen Tee sind Hankau, Schanghai und Kiukiang die Hauptplätze, während der grüne in Foochow, Schanghai und Ningpo an den Markt kommt. Für den schwarzen Tee ist heute Hankau wohl der wichtigste Platz, weil dort auch die großen Fabriken für Ziegeltee bestehen und die großen russischen Einkäufer hauptsächlich sitzen. Immerhin aber bleibt Schanghai auch sehr wichtig, da dort alle Teesorten zusammenkommen.

Der sog. Tea-taster geht über die genannten Plätze nicht hinaus, d. h. seine Tätigkeit beschränkt sich darauf, die Qualitäten der in Kisten bereits fertig gepackten, angebrachten Sorten abzuschätzen. Es ist seine Sache, seinem Auftraggeber am Anfang der Saison zu sagen, wie die Qualitäten der verschiedenen Sorten ausgefallen sind; auf die Qualitäten selbst hat er keinen Einfluß mehr, da er eben nehmen muß, was die Saison produziert hat. Natürlich hat er stets genau aufzupassen, daß er von der Ernte die besten Sorten erhält, und dazu gehört ein ganz außergewöhnlich feiner Geschmack und eine vielseitige Erfahrung. Das Probieren geschieht in kleinen Schälchen; der Tee wird in genau abgewogenen Quantitäten mit genau der gleichen Menge kochenden Wassers übergossen, eine bestimmte Minutenzeit lang stehen gelassen, dann abgegossen und versucht. Die Tea-tasters verschlucken natürlich nicht allen Absud, den sie in den Mund nehmen, sondern geben ihn wieder von sich, wenn sie den Geschmack erfaßt haben. Dann wird entschieden, ob die Partie gekauft oder nach der Heimat angestellt wird.

Verladung und Finanzierung gehen in der üblichen, bereits beschriebenen Weise vor sich.

Bis ca. 1870 hat China die ganze Welt im Teehandel beherrscht; dann aber erschien Japan und schließlich Ostindien (Ceylon) als heftiger Konkurrent, und heute liefert China nur noch etwa ein Viertel seines früheren Export-Quantums. Seit 1890 ist sein Handel zurückgegangen, was auf die rückständigen Methoden im Pflanzen, Sammeln und Herrichten zurückzuführen ist. Amtlicherseits wie auch von privater Seite wurde allerdings bereits versucht, die Bauern eines Besseren zu belehren, doch war bis jetzt nur wenig Erfolg zu verzeichnen. Die konservativen Chinesen werden sich aber doch zu Neuerungen verstehen müssen, wollen sie nicht anders ganz vom Weltmarkt verdrängt werden. Die Engländer haben übrigens die Kriegszeit benutzt, um dem chinesischen Tee soviel

Schwierigkeiten als nur möglich zu bereiten und die Verbreitung des indischen Tees tunlichst zu fördern.

Der chinesische Tee wurde 1635 in Paris zuerst bekannt, 1700 wurde er in England bereits versteuert. 1657 kam der Tee durch die Ärzte des Kurfürsten von Brandenburg nach Deutschland.

Deutschland sollte versuchen, sich von den Engländern, die den ganzen Tee-Welthandel in ihrer Hand halten wollen, zu befreien durch direkten Einkauf und direkte Verladung und Finanzierung. Es gab ja bereits eine Anzahl deutscher Tea-tasters, und wenn die Teefirmen sich nicht eigene Bureaus draußen schaffen wollen, so können sie sich praktischerweise der einen oder anderen deutschen Organisation anschließen.

Die Häute kommen in schmutzigem, mit Wasser und feuchter Erde beschwertem Zustande an den Markt. Dem Experten stehen oft bei der ersten Besichtigung nur ein bis zwei Ballen zur Verfügung aus einer großen Partie, die sich vielleicht in einem dunklen Lager befindet; er schafft diese bezeichneten Ballen ans Tageslicht und bildet sich nach dem Gefühl, dem Geruche, seinem Auge eine tunlichst sichere Unterlage zu einer Kalkulation. Unterschätzt er die Partie, so wird sie zu teuer einstehen, überschätzt er sie, so steht er vor sicherem Verlust! Wieviel Erde beim Trocknen verloren geht, wieviel Feuchtigkeit eingebüßt wird, ob die Häute überhaupt richtig durchgetrocknet werden können — Salzwasser trocknet fast nie! —, ob sich unter der Erdkruste Beschädigungen herausstellen, die gar nicht zu vermuten waren und in welchem Umfange, ob schließlich — und dies ist die Hauptsache — auch die Prozentage der verschiedenen „Piles“ den Musterballen entsprechen — dies alles stellt sich erst später heraus, wenn das Geschäft ausgeführt werden soll. Dabei ist zu bedenken, daß der fremde Ablader seinem Käufer gegenüber zur Lieferung verpflichtet ist; ja, er ist gebunden, genau so zu liefern, wie er es in der Offerte gesagt hat. Und der Käufer hat das Recht, dies zu verlangen. Der Abschluß ist aber nur mit einer kleinen Kommission als Verdienst gemacht worden. Oft, sehr oft stellt es sich heraus, daß der Ablader bei allen Mühen nur Verlust erlitten hat. Das Häutegeschäft ist eines der schwersten und gefährlichsten, weil sich die Konkurrenz darin tatsächlich nicht das Salz auf dem Brote gönnte.

Alle Zerealien bieten dieselben Schwierigkeiten: durch unsachgemäßes Lagern, das früher erfolgt war, tragen die Partien oft schon den Keim zum Schimmeln in sich; außerdem werden sie mit gleichfarbiger Erde in entsprechend großen Klümpchen absichtlich vermischt, also beschwert, und diese Verunreinigung ist oft so hart, daß auch scharfes

Sieben die kleinen Körnchen nicht zum Zerreiben bringen kann. Oft finden sich zu viele sog. „taube“ Körner dazwischen, die der Chinese billig einkauft, um sie dann mit der Partie vollwertig zu verkaufen. Wenn man diese „tricks“ auch kennt, so ist es doch schwer abzuschätzen, wieviel solcher minderwertiger Ware beigemischt ist; wenn dann noch die Farbe so ziemlich gleich ist, ist es fast unmöglich, die Fälschung zu entdecken, oder doch so rechtzeitig zu entdecken, daß man Ersatz sich verschaffen kann. Der Ablader ist durch seinen Lieferungskontrakt gezwungen, innerhalb einer gewissen Zeit zu liefern, und kommt doch oft erst in der letzten Minute auf die Verfälschung und damit in die größte Verlegenheit. Denn was ist verderblicher, zu spät zu liefern oder schlecht zu liefern? Kosten entstehen auf alle Fälle. Hier wird die Marktlage mitzusprechen haben.

Wie die Zerealien, so sind auch die Öle der verschiedenen Produktionsdistrikte in Farbe und Konsistenz verschieden, ohne gegeneinander minderwertig zu sein. Um in dieser Hinsicht keinen Verdacht aufkommen zu lassen, muß erst eine große Partie zusammengemischt werden, da sonst der heimische Käufer, der sich um die Schwierigkeiten des Abladers in China recht wenig kümmert, wegen Qualitätsabweichung eine Schadenersatzforderung anhängig machen würde. Das Vermischen mit geringwertigeren Ölen ist aber auch an der Tagesordnung, ganz andere Stoffe werden zugesetzt, die bessere Farbe usw. vortäuschen sollen. — Auch tierische und Pflanzen-Talge müssen vor Versand durch Umschmelzen gereinigt und auf gleichen „titre“ gebracht werden.

Tabak, ein an sich sehr empfindlicher Artikel, wird mit einem hellgrauen, oft mit bloßem Auge kaum sichtbaren Sand, der angefeuchtet wird, um besser zu kleben, beschwert; immer sind halbverdorbene Blätter mitverpackt, oft auch noch mit Wasser beschwert, wodurch eine Fermentation verursacht wird und infolge der entstehenden Hitze nicht selten der größte Teil des Ballens zerstört wird. In diesem Zustande kommt die Ware schon aus dem Inlande; sie ist, wie der Ausdruck in London und Holland heißt, „country-damaged“. Selbst wenn man den angegriffenen Teil aus dem Ballen nehmen würde, so ist der Rest doch immer noch dem Nachverderben ausgesetzt, da der Keim dazu im Ballen ist. Aber auch weniger rohe Verunreinigung ist schwer zu entdecken, da die einzelnen Lagen der Ballen fest zusammengepreßt sind und sich selbst bei sorgfältigster Kontrolle nie ganz auseinandernehmen lassen. Soweit als möglich muß man nicht nur die einzelnen Lagen durchsehen, sondern auch diese noch auseinandernehmen. Dadurch wird viel Arbeit nötig

und die Ware verteuert. Und diese nicht leichte körperliche Arbeit muß der fremde Einkäufer selbst leisten; dem chinesischen Mitarbeiter kann er sie nicht überlassen.

Honig und Wachs, obwohl in großen Quantitäten in China produziert und wichtige Artikel für den chinesischen Inlandhandel, kommen wegen der vielen Beimischungen, die oft gar nicht mehr genau festzustellen sind, für den Außenhandel nicht in Betracht. Für den Binnenhandel werden trotz der Beimischungen gute Preise gezahlt, und der Chinese verkauft eben nur dorthin, wo er die höchsten Werte erzielt.

Womit Moschus verunreinigt, verfälscht und verdorben wird, ist ja fast sprichwörtlich! Abgesehen davon, daß Blei in die dünnen Hautwandungen eingeführt wird, benützt der Chinese ein eigenartiges Papier und andere Stoffe, die oft nicht angenehm riechen, zur Beschwerung der Häute, welche das „grain", also das Korn, wenn man diesen Ausdruck brauchen darf, umgeben. Hauptsächlich aber ist der Inhalt der Beutel selbst nur selten noch Moschus, den die Chinesen größtenteils herausgenommen und zu fabelhaften Preisen in Tibet schon verkauft haben: da findet man irgendwie haltbar gemachtes geronnenes Blut von nicht gerade angenehmem Aroma, halbverfaulte Lederstückchen oder eine sonst unbeschreibbare Materie, welche den eigenartigen Moschusgeruch leicht annimmt, ihn auch leicht behält und hygroskopisch ist. Einen ganz ausgetrockneten Beutel will niemand kaufen, weil es eben ein Charakteristikum des Moschus ist, immer etwas feucht zu sein. Ob und wieweit mit Salzwasser dem Austrocknen auf der langen Reise aus dem Inlande bis nach Schanghai, welches der fast ausschließliche Handelsplatz für den Artikel ist, vorgebeugt wurde, ist selbst dem gründlichsten Kenner kaum möglich festzustellen. Und ist wirklich alles in Ordnung, dann bleibt dem Kenner immer noch die überaus schwierige Untersuchung des Geruches, des Aromas. Nur jahrelange Arbeit mit dem Artikel kann hier entscheiden. Moschus ist wohl der schwierigste Exportartikel, den China kennt; er liegt daher auch nur in ganz vereinzelten Händen: es gehört eine Lebenserfahrung dazu, den Chinesen überlegen zu sein.

Die Gallnüsse werden mit billigeren Provenienzen sowie mit Erde und Sand der gleichen Farbennuance vermischt; oft wird sogar eine andere Masse beigegeben, die mit bloßem Auge schwer vom Roh-Tannin zu unterscheiden ist. Äußerlich trocken aussehend, sind die Nüsse oft doch noch nicht richtig durchgetrocknet — kurz, auch hier gibt es viele Klippen, an denen man scheitern kann.

Wer wüßte nicht von den Betrügereien, die bei Menschenhaaren vorgekommen sind, wer kennte nicht die Schwierigkeiten, die der Export bei den verschiedenen Arten von Tierhaaren ergeben hat! Die Wolle wird absichtlich ölig erhalten, um den Naturzustand vorzutäuschen, aber auch um Gelegenheit zu haben, noch etwas Wasser hineinzugießen. Sog. „tote“ Wolle wird präpariert, um sie der lebendigen tunlichst ähnzu machen, jedenfalls um sie weniger leicht erkennen zu lassen.

Die absichtlichen Erhöhungen des Feuchtigkeitsgehaltes der Baumwolle haben dazu geführt, daß eine besondere öffentliche Stelle zur Untersuchung des Feuchtigkeitsgehaltes geschaffen werden mußte; trotzdem aber haben die unsäglichen Schwierigkeiten und Widerwärtigkeiten noch kein Ende genommen.

Eine eigenartige Entwicklung erlebte der Handel in Gänse-, Enten- und sonstigen Geflügelfedern. Um den ewigen Qualitätsplackereien aus der Heimat aus dem Wege zu gehen, auch um Fracht und Arbeitslöhne zu sparen, wurde schon in den neunziger Jahren in Schanghai eine Feather Cleaning Mill mit vorwiegend deutschem Kapital gegründet. Die neuesten und besten Reinigungsvorrichtungen wurden getroffen, die stärksten hydraulischen Pressen gebaut. Die auf diese Weise hergestellte Ware konnte aber in der Heimat nicht mehr so weich gemacht werden, als nötig war, und die ganze herrliche Anlage mußte deshalb den Betrieb einstellen. Die heute in China bestehenden Federnreinigungsanstalten schaffen nur ein Halbfabrikat, das erst in Deutschland und den anderen Absatzgebieten handels- und gebrauchsfertig gemacht wird.

Antimon und andere Erze müssen vor Versand stets genau auf Gehalt analysiert werden. Das Erzgeschäft war bis zum Kriegsausbruch fast ausschließlich in deutschen Händen, besonders das des Antimonium crudum (70 % Metall) und Antimonium regulus (98—99 % Metall).

Sehr schwere, oft fast unlösbare Aufgaben werden dem Experten in der Rauchwaren-Branche gestellt. Solange es sich um Felle in rohem, also ungegerbtem Zustande handelt, sind „tricks“, die die Qualität verbergen oder verschönern sollen, nicht allzu schwer zu erkennen; denn jeder Fellkenner wird die Ware vor Versand reinigen lassen, wobei bei der Nachsortierung, die vor dem Verpacken stattfinden muß, die meisten Fehler zutage treten werden. Wenn dann richtig gepackt wird und nicht im letzten Moment auch noch Unterschleife stattfinden, so kann der Expert, der sich nicht in den Qualitäten und Abstufungen selbst täuscht, beruhigt sein.

Anders aber mit den „gegerbten“ Fellen, die übrigens auf sehr primitive Art gegerbt werden und aus diesem Grunde schon manchen Nachteil haben. Hier wird durch Aufnähen, das oft sehr kunstvoll geschieht, und ebenso Annähen manche schadhafte Stelle verdeckt, durch Beigabe zu großer Mengen eines weißen Pulvers die Struktur der Haare unkenntlich gemacht. Durch allzu scharfes Dehnen und Strecken beim Gerben soll ein viel größeres Fell erzielt werden, als normalerweise von der Natur erwartet werden kann, wofür dann die Händler einen viel besseren Preis verlangen. Durch eigens hergerichtete Messer wird die Haut dünner gestaltet, als sie von der Natur aus vorkommt.

All dies hat der Rauchwaren-Expert zu bedenken, und er muß nebenbei ein ganz ausgezeichnetes Riechorgan besitzen, um etwa verdorbene Felle rasch entdecken zu können. Oft versuchen die einheimischen Händler bei gewissen Fellsorten durch Einziehen von passenden Grannenhaaren viel bessere Qualitäten vorzutäuschen, als sie selbst die Natur liefern kann, und der unachtsame Fremde fällt herein, während er sich freut, etwas besonders Schönes gekauft zu haben.

Ja, selbst die Kunst ist den Kaufleuten nicht heilig! Wer hätte nicht schon von den Betrügereien und Lügen gehört auf dem Gebiet des Kuriositätenhandels der alten Perioden? Was da mit Falsifikaten, Verdeckungs- und Verschleierungsmethoden geleistet wird, weiß nur der, welcher die Entwicklung dort draußen während der letzten 15—20 Jahre miterlebt hat!

Wo die Natur eine eigentliche Verfälschung nicht zuläßt, wie z. B. bei Rhabarber und anderen mundierten und unmundierten Arzneiwurzeln, werden nicht selten die verschiedenen, in den Preisen sehr auseinandergehenden Provenienzen zusammengeworfen, so daß man sie nur an gewissen Anhaltspunkten, wie an der Struktur, am Bruch usw., auseinanderkennen kann, während besondere Präparate, wie z. B. Albumen, Eigelb, ätherische Öle u. dgl., Zutaten erhalten, die oft erst durch genaue und zeitraubende Untersuchungen in Europa festgestellt werden können.

Im Süden Chinas hat sich noch mancher „Chop“ einen gewissen Ruf bis in die letzten Jahre erhalten; ich habe mir aber von Kanton-Freunden sagen lassen, daß sie auch dort bald soweit sein werden, wie wir es in Zentral- und Nordchina waren; d. h. Spezialkenner müssen die Artikel unter eigener Leitung auspacken und, nachdem sie sie selbst sortiert haben, wieder packen lassen, um einigermaßen sicher zu gehen. Das sind die Errungenschaften der letzten Jahre! Die westliche Kultur hat

den Chinesen nicht nur Segen gebracht. Es arbeiten zu viele divergierenden Kräfte an ihrer „Aufklärung“!

Eine Zeitlang haben eine Anzahl Exporteure versucht, ihre Abladungen durch besondere Warenzeichen zu schützen. Nur für wenige Produkte hat es einen Erfolg gehabt: man wollte in der Heimat wohl die besseren Qualitäten haben, aber nicht die Mehrkosten dafür bewilligen, daher die meisten Bestrebungen in dieser Hinsicht wieder aufgegeben werden mußten. Heute schafft sich ein jeder Exporteur seine eigene Basis, auf welcher er seine Freunde bedient: eine Einheitlichkeit wird wohl nie mehr zu erzielen sein.

Konsignationsweise haben wenige Exporteure mehr gearbeitet. Man war da den ungerechten Forderungen der verschiedenen Märkte wehrlos preisgegeben, wenn auch Schiedsgerichte der einzelnen Branchen an verschiedenen Märkten die Streitigkeiten zu schlichten suchten. Eine alle Teile zufriedenstellende Lösung wurde aber fast nie erreicht. Die Londoner Arbitragen gefielen den Abladern nicht und waren daher in den letzten Jahren vor dem Kriege tunlichst vermieden. Die kontinentalen Schiedsgerichte wurden auch viel angefochten. Am besten war es noch immer, sich mit seinen Freunden auf privatem Wege zu vergleichen, was immer da möglich war, wo anständige Firmen auf Grund persönlicher Bekanntschaft miteinander arbeiteten.

Zu allen diesen Schwierigkeiten kommt noch die besondere, die aus den Eigenarten des chinesischen Geldwesens hervorgeht. Der Großhandel mit den Chinesen wird in Taels getätigt, die Abrechnung mit Europa bzw. Amerika erfolgt, bzw. erfolgte in Goldwährung. Für die Zahlungen in China muß man aber sowohl mit dem veränderlichen Verhältnis zwischen Dollars und Cents und zwischen Dollars und Cash als inbesondere zwischen Dollars und Taels rechnen. Man nehme an, daß der Exporteur einen Kontrakt auszuführen hat, für dessen Kalkulation er 112 Cents und 920 Cash für den Dollar und einen Kurs von 73 Taels = 100 Dollars angenommen hat. Bis der Vertrag aber in zwei Monaten ausgeführt wird, stehen die Verhältnisse ganz anders. Der Dollar hat nur 105 Cents, dagegen 950 Cash, und 76 Taels sind nun gleich 100 Dollars. Da der Kurs für Silber in Goldwährung im Sicherungsgeschäft mit den Banken stets für Taels festgelegt wird, so kann sich aus diesen Wertverschiebungen noch immer ein Verlust für den Exporteur ergeben, um so mehr, wenn eine Firma den Dollar als die Grundwährung ihrer Buchhaltung führt.

Zum Schlusse meiner Ausführungen noch einige Worte über die Personalfrage und die Schwierigkeiten, die viele Firmen in China gefunden

haben, um richtigen anpassungsfähigen Nachwuchs aus der Heimat zu erhalten.

Viele unserer jungen Herren kamen hinaus mit einer Selbstüberzeugung, die nicht einmal jedem von uns, viel weniger aber den in dieser Hinsicht etwas empfindlichen Chinesen gefallen hat. Was wir dort draußen brauchen, sind vor allem innerlich ausgereifte Menschen, die den richtigen Ton mit den keineswegs niedrig stehenden Chinesen zu treffen verstehen und die Lust haben, die Sprache zu erlernen, die wir nicht etwa dazu brauchen, um in Chinesisch die Abschlüsse zu tätigen, sondern deren Kenntnis vor allem dazu dienen soll, daß dem Neuling die Eigenart der Leute geoffenbart werde, mit welchen er arbeiten soll, zum Nutzen seiner Firma und dadurch auch zum Nutzen der heimatlichen Industrie. Leicht ist dieses sicher nicht immer. aber wo guter Wille ist, läßt sich viel erreichen.

Zuverlässige Leute brauchen wir, die nicht den Anfechtungen erliegen, die von den Chinesen andauernd und mit bewunderungswürdiger Ausdauer im Exportfach gemacht werden: den Bestechungen. Angesichts dessen, daß die Inhaber von Firmen in China viel mehr von ihren Angestellten abhängig sind als hier in der Heimat und diesen viel freiere Hand geben müssen, ist eine günstige Lösung der Personalfrage von einer ganz hervorragenden Bedeutung.

Es soll hier nicht verschwiegen bleiben, daß das Ausfuhrgeschäft aus China in den letzten Jahren vor dem Kriege wenig Freude mehr machte; es befaßten sich zu viele Hände mit dem nicht allzu umfangreichen Geschäft, und die Konkurrenz trieb zu Hungerverdiensten bei all den Gefahren und Schwierigkeiten, welche der Exporteur zu überwinden hat, nicht zu vergessen der großen Gefahren durch Ansteckung, welche er im täglichen Verkehr mit allerlei unschönen Artikeln zu laufen hatte. Ob es aber in Zukunft besser werden wird? !

Aber trotz all dieser Schwierigkeiten ist es sicher, daß gerade der Export von China den interessantesten Teil unserer Arbeit dort draußen bildete, und ich habe nur den Wunsch, bald wieder draußen inmitten meiner mir liebgewordenen Chinesen arbeiten zu können.

Seidenproduktion und Seidenhandel in China.

Von

Albert Nathansohn,

Kaufmann und Seidenexpert früher in Schanghai und Kanton.

Japan und China sind die Länder des Fernen Ostens, die im Seidenhandel in enger Verbindung mit Frankreich, England, der Schweiz und Italien sowie den Vereinigten Staaten von Amerika stehen. Die Hauptseidenplätze im Fernen Osten sind Yokohama, Schanghai und Kanton. Sie stehen in täglichem telegraphischen Verkehr mit den Seide kaufenden Marktplätzen, Lyon, London, Zürich und Mailand sowie New York.

Alle Kulturländer teilen sich ein in solche, die Seide erzeugen und verbrauchen, und in solche, die Seide nur verbrauchen. Auf die erste Gruppe entfallen nach der Reihenfolge ihrer Bedeutung Japan, China, Italien, Indien, die Türkei und Levante, Persien, Frankreich, Rußland, Spanien, Ungarn, die Schweiz, Algier und Griechenland. Zur zweiten Gruppe gehören die Vereinigten Staaten, Deutschland, England und die nicht genannten Kulturländer. Überall, wo der Maulbeerbaum gedeiht, sind Anstrengungen gemacht worden, den Seidenbau einzuführen. Es hat sich aber herausgestellt, daß der Maulbeerbaum, je milder die Temperatur ist, desto besser gedeiht. Die Seidenzucht besteht nur in den Ländern, die nahe der tropischen oder subtropischen Zone liegen, da, wo die Mandel, Feige, Orange und die Maispflanze zur vollkommenen Reife gelangen. Ein solches Klima besitzen ausgedehnte Ländergebiete im Fernen Osten mit China, Japan, Korea, ein Teil der Mandschurei, Cochinchina, die Philippinen, Annam, Siam, Indien, die Levante, der Kaukasus, Turkestan, die Khanate in Zentralasien, Persien und ganz Südeuropa südlich der Donau und der Alpen bis Nordafrika [1]). In Deutschland und den skandinavischen Ländern, wo eine Frostgefahr im Frühjahr und Herbst besteht, sind die äußeren Bedingungen für eine rationelle

---

[1]) Hofrat Johann Bolle, Bedingungen für das Gedeihen der Seidenzucht, Berlin 1916.

Aufzucht zu ungünstig, als daß sich eine Kultur des Maulbeerbaumes lohnen würde. Es geht nämlich die Seidenzucht Hand in Hand mit der Kultur des Maulbeerbaumes, und alle Versuche, Ersatzmittel, wie die Blätter der Schwarzwurzel, zur Fütterung der Seidenraupen zu verwerten, sind bisher zu keinem befriedigenden Ergebnis gekommen.

Die Betrachtung des Artikels Seide zerfällt vom wirtschaftlichen Standpunkte aus in drei Hauptgruppen: die Seidenerzeugung oder die landwirtschaftliche Gruppe, den Handel mit Rohseide, das ist die kommerzielle Gruppe, die Verarbeitung und der Vertrieb der Gewebe, das ist die industrielle Gruppe.

Wie ich eingangs betont habe, ist China ein Land, das Seide erzeugt und verbraucht, darum treffen wir einen gewaltigen Handel im Lande selbst an. Für die Seidenausfuhr sind zwei Häfen als Seidenmärkte von weltwirtschaftlicher Bedeutung: Schanghai, der Hafen des Yangtsegebietes, und Kanton, der Hafen im Delta des Perlflusses. Während in Schanghai die Seiden aus allen Gebieten des Reiches, mit Ausnahme des Südens, in den Handel kommen, werden in Kanton nur die Seiden gehandelt, die in der nahen Umgebung, im Deltagebiet, erzeugt werden.

Seidenerzeugung.

In großen Umrissen ist die Entwicklung vom Ei bis zum Kokon bei den Maulbeerspinnern überall die gleiche, in Europa und in Asien. Auf die besonderen Eigenheiten der Zucht in China von Provinz zu Provinz einzugehen, verlohnt sich nicht, weil man daraus sehr wenig lernen könnte, denn die chinesische Methode ist verbesserungsbedürftig und nicht rationell [1]). Aber das Klima ist den chinesischen Züchtern so günstig, daß sie ohne entmutigende Verluste Jahr für Jahr eine ertragreiche Seidenernte gewärtigen. Gleichzeitig mit den Knospen der ersten Maulbeerblätter entschlüpfen, von der Sonne erwärmt, die ersten Räupchen den Eiern. Diese Tatsache erspart den Chinesen viel Kopfzerbrechen und Mühe, die Seidenzüchtern anderer Länder durch die Aufzucht verursacht werden. Nicht die Zucht des Maulbeerspinners vom Ei bis zum Kokon ist eine so schwierige Aufgabe, daß sie nicht von jedem Liebhaber gelöst werden könnte. Die Schwierigkeit der Seidenzucht ist auf landwirtschaftlichem Gebiete zu lösen. Die Aufgabe des Landwirtes und Züchters besteht in der Beschaffung der nötigen Blättermenge, deren es zur Fütterung der Raupen in jeweiligen Abständen von einigen Tagen

[1]) Bulletin des Soies et des Soieries, Nr. 2211, Lyon, 11. Oktober 1919.

bedarf. Die normale Zeit, in der sich die Raupe vom Ei bis zum Kokon entwickelt, beträgt etwa 28 Tage. Einzeln genommen, ist der Verbrauch von Maulbeerblättern im Verhältnis zur Größe der Raupe ungeheuer. Ohne genügende Fütterungsmittel geht eine Seidenernte verloren, und der Ausdruck „Ernte“ in Verbindung mit Seide hängt wesentlich mit der Menge der erzeugten Maulbeerblätter zusammen.

Die Seidenzucht geht folgendermaßen vor sich: Die Eier, ein jedes einen Stecknadelkopf groß, werden den Kühlräumen entnommen. Sie liegen auf Papierbögen oder in Schächtelchen. Je 1200—1300 wiegen ein Gramm. In der Wärme, d. h. zwischen 17 und 21° C., entschlüpfen die Raupen den Eiern. Sie werden ihrer zarten Kauorgane wegen mit den jungen Frühlingstrieben der Maulbeerpflanzen gefüttert. Nach 5 Tagen verfallen die kleinen Raupen in den ersten Schlaf, der 1½ Tage dauert, in dessen Gefolge sie sich häuten. Sie werden wiederum 4—5 Tage gefüttert, während welcher Zeit sie wachsen, um wiederum in den Schlafzustand zu verfallen, der ebenfalls mit einer Häutung endet. Es erfolgt eine ebenso verlaufende dritte und vierte Schlaf- und Häutungsperiode bis zur 5. Fütterung. Nachdem die Raupe ausgewachsen ist und 6—8 Tage nach ihrer vierten Häutung, also im 5. Zustande, genug gefressen hat, fängt sie an, den Kokon zu spinnen. Am unteren Ende des Kopfes der Raupe hat sich eine doppelte Spinndrüse entwickelt, in der eine Flüssigkeit enthalten ist, die beim Eintritt in die Luft sofort trocknet: das ist die Seide. Die Raupe spinnt den Kokon an ihrem Platz, indem sie ihren Kopf, nachdem sie sich ein Bett gepolstert hat, in Form einer 8 bewegt.

Die klimatischen Unterschiede in den verschiedenen Ländern bedingen eine verschiedene Dauer der Metamorphosen oder Verwandlungen, jedoch sind die Verwandlungen, falls sie sich 6—8 Wochen hinziehen, den Tieren, und, was wichtiger ist, dem Ertrag an Seide schädlich. Ohne wesentliche Schädigung des Ertrages kann sich die Zucht durch ungünstige Witterungsverhältnisse um 4—6 Tage, also von 28 auf 32—34 Tage hinausschieben.

Was die Verschiedenheiten in der Seidenzucht in China selbst anbelangt, so ist der wesentlichste Unterschied, der in dem Anbau der Maulbeerpflanzungen liegt, für das Auge sichtbar. Wir dürfen Schanghai als in der gemäßigten Zone liegend betrachten, während Kanton bereits zum tropischen Klima zu rechnen ist. In Schanghai und in der ganzen Gegend des Yangtsetales sowie im Norden sieht man niedrig gehaltene Maulbeerbäume von 1½—2 m Höhe; in Kanton betreibt man die Seidenzucht nur mit Hilfe von Maulbeerstauden, die auf Äckern über große Areale

gepflanzt sind. In Schanghai und in Japan gibt es nur eine wichtige Seidenernte im Mai, der eine kleine zweite Ende Juni folgt. In Kanton dagegen gibt es sechs, ja sogar eine kleine siebente Ernte. Die erste beginnt Anfang April, die letzte endet Anfang Oktober. Die Zuchten im Norden und im Yangtsetal gleichen daher denen in Italien und Japan, die Zuchten in Kanton sind denen in Ceylon und Manila vergleichbar, wo man sogar von neun Ernten berichtet. Es ist zu betonen, daß die fünfte und sechste Ernte in Kanton, also die späteren Ernten, die besten Seiden liefern [1]).

Im Gegensatz zu anderen Kulturländern wurde bis jetzt die Seidenzucht in China nachlässig betrieben, d. h. es wurde nicht wissenschaftlich verfahren. Die Schmetterlinge oder die Eier müssen nämlich, ehe man das junge Leben keimen läßt, auf Krankheiten untersucht werden, weil die mühsam bestellten Maulbeerpflanzungen sonst kranken Raupen zum Opfer fallen würden. Viele Enttäuschungen sind durch ungenügende Behandlung der den Zuchten übergebenen Eier entstanden, Enttäuschungen, die Geldverluste infolge ertragloser Arbeit bedeuteten. In Frankreich ist in der Mitte des vorigen Jahrhunderts eine ganze Ernte den Krankheiten der Seidenraupe zum Opfer gefallen. Erst das Pasteursche Verfahren — nach dem berühmten Professor genannt — hat die Schmetterlingspaare nach der Erzeugung der Eier zur mikroskopischen Untersuchung geführt, was sich als segensreich erwiesen hat. Frankreichs Seidenzucht konnte sich zwar trotz staatlicher Unterstützung nie erholen. Japan ist das erzeugungsreichste Land, weil es, klimatisch günstig gelegen, eine handliche und geschickte Bevölkerung besitzt und weil es seine Seidenzucht aufmerksam durch wissenschaftliche Methoden fördert. Es gibt in Tokio ein besonderes Institut für den Seidenbau, das sich mit Maulbeerarten, Schmetterlingszuchten und -kreuzungen, Krankheiten der Bäume, Blätter und Raupen, kurz mit rationellem Seidenbau beschäftigt. In Japan hat man schon seit Jahren Karten für die Seidenraupeneier eingeführt, für die die gesetzliche Untersuchung erfolgt sein muß. Die staatliche Überwachung in Japan erstreckt sich auch auf das fertige Produkt, Rohseide, ja sogar auf das ins Ausland für viele Millionen Yen gehende Gewebe, das im Großhandel unter dem Namen Habutai (ein feiner Taft) bekannt ist. Bei den Chinesen fehlt es an Schulung und staatlicher Aufsicht. Bis jetzt ist man fahrlässig im Seidenbau vorgegangen. Wenn auch seit einigen 30 Jahren Schulen für moderne Seiden-

[1]) Vgl. dagegen Berichte über Handel und Industrie. Berlin 1913, Bd. XX, Heft 10.

kultur in China errichtet worden sind, so scheint erst die jetzige Generation mit Unterstützung der fremden Kaufmannschaft und der chinesischen Gilden anzufangen, neue Methoden einzuführen. Berichte über Fortschritte liegen vor. Im Jahre 1917 hat die „Silk Association of America" einen Vortrag mit kinematographischen Bildern von der Entwicklung der Seidenraupe vom Ei bis zum Kokon und von der Verarbeitung der Seide vorbereitet und ihn in populären Wandervorträgen durch ihren nach China eigens entsandten Vertreter in Schanghai und in den Seidengebieten verbreitet. Heute steht ein Franzose, Herr P. Vieil, an der Spitze eines neugegründeten „Institut Séricicole" in Schanghai. Seinen Berichten ist zu entnehmen, daß 70—75 % der unter Aufsicht gelegten Eier oder Samen krank sind und ausgeschieden werden müssen. Der Rest aber liefert die besten Kokons der Welt, nämlich, während früher in China 5½—6 Pikul Kokons 1 Pikul Seide lieferten, gewinnt man dasselbe Resultat mit nur 3,60 Pikuls Kokons [1]).

Die wissenschaftliche Methode wird Zellengrainage genannt. Sie besteht darin, daß die Schmetterlingspaare gezwungen werden, die Befruchtung in einer Zelle vorzunehmen. Die Eier werden in der Zelle geerntet, Männchen und Weibchen getötet und mikroskopisch untersucht. Falls Krankheiten entdeckt werden, können die zu den betreffenden Pärchen gehörenden Eier zerstört werden. Da man ohne Untersuchung gesunde und kranke Raupen durcheinander füttert und die kranken erst entfernt, wenn sie nicht mehr lebensfähig sind, geht bei fahrlässiger Zucht ein Wald von Blättern verloren. Über den Verbrauch von Blättern in einer Zucht wie in China kann man sich erst einen Begriff machen, wenn man das Buschgebiet von Maulbeersträuchern durchmessen hat. Ein Teil des Deltas bei Kanton ist ausschließlich Maulbeerpflanzungen gewidmet. Das Gebiet ist so groß, wie ein preußischer Regierungsbezirk. Den Forschungen des „Bureau of Science", Manila [2]), entnimmt man, daß, um eine Menge von 1 kg Seide zu gewinnen, ca. 200 kg Blätter gebraucht werden. In China würde man ganz erheblich weniger gebrauchen, wenn man durchweg rationell verfahren würde.

Der Kokon ist das Endergebnis der landwirtschaftlichen Betätigung des Arbeiters im Seidenbau. Er ist das Rohprodukt für die Seidenspinnerei, die, im Laufe der Geschichte auf gleicher Grundlage geblieben, einige nützliche, sehr einfache Verbesserungen erhalten hat.

---

[1]) Bulletin des Soies et Soiries. Nr. 2212, Lyon, 18. Oktober 1919. 1 Picul = 60,48 kg.

[2]) Vgl. Charles S. Banks, A Manual of Philippine Silk Culture, Manila 1911.

Seidenspinnerei.

Die Seidenspinnerei hat in Großbetrieben eine große räumliche Ausdehnung genommen. Die Spinnerei ist die erste maschinelle Einwirkung auf das Rohprodukt und liefert uns das, was wir im Handel als die Rohseide oder Grège bezeichnen.

Ursprünglich war die Spinnerei eine Heimarbeit der Seidenbauern. In China und Japan kaufen heute die Spinnereien ihr Rohprodukt, die Kokons, zum großen Teil auf den Kokonmärkten. Sie werden im Anschluß an die Ernten abgehalten. Sie finden in größeren Hallen an den Flußufern statt, weil die Konkons in Kähnen den Spinnereien zugeführt werden. Man handelt die Kokons tausendstückweise oder in Körben oder nach Gewicht. Man spricht von lebenden und trockenen Kokons. Die Kokons enthalten vier Tage die lebende Raupe, sodann tritt der Zwischenzustand ein, der nach weiteren vier Tagen dadurch aufhören würde, daß sich bei genügender Wärme der Schmetterling entwickelt. Es besteht die Gefahr, daß dieser den Kokon durchbricht und ihn für die Spinnerei entwertet. Deshalb ist es wichtig, die Kokons kühl zu lagern oder abzutöten. In der Umgegend von Schanghai gibt es eine ganze Reihe von Trockenöfen, die verschiedenen chinesischen Gesellschaften gehören. Die Kokons werden, gleich nachdem sie den Bauern abgekauft sind, gedörrt und an die Spinnereien weiterbefördert. Häufig haben städtische Unternehmer ganze Seidenzuchten in Pacht, d. h. sie haben Geld für Arbeitslöhne und Blätterankäufe vorgeschossen und verlangen den Ertrag der Züchtereien. Sie schließen wiederum Lieferungsverträge mit den Spinnereien ab. Die Kokonverkäufe währen nur wenige Wochen. Nachaufträge sind nur unter großen Schwierigkeiten ausführbar. Häufig gehen größere Posten Kokons in die Hände von Spekulanten. Die Verteilung der Kokons erfolgt entweder an die chinesischen oder europäischen Spinnereien. In Kanton gibt es nur chinesische Gesellschaften, die aber auch „à l'Européenne" spinnen lassen. Dort geht der Kokonhandel in ähnlicher Weise vor sich, jedoch wird während der ersten Ernten, vom Mai bis August, ein sehr großer Teil der Kokons lebend versponnen. Erst für die späteren Ernten wird alljährlich eine sorgfältige Behandlung durch Abtötung und Trocknung der Kokons vorgenommen.

Die Spinnereien teilen sich in ländliche und nach europäischem Muster arbeitende. Die Entwicklung der Spinnereien hat sich in den achtziger und neunziger Jahren vollzogen. In Kanton wurden seit etwa 1912 fast ausschließlich Erzeugnisse aus den nach europäischem Muster

betriebenen Dampfspinnereien für die Ausfuhr gehandelt. Die in Heimarbeit erzeugten Seiden werden dort von den Chinesen selbst für ihren eigenen Verbrauch aufgekauft. Die Einführung europäischer Methoden hat sich in der Spinnerei bezahlt gemacht. In Schanghai, wo die Seiden aus allen Provinzen, also aus großen Entfernungen, zusammenkommen, treffen noch heute viele Gespinste unter demselben Chop oder Namen und in fast gleicher Aufmachung ein wie vor 50 Jahren, das sind die Tsatlee- und Kahing-Seiden; jedoch hat sich der Bedarf für diese alten Aufmachungen sehr verringert. Nicht allein sind die Anforderungen an die Aufmachung bei uns die Veranlassung zur Modernisierung der chinesischen Spinnereien gewesen, sondern unsere Anforderungen haben sich gewaltig verändert. Es sei an die Erfindung der Nähmaschine, an die Verbesserung der Zwirnmaschinen und an die Merzerisierung der Baumwollgarne erinnert. Durch diese neuen Einführungen wurden in die verschiedenen Industrien neuartige Fäden gebracht, und die Industrie der Schappespinnereien erhielt einen ungeahnten Aufschwung. Der Betrieb der Nähmaschinen erforderte Fäden ohne harte Knoten, eine Eigenschaft, die das Schappegarn besitzt. (Die Schappe ist ein aus den wertvollen Spinnereiabfällen oder aus durchbrochenen Kokons hergestelltes Garn, das in Europa und Amerika nach demselben Verfahren wie die Baumwolle versponnen wird.)

Schanghai-Seiden.

Die in Schanghai an den Markt kommenden Seiden teilen sich in folgende Gruppen ein:

Weiße Chinafilaturen (Filatures à l'Européene, Steamfilatures), das sind die für den Ausfuhrbedarf fein ausgesponnenen Seiden. Die Spinnereien stehen fast alle unter der Leitung eines fremdländischen, meist italienischen Spinnmeisters, der oft von einigen Vorarbeiterinnen, italienischen Spinnerinnen, unterstützt wird. Die Fabriken liegen fast alle am Wasser, so daß die Kokonzufuhr leicht erfolgen kann. Die Arbeitsäle sind groß und geräumig, ja man wird in Schanghai die größten Spinnereien der Welt finden. Es gibt solche mit 800—900 Bassinen. Für solche Spinnereien ist ein sehr hohes Betriebskapital notwendig. Die Erzeugung einer einzigen Spinnerei dürfte sich auf 600—800 Ballen Rohseide jährlich belaufen. Über die Rentabilität dieser Unternehmungen fehlen genaue Erhebungen. Solche, die auf dem Stadtgebiet Schanghai liegen, sind alte Spinnereien, deren Grund und Boden einen großen Wertzuwachs erfahren hat. Die Arbeitslöhne sind in Schanghai

16*

sehr hoch und dürften bei dem hohen Silberkurse die Löhne der französischen und italienischen Arbeiterinnen erreichen, während sie früher etwas hinter diesen zurückstanden. Jede Spinnerei führt ihre Fabrikmarke in mehreren Abstufungen für Qualitätsunterschiede. Die Fabrikmarken sämtlicher Spinnereien Schanghais sind nach Qualitäten (Classement) geordnet. Man unterscheidet sechs Gruppen: Extra, Petit Extra, Best I, I, II, III. Qualitätslisten erscheinen jährlich.

Tsatlees, Kahings, Haineens, Wusiehs. Diese Seiden sind weiß und werden in der näheren Umgebung Schanghais gesponnen und von Chinesen aufgekauft, der Qualität und dem Titre [1]) nach sortiert und mit Chop, d. h. der Sortimentmarke, versehen. Die verschiedenen Chops sind seit Jahrzehnten im Handel bekannt. Man weiß, welche Anforderungen man an sie bezüglich Qualität und Feinheit stellen darf. Die Marke entspricht den Erwartungen so gut wie ausnahmslos. Die Seiden entstammen chinesischen Groß- und Kleinbetrieben und sind ursprünglich von langem Haspelumfang. Sie können, so wie sie sind, in Europa abgehaspelt werden. In Amerika wird aber eine besondere Aufmachung verlangt. Der Bedarf für diese Seiden, besonders der Tsatlees, steigt von Jahr zu Jahr. Die Amerikaner verlangen eine Haspelung von kleinem Umfange. Die Wicklung muß im Kreuze geführt sein, so daß der Strang schnell abgewickelt werden kann. Hierzulande ist die von den Amerikanern verlangte Art der Wicklung auf Strängen von der Kreuzspule her bekannt. Das Abwinden vom großen auf kleinen Strang heißt auf englisch „re-reel“. Das System der Fadenkreuzung soll nach dem Erfinder Grant benannt worden sein. Die nach diesem System getätigte Abwicklung auf Kreuzhaspel heißt im Handelsverkehr „Grant Crossed Re-Reels“.

An gelben Seiden kommen in Schanghai an den Markt: Shantungs und Minchews. Es sind langhaspelige Seiden von kräftiger Beschaffenheit und in feinen Titres erhältlich. Nach sorgfältiger Abhasplung haben sie jahrelang zu jedem guten Kettenmaterial Verwendung finden können. Neuerdings werden beide Arten auch „à l'Européenne“ in Dampfspinnereien versponnen. Ursprünglich kamen sie nur als „Natives“ aus dem Innern.

Es gibt noch eine Reihe von Packungen und Arten nordchinesischer „Natives“, wie Chingkums, Hupeh- und Szetschuan-Seiden, die von

---

[1]) Über Titre siehe S. 248.

Zeit zu Zeit in Schanghai auftauchen. Die groben Seiden gehen zum großen Teil nach Indien zum Hauptplatz Bombay und von da aus nach der afrikanischen Küste.

Die Schantung-Seiden sind edle Sorten vom Maulbeerspinner. Sie dürfen dem Namen nach nicht verwechselt werden mit Tussah-Filatures und Tussahs (Natives), das sind wilde Seiden aus der Mandschurei, ein Produkt des Eichenspinners, einer Raupe, die vom Blatte der Eiche lebt. Die Zucht scheint nur in China einträglich geblieben zu sein. In Japan hat man wohl auch die Seide nicht so billig selbst spinnen können, wie man sie aus China fertig beziehen konnte. Die Verspinnung „à l'Européenne" fing vor etwa 30 Jahren in Tschifu an. Heute wird sie auch in der Mandschurei betrieben. Der alte Ausfuhrhafen ist Niutschwang, der neuere Antung. Die Tussah-Seide ist für die deutsche Industrie von großer Bedeutung gewesen. Die deutschen Chemiker haben die zur Färbung nötigen Rezepte geliefert. In der Band-, Möbelstoffweberei, in der Chenillefabrikation, in der Kettentuch- und Seidenspitzenfabrikation ist Tussah über ganz Deutschland bekannt. Für die amerikanische Industrie ist die Tussah-Filature unentbehrlich geworden. Man zahlt für die besseren Aufmachungen in New York Preise, die in Europa unerschwinglich wären. Seide von Eichenspinnern findet sich in ganz Nordchina, aber auch überall da, wo noch Eiche vorkommt; so habe ich selbst in Kwangtung, in Südchina, vereinzelte Kokons gefunden [1]).

Die Honan-Tussahs, die Waterreels, kommen gelegentlich an den Schanghaier Markt und werden meistens im Innern zu groben Geweben benutzt.

Die gewaltige Menge von verschiedenartigen Seiden gibt dem Schanghaier Markt ein besonderes Gepräge. Die Summe der angebotenen Arten hebt die Bedeutung dieses Seidenplatzes. Die Verbesserungsfähigkeit in Spinnerei und Erzeugung berechtigt zu großen Hoffnungen. Für den chinesischen Verbrauch sind Hangtschau und Sutschau die Seidenmärkte. In diesen Plätzen werden Damast- und Crêpeweberei betrieben.

Kanton-Seiden.

Kanton-Filatures. In der näheren und weiteren Umgegend von Kanton bestehen etwa 160—170 größere Spinnereien, die, nach euro-

[1]) Vgl. Anhang „Tussah Silk" zur Neuauflage von Silk, Chinese Maritime Customs, Special Series Nr. 3, 1917.

päischem Muster eingerichtet, unter chinesischer Leitung stehen. Daneben bestehen Hausbetriebe, in denen „Natives“ versponnen werden und die sehr feine Seiden liefern können [1]). Nach Europa kommen zum größten Teil Filaturenseiden auf Normalhaspel zur Ausfuhr, für Amerika dagegen nur die kurzhaspelige Aufmachung. Obwohl die Spinnereien bei Kanton im Rufe stehen, die besten „Windbarkeiten“, d. h. Seiden mit den wenigsten Fadenbrüchen beim Abwinden, zu liefern, ist den chinesischen Arbeitern immerhin noch Nachlässigkeit vorzuwerfen. Während in Schanghai gleichmäßig feine Titres, wie 10/12, 11/13 und 13/15 gesponnen werden, müssen die europäisch eingerichteten Spinnereien in Kanton im Laufe einer Kampagne (Spinnsaison) ihre Titres wechseln, d. h. sie müssen zusehen, die besseren Kokons fein auszuspinnen und die schlechteren für gröbere Nummern zu verwerten. Die Umstellung einer Fabrik von groben auf feine Nummern bedingt Ungleichmäßigkeit in der Feinheit (Springer, Ecarts). Wir haben gehört, daß in Kanton sechs bis sieben Ernten stattfinden. Wenn nun zwei Ernten hintereinander nicht nur knapp, sondern auch schlecht ausfallen, so entschließen sich die Leiter der Spinnereien, auch solche Kokons fein ausspinnen zu lassen, die sie unter gewöhnlichen Umständen zu groben Titres verwendet hätten. Das ist nicht nur ein Verfahren, um zu strecken, sondern auch um den Gewinn zu erhöhen. Im Gefolge zeigt sich gewöhnlich große Nachfrage nach gröberen Titres, die dann unverhältnismäßig hoch bezahlt werden. Nach einigen Monaten regulieren sich die Preise dann wieder. Die Kanton-Seiden sind als Schußmaterial sehr beliebt. In der Samtfabrikation verwendet man sie gern als Kettenmaterial zur Darstellung des Samteffekts, denn diese Seide füllt besser als irgendeine andere. Es ist häufig festgestellt worden, daß die Kanton-Seiden durch keine anderen Provenienzen zu ersetzen sind [2]). Die in Kanton an den Markt kommenden Qualitäten werden nach Chops gehandelt, jedoch sind sie auch in Qualitätsgruppen (Classements) eingeteilt, für die folgende Bezeichnungen handelsüblich sind: Extra, Petit Extra, Grand Ier, Bon Ier, Petit Ier. Für New York: Crack Chops, Crack Chops Extra Extra A, Extra Extra B, Crack Chops Extra Extra B und Extra Extra B. Auch in Kanton wird in einer jeden Saison oder Kampagne eine Qualitätsliste

[1]) Berichte über Handel und Industrie, Berlin 1913, XX, Heft 10.

[2]) Bullin des Soies et des Soiries, Nr. 2207, Lyon, 13. Sept. 1919: „Das fortgesetzte Schwinden disponibler Ware zwingt den Konsum, sich ohne Bedenken den in Kanton bezahlten Preisen zu nähern, da diese Provenienz sich durch keine andere ersetzen läßt.“

(Klassifikation) von jeder fremdländischen Seidenfirma für Lyon und New York besorgt. Nach der Erfahrung des Seideninspektors werden die Chops klassifiziert und demnach auf die oben genannten Qualitätsbezeichnungen verteilt.

Der Handel mit Rohseide.

In den Bureaus der Seideninspektion einer europäischen Firma werden die Offerten der Spinnereien von chinesischen Agenten und Zwischenhändlern persönlich abgegeben. Die Seideninspektion nimmt die mündlichen Angebote entgegen und trägt sie in ein Sammelbuch ein. Die günstigsten Angebote werden telegraphisch nach Europa und Amerika weitergeleitet. Um ein Bild zu geben, wie der Verkehr zwischen Lyon einerseits und China andererseits vor sich geht, sei ein Telegramm und die Antwort darauf zur Kenntnis gebracht:

Kanton, den 2. Oktober 1913.

Offerte für 2 Tage Gültigkeit, Kurs zu 4 Monat Sicht Frs 2.50, Verschiffung November / Dezember

20 Ballen Grand Ier 13/15, Dollar 800.—.

Sofortige Rückantwort, Kurs zu 4 Monat Sicht Frs 2.50, Verschiffung prompt.
10 Ballen Sue King Wo 16/20, Dollar 720.—.

Pila & Co., Order ausgeführt.

Terrail, Payen & Co., erhöhet Preis um Dollar 5.—, sofortige Rückantwort.

Cozon Frères, Bezugnahme auf Order vom 15. September,
10 Ballen fallen aus wie folgt: Windbarkeit gut, Titre ½ Denier zu grob.

Lyon, den 2. Oktober 1913.
Kanton, den 3. Oktober 1913.

Lagrange & Co., sofortige Rückantwort, Verschiffung November / Dezember.
10 Ballen Grand Ier 13/15, Frs 35.— per kg cif.
20 Ballen Petit Ier 16/20, Frs 31.50 per kg cif.

Terrail, Payen & Co., Geschäft endgültig ausgeführt.

Cozon Frères, absendet Ware.

Aus diesen Telegrammen ergibt sich die Zuverlässigkeit der Bestellung. Ein Telegramm, das in China abgeschickt wurde, eilte der Sonne gleichsam voraus und war noch am gleichen Tage in Lyon. Ein Telegramm, das von Lyon abgeschickt wurde, traf am darauf folgenden

Morgen in China ein. Während der Zeit, wo in China Nacht ist, wird an den Offerten in Europa und Amerika gearbeitet, so daß bei richtiger Bestellung der Telegramme durch die Länge des Weges kein Zeitverlust entsteht. Den geschäftlichen Aufträgen entsprechend, die in China eintreffen, wird gekauft. Die Chinesen kommen in die Bureaus, um Antwort auf die abgegebenen Offerten entgegenzunehmen. Es ist die Aufgabe der Inspektion, mit den Chinesen handelseinig zu werden. Die Prüfung der Seide erfolgt nach Einlieferung in das Lagerhaus der europäischen Firma. Je 10 Ballen ein und derselben Qualität gelten als ein Lot. Im Lagerhaus sind Chinesen angestellt, die Fachkenntnisse besitzen. Sie überwachen die Einlieferung, das Auspacken der Ballen und die Aufstellung der angelieferten Ware Ballen für Ballen. Für jedes Lot wird ein Brief ausgestellt, mit dem der erste Angestellte, Schroff genannt, zu dem Seideninspektor kommt, um die Ankunft zu melden. Die Inspektion tritt unverzüglich ein. Ein Europäer zieht aus jedem Lot 20 Stränge oder Strähne, die auf Windmaschinen abgewunden und abgehaspelt werden, d. h. sie werden auf Rollen gebracht, und zwar eine Stunde lang, während der die Fadenbrüche gezählt und in dem Briefe vermerkt werden. Falls zuviele Fäden gerissen sind, wird das Lot als schlecht windbar befunden und Ersatz verlangt. Für solche Ware, die vorbehaltlich Inspektion (subject to inspection) offeriert worden ist, steht es dem Chinesen frei, Ersatz zu liefern oder nicht. Im allgemeinen wird prompt zu liefernde Ware von den Chinesen „vorbehaltlich Inspektion" angeboten. Es ist nicht üblich, bei fallendem Markte einen Vertrag aufzuwerfen, wenn die erste Lieferung schlecht ausfällt, denn der Chinese würde das als nicht korrekt empfinden und mit Recht anführen, daß er bei steigendem Markte auch seinen Kontrakt durch absichtlich schlechte Lieferung nicht erfüllen würde. Alle auf längere Termine abgeschlossene Verträge müssen eingehalten werden, d. h. die Inspektion kann auf gute Lieferung dringen und, falls der Chinese versagt, im offenen Markte Ersatz beschaffen und (oder) Schadenersatz fordern. Die Inspektion bleibt den Käufern in Europa und Amerika für die Ausführung aller Verträge haftbar. Es ist darum zu empfehlen, nur mit zuverlässigen Kaufleuten zu arbeiten. Nachdem die Windbarkeit einer Ware festgestellt ist, erfolgt ihre Prüfung auf Titre; hierzu werden von den beim Winden erhaltenen 20 Rollen je 10 mal genau 450 m aufgehaspelt, um sie in kleinen Strähnlein einzeln zu verwiegen [1]). Von 200 Strähnlein kann man ein Bild von

[1]) Der Titre wird ausgedrückt durch die Anzahl Deniers (1 den. = 0,05 g), die 1 Strang von 450 m Länge wiegt.

der Stärke eines Lots Seide erhalten. Wenn der Titre den Erwartungen entspricht, wird die Inspektion vorgenommen und jedes Paket oder Buch genau angesehen. Fehlfarben werden entfernt und schadhafte Pakete ersetzt. Die Inspektion hat schließlich das Netto-Verwiegen der Seide aufmerksam zu überwachen und überläßt die Verpackung dem Schroff. Die Seide wird in Schirtingsäcke gebunden, in Matten genäht und fest verschnürt, so daß sie nach der Signierung versandfertig dasteht.

Für den Transport wird die Ware gegen Feuer und Seeschaden versichert. Alsdann können Faktura und Tratte der Bank übergeben werden. Die Tratte wird allgemein auf 4 Monate Sicht in Goldwährung ausgeschrieben. Der Trattenbetrag enthält den Wert der Ware einschließlich Kommission, Lagergeld, Telegrammspesen, Fracht, Versicherung und Maklergebühr (laut Cif-Rechnung). Nach Lyon war es üblich, die Tratte auf die Kunden direkt zu ziehen, für die deutsche und amerikanische Kundschaft wurde im allgemeinen ein bankmäßig bestätigter Kredit (meistens ein Kreditbrief auf London) verlangt. Die Bank zahlt den vollen Trattenbetrag zu dem mit ihr vereinbarten Kurse in Silber aus. Es ist in China üblich, nach dem Kauf sofort den Kurs zu decken. Unter „Kurs decken" versteht man im Seidenhandel den Verkauf auf spätere Lieferung einer Tratte in Goldwährung (Franken, Mark, Golddollar, Pfund Sterling).

Es ist von großer Wichtigkeit im Seidengeschäft, den Schwankungen der Silberkurse Rechnung zu tragen, denn die Käufer beziehen ihre Ware aus dem Silberlande China. Die Wechselkurse sind bald über, bald unter Parität des Silbers. Wer also Rohseide zu handeln gewohnt ist, muß auf beides, Seidenmarkt und Wechselkurse, aufpassen, denn nachweislich sind Angebot und Nachfrage nach der Ware allein nicht entscheidend für die Preise, die wir im Seidenhandel beobachten. Angebot und Nachfrage nach Silber in China sind gleichfalls bestimmend für die Preisbildung der Seide in den Verbrauchsländern. Zweifellos stehen die Seiden der verschiedenen Länder in einer gegenseitigen Preiseinwirkung durch das Medium der Wechselkurse. In Italien stiegen beispielsweise während der Saison 1919 die Kokons von 10 auf 30 Fr., nachdem die Wechselkurse in China sich verdoppelt hatten.

Zur Tratte und zur Frage der Preise ist schließlich noch zu bemerken, daß die Banken die Kurse so stellen, wie die Tratten gezogen werden, nämlich mit Berechnung der Zinsen. Für die 4 Monate Sicht sind 6 % per annum gerechnet. Es ist daher in allen Fällen, wo die Ein-

lösung der Tratte vor dem Fälligkeitstermin erfolgt, ein Diskont von 6 % erhältlich.

Die Verzollung wird von den Chinesen vorgenommen. In China besteht für Rohseide ein Ausfuhrzoll von 5 % auf den China-Marktpreis. In Europa und Amerika wird kein Zoll erhoben, also auch nicht in den Ländern, wo Seidenzucht betrieben wird.

Um an einem Beispiel zu zeigen, wie sich die Berechnung eines Seidenverkaufes von China nach Lyon stellt, folgt eine Einstandsrechnung (first cost) und eine Rechnung in Franken (per kg cif), die sämtliche Spesen erläutern.

Rechnung

(First Cost)

20 Ballen Grand Ier 13/15, per Picul Dollars 800.—, 16 Picul			Dollars 12 800.—
Spesen:			
Abtransport	D. 0.50 p. B.	D. 10.—	
Telegramme	„ 2.— „ „	„ 40.—	
Fracht Kanton bis Lyon		„ 242.—	
Versicherung a/D. 15000.—		„ 75.—	
Maklergebühr $^1/_8$%		„ 16.72	383.72
			13 183.72
Kommission 1½ %			197.74
			Dollars 13 381.46
Tratte zu 4 Monate Sicht Frs. 2.50			F. 33 453.65

(Hierzu ist zu bemerken, daß 16 Picul zu 60.48 kg, in China verwogen, obigen Frankenbetrag bei einem Kurse von Frs 2.50 kosten und daß daher das kg dem Kunden zu Frs 34.57 einsteht.)

Rechnung

(cif)

20 Ballen Grand I 13/15 950 kg a F. $35,^{25}$ = F. 33487,50 cif
zahlbar durch Tratte zu 4 Monate Sicht.

(Hierzu ist zu bemerken, daß 16 Picul, die zwar 967,68 kg wiegen, mit 950 kg fakturiert werden, daß also der Verkäufer die Gewichtsdifferenz im Preise einkalkuliert.)

Die Frachten bis Lyon und Mailand sind gleich hoch, während sich die Fracht bis Zürich ein wenig höher stellt. Nach New York führen zwei Wege, der eine über Suez und der andere über den Stillen Ozean. Der letzte ist teurer, weil die Bahnfracht von San Francisco oder Seattle nach New York wesentliche Mehrkosten verursacht. Geschlossene Wagen, die den Eilzügen angehängt werden, erreichen New York in weniger als fünf Tagen.

Wie bekannt, sind die Haupthandelsplätze für Seide Lyon, Mailand, Zürich, London und in Amerika New York. An diesen Plätzen wird Rohseide aller Provenienzen gestapelt. Crefeld kommt nur als Platz im Handel mit Seide, die für die Weberei bereits aufgemacht ist, in Betracht und steht deshalb mit dem „Fernen Osten" nur in geringen Beziehungen. Die Rohseidenmengen, die in Crefeld gekauft werden, sind auch nicht für den Handel, sondern für die Fabrikanten bestimmt. Darum führen die Händler gezwirnte Seide, Organzine und Trame, d. h. Kett- und Schußseide. — Von einem Konkurrenzkampf der erstgenannten Plätze untereinander kann nicht eigentlich die Rede sein. Es ist sehr viel amerikanisches, französisches und Schweizer Geld in Mailand investiert. Die meisten ostasiatischen Firmen haben ihr Stammhaus in Lyon, London, Zürich. — Seit einigen Jahren haben sich auch New Yorker Firmen in Ostasien niedergelassen. Häufig sind große Organisationen für den Seideneinkauf an noch größere für das allgemeine Ein- und Ausfuhrgeschäft in China angeschlossen. So ist beispielsweise eine der größten Seidenfirmen in Lyon, die bezüglich der Herausgabe von Statistiken bekannte Firma Cabrières, Morel & Co., der Firma Jardine, Matheson & Co. angegliedert. Die Zentrale solcher Häuser befindet sich meistens in London, von wo aus auch der Handel in Abfallseiden geleitet wird.

Usancen und Konditionierung.

Die Handelskammern der verschiedenen Länder haben die Seidenhändler und -käufer dahin gebracht, daß die Bedingungen, zu denen Seide gehandelt wird, schriftlich niedergelegt wurden und unter dem Namen „Usancen" in Buchform jedermann zugänglich sind. In Streitfällen kann auf die Platz-„Usancen" verwiesen werden. Maßgebende „Usancen" sind in Lyon, Zürich und Mailand erschienen. Auch in New York sind dem Inhalt nach sehr ähnliche „Usancen" unter dem Namen „Bedingungen zur Regelung des Seidenhandels" (Conditions ruling the Silk-Trade in New York) herausgegeben worden. Abänderungen zu den „Usancen" werden in den Verkaufsbriefen vorgenommen; diese (carte de vente, letter of sale) werden bei jedem Abschluß zwischen Käufer und Verkäufer ausgestellt. Der Verkäufer schützt sich darin gegen ein zu schroffes Vorgehen der Käufer, falls die angekommene Ware den üblichen Abnahmebedingungen nach Ansicht des Käufers nicht entsprechen sollte. So ist z. B. der Käufer verpflichtet, im Streitfalle ein Schiedsgericht anzurufen, anstatt zu Gericht zu gehen. Der Käufer ist auf alle

Fälle verpflichtet, auch wenn nach seinem Ermessen die gelieferte Ware seinen Anforderungen nicht entspricht, die Tratte zu honorieren, d. h. den auf ihn gezogenen Betrag zu bezahlen. Der Käufer verpflichtet sich ferner, auch im Falle einer Streitigkeit den guten Glauben (bona fide) des Verkäufers anzuerkennen. Ebenso werden Umsatzprämien, die der Verkäufer dem Käufer gewährt, sowie Rabatte der Versicherungsgesellschaften und Reedereien, die ebenfalls dem Käufer zufallen, auf den Verkaufsbriefen vermerkt.

Die Chinesen sind in Gilden vereinigt; ihnen steht in Schanghai die Silk Association der fremdländischen Kaufleute gegenüber. In Kanton befaßt sich die internationale Handelskammer mit den Fragen der Seide. In Europa und Japan sowie in New York gibt es Konditionier- oder Seidentrocknungs-Anstalten (conditioning houses, französisch: conditions), die unter Aufsicht der Handelskammern stehen. Ihre Aufgabe ist, das handelsmäßige Gewicht von Seidenlots festzustellen und Prüfungen auf Qualität vorzunehmen. Berühmt sind die Anstalten in Zürich, Lyon, Mailand und New York. Auch Crefeld besitzt eine solche; kleinere bestehen an vielen Pätzen. In den großen Seidentrocknungs-Anstalten befinden sich größere Räumlichkeiten zur Lagerung der Seide, Arbeitssäle zum Winden und zur Titrierung neben den überall befindlichen Einrichtungen zur Entbastung (boiling off, décreusage) und zum Verwiegen. Die Feststellungen der Seidentrocknungs-Anstalten, an die für jede Prüfung feste Gebühren zu entrichten sind, gelten als amtlich. Sie werden besorgt von einem Personal guter Arbeiterinnen, die zuverlässig sein müssen mit Bezug auf ihre Handfertigk it im Winden, d. h. Abwickeln der Seide auf Spulen. Die fremdländischen Ablader in China erkennen die Feststellungen der großen Konditions-Anstalten an und unterwerfen sich ihnen und können bei groben Verstößen auch gelegentlich auf den chinesischen Verkäufer zurückgreifen. Die Banken lagern die in ihren Händen befindlichen Lots gern in die Lagerhäuser der Konditions-Anstalten oder in andere anerkannt gute Lagerhäuser ein.

Schappe.

Zu den Aufgaben des Seideninspektors in China und Japan gehört auch, die Ausfuhr von Seidenabfällen zu vermitteln. Die Aufbereitung und Verpackung wird in Schanghai unter Aufsicht von Europäern besorgt. In Kanton überwachen ausschließlich die chinesischen Verkäufer die Verpackung. Dafür tragen hier auch diese das Risiko für die Einhaltung der verabredeten Qualität, der Durchschnittsware der Saison (average quality of the season, qualité moyenne de la saison).

Die Spinnereiabfälle teilen sich für alle Qualitäten in vier Gruppen: Zunächst fällt im Kokonhandel diejenige Seide ab, die als äußerste Kokonhülle zu betrachten ist, das ist die nicht verspinnbare Seide, die nicht achtförmig um den Kokon gewickelt ist, das Polsterbett. Sie wird Kokonwatte oder Wadding genannt und hat nur geringen Wert.

Die Abfälle der Spinnerei zerfallen in Frizons (Frizonettes) und Pellettes. Die ersteren sind die sog. Suchfäden, die von den Kokons ablaufen, bis die einheitlichen Fäden der im Bassin schwimmenden Kokons gefunden sind. Ihr Name kommt daher, daß sie bei der Spinnerei um die linke Hand der Spinnerin gewickelt waren und eine Locke bildeten. Ihre Trocknung erfolgt in der Spinnerei. Die Pellettes sind die Kokonhäute, deren Spinnwert als Abfallware sehr gering ist.

Schließlich gehören zu den Abfallseiden die durchbrochenen Kokons (pierced cocoons, cocons percés). In ihnen sind noch die restlichen Teile der ausgekrochenen Schmetterlinge, Chitin, enthalten, dessen Gewicht aber schätzungsweise in Abzug gebracht wird; nur der Seidengehalt wird in Rechnung gestellt. Man verkauft durchbrochene Kokons mit 68 %, 69 %, 70 % bis höchstens 74 % Seidengehalt (Preis pro kg soyeux).

Alle Abfallseiden werden fest gepreßt und dann verpackt. Sie werden zu Schappe nach demselben System wie Baumwolle versponnen. Die Haupterzeugungsländer für Schappe sind England, Frankreich, die Schweiz, Italien und Amerika.

Statistik.

Es seien hier die erreichbaren Statistiken über die Ausfuhr aus Japan und China beigefügt. Die immer bedeutender werdende Macht der Japaner ist aus diesen Aufstellungen zu ersehen. Alle Länder, die mit Nutzen Seide zu erzeugen vermögen, besitzen eine Goldquelle. Für China ist sie zweifellos noch nicht erschöpft, obwohl sie gegenüber der japanischen stagniert.

Seidenausfuhr aus Yokohama.

Ernten	Europa		Amerika		Total	
1909—1910	45 839	Ballen	92 253	Ballen	138 092	Ballen
1910—1911	42 885	„	104 963	„	147 848	„
1911—1912	45 087	„	110 353	„	155 440	„
1912—1913	50 746	„	129 501	„	180 247	„
1913—1914	57 621	„	143 928	„	201 549	„
1914—1915	26 230	„	132 162	„	158 392	„
1915—1916	28 977	„	171 121	„	200 098	„

Ernten	Europa		Amerika		Total	Ballen
1916—1917	42 517	„	197 288	„	239 805	„
1917—1918	33 305	„	224 071	„	257 376	„
1918—1919	22 292	„	221 951	„	244 243	„

Der Anteil der japanischen Häuser an der Ausfuhr wird von Jahr zu Jahr bedeutender. Von der Gesamtsumme von 244 243 Ballen entfallen für die japanischen Firmen

nach Amerika	159 295	Ballen
„ Europa	14 486	„
	173 781	Ballen

das sind 70 % der Gesamtausfuhr von Rohseide aus Japan. Die beiden Firmen Mitsui Bussan Kwaisha und Hara Yushutsuten sind die bedeutendsten.

Seideneinfuhr aus Schanghai.

Ernten		
1911—1912	101 975	Ballen
1912—1913	109 211	„
1913—1914	97 614	„
1914—1915	68 296	„
1915—1916	92 185	„
1916—1917	84 360	„
1917—1918	75 426	„
1918—1919	80 653	„

Von den für die Ernte 1918—1919 angegebenen 80 653 Ballen entfielen

33 912 Ballen auf Europa,
14 322 „ „ Asien und Afrika,
32 419 „ „ Amerika.

Nach Arten geordnet vollzogen sich die Verladungen der letzten beiden Jahrgänge wie folgt:

	1917—1918 Ballen	1918—1919 Ballen
Weiße China-Filaturen	28 637	34 161
Gelbe China-Filaturen	2 867	3 786
Weiße Seiden (Tsatlees etc.)	18 541	17 659
Gelbe Seiden (Shantungs, Minchews)	13 637	13 394
Tussah	11 744	11 653
Total	75 426	80 653

Die zu den Statistiken von Yokohama und Schanghai gehörenden Ballen haben im allgemeinen ein Gewicht von 60 kg.

Seideneinfuhr aus Kanton.

Ernten	Europa	Amerika	Total
1913—1914	37 980 Ballen	18 699 Ballen	56 679 Ballen
1914—1915	17 486 „	21 593 „	39 079 „
1915—1916	13 334 „	24 291 „	37 625 „
1916—1917	29 388 „	22 633 „	52 021 „
1917—1918	30 388 „	17 692 „	48 080 „
1918—1919	17 473 „	16 097 „	33 570 „

Die aus Kanton zur Ausfuhr kommenden Ballen haben ein Gewicht von 48 kg.

Erzeugung von Rohseide, einschl. Tussah.

Jahrgänge 1911—1912 bis 1916—1917.

Ernte in kg	1916-1917	1915-1916	1914-1915	1913-1914	1912-1913	1911-1912
Europa insgesamt	4 975 558	3 217 498	4 844 634	4 238 998	4 985 374	[3]4 333 884
Italien	3 615 202	2 882 446	4 063 754	3 543 016	4 105 976	3 493 076
Frankreich	220 190	129 844	405 422	350 488	503 032	400 428
Österreich-Ungarn	150 274	150 274	302 364	263 320	297 370	355 482
Spanien	89 892	54 934	73 094	82 174	78 996	84 898
Levante.........	1 041 022	1 041 022	1 786 490	2 271 816	2 268 638	2 802 542
Asien insgesamt	21 611 762	18 683 008	14 636 960	19 464 796	18 070 108	15 354 734
[1]China Schanghai	[2]4 279 404	4 465 544	2 998 216	4 528 650	4 804 228	4 123 682
[1]China Kanton ..	2 516 522	1 883 682	1 892 272	2 721 730	2 252 294	1 684 616
Japan	14 697 796	12 263 902	9 996 532	12 099 100	10 828 354	9 329 246
Indien	118 040	99 880	49 940	115 316	185 232	220 190
Summe	26 728 342	22 941 528	21 268 084	25 975 610	25 324 120	22 491 160
Tussah	819 470	11 160 424	957 032	1 251 678	1 461 426	1 686 610
Gesamtsumme	27 547 812	24 101 952	22 225 116	27 227 288	26 785 546	24 177 770

[1] Wieviel Seide in China erzeugt wird, ist der Zahl nach unbekannt. — [2] Ausgenommen Tussah. — [3] Zahl für 11 Monate vom 1. Juni bis 30. April.

Anmerkung: Die Zahlen für asiatische Seiden bedeuten die Ausfuhrzahlen der Plätze Schanghai, Kanton, Yokohama.

Der Inlandkonsum in Japan wird auf 30% der Erzeugung geschätzt. Die Gesamterzeugung Japans würde sich demnach auf 14 700 000 kg + 6 300 000 kg = 21 000 000 kg belaufen.

Der Inlandkonsum in China, einschließlich Tussah, wird auf 55% der Erzeugung durchschnittlich geschätzt. Die restlichen 45%, die zur Ausfuhr kamen, betrugen 1916—1917 7 600 000 kg für Schanghai und Kanton zusammen. Folglich hätte nach dieser Berechnung die Gesamterzeugung in China für 1916—1917 16 900 000 kg betragen.

Die Zahlen und Schätzungen sind dem „Semi-Annual Report“ der „Silk Association of America“ für 1917 entnommen. Die Schätzung für den Selbstverbrauch in China dürfte zu hoch sein. Die Zahlen für Indien dürften unrichtig sein, während sie für die Schweiz, Algier, Rußland fehlen. Trotzdem ist diese Schätzung der „Silk Association“ die beste veröffentlichte Zusammenstellung.

Der Handel mit Seidenwaren.

Wohl kein Land ist so unabhängig vom Auslande für seine Erzeugnisse in der Seidenindustrie wie China. Fast alle Seidenarten, wie Taft, Serge, Satin, Samte, Stramin, Crêpes, ja sogar seidene Teppiche, besonders aber weiße und gelbe Bastseiden, im Handel mit dem Namen Pongees und Schantungs bekannt, sind die Chinesen befähigt herzustellen und finden im eignen Lande das Material dazu vor. China führt nur Seidenwaren ein, die es nicht selbst herstellen kann, weil die technischen Hilfsmittel fehlen, beispielsweise Tülle und Gaze oder solche Lyoner Gewebe, die infolge ihrer schönen Ausführung die Chinesen reizen, wie Damaste (damas façonné), sowie Bänder aus Barmen und St. Etienne. Der Handel mit Seidenwaren für den chinesischen Gebrauch teilt sich in Sommer- und Winterware ein. Die Sommergewebe sind in fast allen Fällen Stapelartikel aus Rohseide; meistens sind es glatte Stoffe, es kommen aber auch gemusterte mit kleinen Blumen und Punkten ungefärbt an den Markt. Vorschüsse auf solche Stückware werden von den Banken gern bewilligt. Die Winterware war von der Mode stets abhängig. Die Hofmoden des Nordens übten ihren Einfluß auf die Herstellung aus. Viele Stühle weben aber jahrzehntelang nur ein und dasselbe Muster. Die Jacquardmaschine wird heute noch vielfach durch Menschen ersetzt, die den sog. Zettel auswendig lernen und die Fäden des Musters mit der Hand heben. Die Beamtenklasse kleidet sich in allen Großstädten mit schweren Seidenstoffen. Je weiter nördlich, desto größer ist der Bedarf; allein, die Abnutzung der guten Seidenstoffe, die nur bei festlichen Gelegenheiten getragen werden, ist gering. Sie vererben sich. Haupthandelsplätze für Seidenwaren sind Schanghai, Hongkong und Kanton; an diesen Plätzen ist die größte Auswahl zu finden. Als Hafenplätze für die sog. Schantungseide (Pongee) gelten neben Schangha auch Tschifu, Ninghai und Tsingtau. Als Erzeugungsplätze für chinesische Wintergewebe stehen Hangtschau und Sutschau an erster Stelle, während im Deltagebiet von Kanton die luftigen Sommergewebe hergestellt werden. Die Heimindustrie für glatte Taftgewebe ist über ganz China, von der Mandschurei im Norden bis Yünnan im Süden, ebenso von der Küste bis tief ins Innere verbreitet. Die Preise werden für schöne Gewebe (Winterware) in China nach Quadratfuß berechnet, dagegen werden Stapelgewebe, zu der alle mit Rohseide gewebten Stückseiden gehören, also die vorerwähnten Sommerwaren und Schantungseiden, nach Gewicht verkauft; dem Chinesen erscheint es nur natürlich, daß sich der Wert eines Seidenstoffs durch seine „Schwere" zu erkennen

gibt. Die Verteilung der Seidenwaren bis an die Grenzgebiete Chinas ist durch Spezialgeschäfte gesichert. Überall in Asien, wo Chinesen in größerer Zahl leben, wird man die Erzeugnisse ihrer Seidenindustrie kaufen können.

Das chinesische Neujahr.

Kurz sei auf die Bedeutung des chinesischen Neujahrs für den allgemeinen Handel hingewiesen. Schon vor den eigentlichen Festtagen werden neue Geschäfte abgelehnt, alle alten dagegen abgewickelt. Keine Verträge werden über das Neujahrsfest hinaus gemacht. Während dieser Tage sollen die Chinesen aller Verpflichtungen bar sein. Ein Gesetz und die Bankiers gebieten ihnen, ihre Bücher zum chinesischen Jahresschluß abzuschließen. Alle Betriebe ruhen. Die Zufuhren hören auf. Erst nach dem chinesischen Neujahr setzt der Verkauf langsam durch eine Neueröffnung des Marktes mit neuen Preisen wieder ein. Verträge werden wieder abgeschlossen und die Spekulation auf Lieferung in neuer Ernte kann beginnen.

Der chinesische Seidenhändler.

Zum Schluß soll noch dem Chinesen als Seidenhändler jene Anerkennung gezollt werden, die er nach meiner Erfahrung verdient. Die Chinesen halten im Seidenhandel ungeschriebene und geschriebene Kontrakte so ein, wie kein Volk auf der Welt es besser tun könnte. Sie arbeiten sachlich und einheitlich. Die schlechten Elemente scheiden ganz von selbst aus. Auch in China ist der Seidenhandel der Handel mit dem edlen Faden, das „métier du noble fil".

Literatur.

O. Franke, Ackerbau und Seidengewinnung in China. Hamburg 1912.
Chinese Customs. Silk, Special Series 1881 und 1916. Schanghai (Canton ff.).
Berichte über Handel und Industrie. Berlin 1913. Bd. XX, Heft 10.
Bulletin des Soies et Soieries. Lyon 1919.
Silk Association of America, Semi-Annual Report 1917. New York.
Züricher Usancen. Zürich 1912.
Usages de la Place de Lyon. 1912.
Johann Bolle, Bedingungen für das Gedeihen der Seidenzucht. 1916.
Charles S. Banks, A Manual of Philippine Silk Culture. Manila 1911.
Robert Lucks, Bericht der Westpreußischen Landwirtschaftskammer 1916.

Der Einfuhrhandel nach China

Von

M. A. Wagner,

früher Kaufmann in Tsingtau und Tsinanfu.

Bis zum Opiumkrieg war das Land von jeder Berührung mit Fremden abgeschlossen. Nur langsam wurde dies im Laufe der Jahre anders. Die Fremden siedelten sich allmählich in einigen Niederlassungen an, welche mit eigener Verfassung fast kleine Republiken für sich waren und z. B. politische Verbrecher gegenüber dem eigentlichen Herrn, China, in Schutz nahmen. Die ältesten und unbestritten die bedeutendsten dieser Niederlassungen waren Schanghai in dem Mündungsgebiet des Yangtse, Tientsin am Unterlauf des Peiho, Hankau an der Schifffahrtsgrenze des Yangtse und der Mündung des Han in diesen sowie Kanton, von wo der Handelsverkehr überhaupt seinen Anfang nahm. Zum Teil haben die Fremden sich solche Siedlungen fast allein geschaffen, wie namentlich Schanghai und das schöne Tsingtau, teils haben sie die Niederlassungen an bereits vorhandene chinesische Städte angegliedert. Dorthin zogen sie die Unternehmungslustigen aus dem einheimischen Kaufmannsstande, der übrigens keine besonders angesehene Kaste bildet. Mit dem eigentlichen Volke und seinen Bedürfnissen wurde der Fremde nicht bekannt, und er legte auch keinen besonderen Wert darauf, da er genügenden Anreiz fand, teils die marktgängigen Artikel nachzuahmen, teils die eigenen, den Chinesen noch unbekannten Waren einzuführen. Die Fremden blieben also stets unter sich; namentlich der Engländer hielt in seinem Rassedünkel den Chinesen als unter ihm stehend von sich fern, wie es seine Gepflogenheit in Indien ja auch heute noch ist. Und die anderen Nationen machten es ihm nach. Dazu kommt die Schwierigkeit der Erlernung der chinesischen Sprache. Die Chinesen dagegen lernen leicht die fremde, und so findet man heute kaum noch einen Chinesen in Schanghai, der nicht wenigstens Englisch radebrecht, und sehr viele Fremde, die vom Chinesischen auch nicht ein Wort kennen. Der Aufenthalt im Innern blieb den Fremden verboten.

Nur Reisen waren gestattet. Es war dies eine Gegenmaßregel gegen die von den Fremden beanspruchte Exterritorialität. Daß sie auf dieser bestanden, konnte man ihnen nicht verdenken, da das chinesische Gesetz nicht den berechtigten Anforderungen entspricht. Es hat den Anschein, als wenn wir Deutschen den Frieden auch mit der Aufgabe dieses Rechts erkaufen müßten, daß wir also künftighin unter chinesischem Recht stehen sollen, was an sich vielleicht nicht so schlimm sein wird, da man annehmen darf, daß man uns glimpflich behandeln wird, um auch die anderen Nationen zur Aufgabe ihres Privilegs zu veranlassen. Weil diese Änderung in unserer Rechtsstellung aber erzwungen ist, wird sie uns sicher viel von unserem bisherigen Ansehen nehmen, und das wird uns schädigen.

Nur der Missionar hat Aufenthaltsrecht im Lande, und er wurde so der eigentliche Vermittler zwischen westlicher Zivilisation und China. Er kennt die Leute, ihre Wünsche und ihr Wesen. Zwar ist sein Urteil oft durch Einseitigkeit und den Wunsch, Proselyten zu machen, getrübt. doch hat ihm gerade der Kaufmann viel zu danken. Namentlich wirkten in seinem Interesse die englischen und amerikanischen Missionen, ganz besonders aber auch der rein propagandistische Verein christlicher junger junger Männer, eine amerikanische Erfindung zur Reklame für Amerikanisches jeder Gattung. Sie alle trugen zur Verbreitung westlicher Ideen und Waren bei.

Der Warenaustausch begann in Kanton, wo einer kleinen Gruppe. namentlich englischer Kaufleute, auf einer kleinen Station außerhalb der Stadt der Verkauf durch eine besondere Gilde chinesischer Kaufleute gestattet war. Der Fremde brachte für eigene Rechnung seine Waren und tauschte dafür chinesische Produkte ein. Das sehr bedeutende Risiko an solchen Transaktionen war sein, die Transporte waren langwierig und gefährlich, der schriftliche Verkehr mit Europa dauerte unendlich lange, was alle Entscheidungen entsprechend erschwerte. Kredite und auch Versicherungen gab es nicht, und mancher Segler ging auf seiner Fahrt ums Kap verloren. Aber der Gewinn war entsprechend hoch, die Kaufleute wurden reich, ebenso ihre Freunde, die Gildeleute; es ballten sich enorme Reichtümer in einzelnen Häusern zusammen, von denen die bekanntesten in jener ältesten Zeit die Häuser Russell und Jardine waren. Die letztere Firma hat den Wechsel der Zeiten überdauert und hat auch heute noch den ersten Rang in der fremden Geschäftswelt inne.

Auch bei den Chinesen waren es nur wenige, denen großer Reichtum zufloß. Diese waren auch wenig erfreut, als nach dem Opiumkriege und den bekannten weiteren Kriegen und Expeditionen die Fremden größere Handelsfreiheit erhielten. Aber sie verstanden es sehr gut, mit ihnen weiter in engerer Fühlung zu bleiben und unnütze Konkurrenz nach Möglichkeit fernzuhalten. Und den Fremden war es mindestens gleichgültig, mit wem sie Geschäfte schlossen. Es ist sogar anzunehmen, daß man lieber mit denen verkehrte, die an den Verkehr mit Fremden gewöhnt waren. Im übrigen gingen noch Jahre vorüber, bis eine entscheidende Wendung eintrat, und zwar durch die Eröffnung des Suezkanals, der die Reisezeit von Europa bis Schanghai stark verkürzte, sowie durch die bald darauf erfolgende Kabelverbindung. Es war nun nicht mehr nötig, ja, ohne erheblich vergrößertes Risiko nicht mehr möglich, viele der Handelsartikel für eigene Rechnung ohne Ansehung der Marktlage hinauszulegen. Denn auch der chinesische Markt wurde jetzt in seiner Preisgestaltung sensitiv. Der Telegraph brachte ohne nennenswerte Verzögerung die Schwankungen der Preise in Europa. Es wurde jetzt möglich, das Risiko des Kaufs abzuwälzen auf den Eingeborenen, der es leichter tragen konnte als der Fremde, weil er als der gute Kaufmann, der er ist, den heimischen Bedarf genau kennt, während er sich über die Lage in der Fabrikation durch Ausfragen der verschiedenen Konkurrenten orientieren kann. Man ließ ihn auf Verlangen die Ware auch in fremder Währung kaufen, was den Chinesen, geborenen Spielern, die Möglichkeit eines Extragewinnes, wenn natürlich auch die Gefahr eines Verlustes bot. Er konnte dabei jederzeit bis zum Eintreffen der Ware mit den Banken abmachen, welchen Kurs er in seiner eigenen Währung, also Taels oder Dollars, gegen die fremde Währung zu zahlen habe, wann immer es ihm gut erschien. Für ihn und für den Fremden wurde das Geschäft weiterhin dadurch erleichtert, daß Zahlung bei Übernahme der Ware, aber mit dem Rechte des Chinesen, die Übernahme bis zu einem gewissen Ausmaße hinauszuschieben, abgemacht wurde. Damit fiel für den Fremden die Notwendigkeit weg, große Kapitalien in das Geschäft zu stecken. Die Bank übernahm gegen die Verschiffungsdokumente die Zahlung in Europa und gab die Ware in China frei gegen Zahlung des Wechsels zuzüglich Zinsen.

An Stelle des Propergeschäftes trat für den Fremden vielfach das Kommissionsgeschäft. Er stand im ganzen nicht schlecht dabei, wenn natürlich auch Riesengewinne ausfielen, dafür aber auch Riesenverluste, bis eine allzu groß gewordene Konkurrenz zu übermäßig frei-

giebigen Krediten führte. Es wurde dem Chinesen sehr leicht gemacht, Nutzen hieraus zu ziehen. Meist ohne Anzahlung gelang es einem Mittellosen, eine Firma zur Annahme von Aufträgen zu veranlassen. Diese fühlte sich sicher, da sie ja nur gegen Zahlung ihre Ware abgab, die sie eventuell auf ihre eigenen Speicher nahm. Zudem garantierte der Komprador, über den schon an früherer Stelle berichtet worden ist und über dessen Tätigkeit später noch einiges zu sagen sein wird. Konnte nun der Chinese mit Gewinn verkaufen, so trieb er leicht das Geld auf, um die Ware abzunehmen. Im andern Falle verschwand er unauffindbar. Auf diese Weise befand sich eines Tages in den Jahren 1905/06 ein großer Teil der bedeutendsten Häuser im Besitz riesiger Läger, für die die Käufer fehlten, während kein Komprador ohne Bankrott seine Garantie hätte einhalten können. Die Waren waren zunächst gar nicht oder nur zu ungeheueren Verlusten realisierbar, da ein noch so großer Bedarf sei nicht aufnehmen konnte. Noch viele Jahre hindurch haben die Firmen hierunter gelitten, sie haben aber auch eine Lehre daraus gezogen und sind vorsichtiger mit Krediten geworden, so daß bis zum Kriege das Geschäft im ganzen als durchaus gesund zu bezeichnen war, was am besten aus dem Fehlen von Bankrotten hervorging.

Außer den Geschäften mit der chinesischen Kaufmannschaft stellten sich bald weitere Geschäfte ein, nämlich die mit der Regierung. Hier ließen sich noch bedeutende Gewinne erzielen, denn es handelte sich um sehr große Objekte, welche wegen ihrer Herstellung und Finanzierung von vornherein den größten Teil der Konkurrenz ausschlossen. Ganz besonders bedurfte es hierzu aber auch näherer Beziehungen zu den einflußreichen Beamten. Soweit es sich nicht um Aufträge einer Provinzialregierung handelte, kam hierfür der kaiserliche Hof in Peking in Frage. Es wurde nötig, dort Vertreter anzustellen, da auch dort die Gesandten wohnen, deren Vermittlung häufig nötig war, und so entwickelte sich hier die Zentrale für das Regierungsgeschäft, welche dann auch Tientsin schnell zu größerer Bedeutung verhalf.

Es mag dahingestellt sein, welche Gründe vorlagen: Tatsache ist jedenfalls, daß hier im Norden der Europäer sich mehr veranlaßt sah, die Sprache zu lernen, das in allen Teilen des Landes von den Gelehrten und Beamten verstandene Mandarin-Chinesisch, die Amtssprache. Die Folge hiervon war, daß hier im Norden ein besseres Verständnis für die Eigenarten des Landes und seines Volkes Platz griff, welches günstig auf die Entwicklung des Geschäftes eingriff. So war Tientsin der Platz, der sich am ersten von der Vorherrschaft von Schanghai und Hong-

kong freimachte, welche beiden Plätze bis heute das Bestreben nicht aufgegeben haben, den ganzen Handel in sich zu zentralisieren. Eine weitere selbständige Gruppe entstand mit der Gründung von Tsingtau. Dieses entstand sozusagen aus dem Nichts. Es baute sich eine Bahn nach der ca. 400 km entfernt liegenden Provinzialhauptstadt von Schantung, Tsinanfu, und erschloß sich damit ein nicht unbedeutendes Hinterland, welches weiter ausdehnungsfähig war durch den lange geplanten und kurz vor Kriegsausbruch abgeschlossenen Vertrag für den Bau zweier neuer Linien, welche einmal von Tsingtau nach Südwesten über Itschoufu zur großen Südnordbahn von Peking nach Nanking führen sollte, und zweitens von Tsinanfu nach Westen bis zur zweiten großen Nordsüdbahn, der von Peking nach Hankau. Durch die Veranlassung des Deutschen Reiches wurden längs der ersten Bahnlinie neue Niederlassungen geöffnet, in denen diesmal den Chinesen das Verwaltungsrecht zugesprochen wurde. Das war zwar ein größerer Nachteil insofern, als die einzig praktisch gewordene Niederlassung von Tsinanfu sehr schlecht verwaltet wurde. Es schuf aber andererseits den Vorteil näherer Berührung mit dem eigentlichen China, das man nur im Innern und ganz gewiß nicht an der Küste findet. Die Engländer hatten diese Form der Niederlassung lange nicht anerkannt, sie haben es während des Krieges aber getan.

Dieses sind die geschichtlichen Grundlagen für den Ausbau eines Einfuhrgeschäftes gewesen, das ganz in der üblichen Weise zunächst an der Küste Stützpunkte schafft und von dort ins Innere vordringt. Es war selbstverständlich, daß dem Importgeschäft, sei es, daß es als selbständige Firma betrieben wurde, sei es als Abteilung in einem der Häuser, die sich mit mehreren oder allen möglichen Zweigen des Geschäfts befassen, ein Europäer vorstand, der von Hause eine möglichst eingehende Warenkenntnis mitbrachte. Er mußte ferner Bescheid wissen über Verschiffung, um die oft recht knifflige Kalkulation machen zu können, er mußte ferner mit Chinesen verkehren können und Initiative besitzen, um möglichst auch einen Blick für etwas Neues zu haben, das noch nicht abgegrast war; denn nur hier waren gute Gewinne möglich. An den Geschäften wurde er gewohnheitsmäßig als Angestellter mit festem Gehalt mit einem gewissen Gewinnsatze beteiligt. Zur Führung der Bücher und zur sonstigen Unterstützung hat er meist chinesische Bureauangestellte oder Mischlinge; bei dem Verkehr mit der Kundschaft war er auf den Komprador und dessen Leute angewiesen.

Von den Kantoner Tagen her stammt die Grundlage der Verkehrsgebräuche. Wie schon gesagt, kannte man das Volk nicht, und so ergab

sich die Notwendigkeit von Vertrauensleuten; das waren damals die Gildeleute. Als man später zum freien Handel übergehen konnte, änderte sich das Verhältnis; der Vertrauensmann wurde eine Art Angestellter auf Provision, dabei war er möglichst ein angesehener, einflußreicher Geschäftsmann. Man nennt ihn Komprador[1]. Ihm zur Seite steht eine den Verhältnissen entsprechende Anzahl von Schroffs, welche im Dienste der Firma stehen und Kunden heranziehen sollen. Für diese Tätigkeit sind die Chinesen sehr gut zu gebrauchen, mit einer Einschränkung. Sie sind nur selten fähig, einen Bedarf zu schaffen. Dies ist eine Arbeit, die niemand dem Importeur abnehmen kann, und der Europäer war eben, wie oben gesagt, kaum in der Lage, selbst wirksam zu sein. So war das Geschäft denn dahin gekommen, daß man nur versuchen konnte, der vorhandenen Nachfrage nachzugehen. Die normale Form des Geschäfts bestand dann darin, daß ein Kunde, für den der Komprador garantiert, eine Bestellung auf eine von ihm gewünschte Ware macht, über welche sich der Verkäufer möglichst telegraphisch mittels seines Vertreters oder seiner eigenen Filiale in einem der großen Handelszentren Hamburg, Berlin, London, New York mit dem Fabrikanten verständigt. Die Ware wurde dann nach den Wünschen des Kunden hergestellt, verpackt und verschifft und sollte bei Ankunft, auf jeden Fall bei Abnahme bezahlt werden, wobei die Spesen für die Lagerung über 30 Tage hinaus und sonstige Spesen zu Lasten des Käufers gingen. Die Schroffs waren mit diesem Geschäftsgange vertraut, sie wußten also die Lage auszunutzen und besonders wußten sie, daß die Ware vielfach so markiert und bezeichnet, wird daß sie für einen anderen als den eigentlichen Käufer nicht wohl verwendbar war; denn aus Gebrauch und Vorsicht hatte dieser gute Mann zumeist seinen eigenen Firmennamen draufsetzen lassen. Es war dies einer der Gründe, aus denen sich bei den spekulativ herausgegangenen enormen Warenmengen, von denen die Rede war, die schon erwähnten ungeheueren Verluste der Kaufleute ergaben. Die Schroffs hatten vielfach gute Freunde vorgeschoben, um eine ihnen vorteilhaft erscheinende Ware zu bestellen. Da dies nun an vielen Stellen gleichzeitig geschah, so kann man sich das Resultat leicht vorstellen. Ganz zweifellos hatte vielfach der Leichtsinn der Europäer daran schuld, ebenso auch seine Unkenntnis.

Von alten Zeiten her ist die Ehrlichkeit des chinesischen Kaufmanns fast sprichwörtlich, und dieser Ruf bestand cum grano salis zu Recht.

[1]) Über seine Rechtsstellung und seinen Aufgabenkreis siehe S. 165 ff.

Zwar sind im chinesischen Volke, das wohl nach Geschichte und, wenn auch nicht nach der Sprache, so doch nach der Schrift ziemlich einheitlich ist, große Unterschiede, verstärkt durch das bei der Größe des Landes sehr verschiedene Klima. Der Südchinese mit dem Kantonesen als Typ ist der kleinere, lebhaftere, intelligentere, dafür aber auch der unruhigere und unzuverlässigere. Der Nordchinese, im Typ des Schantungmannes, ist groß, hager, vorsichtig, mehr bauernschlau, aber auch sehr konservativ und recht verläßlich. Als die Revolution im Jahre 1911 die Zöpfe als veraltet in Acht und Bann tat, da fielen sie tatsächlich überall im Süden, im Norden dagegen ging man damit sehr langsam vor, und auch heute findet man dort die Mehrzahl der Landbevölkerung noch immer mit diesem Schmuck. Immer aber sind es gute Geschäftsleute und im großen und ganzen vertrauenswürdig, wenn man einander kennengelernt hat. Leider wurde im Verkehr mit den Fremden zum großen Teile durch die Schuld dieser und durch ihre Unkenntnis der Gebräuche die Unredlichkeit vielfach geradezu ermutigt [1]).

Nach den Gewohnheiten des Landes war ursprünglich ein mündlicher Vertrag als ausreichend betrachtet worden. Etwas Schriftliches gibt der Orientale überhaupt nicht gern von sich, eine Erfahrung, die auch der vormalige deutsche Gesandte in China, M. v. Brandt, machte und in seinen Erinnerungen ausführlicher erwähnt. Hinter schriftlichen Verträgen wittert der Chinese eine Falle, und er leitet sich daraus das Recht ab, seinerseits solche Verträge zu seinen Gunsten auszulegen.

Die über geschäftliche Transaktionen gemachten Verträge werden aus solchen Erwägungen zunächst nur einfache Festlegungen der hauptsächlichen Einzelheiten gewesen sein. Böse Erfahrungen mit auf Betrug ausgehenden Kontrahenten, unter denen, wie überall, auch die Ehrlichen zu leiden haben, veranlaßten den Europäer zu immer festerer Vertragsform, und die Vereinigungen und Handelskammern beschäftigten sich mit der Aufstellung von Normalverträgen, welche aber m. W. nirgends benutzt wurden. Es zeigt sich hieraus, wie schwierig die Materie ist. Jedes Haus hatte gewissermaßen seine eigene Tradition und seine eigenen Ge-

[1]) Eine besondere Klasse von Chinesen, die sich in Zukunft leider noch mehr bemerkbar machen wird, als sie es jetzt schon tut, ist der auf japanischen und amerikanischen Universitäten in Grund und Boden verdorbene Student. Er hat nichts gelernt als etwa die Sprache, einen durch nichts begründeten Dünkel und dann noch eine ganz böse Geschäftemacherei. Diese böse Klasse der Jungchinesen ist leider durch ihre Protektoren in den betreffenden Gesandtschaften in Peking vielfach zu einflußreichen Stellen gekommen zum Schaden des Landes.

bräuche. Die Dinge waren bei Ausbruch des Krieges erst richtig in Fluß gekommen; von einheitlichem Zusammengehen der fremden Kaufmannschaft oder auch nur der einer Nationalität war noch nicht die Rede.

Indessen wurden die Indentgeschäfte zumeist derart abgeschlossen, daß der Vertrag die folgenden Punkte vorsah:

1. Gebundensein des Käufers an die Bedingungen des Vertrages für die Zeit, die zur Einholung der Annahme des Auftrages seitens des Fabrikanten nötig ist. Der Verkehr mit dem Fabrikanten hat bei größeren Beträgen auf telegraphischem Wege zu erfolgen, sonst wurde telegraphische Antwort auf briefliche Anfrage abgemacht.

2. Name des Käufers, der aber oft fingiert ist, oder der durch den des Kompradors ersetzt wird. Es kam auch oft vor, daß ein Käufer aus Unkenntnis der fremden Sprache sich mit dem Komprador vereinbarte, der dann namens seines Klienten mit dem Geschäftshaus abschloß. So gut dieser Ausweg erscheint, wurde dies der Anlaß zu bedeutenden Schwierigkeiten. Der Komprador benutzte manchmal diese Einführung, um ohne Auftrag von der einen oder anderen Seite Abschlüsse vorzunehmen, welche dem Europäer Verlust brachten, entweder dadurch, daß er sich plötzlich im Besitz von schwer verkäuflichen Waren befand, für die kein Käufer vorhanden war, oder dadurch, daß ein chinesischer Hong Ansprüche an den fremden stellte aus einem chinesischen Vertrage mit dem Komprador, der eben oft genug die Erlaubnis hatte, solche Verträge vorzunehmen.

3. Beschreibung der zu bestellenden Ware mit allen Einzelheiten der Verpackung und Aufmachung.

4. Den Preis für die Einheit inklusive aller Spesen bis zum Speicher am Löschplatz, mit oder ohne Zoll nach besonderer Abmachung. Dies aber zumeist nur für den Fall, daß in einheimischer Silberwährung verkauft wurde, also in Taels oder Dollars. Bei Feststellung des Preises auf Sterlingbasis — eine andere kam nicht vor — lagen Cif-Abmachungen zugrunde.

5. Angabe über Verschiffung oder Ablieferung. Ersteres konnte ohne Gefahr festgelegt werden, weil der Fabrikant sich ebenfalls daran band und also regreßpflichtig blieb. Die Ablieferung wurde an kleineren Häfen oft verlangt und leider auch zugestanden, und sie war ein hohes Risiko für den Fremden, weil die Fahrtdauer nicht auf 6 Wochen genau berechnet werden konnte. Überschreitungen der Zeit waren ein beliebter Trick der Chinesen, besondere Ermäßigungen herauszudrücken.

6. Art der Zahlung, also zunächst Betrag der bei Abschluß fälligen Anzahlung, welche aber im sundries-Geschäft so gut wie ausgestorben war, sonst die Zahlung bei Ankunft der Ware mit einer gewissen Nachfrist, etwa 8 Tage, während welcher Zeit die Ankünfte noch in den Speichern der Schiffahrtsgesellschaft bleiben konnten. Nach dieser Zeit waren Zinsen, und zwar zu 6 % p. a. erlaubt, aber nicht oft tatsächlich berechnet. Außerdem mußte aber der Fremde nun seinerseits die Ware vom Schiffe abnehmen, einlagern und verzollen. Diese Ausgaben wurden selbstverständlich in Rechnung gestellt. Sie schwankten auf den einzelnen Plätzen sehr erheblich. Ausgeliefert wurde solche gelagerte Ware nur gegen Zahlung. Prompt abgenommene Ware wurde früher mehr auch auf Kredit einzelnen guten Geschäftsfreunden gegeben, ein, wie sich herausstellte, höchst gefährliches Unternehmen, das mehr und mehr wieder verschwand.

Erfolgte die Preisfestsetzung in Sterling, so war es üblich, daß der Käufer zu einer ihm gelegenen Zeit den Verkäufer zur Festlegung des Kurses bei dessen Bankverbindung ermächtigte, so daß also in jedem Falle die schließliche Zahlung in Silber erfolgte.

7. Datum und beiderseitige Unterschrift, auf jeden Fall auch die des Kompradors als Garanten. Es kam auch vor, daß der Indentor auch noch einen Garantiemann brachte, wenn er der Firma oder ihrem Komprador unbekannt war oder die Größe des Objekts derartiges wünschenswert machte. Die chinesische Verpflichtung erfolgt übrigens nicht durch den geschriebenen Namenszug, sondern durch den sorgfältig bewahrten Firmenstempel, den Chop, der mit der bekannten starköligen chinesischen roten Druckfarbe aufgetragen wird.

Für den definitiven Abschluß, also nach Eintreffen der Bestätigung vom Fabrikanten, wird nochmals besonders gezeichnet oder auch ein neuer Vertrag gemacht, mit den vielleicht nötigen Abänderungen.

Der Europäer kauft im Indentverkehr vom Fabrikanten auf eigene Rechnung. Es ist üblich, solche Waren bei der Ablieferung an den Spediteur am Hafenplatz zu bezahlen. Sache des Importeurs ist es, wie er die Ware los wird. Gewinn und Verlust gehen nur ihn an. Das trifft auch dann zu, wenn er etwa gegen Vorlage der Originalrechnungen und Berechnung eines festen Kommissionssatzes dem Chinesen eine gewünschte Ware besorgt, für die er diesem meist eine mehr oder weniger bindende Zusage über die Preishöhe macht; dem Fabrikanten gegenüber tritt er stets als Selbstkäufer auf.

Die dem Spediteur übergebene Ware wird also vom Importeur bzw. für ihn bezahlt, und er veranlaßt ihre Verschiffung. Unter Vorlage einer Fabrikanten-Faktura, der Ladescheine, der Versicherungspolicen, einer Rechnung über die Spesen der Verladung verpfändet er dann die Ware der Bank, indem diese den Wechsel der verladenden Firma auf die importierende Firma in China gegen Bezahlung in der ganzen Höhe übernimmt. Die Wechsel laufen üblicherweise 3, 4 oder 6 Monate nach Sicht. Sie werden in China sofort zum Akzept vorgelegt, und gegen dieses sowie einen besonderen Garantiebrief betr. Pfandrechts der Bank an den Waren werden die Papiere dem Bezogenen ausgeliefert [1]). Es steht dem Bezogenen frei, seine Akzepte auch vor Fälligkeit aufzunehmen, wobei er je früher, desto größere Ersparnisse — abgesehen von den Zinsen — am Kurse macht; und zwar beträgt diese Ersparnis etwa $^1/_8 - ^1/_4$ % für jeden Monat. Die Wechsel wurden mit ganz verschwindenden Ausnahmen in Sterling gezogen, von woher auch immer sie kamen.

In dem Bestreben, das Geschäft zu vergrößern, nahm man Konsignationen auf Lager, meist um den Chinesen unbekannte Waren einzuführen, welche der Importeur wegen des zu großen Risikos nicht auf eigene Rechnung einführen wollte. Er gab in solchen Fällen seine Organisation und leistete die nicht geringe Arbeit für die Anpreisung, wobei das Ziel blieb, feste Aufträge aufzunehmen, nicht aber nur eben das Lager zu verkaufen. Schlug ein Artikel ein, so wandelte sich das Geschäft zumeist in ein Indentgeschäft um; nur in wenigen Artikeln blieb es bei dauernden Konsignationen von schon eingeführten Artikeln mit ständigem Bedarf. Üblicherweise waren das solche Waren, die auch für die Europäer drüben in Frage kamen. Oft wurde daraus ein festes Vertragsverhältnis zwischen Fabrikant und Importeur, welch letzterer dann aber überwiegend wieder als fester Käufer für seine Bestellungen auftrat. — Läger unverkaufter Waren wurden wohl auch von einer großen Spezialfabrik in solchen Artikeln hinausgelegt, welche einen ständigen Verkauf wahrscheinlich machen und bei denen es darauf ankommt, daß spekulative Chinesen den Preis nicht ungebührlich hinauftreiben, was schließlich ein Geschäft benachteiligt.

Ein Kommissionsgeschäft für europäische Fabrikanten von besonderer Art bestand schließlich für Verkaufsabschlüsse mit Behörden und in Fällen, wo erhebliche Objekte in Frage kamen, und zwar ohne Delkredere bei Regierungsabschlüssen, mit Delkredere bei Käufen von privaten Konsortien, etwa für die Anlage von Fabriken.

---

[1]) Vgl. hierzu S. 171 ff.

Im übrigen wurde das Geschäft in gewissem Sinne dadurch erleichtert, daß die Chinesen daran gewöhnt sind, eine Ware unter einer bestimmten Marke zu kaufen, welche als Garantie für gleichbleibende Qualität angesehen wird. Diese Marke, der sogenannte Chop, ist im allgemeinen ein bunt ausgeführtes Bild in chinesischem Geschmack. Am beliebtesten sind Blumenstücke, Tiere und auch Szenen aus der chinesisischen Geschichte. Das Bild trägt ferner meist eine die Güte der Ware bezeichnende Inschrift sowie Namen und Wohnort des Fabrikanten oder des Importeurs. Außer diesem eigentlichen Chop waren nicht unwichtig noch besondere Marken, sei es als einfache Verschlüsse für Papierpackungen, sei es als Bezeichnungen für Länge und Gewicht der betreffenden Ware; auch wurden häufig besondere Streifen mit den Charakteren für den Geschäftsnamen des Käufers verwendet. Die Schwierigkeit war jeweils, eine solche Marke einzuführen. War sie es einmal, so bestand im allgemeinen keine Schwierigkeit, darin Geschäfte zu machen, und gewöhnlich waren für solche Chopwaren bessere Preise zu erzielen, als für unmarkierte; es konnte vorkommen, daß ein und dieselbe Ware mit dem Chop sehr begehrt, ohne ihn aber unverkäuflich war.

Der Chinese war nicht Fabrikant, man war also sicher, daß er die Marken nicht nachahmen würde, weil er sie nicht für seine eigenen Waren verwenden konnte. Das besorgte nun aber bald Japan, das ja innerhalb weniger Jahre ein stark fabrizierendes Land geworden ist. Man kann von keinem der den Westländern nachgeahmten Artikel rühmen, daß er der Originalware auch nur einigermaßen an Güte gleichkäme; aber die Chops haben sie teilweise sehr gut nachgemacht, und jedenfalls genügte die Nachahmung, um die Chinesen zu täuschen. Das hatte natürlich eine Rückwirkung auf die Einschätzung und Absatzfähigkeit der Originalware. Man hat daher schon seit einer Reihe von Jahren wegen eines Markenschutzes unterhandelt, Resultate aber bisher nicht erzielt.

Schließlich suchte man das Geschäft zu fördern, und zwar geschah dies meist durch den Fabrikanten, durch immer neue Bemusterungen. Vorbildlich hierin hat der Manchester Piece-Goods-Markt gearbeitet, der mit jeder Post große Mengen neuer Muster hinausschickt. Sonst läßt sich im allgemeinen sagen, daß die Mustersendungen die aufgewendete Arbeit und die Kosten zumeist nicht gelohnt haben. Sie waren zu häufig ohne Verständnis für den chinesischen Geschmack zusammengestellt, und es muß leider gesagt werden, daß auf Anregungen von draußen allzuwenig eingegangen wurde. Man begnügte sich im allgemeinen mit einer Preisangabe ab Fabrik, und so war man draußen gezwungen, sich

alle Details über Verpackung und Spesen bis zum heimischen Hafen und bis zum Bestimmungsort zusammenzusuchen. Das war in den meisten Fällen unmöglich, auch im besten Falle so zeitraubend, daß der Importmann drüben allzuoft nicht weiter auf die Muster einging. Klagen hierüber haben nur in seltenen Fällen geholfen.

Es hätte sich gelohnt, einen mit China genau vertrauten Importmann dem heimischen Geschäft anzugliedern, der auch durch häufige Reisen hinaus weiter in Fühlung blieb, und der den Fabrikanten zu Haus seine Wünsche in allen Fragen der Fabrikation und Aufmachung präzisieren konnte. Denn der Chinese legt auch auf nebensächliche Dinge ausschlaggebende Bedeutung. Eine solche Stellung schien anfangs nicht möglich und später, wenigstens für das sog. Sundry-Importgeschäft, das Waren aller Klassen einschließt, nicht mehr lohnend. In diesem Geschäftszweige, in dem Deutschland dominierte, waren schließlich die gangbaren Provenienzen örtlich sehr verschieden, vieles Reisen im Lande wäre nötig gewesen, und dann wird Japan gerade hierin eine immer stärkere Konkurrenz, das mit großer Wahrscheinlichkeit einen bedeutenden Teil der in Frage kommenden Artikel an sich reißen wird.

Eine Ausnahme machen nur verhältnismäßig wenige Artikel von besonderer Wichtigkeit, oder bei denen keine zu starke Konkurrenz besteht, so daß sich hier leichter besondere Kosten aufbringen lassen. Die Fabrikanten solcher Artikel hatten begonnen, ihre Reisenden hinauszuschicken, einmal um vermöge ihrer genauen Warenkenntnis besser Verkäufe zu erzielen, und ferner, um die gemachten Erfahrungen zu verwerten. Natürlich brauchte der Reisende die Unterstützung einer drüben ansässigen Firma, die dann meist die Vertretung der Fabrik für die Zeit der Abwesenheit des Reisenden übernahm. Andere wiederum wandten sich an mehrere Firmen, ohne sich fest zu binden. Es ist fraglich, wer die bessere Politik verfolgt. Mir will scheinen, der Vorteil sollte bei fester Vertretung liegen, wenn diese nur wirklich ihr Bestes dafür tut. Wenn dagegen mehrere Firmen in einem Artikel derselben Herkunft als Konkurrenten auftreten, so pflegt dies auf Kosten des Profits zu geschehen, und damit fehlt der Anreiz für den Vertreter drüben. Auch der Ruf der Ware leidet darunter, denn es gilt nun einmal, eingestanden oder nicht: was teuer ist, ist gut. Von Artikeln, die auf diese Weise besonders eingeführt wurden, seien erwähnt: Solinger Stahlwaren, Werkzeugstahl, Seife und Parfümerien aus Offenbach, Bijouteriewaren aus Pforzheim, Artikel der Konfektion, Ölfarben und Lacke. Hiervon bevorzugten Offenbach und Pforzheim die freie Konkurrenz.

Diese Geschäftsmethode war schon zumeist die Folge einer Konkurrenzbewegung, die namentlich von Japan, etwas auch von Amerika in verhältnismäßig neuer Zeit eingesetzt hatte, und gegen die mit Gründen besserer Qualität allein nicht mehr anzukommen war. Die Konkurrenzartikel waren billiger, und zwar die japanischen nur auf Kosten der Güte, bis zur völligen Unbrauchbarkeit, aber bei einem verhältnismäßig Besseres versprechenden Aussehen. Amerika liefert zwar rohe Fabrikware, die aber doch wenigstens bescheidenen Ansprüchen zu genügen pflegt. Mit dem Augenblick, wo beide mit Energie auftraten, wurde die Lage für Deutschland gefährlich. Es hatte seinerseits England geschlagen, und nun hörte jetzt für es selbst das Sundry-Geschäft auf, eine Quelle des Nutzens zu sein. Amerika und Japan bedienten sich für die Einführung ihrer Produkte besonderer Methoden, die anders als die bisher üblichen, aber auch unter sich verschieden sind.

Der Amerikaner ist der Mann der Massenfabrikation, und daher ist sein Ideal die Beschäftigung mit nur einem Artikel. Er sucht ihn mit großer Hingabe von Kapital billig anzufertigen und scheut ebensowenig erhebliche Summen für Reklame. Es sind eigentlich nur zwei Artikel vorhanden, mit denen er bedeutend hervortrat, Petroleum und Zigaretten.

Die Standard-Oil-Company hatte es nicht sehr schwer mit ihrem Produkt, das die bis dahin übliche Ölfunzel auch im Preise leicht schlug. Immerhin wurde für Organisation und Reklame mehr verwandt als je für einen Artikel vorher. Das Wesentliche war die Organisation. Sie schaffte den Komprador ab und schloß dafür Verträge nur mit großen chinesischen Firmen, die sie zu einer Gemeinschaft, einer Gilde, zusammenschloß. Die Leute haben Depots zu geben, namentlich auch als Sicherheit dafür, daß die einzelnen Marken zu dem von der Gesellschaft festgesetzten Preise weiter an den Konsum geleitet werden. Beamte kontrollieren ihre Abnehmer; gleichzeitig suchen sie möglichst neue Erfindungen und neue Absatzmöglichkeiten sowie Ersparnisse für den Transport oder gegenüber den Vertragsfirmen. Sie untersuchen die Angelegenheiten auf den kleinen Depots im Lande und beschäftigen sich mit der Frage der Errichtung weiterer Depots. Die Organisation arbeitet mit nicht geringen Unkosten, aber dafür mustergültig. Man steht auf dem Standpunkt, daß es sparsamer ist, für Kontrolle tausend Dollars auszugeben, als aus Bequemlichkeit auch nur ein noch so geringes Mehr an Spesen zu zahlen, weil man weiß, daß dies auf die ungeheure Verkaufsmenge das Vielfache jenes Betrages ausmacht. Es liegt auf der

Hand, daß eine solche Organisation überhaupt nur möglich ist bei der Herstellung und dem Vertrieb einiger ganz weniger Artikel.

Etwas anderes, aber vielleicht noch Amerikanischeres, hat die B. A. T. geschaffen, der große Tabaktrust, der namentlich Zigaretten für die Chinesen, aber auch Tabak und Zigarren für sonstige Interessenten vertreibt. Für das Geschäft mit Chinesen kommen ganz billige Zigaretten in Frage, meist in Kartons zu 10 Stück, von denen die Kiste mit 50 000 Stück etwa 80 Dollar, d. h. nach damaligem Kurse 160 Mark, kostete. Auf diese Weise sind 10 Stück auch dem ärmsten Kuli erschwinglich. Der Chinese ist ein starker Raucher, aber bis dahin rauchte er seinen einheimischen Tabak aus langrohrigen Pfeifen mit sehr kleinem Kopf; es galt, ihn an die Zigarette zu gewöhnen. Dazu rüstete die Gesellschaft eine große Zahl Reisender aus, denen schnellste Erlernung der Sprache zur Bedingung gemacht wurde und die mit knappen Mitteln ins Innere geschickt wurden. Dort hatten sie ihre Zigaretten nach jeder Richtung hin bekannt zu machen; besonders beliebt war es, an belebten Straßenecken ganze Kisten solcher kleiner Kartons an die Vorübergehenden zu verteilen. Hand in Hand damit ging großzügige Reklame durch riesige Plakate und Handbilletts in ungeheuren Mengen los. Beides wurde weiter aufrechterhalten, und für mögliche Abwechselung wurde gesorgt, wobei die Reisenden über ihre Erfolge an die Zentrale zu berichten hatten, die wiederum ihren Reisenden angab, was sich anderswo bewährt hatte. Das Ding schlug ein. Die Geschäfte mit den Chinesen wurden in gleicher Weise gemacht wie bei der St.-O.-C. (Socony)., nur zeichnete sich diese Firma durch rücksichtslose Ausnützung ihrer Leute aus, die bei der geringsten Kleinigkeit sofort entlassen werden, die aber andererseits auch für die monatliche Steigerung der durch sie besorgten Umsätze einen sehr großen Anteil erhalten. Innerhalb weniger Jahre hat die Gesellschaft Hunderte von Leuten in allen Teilen des Landes in Tätigkeit gesetzt und einen entsprechend großen Umsatz erzielt. Nur in letzter Zeit haben auch ihre Geschäfte gelitten, teils durch Warenmangel, teils durch japanische und namentlich auch durch chinesische Konkurrenz, die alle Methoden den Amerikanern abgelernt hat, dem Chinesen aber als ganzer oder verkappter Landsmann doch näherzukommen versteht.

Japan schickt seine Leute oft als Chinesen aufgemacht ins Land, und zwar an den Verbraucher. Der Japaner braucht seine Gewohnheiten nicht wesentlich zu ändern, um als Chinese leben und auftreten zu können, und er fühlt sich ganz wohl dabei, auch wenn er nur als kleiner Händler durchs Land zieht und auf den Dörfern seinen Kram verhökert. So

trieb er es in Masse eine ganze Zeit, bis unerwartet plötzlich rege Nachfragen aus dem Innern her nach japanischen Waren einsetzten, nach Waren, die man in den Hafenplätzen bisher kaum gesehen hatte. Das waren besonders Web- und Strickwaren, billige Handtücher und Strümpfe, Seifen und Parfümerien, Spielzeug, Kurzwaren aller Art von der Zigarettenspitze bis zum Zylinderhut, von der gestrickten Mütze für kleine Chinesenmädchen bis zum Bleistift, mit dem noch nie irgend jemand hat schreiben können. Dies war der Weg für die Fülle jener Artikel, die wir als Pfennigartikel bezeichnen und die die Weihnachtsmärkte hier in Berlin in der Vergangenheit überfüllten.

Ganz ähnlich ging der Japaner auch vor mit der Einfuhr großer Stapelartikel, wie Baumwollgarn und Piecegoods. Hier mußte er allerdings zu den großen Handelshäusern, die man Hongs nennt, in Verbindung treten, es war ihm das aber wegen Sprache und Schrift auch sehr viel leichter möglich als dem Europäer. Chinesen und Japaner verstehen sich leicht. In den beiden genannten Artikeln kommt eine größere Preisermäßigung gegenüber der bisher von England und Amerika eingeführten Ware hinzu, so daß man namentlich die amerikanische Einfuhr gründlich erledigte und der englischen und indischen so viel wegnahm, als Japan nur irgendwie produzieren konnte.

Daß China, das selbst Baumwolle produziert, so viel es will, wenn auch keine sehr langstapelige, seinen Bedarf an Garn und Geweben, die die Hauptkleidung des ganzen Volkes bilden, nicht selbst herstellt, war die Folge der sehr geschickten Zollpolitik, welche England betrieben hat, indem es, wie an früherer Stelle [1]) näher ausgeführt worden ist China zwang, seine Zollsätze derart festzusetzen, daß sie seinerzeit nicht über 5 % vom Werte der Waren hinausgingen, zuletzt aber, auch schon vor dem Kriege, infolge der Preissteigerungen vielfach nur noch 1 % ausmachten. Bei solchen Zöllen mußte China der Aufbau einer Industrie ungeheuer erschwert werden, weil die eigenen Produkte in den schweren Jahren des Anfangs keinen Schutz vor den langbekannten eingeführten Waren fanden. Immerhin ist Chinas Industrialisierung nicht mehr aufzuhalten, denn die Rohprodukte sowie Kohle und Wasserkraft sind zur Genüge vorhanden.

Den Anfang machten zunächst Provinzialregierungen, denen es aber kein rechter Ernst damit war; die Beamten waren zufrieden, eine große Bestellung auf öffentliche Kosten zu machen und einen nicht geringen

[1]) Siehe S. 136 ff.

Anteil der Kaufsumme in die eigene Tasche zu stecken; damit war das Interesse zumeist geschwunden. Eine so errichtete Fabrik vegetierte meist nur kurze Zeit, um dann, hoffnungslos heruntergewirtschaftet, einzugehen. Es wurde also zunächst gerade das Entgegengesetzte erreicht von dem, was man erwartet hatte, nämlich eher ein Abscheu des Privatmannes vor solchen unheimlichen Geldverschlingern. Es kommt hinzu, daß im allgemeinen die Kapitalien eines einzelnen nicht ausreichen für größere Unternehmungen, und daß der Chinese eine große und auch berechtigte Scheu davor hat, sein Geld einem Landsmanne anzuvertrauen, damit dieser damit arbeite. Da wirkten bahnbrechend einige wenige Beamte von hohem Rang, die Anlagen errichteten, nicht nur um kleinlichen Gewinn, sondern um daraus dauernde Einnahmen zu erzielen. Das waren der bekannte Li Hung Chang und dann Chang Chi Tung, welch letzterer bei Hankau große Anlagen zur Gewinnung und Verwertung von Eisen errichtete, das im Yangtse-Tal bei Tayeh ansteht, und wofür die Kohlen aus ebenfalls von ihm erschlossenen Gruben geliefert werden, die bis zum Kriege unter deutscher Leitung standen. Es sind dies die Bergwerke von Pinghsiang. Die Anlage selbst wurde gegenüber von Hankau errichtet im Orte Hanyang und führt den Namen von den drei Orten hergenommen, Han-Yeh-Ping-Werke. Im Laufe der Zeit ist sie schließlich auch unter fremde Kontrolle, in diesem Falle japanische, gekommen.

Besser noch als diese arbeiteten Fabriken, die von Europäern in den neunziger Jahren in Schanghai errichtet wurden, namentlich Spinnereien, denen Seide und Baumwolle sozusagen vor der Tür zuwuchs. Hier wurde nach europäischen Prinzipien gearbeitet, die Sache rentierte und sie forderte zur Nachahmung auf. Immer aber sind es nur die unter bester europäischer Kontrolle stehenden Werke, die wirklich rationell und mit Nutzen arbeiteten, und obwohl die Chinesen dies sehr wohl einsehen, sind sie auch jetzt nur selten dazu zu bringen, sich fremder Leitung anzuvertrauen.

Die fremden Niederlassungen gingen dann für ihren eigenen Gebrauch an den Bau von Wasser-, Gas- und Elektrizitätswerken, von Telephonanlagen; Tsingtau errichtete sogar ein großartiges Schlachthaus. Es wurden dies Reklameanlagen, die die Errichtung vieler solcher Anlagen im Innern nach sich zogen, bei denen die deutsche Industrie, A. E.-G., Siemens-Schuckert, Lahmeyer, Borsig und viele andere, vorzugsweise beschäftigt wurde. Auch der Bahnbau wurde bekanntlich verstärkt aufgenommen, auch er veranlaßte technische Anlagen aller Art, wie be-

sondere Lagerräume oder Anlagen für die Bearbeitung auszuführender Produkte mit Reinigungsmaschinen, hydraulischen Pressen zum Packen von Häuten und Baumwolle, Maschinen zur verbesserten Herstellung von Ölen, zur Reinigung von Talg und zu vielem anderen. Auf alles und jedes richtete sich die Aufmerksamkeit der Chinesen. Man fing an, den primitiven Bergbau zu verbessern durch kleine maschinelle Anlagen, durch Einbau von Pumpen, Förderanlagen, durch Schmalspurbahnen für den Transport u. s. f. Man gewöhnte sich daran, die reichlicher fließenden Einnahmen in das Geschäft zu stecken und die Anlagen zu vergrößern. Man begann sich nach Verbesserung der eigenen Fabrikationen umzusehen.

Hier fand der Zweig des Geschäftes neues Leben, der oben als Regierungsgeschäft bezeichnet war. Es war jetzt nicht mehr allein nötig, gute Beziehungen zu einflußreichen Leuten zu haben, jetzt brauchte man Ingenieure, die praktische Vorschläge ausarbeiten und der Fabrik zu Hause genaue Pläne vorlegen konnten. So kamen Fachleute heraus, die sich den bestehenden Firmen angliederten, welche ihrerseits feste Vertretungen von Maschinenfabriken übernahmen. Ihre Kompradore und Vertrauensleute wiesen Geschäfte nach, der Ingenieur arbeitete die Wünsche praktisch aus, die Fabrik sorgte für genaue Ausführung und übernahm häufig eine Teilfinanzierung. Solche Geschäfte mit bedeutenden Beträgen und langer Lieferfrist werden meist zu Bedingungen abgeschlossen, welche wohl einen Teil, etwa ein Drittel als Anzahlung vorsehen, einen weiteren Teil zahlbar bei Verladung, den Rest aber entweder bei Inbetriebnahme oder später. Die Zahlungsweise wurde übrigens immer ungünstiger für den Verkäufer, je größer auch hier die Konkurrenz wurde.

Für die Lieferanten wurde es meist nötig, zur Aufstellung der Anlage ihre eigenen Monteure hinauszuschicken, und da das Geschäft florierte, so kam es bald dahin, daß ständig eine Anzahl der Fabrikangestellten draußen zu tun hatte. Da lohnte sich wenigstens für die ganz großen Betriebe die Errichtung eigener Bureaus. Als nötig erwies es sich aber auch wohl für viele andere, von denen vielfach mehrere an einem und demselben Geschäft beteiligt waren, indem der eine etwa eine Kesselanlage, der andere Transmissionen und Fabrikbauten, und wieder ein anderer Spezialarbeitsmaschinen zu liefern hatte. Das führte zum Zusammenschluß von Interessengemeinschaften, indem mehrere Werke, die miteinander, nicht gegeneinander arbeiten können, sich zusammentaten und ein gemeinsames Bureau errichteten, zu dessen Kosten alle beitrugen.

Diese Einrichtung bedeutete einen großen Fortschritt, da man damit einen größeren Arbeitskreis sich zu schaffen vermag, als ihn auch die größte allgemeine Firma mit ihren vielseitigen anderen Interessen bieten kann. Übrigens vermag man die kaufmännische Kraft einer solchen Firma durch Provisionsgewährung noch nebenbei sich dienstbar zu machen.

Es sei hier noch auf die Frage eingegangen, was für das Geschäft vorteilhafter erscheint, Zentralisation oder Dezentralisation. Eine Zentralisation in dem strengen Sinne, daß der gesamte Außenhandel nur von einem Handelsplatze aus geleitet werden würde, gibt es übrigens in China schon lange nicht mehr. Es haben sich neben Kanton, dem Ausgangspunkt des Fremdenhandels, allmählich an besonders günstig gelegenen Stellen andere Hauptplätze des Außenhandels gebildet, die in zwei große Abteilungen zerfallen, die miteinander nur noch sehr wenig in Berührung sind. So wird das Land südlich des Yangtse von Kanton und Hongkong, das Land nördlich davon von Schanghai, Hankau und Tientsin beherrscht. Die letzteren Plätze stehen wieder unter sich in enger Fühlung dergestalt, daß Schanghai ausschlaggebend ist.

Die Frage nach weiterer Dezentralisation kommt übrigens nicht nur für das Importgeschäft, sondern für den gesamten Außenhandel in China, also auch für den Exporthandel in Betracht. Bei diesem letzteren ist aber die Frage m. E. bereits zugunsten einer gewissen weiteren Dezentralisation entschieden.

Es hat sich gezeigt, daß es lohnend ist, die geschlossen operierenden, sehr kapitalkräftigen chinesischen Spekulanten an den großen Hafenplätzen, denen man auf Gnade und Ungnade ausgeliefert war, in ihrer Preisbeherrschung zu beschränken, indem der Europäer direkt an den Produzenten heranging. Allerdings haben jene Spekulanten mit ihren Verbänden auch manchen Vorteil zu bieten und sind nicht zu entbehren, weil sie allein in der Lage sind, nötige Fortschritte, z. B. in der Preisgestaltung, in der Aufmachung, in Qualitätsverbesserung, durchzusetzen.

Gewiß sind dies Aufgaben, welche anderswo eine Handelskammer erledigt, die aber auch wieder nur an einigen wenigen Plätzen genügenden Einfluß haben kann. Wieweit aber eine gemischte gemeinsame Handelskammer oder die Zusammenarbeit verschiedener nationaler, wie sie als Folge des Krieges entstanden sind, sie leisten kann, ist fraglich. Auf chinesischer Seite steht die Handelskammer unbedingt der Gilde gegenüber zurück, die, als ein Verein von Gewerbetreibender derselben Warengattung, immer nur ein begrenztes Arbeitsgebiet hat. Natürlich sucht

die Gilde ihr eigenes Interesse, leistet ihren eigenen Mitgliedern dem Fremden gegenüber Schutz, und sie hat in manchem Boykott gegen eine einzelne fremde Firma gesiegt; es muß aber auch gesagt werden, daß die Gilden allein viele Verbesserungen durchgesetzt haben, welche der Allgemeinheit zugute gekommen sind. Immer ging das aber von den großen Zentren aus, wo der Einheimische in engem Verkehr mit den Fremden viel von ihrem Geist aufgenommen hat.

Etwas Ähnliches ist weit im Lande drin auf lange Zeit nicht zu erwarten, und das ist das etwas kurzsichtige Argument für die Zentralisation, wobei man vergißt, daß dort bisher ein Verkehr mit Fremden noch gar nicht bestanden hat. Dieser wird dieselben Folgen haben wie an der Küste. Dagegen ist ein anderes Argument stichhaltiger, daß nämlich viele Sundry- und manche Stapelartikel, wie Piece goods und Garne, das Geschäft nur an den großen Plätzen vertragen, jene, weil nur dort Aufträge in genügend großen Mengen zu erhalten sind, diese, weil sie den Preisschwankungen so erheblich ausgesetzt sind, daß ein fast börsenmäßiges Geschäft besteht, welches, wie jede Börse, auf einige wenige große Plätze beschränkt bleibt. Zudem sind die Kaufleute im Innern nur sehr schwer für ein Indentgeschäft zu interessieren.

So läßt sich denn die Frage derart prinzipiell nicht lösen, daß die Lösung etwa für jeden einzelnen Geschäftszweig gelten könnte. Fragt man dagegen, ob der Fremdenhandel im allgemeinen mit seinem bis zum Kriege starken Ausbreitungsdrang bei straffer Zentralisation bleiben soll, dann hätte man das zu verneinen. Dezentralisation wird u. a. dadurch begründet, daß die Gepflogenheiten und der Bedarf auch an örtlich nicht allzu weit auseinandergelegenen Plätzen, wenigstens für chinesische Verhältnisse, oft sehr verschieden sind. Man kann sagen, daß jeder Marktplatz von Bedeutung eine Republik für sich bildet mit eigener Sprache und Gesetz, eigener Münze und eigenem Gewicht, zusammenhängend mit den Besonderheiten der ansässigen Bevölkerung. Diese macht daher eine besondere Bearbeitung nötig, wo immer es sich darum handelt, einen Artikel einzuführen oder ihn gegen starke Konkurrenz im Markte zu halten. Beides sind Arbeiten, die der chinesische Zwischenhandel an der Küste nicht übernehmen will und kann; er schafft nicht die Nachfrage, sondern er befriedigt die vorhandene.

Hier liegt m. E. der Grund, warum die große Menge der billigen Basarartikel dem japanischen Fabrikanten fast mühelos in den Schoß fiel. Der japanische Handel wandte sich eben, wie oben ausgeführt, an so vielen Plätzen im Innern an den Konsum selbst und mußte in solcher

Kleinarbeit gegen die vom Hafenplatz aus gehandelten Konkurrenzwaren die Oberhand gewinnen. Als höchst notwendig zur Dezentralisation überzugehen, erscheint es auch für solche Stapelartikel, welche einen größeren örtlichen Bedarf vorfinden oder doch schaffen können. Das wären beispielsweise Farben, Stahlwaren aller Art, Konfektion und besonders auch Werkzeuge bis hinauf zu einfachen Maschinen, elektrische und andere Antriebsmotoren, technische Bedarfsartikel aller Art. Wie man sieht, handelt es sich um die Erzeugnisse gerade auch einer kapitalkräftigen Industrie, die bereits angefangen hatte, ihre eigenen Konsignationsläger draußen zu errichten.

Wir kommen damit zum Kernpunkt der Frage und möchten sie dahin beantworten: Für ausgewählte Artikel Dezentralisation derart, daß an besonders geeigneten Plätzen anfangs kleinere, dem Bedarf angepaßte Läger errichtet werden, die diesen Bedarf anregen sollen und die in der Lage sind, ihn ohne Zeitverlust befriedigen zu können. Nötig ist dazu dann aber der richtige Mann, der seinen Artikel kennt, ihn an Ort und Stelle vorführt und einführt. Nur dadurch wird verhältnismäßig schnell die Nachfrage geschaffen, welche bei dem beginnenden Verständnis Chinas für beste Erzeugnisse immer größere Erfolge erzielen muß.

Es ist also gewissermaßen Dezentralisation der Intelligenz und des Kapitals, verkörpert in dem vorgebildeten Europäer mit einem ständigen Warenlager. Wie nun oben von Interessengemeinschaften der Schwerindustrie berichtet wurde, welche bereits bestanden, so wäre etwas Ähnliches auch für die hier bezeichneten Waren wünschenswert, ganz abgesehen davon, daß hier vielen geholfen werden könnte, die drüben alles verloren haben und nicht mehr selbst anfangen können.

Wesentlich bleibt natürlich auch die Auswahl der Plätze. Als aussichtsreich erscheinen Kalgan, nordwestlich von Peking, Paotingfu, südlich von der Hauptstadt, Tsinanfu, die Hauptstadt Schantungs, vielleicht Schuntefu an der Peking-Hankau-Bahn, vor allem auch Pukou am Yangtse, gegenüber dem alten Nanking, vielleicht Tschungking am Yangtseoberlauf, jedenfalls aber Tschengtu, die Hauptstadt Szechuans, ferner Tschangscha, südlich von Hankau, und Yünnanfu, die Hauptstadt der gleichnamigen Provinz. Manche Plätze fehlen in der Liste; der Schreiber dieser Zeilen kennt nicht das ganze Land. Als Regel mag dienen, daß geeignet sind Plätze mit größerem Absatzgebiet und mit moderner Verbindung nach der Küste, sofern ihr Bedarf durch einen der schon vorhandenen großen Importhandelsplätze nicht leicht befriedigt

werden kann. Plätze also, wie beispielsweise Soochow, das zwar sehr bedeutend ist, aber zu nahe an Schanghai liegt, sind nicht geeignet.

Die Ansätze zu neuen besseren Geschäftsmethoden wurden mehr oder weniger aufgehalten durch den Krieg, der zunächst eine grundlegende Änderung schaffte, nämlich die Verschiebung in der Belieferung der Einfuhrwaren. Deutschland fiel sofort ganz aus; aber auch England war sehr bald nicht mehr in der Lage, auch nur seine bisherigen Mengen zu liefern. Andere Länder mußten sich erst auf die Anfertigung von Artikeln, die in China besonders gefragt werden, einrichten. Darüber vergingen Jahre, die eine interessante Statistik ergaben. Das Jahr 1917 kann als das erste normale nach erfolgter Neuorientierung angesehen werden. Ein ungefähres Bild der neuen Lage geben die Einfuhrstatistik auf S. 170 sowie die nachfolgenden Zahlen.

Auszug aus der chinesischen Zollstatistik für die Einfuhr in den Jahren

	1913	1917
1. Wert der Gesamteinfuhr in H.-Tls.	586 290 431	577 381 339
2. Diese entsprechen einem Werte von £ engl.	88 554 283	124 648 211
	s d	s d
3. Die Durchschnittskurse waren pro H.-Tls.	3 / 0 ¼	4 / 3 3/16
4. Die wichtigsten Einfuhr-Artikel waren:	H.-Tls.	H.-Tls.
Opium	41 023 012	6 241 992
Baumwollwaren inkl. Garn	182 419 023	158 950 267
Wollwaren gemischt und rein	11 776 591	10 365 888
Metalle aller Art	28 973 156	25 137 741
Zigaretten	12 589 300	31 263 027
Konfektion	9 528 095	7 522 464
Anilinfarben	5 401 820	—
Indigo, künstlich	9 633 157	180 450
do. natürlich	56 939	611 654
Elektrisches Material	2 322 439	4 027 243
Emaillewaren	1 148 395	770 723
Unterzeug	1 913 703	2 696 668
Leder und Lederwaren	7 535 560	9 933 821
Maschinen aller Art	5 554 225	5 695 898
Medizinen	4 026 874	5 696 128
Eisenbahnmaterial	4 317 694	1 084 468
Möbel usw.	546 146	1 062 474
Glas und Glaswaren	2 912 524	2 430 136
Nadeln	1 045 174	1 052 436
Optische Instrumente	137 712	—
Schuhe	467 489	1 235 739
Werkzeug	273 677	732 774
Rollendes Bahnmaterial: Lokomotiven ..	768 628	3 578 114
Wagen	1 193 823	1 198 722
Automobile	485 182	914 547

Zu diesen statistischen Zahlen sei folgendes bemerkt: In dem „Gesamtwert der Einfuhr aus den verschiedenen Ländern" ist bei England auch die Ware gerechnet, die in Hongkong nur gelandet wurde und von dort erst nach China gelangte. Es sind dies wesentlich nicht-englische Waren, da z. B. Niederländisch-Indien und die Philippinen vorzugsweise nach Hongkong für China liefern. Dieser ganze Hongkong-Posten ist sehr bedeutend, er betrug ca. 150 Millionen Taels im Jahre 1913. Steht also England mit seinen Kolonien auch 1913 (55 %) und 1917 (44 %) scheinbar noch an der Spitze, so ist das tatsächlich nicht mehr zutreffend gewesen, soweit die Herkunft der eingeführten Waren in Frage steht. Japan, dessen Einfuhr von 21 % in 1913 auf 40 % in 1917 gestiegen ist, ist tatsächlich die auch in dieser Hinsicht führende Macht in China geworden. Auch Amerika hat Vorteile aus der veränderten Lage gezogen: sein Anteil ist von 6 % auf ca. 10½ % gestiegen. Schließlich hat auch Siams Handel zugenommen. Sonst ist durchweg ein erheblicher Rückgang eingetreten. Deutschland und Österreich sind ganz ausgeschieden. Deutschlands Anteil hatte im Frieden offiziell nur etwa 7 % betragen; er ist aber einmal durch die Hongkonger Durchfuhr zu verbessern und dann in nicht geringerem Maße um diejenigen Mengen, die, über holländische, belgische und englische Häfen verschifft, als Einfuhren von dort figuriert haben werden. Tatsächlich mag Deutschlands Anteil 1913 15 % betragen haben. Sieht man dagegen den Handel vom Gesichtspunkte aus an, durch welche Vermittlung Waren nach China gelangten, so würde das Bild ein anderes Aussehen gewinnen, da die deutsche Kaufmannschaft hervorragend am ganzen Geschäft in China beteiligt war. In Hongkong, Kanton, Hankau und natürlich Tsingtau waren die deutschen Kaufleute entschieden die führenden. Ein bedeutender Teil des Manchestergeschäfts lag in deutschen Händen. Dazu kamen nicht wenige Vertretungen bedeutender anderer englischer und amerikanischer In ustrien.

Drei Artikel der deutschen Industrie galten früher sozusagen als Weltmonopol: Farben, Nähnadeln und optische Instrumente. Auch Präzisionsmaschinen waren vorzugsweise deutsches Fabrikat; da diese aber in der Statistik nicht getrennt werden, so kann darauf hier nicht weiter eingegangen werden.

Die Einfuhr von Anilinfarben hat demnach 1917 noch vollständig geruht; sie hat aber im folgenden Jahr kräftig eingesetzt. Lieferanten sind teils Japan mit schlechter, ja zum Teil betrügerischer Ware, die zumeist aus Glaubersalz besteht, teils Amerika für eine ganz beschränkte

Anzahl Farbtöne. Der Absatz in diesem Artikel kann uns auf die Dauer wohl nicht entgehen, auch wenn man uns noch so viele Geheimrezepte im Kriege entwendet hat. Auch künstlicher Indigo hat so gut wie ganz aufgehört, dieses wunderbare Produkt, das besser ist als der aus der Indigopflanze gewonnene natürliche. Es hat lange Jahre gedauert, bis er die Pflanze vollständig verdrängt hatte, die nun in China und Indien neu auflebte. Es wird neue Anstrengungen kosten, um das Gebiet wieder zu erobern, wobei zu berücksichtigen ist, daß der Preis abhängt von dem einheimischen Produkt. Da unsere Herstellungskosten sowie Verschiffung usw. enorm gestiegen sind bzw. noch steigen und mit höheren Zöllen, sowohl für die Ausfuhr hier, als für die Einfuhr drüben, zu rechnen ist, wird es kein leichter Kampf werden.

In der Optik hat scheinbar niemand Deutschland ersetzt; die anderen Produktionsländer waren wohl alle für Kriegsbedarf in Anspruch genommen. Es bleibt abzuwarten, wie der Friede die Dinge gestaltet.

Auffällig ist der plötzlich auftretende Ersatz Deutschlands in Nadeln. Ich bin angesichts der starken Nachfrage nach Nähnadeln hier im Lande für Amerika, das allein als Nachfolger für die Einfuhr nach China in Frage käme, geneigt anzunehmen, daß man für 1917 manches unter diese Rubrik gebracht hat, was eigentlich nicht dorthin gehört.

Es sei dann auf einige auffällig große Zahlen in der Einfuhr einzelner Artikel hingewiesen, so bei Schuhwaren und Konfektion, was mit der fortschreitenden Europäisierung des Landes zusammenhängt. Die Einfuhr an Bahnmaterial ist ebenfalls sehr in die Höhe gegangen, obwohl nicht einmal neue Bahnen gebaut werden konnten. Für Automobile zeigen die Chinesen ein steigendes Interesse, verstärkt durch die großen Gewinne, die sie und die fremden Kaufleute in den letzten Jahren machen konnten. Auch auf Glas und Waren daraus sei hingewiesen, welche Artikel bisher vorzugsweise in deutschen und belgischen Händen waren, inzwischen aber in japanische und amerikanische übergegangen sind.

Durchweg sind es Artikel, die in früheren Jahren unsere Industrie lebhaft beschäftigten. Die Nachfrage ist da, ist größer geworden als bisher, Geschäftsmöglichkeiten sehen wir überall. Es fragt sich nur, ob wir auch die erheblich größeren Schwierigkeiten überwinden werden, denen wir jetzt gegenüberstehen. Sie liegen hüben und drüben. Wir müssen zunächst abwarten, daß unsere Industrie wieder leistungsfähig wird, wir müssen weiter Unterstützung haben von deutschem Gelde für die Finanzierung und Versicherung der Waren und sollten diese Unterstützung auch finden für den Transport durch deutsche Schiffe. Das

sind alles, wie es den Anschein hat, fürs erste unerfüllbare Forderungen, und doch sind es unerläßliche Voraussetzungen. Früher wurde der größere Teil unserer Waren durch englische Banken finanziert, die ein großes Entgegenkommen bewiesen. Es darf als ausgeschlossen gelten, daß man auf ein auch nur ähnliches Entgegenkommen in dieser oder anderer Beziehung von seiten unserer Feinde rechnen darf. Wird sich doch gerade England schon genug anstrengen müssen, um sich seiner übermächtig gewordenen Handelsgegner und Waffenbrüder, der Japaner und Amerikaner, zu erwehren. Vielleicht gelingt es uns, Unterstützung anderswo zu finden, da wir allein nicht mehr stark genug sind, um wieder hochzukommen.

Schwierigkeiten gibt es auch genug dort drüben. Die bisher dort tätig gewesenen deutschen Häuser sind liquidiert, ob, wann und wie sie entschädigt werden, steht dahin, die alten Verbindungen sind gelöst; dazu ist das deutsche Ansehen gemindert und Haß seit Jahren in jeder Form gegen uns gesät. Nicht ohne Erfolg, wie das ja auch nicht anders möglich war. Der Kaufmann, der jetzt anfängt, tut es mit erheblich geringerem Kapital von unten auf, gegen den Haß fast aller Fremden drüben und gegen viele Mißachtung. Er wird trotzdem beginnen und wird auch vorankommen, wenn auch von seinem Vorwärtskommen unsere Industrie zunächst vielleicht noch nichts haben wird. Diese findet dann wenigstens geeignete Kräfte und Verbindungen, wenn sie draußen wieder auftreten kann.

Nötig ist aber neben noch größerer Arbeit, die wir wahrlich auch bisher nicht gescheut haben, daß der deutsche Kaufmann sich den neuen Verhältnissen anpaßt. Es geht nicht mehr an, die Fühlung mit dem Lande nur durch den Komprador und seine Leute aufrechtzuerhalten. Der Kaufmann muß selbst mit seinen Abnehmern in enger Fühlung stehen, d. h. er muß die Sprache sprechen und womöglich wenigstens Einfaches lesen können. Damit ausgerüstet soll er seine Tätigkeit beginnen, da es zuviel ihm zumuten hieße, die sehr schwere Sprache erst zur Zeit der Geschäftsausübung drüben zu erlernen. Der Kaufmann soll sein eigener Komprador werden, und ich habe absichtlich auf die Erfolge der Amerikaner und Japaner hingewiesen, die ihn durchweg ausgeschaltet haben. Damit ist eigentlich alles gesagt. Aus dem einen ergibt sich das andere. In Fühlung mit Land und Leuten sein, Verständnis und Interesse für sie haben, nicht bloß als Sportsmann oder Naturschwärmer durchs Land gehen.







